

**Willy Klages**

**Die Geheimorganisationen  
des globalen  
NWO-Terrorimperiums**

**2.000 Jahre Gewaltherrschaft  
der  
Antichristen  
vom 10. Juni 1946  
bis zum 7. Februar 1947**

**NWO-Sonderheft Nr. 82**



**2.000 Jahre Gewaltherrschaft  
der  
Antichristen  
vom 10. Juni 1946 bis zum 7. Februar 1947**

**NWO-Sonderheft Nr. 82**

**Terror der Antichristen vom 10.06.1946-07.02.1947**

<b><u>Inhaltsverzeichnis</u></b>	<b>Seite</b>
Berichte und wissenschaftliche Publikationen über die Gewaltherrschaft der Antichristen vom 10. Juni 1946 bis zum 7. Februar 1947	2-96
Hinweise für den Leser Quellen- und Literaturnachweis	97-99

**Berichte und wissenschaftliche Publikationen über die Gewaltherrschaft der Antichristen vom 10. Juni 1946 bis zum 7. Februar 1947**

Lieber Jesus, sei unser Gast, aber nur, wenn du Marken hast, wenn du keine hast, bleib fern, denn wir essen selber gern!

*Deutscher Spottvers (aus der Schwarzmarktzeit nach dem Zweiten Weltkrieg)*

**1946**

Das Posener Woiwodschaftsamt forderte am 10. Juni 1946, daß die Deutschen vor der Umsiedlung angemessen gekleidet werden sollen (x152/25).

Am 10. Juni 1946 begannen Ausweisungstransporte in die sowjetische Besatzungszone (x004/124).

Die "New York Times" schlug am 10. Juni 1946 die Zersplitterung des Deutschen Reiches vor. Deutschland sollte in 12 unabhängige Staaten geteilt werden, die wirtschaftlich eine Zollunion bildeten (x111/178).

Der polnische Ministerrat erließ am 13. Juni 1946 ein Dekret über die Bekämpfung besonders gefährlicher Delikte (x003/233-241): >>... Straftaten gegen die öffentliche Sicherheit.

Art. 1. § 1. Wer einen gewaltsamen Angriff auf Einheiten der polnischen oder der verbündeten Streitkräfte oder auf eine diesen angehörende Einzelperson unternimmt, wird mit Gefängnis nicht unter 5 Jahren oder mit lebenslänglichem Gefängnis bestraft.

§ 2. Derselben Strafe unterliegt, wer einen gewaltsamen Angriff auf einen Abgeordneten des Landes-Nationalrates oder einen Beamten der Selbstverwaltung, ein Mitglied eines anderen Nationalrates oder einen Beamten der Selbstverwaltungskörperschaften, einen Angehörigen der polnischen oder der verbündeten Streitkräfte, ein Mitglied der Gewerkschaft, einer politischen oder gesellschaftlichen Organisation von gesamtstaatlicher Bedeutung bei oder wegen der Ausübung seiner Pflichten oder wegen seiner Funktion zu den genannten Organisationen oder Streitkräften verübt.

§ 3. Wenn die in den §§ 1 und 2 genannte Tat den Tod oder eine schwere Körperverletzung zur Folge hatte oder wenn der Täter den gewaltsamen Angriff mit Waffengewalt oder unter anderen besonders gefährlichen Umständen begangen hat, wird er mit Gefängnis nicht unter 10 Jahren oder lebenslänglichem Gefängnis oder mit dem Tode bestraft. ...

Art. 3. Wer Sabotageakte verübt durch:

1. Vernichtung oder Unbrauchbarmachung von Anlagen oder Einrichtungen, die dem öffentlichen Nutzen dienen, von öffentlichen Verkehrsmitteln oder von Verteidigungseinrichtungen des polnischen oder eines verbündeten Staates, ... wird mit Gefängnis nicht unter 3 Jahren oder lebenslänglichem Gefängnis oder mit dem Tode bestraft. ...

Art. 4. § 1. Wer ohne Erlaubnis Schußwaffen, Munition, Sprengstoffe ... sammelt oder verwahrt, wird mit Gefängnis nicht unter 5 Jahren oder lebenslänglichem Gefängnis oder mit dem Tode bestraft. ...

Straftaten gegen die öffentliche Ordnung.

... Art. 20. Wer die Vornahme der Bodenreform verhindert oder erschwert oder zu Handlungen auffordert, welche sich gegen ihre Durchführung richten oder öffentlich solche Handlungen gutheißt, wird mit Gefängnis bestraft. ...

Art. 26. Wer die Leiche oder das Grab eines Soldaten der polnischen oder einer verbündeten Armee oder einer Person, die Opfer faschistischer Verbrechen wurde, verhöhnt oder beschädigt, wird mit Gefängnis bis zu 5 Jahren oder mit Haft bestraft. ...

Art. 28. Wer öffentlich das polnische Volk oder den polnischen Staat beleidigt, verhöhnt oder verächtlich macht unter Umständen, die ein besonderes Ärgernis oder eine Empörung hervorrufen können, wird mit Gefängnis bis zu 10 Jahren bestraft. ...

Art. 30. Wer öffentlich zu nationalen, konfessionellen oder rassistischen Streitigkeiten aufruft oder solche gutheißt, wird mit Gefängnis bis zu 5 Jahren bestraft.

Art. 31. Wer öffentlich Bevölkerungsgruppen oder einzelne Personen wegen ihrer nationalen, konfessionellen oder rassistischen Zugehörigkeit beleidigt, verspottet oder erniedrigt, wird mit Gefängnis bis zu 5 Jahren oder mit Haft bestraft. ...

Art. 32. Wer eine Straftat gegen eine Bevölkerungsgruppe oder gegen eine einzelne Person wegen ihrer nationalen, konfessionellen oder rassistischen Zugehörigkeit begeht, wird, wenn durch diese Tat der Tod oder eine schwere Körperverletzung verursacht wurden oder eine Beunruhigung des normalen öffentlichen Lebens oder eine Bedrohung der allgemeinen Sicherheit hervorgerufen wurden, mit Gefängnis nicht unter 3 Jahren oder mit lebenslänglichem Gefängnis oder mit dem Tode bestraft. ...

Straftaten gegen die Wirtschaftsinteressen des Staates.

Art. 43 § 1. Wer fremdes bewegliches Eigentum, das infolge des Krieges oder eines anderen außerordentlichen Ereignisses nicht ausreichend geschützt ist, sich aneignet oder zum Zweck der Aneignung entwendet, wird mit Gefängnis bestraft. ...

Besondere Vorschriften.

... Art. 49 § 1. Im Falle der Verurteilung zum Tode oder zu lebenslänglichem Gefängnis ... spricht das Gericht als Nebenstrafe die Einziehung des gesamten Vermögens des Verurteilten aus. ...<<

Dieses Dekret diene vor allem dazu, die kommunistischen polnischen Kräfte zu unterstützen, um die politischen Gegner auszuschalten und die demokratische Verfassung auszuhöhlen (x003/VIII).

Die "Welt" berichtete am 14. Juni 1946 über das "deutsche Flüchtlingsproblem" (x111/179-180): >>Das Ziel muß es sein, die Heimatlosen einzuordnen. Sie dürfen nicht der Fremdkörper bleiben, der sie einstweilen sind.

So ungeheuer schwer es für den, der Besitz und Heimat behalten hat, sein mag, das Elend der Ausgestoßenen zu verstehen, er muß es zu einem Teil zu seinem eigenen machen und die Pflicht erkennen, zu helfen. Und zwar muß alle Hilfe darauf abgestellt sein, den Heimatlosen eine neue Heimat zu schaffen.<<

Vertreter der nordamerikanischen Militärregierung und der tschechoslowakischen Regierungsstellen vereinbarten am 15. Juni 1946 in Prag, daß jeder Ausgewiesene ab Juli 70 kg Gepäck mitnehmen durfte und angemessen bekleidet sein sollte. Ferner wurde noch einmal zugesagt,

die Familien geschlossen, vor allem mit ihren Ernährern, auszusiedeln (x004/121).

In Marl begann am 16. Juni 1946 die "Vier-Zonen-Presseschau".

Bis zum 30.06.1946 wurden 34 deutsche Zeitungen und Zeitschriften in der nordamerikanischen Zone, 34 deutsche Zeitungen und Zeitschriften in der britischen Zone, 15 deutsche Zeitungen und Zeitschriften in der französischen Zone und 30 deutsche Zeitungen und Zeitschriften in der sowjetischen Zone vorgestellt.

Der deutsche Historiker Karl Jering (1914-1990) berichtete am 18. Juni 1946 aus München (x124/191-192): >>... Dänemark hat eine Beschäftigung der dort internierten 200.000 Deutschen abgelehnt. Die Dänen fürchten, sie könnten sonst seßhaft werden wollen. So vegetieren sie, zwar ausreichend ernährt, in Lagern. ...

Nächste Woche beginnt unsere 90. Lebensmittelperiode. Die Zuteilungen sind etwas erhöht worden, so daß sie nun die Hälfte der Kalorienmenge ausmachen, die für die Erhaltung der Leistungskraft eines Normalverbrauchers erforderlich sind.

Nach dem Ersten Weltkrieg wurde die Lebensmittelbewirtschaftung nach der 123. Kartenperiode aufgehoben. Heute glaubt niemand daran, daß wir in 2 ½ Jahren wieder einen freien Markt haben werden. Unsere Wirtschaft ist viel zu zerschlagen und wird außerdem von den Besatzern künstlich niedergehalten.

Dennoch können wir uns wenigstens das Wenige, was es auf Marken gibt, auch kaufen, während die in der russischen Zone froh sein müssen, wenn sie statt Fleisch Käse oder Milch bekommen.

Bedrückend muß die Ernährungslage in der zerstörten und überbevölkerten britischen Zone sein. Dort fehlen seit letztem Oktober die Kartoffeln, unsere Grundnahrung. Statt Fleisch gibt es Trockenfisch, denn die frischen Fische bleiben für die Besatzung reserviert. Ebenso wird das in der Elbniederung bei Hamburg gezogene Gemüse nach Großbritannien ausgeflogen. Die Menschen der britischen Zone sind durch Hunger so abgestumpft, daß sie die kulturellen Anregungen, die ihnen die Engländer bieten, nicht aufnehmen können. ...<<

In Stuttgart wurde am 20. Juni 1946 der "Deutsche Zentralausschuß für die Verteilung ausländischer Liebesgaben" ("CARE-Pakete") eingerichtet.

Die aus Nordamerika kommenden CARE-Pakete enthielten damals etwa 40.000 Kalorien Nährwert (x111/182): >>8,8 Pfund Fleisch, 5,8 Pfund Nahrungsmittel und Kekse, 3,5 Pfund Zucker und Schokolade, 3,2 Pfund Marmelade und Pudding, 2 Pfund Gemüse, 1 Pfund Kakao, Kaffee und Getränkepulver, 350 g Milch, 200 g Butter und 200 g Käse.<<

In der britischen und nordamerikanischen Besatzungszone wurden vom 24. Juni bis zum 21. Juli 1946 täglich nur 1.065 bzw. 1.286 Kalorien zugeteilt (x117/31).

Papst Pius XII. ernannte den "umgesiedelten" Bischof von Ermland, Maximilian Kaller (1880-1947), am 24. Juni 1946 zum "Flüchtlingsbischof der Deutschen".

Der Augustinerpater Dr. Paulus Sladek (1908-2002) berichtete damals über die besonders schwierige Seelsorge für die Vertriebenen (x024/221): >>... Ein Predigerwort, das nur die religiöse Verbrämung eines materiell gesicherten Lebens ist, reicht nicht bis in den Abgrund der Verzweiflung, in den heute viele geworfen sind. Den existenzlosen Massen kommt es heute oft vor, als stünde der Priester weit entfernt von ihnen auf einer sicheren Brücke und mahnte sie, die Gebote Gottes zu beachten, während sie mitten in einem dahintosenden Strom um ihr nacktes Leben kämpfen müssen.

Nur ein Priester, der selbst erschüttert und unruhig geworden ist durch das unsägliche Leid unserer Zeit, vermag die Heimatlosen nicht nur zu trösten, sondern auch zurechtzuweisen. Er wird allerdings dann auch die Besitzenden aus ihrer ichsüchtigen Verblendung aufzuwecken trachten und sich nicht davor scheuen, bei ihnen Anstoß zu erregen.<<

Die US-Militärregierung reduzierte am 25. Juni 1946 die Auflage der "Süddeutschen Zeitung", weil diese Zeitung die Vertreibung der Sudetendeutschen kritisiert hätte (x111/184).

Die Tageszeitung "Die Welt" erinnerte am 25. Juni 1946 an den im Jahre 1922 ermordeten deutschen Außenminister Walther Rathenau (x111/184): >>... Und noch immer geht der Geist der Rathenau-Mörder unter uns um. Wieder stehen wir in einer Situation, in der Sündenböcke gebraucht werden. Wieder sind Tausende von Schuldigen und Mitschuldigen an der Arbeit, Ablenkungsmanöver zu organisieren und den Unwillen des Volkes auf diejenigen zu konzentrieren, die – weit davon, schuldig zu sein – nur ihr Bestes tun, um die Not zu wenden und eine neue Ordnung zu begründen. ...

Je zahlreicher deutsche Männer und Frauen sich in diesem Sinne zur Partei der Arbeit bekennen, desto eher sind wir gerettet.<<

Das Exekutivbüro des Weltgewerkschaftsbundes forderte am 27. Juni 1946 in Moskau (x111/184): >>... In allen Okkupationszonen Deutschlands soll die freie Entwicklung der demokratischen Gewerkschaftsbewegungen gesichert werden. ...

Die deutschen Gewerkschaften haben ein besonderes Augenmerk der Umerziehung und Demokratisierung der deutschen Jugend zuzuwenden.<<

Die "Neue Zeitung" berichtete am 28. Juni 1946 (x114/2.152): >>... Wegen eines Verstoßes gegen Anordnungen der Militärregierung ist der Umfang der in München erscheinenden "Süddeutschen Zeitung" für die Dauer eines Monats von den üblichen 6 Seiten auf 4 Seiten pro Nummer beschränkt worden.

In ihrer Ausgabe vom 4. Juni hatte die "Süddeutsche Zeitung" unter dem Titel "Sie ernten den Haß" einen Titel veröffentlicht, der die Ausweisungsmaßnahmen der tschechoslowakischen Regierung gegen Deutsche scharf kritisiert.

Dieser Artikel stellt einen Verstoß gegen die Anordnung der Militärregierung dar, die lizenzierten Zeitungen Kritik an alliierten Regierungen verbietet.

In einem Brief an die Lizenzträger der "Süddeutschen Zeitung", in dem der Verleger und die verantwortlichen Redakteure darauf aufmerksam gemacht wurden, daß weitere Verstöße gegen Direktiven der Militärregierung zur Suspendierung der Zeitung oder zum Entzug der Lizenz führen, erklärte Oberst Bernhard B. McMahon, der Chef der Nachrichtenkontrolle der Militärregierung für Bayern:

"Die deutschen Lizenzzeitungen in der amerikanischen Zone unterliegen keiner Zensur, doch werden sie für ihre Veröffentlichungen verantwortlich gemacht. Die Verleger haben Anordnungen erhalten, die jede Kritik an der Militärregierung, an alliierten Mächten oder an den Vereinten Nationen ausdrücklich verbieten".

Die Redakteure der "Süddeutschen Zeitung" waren sich im klaren, daß ihr Angriff gegen die tschechoslowakische Regierung einen zusätzlichen Verstoß gegen diese Anordnung darstellte.<<

Der kanadische Journalist James Bacque berichtete später über die Zensur der öffentlichen Meinung im besetzten Westdeutschland (x131/177-178): >>Ein Land durch Generäle verwalten zu lassen, ist genauso töricht, wie eine Armee von Politikern führen zu lassen.

... Nach 1945 gab es in Deutschland Millionen von Biographien; aber Geschichte gab es nicht. Als die Nation in vier Zonen geteilt wurde, da wurde auch ihre Geschichte zerbrochen durch die politische Teilung, durch die Zensur, durch Tarnung und Vertuschung, durch die Angst davor, die USA und Frankreich zu kritisieren. Es bildete sich keine öffentliche Meinung ...

Die Besetzung Deutschlands führte zur Entstehung einer Besetztenmentalität, die sich bemühte, jede Vernunft einer vernunftlosen Disziplin zu unterwerfen, so, wie die Nation von den Nazis unterworfen worden war.

Erleichtert wurde das durch die bedingungslose Autoritätsgläubigkeit, die den Deutschen an-erzogen ist:

Christian Morgenstern hat darauf eine glänzende Satire geschrieben. In seinem Gedicht geht ein solider Bürger namens Palmström eine Straße entlang, als er von einem Auto angefahren

wird. Verletzt und halb bewußtlos wankt Palmström nach Hause und fragt sich, was da eigentlich passiert sei. In feuchte Umschläge gehüllt, studiert er seine Gesetzbücher und entdeckt, daß Autos in jener Straße gar nicht fahren dürfen. Palmström gelangt daher zu der Überzeugung, daß er keineswegs von einem Auto angefahren worden sei, "denn nicht sein kann, was nicht sein darf". Er redet sich ein, daß es alles nur ein Traum war.

So glaubten die verwundeten Deutschen, überzeugt wie wir, daß wir solche Dinge nie und nimmer tun könnten, ebenso fest wie wir, daß wir solche Dinge auch nie getan hätten.

... Nachdem die Besatzungszonen und die offene Zensur abgeschafft worden waren, kam es zu keiner wesentlichen Verbesserung der Situation, weil Haltung und Einstellung, die sich unter jenem Regime gebildet hatten, schon zu Geschichte geworden waren. ...<<

Der Erzbischof von Canterbury kritisierte am 29. Juni 1946 die ungenügende Versorgung der deutschen Bevölkerung (x111/185): >>... Die Verschlechterung der Lebensbedingungen in Deutschland, die eine steigende Verzweiflung erzeugt, muß durch eine klare Politik konstruktiver Hoffnung aufgehalten werden, ehe es zu spät ist.<<

Die Sperrung der Zonengrenze trat am 30. Juni 1946 in Kraft. Später wurden mehrere Grenzübergänge geöffnet.

"Das große Lexikon des Dritten Reiches" berichtete später über die "Zonengrenze" (x051/-658): >>Zonengrenze, nach Kriegsende 1945 anfangs Bezeichnung für jede Grenzlinie zwischen den vier Besatzungszonen in Deutschland; nach dem Zusammenschluß der westlichen Zonen zur Trizone und schließlich zur Bundesrepublik 1949 Bezeichnung für die Demarkationslinie zur sowjetischen Besatzungszone bzw. zur DDR.

Die Zonengrenze wurde ab 1957 von der DDR als "Staatsgrenze West", von der Bundesrepublik ab Inkrafttreten des Grundlagenvertrags (21.6.73) als "Innerdeutsche Grenze" bezeichnet.<<

In Sachsen führten die Sowjets einen "Volksentscheid" über die Enteignung von "Kriegsverbrechern und Naziaktivisten" durch. In den anderen SBZ-Landesverwaltungen folgten ebenfalls entschädigungslose Enteignungen (x009/507).

Walter Müller-Bringmann berichtete am 30. Juni 1946 über das Grenzdurchgangslager Friedland (x123/35-38,46-47): >>Ende Juni 1946. Die organisierten Deportationen "nehmen ihren Fortgang", heißt es in einem Bericht. Man nennt das jetzt "Transporte". ...

Jeden Morgen sammeln sie sich "drüben" vor dem Schlagbaum beim sowjetischen Kontrollpunkt. Warten darauf, bis genügend Leidensgenossen zusammen sind, um einen "Schub" zu bilden. Dann drückt der Posten den Schlagbaum hoch und der Marsch ins Niemandsland zwischen den Demarkationslinien beginnt. ...

Längst sind die Kolonnen, die sich dann langsam und mühevoll zum englischen Schlagbaum bewegen, zum gewohnten Bild geworden. Wer da ankommt mit Sack und Pack, alte Mütterchen und blutjunge Frauen, Greise und Halbwüchsige, ... Kinder mit dem Schulranzen auf dem Rücken und Säuglinge in arg mitgenommenen Kinderwagen, Kriegsversehrte und Kranke, Menschen, die das Leben vor sich haben und solche, die sich kaum noch die Mühe nehmen, zurückzuschauen - wer da ankommt mit langsamen, müden Schritten, erwartet nicht, ein herzliches "Willkommen" zu hören.

Denn diese Menschen sind es gewohnt, als nicht besonders willkommen angesehen zu werden. Sie mußten es lernen, als "Last" zu gelten, die man am liebsten schnell und vollständig abschütteln möchte. ...

Denn, die da ankamen, die besaßen nichts mehr außer dem, was sie auf dem Leibe trugen oder auf Handkarren, Leiterwagen oder im Koffer noch geborgen hatten. Etwas Wäsche, vielleicht ein Kleid, ein Paar Schuhe, die Decke, oft gebraucht und schadhaft, einen Mantel für das Kind oder den Pullover für den Mann, der doch irgendwann einmal wieder zurückkommen würde – Habseligkeiten, in der Eile gepackt, ohne viel Überlegung zusammengerafft. So vieles mußte

man zurücklassen, Wertvolles, Wichtiges, Unersetzliches.

Und wie sollte man mit dem Bündel da ein neues Leben anfangen? Bei fremden Leuten, in einem fremden Hause, ohne Bett, ohne Stuhl und ohne Kochtopf? Wovon sollte die Familie leben? Wer würde für sie sorgen - da doch alles, alles dahin war, der Staat zusammengebrochen ...<<

>>... Vor den deutschen Verwaltungsstellen, die nur beschränkte Vollmachten haben, liegt eine schwere Aufgabe und noch eine größere Verantwortung. Sie müssen versuchen, eine gewisse Ordnung in diesen Menschenwirbel zu bringen. ...

Die Verkehrswege sind noch immer stark zerstört. Es fehlt an Nahrungsmitteln und Brennstoffen. ... Das Geld sinkt immer mehr im Ansehen. Es wird nur Ware gegen Ware getauscht. Die alliierte Politik läßt eine gleichmäßige Verteilung der hereinflutenden Menschen nicht zu. In der britischen Zone haben die Offiziere der Besatzungsmacht etwas zu sagen. Die Amerikaner haben in ihrer Zone deutsche Stellen mit der Aufteilung beauftragt. Für Flüchtlinge verschlossen ist die französische Zone. Dort wird niemand aufgenommen.

Landräte und Bürgermeister der Kreise und Gemeinden, denen Flüchtlingstransporte "zuteilt" werden, haben die Hauptlast der Unterbringung und Versorgung zu tragen. Weil die Dörfer im Gegensatz zu den Städten die wenigsten Schäden an den Häusern davontrugen, werden die Massen der täglich eintreffenden Menschen dorthin gelenkt.

Kommt der Transport im Dorf an, wird er zunächst kopfmäßig gezählt, dann werden Zimmer beschlagnahmt, um die Familien überhaupt erst einmal unterzubringen. Aber was geschieht dann?

Wo soll die Bekleidung, wo sollen Öfen, Herde, Schuhe, Decken, Betten, Einrichtungsgegenstände, ... Brennholz hergezaubert werden?

Die Zahl der Flüchtlinge, die in den Westzonen untergebracht werden muß, entspricht etwa der Gesamteinwohnerschaft Skandinaviens oder Hollands. Manche kleinen Gemeinden verdoppeln ihre Einwohnerzahl in wenigen Monaten.

Ohne die Disziplin der Vertriebenen, der bewundernswerten Bescheidenheit dieser Menschen, jedoch auch dem guten Willen der einheimischen Bevölkerung, zu helfen, müßte es zu einer Katastrophe kommen.

Doch die Deutschen haben gelernt, geduldig die harte Faust des Schicksals zu ertragen. Und sie schlägt noch immer zu. ...<<

Die polnische Regierung ließ am 30. Juni 1946 eine Volksabstimmung über die Oder-Neiße-Linie als endgültige polnische Westgrenze durchführen. Etwa 10,5 Millionen Wähler stimmten mit "Ja" für diese Grenzfestlegung, während rund eine Million Wähler diese "neue Grenze" ablehnten (x064/170).

Der 17jährige Manfred W. berichtete über die Haft im sowjetischen "Speziallager Nr. 3" in Bautzen (x126/186): >>Mitte 1946 wurde ein Teil der im Ostflügel Inhaftierten in den West- und Saalflügel verlegt.

Vom Saalflügel aus hatte man einen direkten Blick zum Anstaltskrankenhaus und zur daneben befindlichen Leichenhalle. Darin lagen täglich zwischen 16 und 22 Tote, aufgestapelt wie Mehlsäcke. Im Laufe des Vormittags kam täglich ein Pferdewagen und holte die Leichen ab. Das Beerdigungskommando bestand aus Häftlingen.

Hinter der Gefängnismauer soll sich in einem ehemaligen Splittergraben das Massengrab befinden haben. Ich erinnere mich an eine Pressemeldung über den Fund eines Massengrabes von Ostarbeitern in der Nähe von Bautzen Anfang der 50er Jahre. Waren es nun tatsächlich Opfer der Nazis oder Opfer der Stalinzeit?

Reiche Ernte hat der Tod in Bautzen (ehemalige Landesstrafanstalt) gehalten, vor allem unter den älteren Häftlingen. Die Zahl der im "Gelben Elend" Inhaftierten dürfte sich auf etwa 5.000 belaufen haben. Ständige Verlegungen innerhalb der Anstalt, unregelmäßige Zu- und Abgänge

in andere Lager und in die Sowjetunion machten eine genaue Schätzung unmöglich. Auch die tatsächliche Anzahl der Umgekommenen wird sich schwerlich genau feststellen lassen.<<

Die "Stuttgarter Zeitung" berichtete im Juni 1946 über das "Hamstern" auf dem Lande (x117/-40): >>... Quer durch die britisch besetzte Zone Deutschlands ... geht seit vielen Wochen ein seltsamer Zug vor sich, der in seiner Unbeirrbarkeit an die Gesetzmäßigkeit des Vogelzuges erinnert. Auch die Menschen, die hier ziehen, folgen einem Gesetz: dem des Hungers und der Not.

Eigentlich "steigt" man nicht in den Zug. Man stürmt den Zug. Viele Hunderte warten bereits 2 und 3 Stunden vor der Abfahrtszeit auf dem Endbahnhof, in dem der Zug eingesetzt wird. Sie springen auf die Trittbretter, hängen sich an die Türgriffe, erobern sich einen Platz.

Sie sind rücksichtslos und haben verschlossene Gesichter. Menschen, die sonst teilnehmend sein können, werden brutal.

Es ist eine Vision, die sie treibt. In ihrer Vorstellung entsteht ein Bild: Sie sehen sich selbst mit leerem Rucksack heimkommen. Hoffnungsvoll blicken ihnen Kinderaugen entgegen, über die jähe Enttäuschung fällt. ...

So fahren sie und ihr Ziel ist die Gegend zwischen Celle und Lüneburg. Sie stehen viele Stunden im rüttelnden Zug, sie übernachten in Wartesälen, bleiben 36, 48 und mehr Stunden ohne Schlaf, sie kommen tagelang nicht aus den Kleidern, sie müssen Stolz und Scham niederzwingen, wenn sie von Hof zu Hof gehen, und sie fühlen sich mit ihren Kartoffeln nicht sicher, ehe sich die Wohnungstür hinter ihnen geschlossen hat.

Die Kartoffeltrecks überschneiden sich: Aus dem Industriegebiet kommen sie herauf bis Celle und Uelzen, von Schleswig-Holstein fahren sie bis Uelzen und Celle. Sie berichten einander und manches verschweigen sie voreinander, denn sie sind zugleich Kameraden und Konkurrenten.<<

Ein geflüchteter schlesischer Pastor berichtete im Juni 1946 aus Niedersachsen (x124/195): >>... Wir haben das letzte Jahr wider Erwarten überstanden, doch sind wir oft müde und schlafen viel. Da es mir glückte, mehr als die erlaubten 500 RM hierher zu bringen, die Lebenshaltung hier außerdem billig ist, sind wir mit Geld gut versehen.

Wie meine Zukunft aussieht, steht dahin. Die schlesische Kirchenbehörde hofft offenbar, daß wir Pastoren zurückkehren werden. Jedenfalls hat sie die anderen Kirchenbehörden gebeten, schlesische Geistliche nur vertretungsweise einzustellen. ...

In der Sowjetzone kann man leicht Vertretungen erhalten, da dort viele Geistliche nicht zurückgekehrt sind, in der amerikanischen wird es schwieriger sein, da dort fast alles katholisch ist und die Flüchtlinge ihren eigenen Pfarrer mitgebracht haben. ...<<

Ein gefangener Wehrmachtssoldat berichtete über einen gescheiterten Fluchtversuch aus dem sowjetischen Kriegsgefangenenlager Saransk an der mittleren Wolga im Juni 1946 (x130/-281): >>... Um drei Uhr wird zur Zählung gepfiffen. Wir stehen bis 6 Uhr, ohne daß gezählt wird.

Zwei Offiziere sind ausgekniffen. Bald erfahren wir, daß der eine, ein Sudetendeutscher, erschossen zwischen den Drähten liegt. Der andere, ein Oberstleutnant, ist einen Kilometer vom Lager entfernt niedergeknallt worden. Ihre Fluchtvorbereitungen sind verraten worden.

Der Verräter wird kaltblütig sich an Brot und Tabak laben.<<

Die Wissenschaftliche Kommission der deutschen Bundesregierung für Kriegsgefangenengeschichte berichtete später über die systematische Bespitzelung in den sowjetischen Kriegsgefangenenlagern (x130/281-282): >>Die Bespitzelung stellte neben Hunger und schwerer Arbeit wohl die stärkste seelische Belastung für viele dar. Denn die Tatsache, daß man seinem Nachbarn nicht mehr trauen konnte, wog schwerer als manche Entbehrungen. ...

Jedes totalitäre System arbeitet mit Spitzeln, um seine Herrschaft aufrechtzuerhalten. Die Sowjets waren deshalb bemüht, auch unter den Kriegsgefangenen ein schlagkräftiges Spitzelsy-



stem einzurichten.

Die deutschen Kriegsgefangenen waren auf das Spitzelwesen nicht vorbereitet: Sie dachten gar nicht an die Möglichkeit des Einsatzes von Spitzeln; man rechnete weder damit, daß sich aus den eigenen Reihen Leute dafür hergeben würden, noch konnte man sich vorstellen, welchen Zweck die Gewahrsamsmacht damit verfolgen könnte. ... Überhaupt nicht rechnete man damit, daß planmäßig Material für Verurteilungen gesammelt wurde.

Was hat der deutsche Soldat schon von Spitzeln gewußt? So etwas kannte man vom Hörensagen, ... vielleicht noch aus Flüsterwitzen über die Gestapo, das war aber auch alles. Daß ein System daraus gemacht werden konnte, daß in jeder Stube, in jeder Arbeitsbrigade, in jedem offiziellen, ja jedem inoffiziellen Zirkel mindestens ein Mann war – oder jedenfalls sein sollte –, der die Sowjets über alles und jedes unterrichtete, das lernte man erst durch bittere Erfahrungen. ...

Die Tatsache, daß der deutsche Soldat nichts von Spitzeln wußte und der deutsche Offizier Spitzel verabscheute – er hätte sie nie in seiner Einheit geduldet –, schützte nicht etwa den deutschen Kriegsgefangenen vor Spitzeln, sondern machte ihn zunächst hilflos. ...

Nur ganz allmählich lernten die Kriegsgefangenen, sich vor Spitzeln zu schützen: passiv durch Vorsicht bei Gesprächen, aktiv – und das nur in wenigen Fällen – durch Selbstjustiz.

Die Gefangenen in den Lagern waren ohnmächtig gegen Spitzeltum und Verrat. Sie mußten schwere Strafen der Russen fürchten, hätten sie Spitzel verprügelt oder gar erschlagen. ...<<

Die "Schweizer Illustrierte Zeitung" berichtete im Juni 1946 über den Hunger in Gelsenkirchen (x117/30): >>Die tägliche Ration beträgt für (den Industriearbeiter) B. zurzeit 950 Kalorien. Sein Mittagmahl ... besteht aus einer fettreichen Erbsensuppe.

Ein amerikanischer Experte, der einen Monat von dieser Ration lebte, nahm 25 Pfund ab. ...<<

Die US-Zeitschrift "LIFE" berichtete im Juni 1946 über "Probleme" der nordamerikanischen Soldatenfrauen (x124/200): >>Die deutschen Flüchtlinge sehen mit stumpfen und neidischen Augen auf unsere Soldatenfrauen, die von der Armee täglich 3.000 Kalorien bester Kost geliefert erhalten, während die Deutschen mit 1.350 vorliebnehmen müssen.

Unsere Frauen ziehen in die schönsten deutschen Häuser ein, wo auf sie bereits ein deutsches Dienstmädchen wartet. Das größte Problem für unsere Frauen in diesem Land ist die Frage, ob sie ihre Kinder mit den deutschen Kindern spielen lassen sollen. ...<<

Der Wiesbadener "Insel Verlag" berichtete am 1. Juli 1946 im "Börsenblatt" (x111/187-188): >>... Auf viele Anfragen aus dem Sortiment und besonders von unseren alten Geschäftsfreunden erwidern wir hier, daß eine größere Anzahl von Büchern sich in Herstellung oder in Vorbereitung befinden; aber gut Ding will Weile haben, besonders in heutiger Zeit.

Wir bitten ... daher, Geduld zu üben und weitere Anfragen freundlichst zu unterlassen.<<

Der Verlagsinhaber Karl Fleischer aus Frankfurt/Main protestierte am 1. Juli 1946 im "Börsenblatt" (x111/188): >>Mein Geschäft in Leipzig ist vor einigen Monaten widerrechtlich beschlagnahmt und enteignet worden. Die jetzige Leitung verschickt unter Mißbrauch meines Firmennamens gedruckte Rundschreiben an zahlreiche buchhändlerische Firmen der Westzone. Diese Rundschreiben verunglimpfen meine Person durch unwahre Behauptungen, auf welche einzugehen sich erübrigt.

Durch diese und ähnliche Schriftstücke soll der Buchhandel glauben, die Firma Karl Fleischer bestände nur in Leipzig, meine Frankfurter Niederlassung existiere nicht oder sei rechtswidrig. Vor allem aber versuchte der Betriebsleiter meines Leipziger Geschäftes, Forderungen an meine Kommittenten im Westgebiet, die noch aus der Zeit vor der Besetzung her stammen und zweifellos mir gehören, herauszulocken.<<

Der deutsche Rechtswissenschaftler Prof. Dr. Hermann Jahreis (1894-1992) erklärte am 4. Juli 1946 vor dem Nürnberger Militärgerichtshof (x111/188-189): >>Die Angeklagten sind sich der Strafbarkeit ihrer Handlungen nicht bewußt gewesen.

Der leitende Grundsatz bei den Veränderungen der deutschen Verfassung nach 1933 ist das Führerprinzip gewesen, wodurch die Angeklagten von jeder Verantwortung für ihre Amtshandlungen enthoben wurden.

Die Prinzipien des Völkerbundes und des Kellogg-Paktes sind auch schon vor dem Sommer 1939 durchbrochen und im Abessinien-Krieg endgültig hinfällig geworden, so daß beim Ausbruch des 2. Weltkriegs keine den Krieg verbietenden völkerrechtlichen Bestimmungen mehr bestanden haben.

Nach dem Völkerrecht gibt es keine Verantwortlichkeit von Einzelpersonen. ...

Das alte Völkerrecht hat auch keinen Unterschied zwischen erlaubten und verbotenen Kriegen gekannt.

Auch der Bruch eines Vertrages ist nach dem bestehenden Völkerrecht nicht strafbar ...

Somit ist das Statut des internationalen Militärtribunals revolutionär, ein Strafgesetz mit rückwirkender Kraft, das gegen den Rechtsgrundsatz "nulla poena sine lege" ("keine Strafe ohne Gesetz") verstößt.<<

In Kielce ereigneten sich am 4. Juli 1946 judenfeindliche Ausschreitungen. Bei diesem Pogrom kamen 41 Juden (meistens Überlebende der NS-Vernichtungslager) um (x028/179).

Die Russen benannten am 4. Juli 1946 die Stadt Königsberg in Kaliningrad um.

Zu diesem Zeitpunkt lebten nur noch etwa 25.000 Deutsche in der Stadt, während es bei der Kapitulation am 9. April 1945 noch ca. 110.000 deutsche Einwohner waren (x111/189).

Die britischen Besatzungstruppen sperrten am 5. Juli 1946 die Grenzübergänge zur sowjetischen Zone. Danach entwickelte sich ein illegaler Grenzverkehr in den Westen.

Die US-Militärregierung erteilte am 5. Juli 1946 den Auftrag, den Rhein-Main-Flughafen bei Frankfurt zu einem europäischen Zentralflughafen für den Überseeverkehr auszubauen.

Dr. Kurt Schumacher (1895-1952, von 1946-52 SPD-Vorsitzender) lehnte am 7. Juli 1946 Dänemarks Gebietsforderungen ab (x111/190): >>>Schleswig ist ein Teil Deutschlands.

Das Streben, von Deutschland wegzukommen, und alle Bemühungen, irgendeinen Teil Schleswigs abzutrennen, erfolgt nicht aus Liebe zum dänischen Volk, sondern einzig und allein wegen des dänischen Specks. ...<<

Die Tageszeitung "Die Welt" berichtete am 9. Juli 1946, daß viele Leser den Zeitungsmeldungen nach den jahrelangen offiziellen Lügen nicht mehr glauben (x111/190): >>... Andererseits glauben sie den größten Unsinn, wenn er ihnen auf den vielfachen Wegen der Flüsterpropaganda zugetragen wird.

Eine große Aufgabe tut sich hier auf für alle, die im Bildungs- und Erziehungswesen tätig sind, nicht zuletzt für die politischen Parteien.<<

Der sowjetische Außenminister Molotow erklärte am 9. Juli 1946 während der Pariser Konferenz (x111/190): >>>Die Sowjetregierung hält es für nötig, die Abrüstung und Demilitarisierung Deutschlands auf eine Dauer von 40 Jahren auszudehnen. ...

Die Sowjetregierung besteht darauf, daß von seiten Deutschlands die Reparationsforderungen in der Höhe von 10 Milliarden Dollar erfüllt werden, da dies nur einen Teil der von der Sowjetunion und ihren Völkern erlittenen Schäden darstellt.<<

Konrad Adenauer stellte am 10. Juli 1946 während der 5. Sitzung des Zonenbeirates in Hamburg folgenden Antrag (x111/190-191): >>>Der Zonenbeirat wolle beschließen: Die britische Abteilung der Kontrollkommission wird gebeten, sich für den Fortfall der Zonengrenzen und die gemeinsame Ausübung der Kontrolle über ganz Deutschland nach einheitlichen Gesichtspunkten und vermittels interalliiertter Organe einzusetzen. ...<<

Außenminister Bidault erklärte am 10. Juli 1946 während der Pariser Konferenz (x039/230): >>... Die Konferenz von Potsdam hat in Bezug auf Ostdeutschland prinzipiell zwar provisorisch, sachlich jedoch grundlegende Abmachungen getroffen, welche die französische Regierung nicht strittig gemacht hat.<<

Der sowjetische Außenminister Molotow kündigte am 10. Juli 1946 in Paris den Abschluß eines Friedensvertrages mit dem Deutschen Reich an (x111/190): >>Die Zeit ist gekommen, da wir die Frage der Geschichte Deutschlands und den Friedensvertrag mit ihm erörtern müssen. Die Sowjetregierung war stets der Meinung, daß Rachegefühl kein guter Ratgeber in solchen Angelegenheiten sei.

Es ist nicht richtig, Hitler-Deutschland mit dem deutschen Volk zu identifizieren, obwohl das deutsche Volk die Verantwortung für die Aggression Deutschlands und für deren außerordentlich schwere Folgen nicht von sich abschütteln kann. ...

Ich gehe davon aus, daß es im Interesse der Weltwirtschaft und der Ruhe in Europa nicht richtig wäre, den Standpunkt der Vernichtung Deutschlands als Staat oder seine Umwandlung in einen Agrarstaat unter Zerstörung seiner hauptsächlichsten Industriekräfte einzunehmen.

Eine solche Einstellung würde zur Untergrabung der Wirtschaft Europas, zur Zerrüttung der Weltwirtschaft und zur chronischen politischen Krise in Deutschland führen, deren Auswirkungen eine Bedrohung des Friedens schaffen würden. ...

Wir sind natürlich im Prinzip für den Abschluß eines Friedensvertrages mit Deutschland, doch muß vor Abschluß eines solchen Vertrages eine einheitliche deutsche Regierung geschaffen werden, die demokratisch genug ist, um alle Überreste des Faschismus in Deutschland auszumerzen, und die genügend Verantwortung besitzt, um alle Verpflichtungen gegenüber den Verbündeten zu erfüllen und insbesondere hinsichtlich der Reparationsleistungen an die Verbündeten. ...<<

Dr. Kurt Schumacher (1895-1952, von 1946-52 SPD-Vorsitzender) erklärte am 11. Juli 1946 während einer gemeinsamen Sitzung des Zonenbeirats in Hamburg (x111/191): >>Wenn wir einmal zu einem vereinten Deutschland mit Ländern von beträchtlicher Kompetenz kommen, dann wird auch die Einheit dieses Deutschland nicht die letzte Erfüllung unserer Wünsche sein, sondern die letzte Erfüllung unserer Wünsche wäre eine Europa-Föderation, in der Deutschland gleichberechtigt und gleichgeachtet ist, ich möchte sagen, eine europäische Föderation, die nicht nur in europäischen, sondern in weltmäßigen Aufgaben ihr Ziel sieht. ...<<

Der CDU-Politiker Hans Schlange-Schöningen (1886-1960) forderte am 11. Juli 1946 während dieser Sitzung des Zonenbeirats in Hamburg (x111/191): >>... Ich will in meine Heimat (nach Ostdeutschland) zurück ... Wir wollen mindestens bis zur Oder zurück.<<

Großbritannien schlug am 11. Juli 1946 eine einheitliche Wirtschaftspolitik für das gesamte Deutschland vor.

Die "Neue Zeitung" berichtete am 12. Juli 1946 (x114/2.157): >>... Nachdem die Deutsche Bücherei in Leipzig in Zusammenarbeit mit den russischen Besatzungsbehörden ein Verzeichnis der auszusondernden Literatur herausgebracht hatte, ist jetzt auch die Liste der amerikanischen Militärregierung erschienen. Auch sie bezieht sich auf den Befehl Nr. 4 des Alliiertes Kontrollrates. ...

In Ihrer Form bietet die amerikanische Liste ein völlig anderes Bild als das russische Verzeichnis. Enthält diese 15.000, so umfaßt die amerikanische Liste nur 1.000. ...

In einer großen Zahl von Fällen ist man dagegen genau so vorgegangen wie in Leipzig. Man hat die nationalsozialistischen Schriften bestimmter Autoren auf die Verbotsliste gesetzt, ihre übrigen Werke dagegen nicht angetastet so zum Beispiel bei Kolbenheyer, Hans Grimm, Gustav Frenssen, Hanns Heinz Ewers und Bruno Brehm.

Dagegen sind zwei in ihrer literarischen Qualität anerkannte, politisch äußerst angreifbare Autoren, die man in Leipzig mit einem großen Teil tolerierte, einem Totalverbot durch die amerikanischen Autoritäten verfallen: der norddeutsche Bauerndichter Friedrich Giese und der frühere Präsident der Reichsschrifttumskammer Hanns Johst, der in seiner früheren Produktion Pazifist war. ...

Keine Revolution, auch nicht die Umerziehung eines Volkes zu Duldsamkeit und freiem

Denken, kann der Verbote ganz entbehren.

Es wäre zu wünschen, daß die Zeit nicht mehr ferne ist, in der sich sowohl auf publizistischem wie auf literarischem Gebiet alle Verbotstafeln erübrigen. Nationalistische Hetzschriften hätten dann, als Dokumente der menschlichen Dummheit, Kuriositätenwert, und Pamphlete gegen "Rassenfeinde" würden sich wegen ihrer Lächerlichkeit von selbst verbieten.<<

Die Zeitung "Vaterland" berichtete am 12. Juli 1946 über die schlimmen Zustände im Ruhrgebiet (x117/30): >>Zerstörte Städte bieten einen gespenstischen Anblick, furchtbarer und gespenstischer aber ist der Anblick von Menschen, aus deren Gesichtern die letzte seelische und materielle Not spricht, die keine Hoffnung mehr zuläßt.

Und in diese Städte strömen neue Menschenmassen. ...<<

Der 16jährige Hubert P. berichtete am 13. Juli 1946 über seine Internierung im sowjetischen Lager Sachsenhausen in der Stadt Oranienburg (x126/102): >>Am 13. Juli 1946, diesen Tag werde ich niemals vergessen, dachten wir, jetzt kommt endlich die Entlassung. Wilde Gerüchte kursierten.

Wieder mußte man in scharfbewachte Lastautos, aber ihr Ziel war nicht die Freiheit, sondern das KZ Sachsenhausen!

Lagertor, Stacheldrahtzäune und Wachtürme wirkten mehr als bedrohlich. Zunächst schaffte man uns für 14 Tage in eine Quarantäne-Baracke, dort befanden sich vor allem Männer und Frauen aus dem Lager Berlin-Hohenschönhausen.

Zur Begrüßung gab es Kartoffelsuppe aus einem Müllkübel. Dann wurden uns die Köpfe kahlgeschoren und die Entlausung folgte.

In diesen Tagen sah ich auch den Schauspieler Heinrich George. Er war sehr zurückhaltend und in sich gekehrt, versuchte aber gelegentlich auch, andere aufzumuntern. "Bleib ruhig, wir kommen hier wieder raus", sagte er einmal zu mir.

Später hörte ich daß er gestorben war und als einziger Toter des Lagers einen Holzsarg bekommen hatte. Irgendwo bei Oranienburg hat man ihn beerdigt. ...

Das ganze Lager war militärisch aufgebaut: Mehrere Baracken bildeten ein Bataillon, die Baracke selbst war eine Kompanie, die wiederum aus zwei Zügen bestand. Die meisten Häftlinge waren seit Monaten im Lager, die aus meiner Baracke kamen fast alle aus Hohenschönhausen. Was uns vor allem plagte, war zunächst Langeweile, die nur durch teilweise stundenlange Zählappelle unterbrochen wurde.

Der Hunger war anfänglich nicht so gravierend. Es gab 600 Gramm Brot am Tag, zuweilen auch Grütze. Kartoffelsuppe bekamen wir ständig – was man so Suppe nennt: zwei Eßlöffel Kartoffeln auf einen dreiviertel Liter Wasser. ...<<

Der große Papiermangel gefährdete am 13. Juli 1946 den Druck der Berliner Lebensmittelkarten.

Der ehemalige Reichsstatthalter Arthur Greiser (1897 in Schroda/Posen geboren) wurde am 14. Juli 1946 in einem vergitterten Käfig durch Posen getragen und schließlich vor seiner Residenz öffentlich hingerichtet (x030/124).

Nach der Hinrichtung stellte man Bilder des Erhängten in Posener Schaufenstern aus.

In den europäischen Staaten standen der Bevölkerung damals pro Tag folgende Kalorienwerte zur Verfügung (x111/192): >>Irland 3.200 Kalorien, Dänemark 2.920 Kalorien, Großbritannien 2.850 Kalorien, Schweiz 2.800 Kalorien, Schweden 2.790 Kalorien, Norwegen 2.480 Kalorien, Frankreich 2.300 Kalorien, Italien 1.800 Kalorien, Österreich 1.700 Kalorien und Deutschland 1.550 Kalorien.<<

Karl Geiler (1878-1953, Ministerpräsident von Groß-Hessen) erklärte am 15. Juli 1946 in Wiesbaden (x111/192): >>Das neue Deutschland muß sich aus einer Mehrzahl größerer Länder zusammensetzen, die unter sich gleichrangig sind, also ohne irgendeine Hegemonie eines Landes. ...<<

Walter Müller-Bringmann berichtete am 15. Juli 1946 über das Grenzdurchgangslager Friedland (x123/48): >>Der englische Lagerkommandant erklärte heute, daß der erste Teil der "Aktion Honigbiene" (... Übernahme Deutscher aus dem Osten gegen Abgabe deutscher Menschen aus dem Westen in Richtung Ost ...) beendet sei und die "britisch-russische Grenze in Besenhausen durch Schließung des Schlagbaumes zunächst gesperrt" werde.

Seitdem die englische Armee "in Vollzug der Abmachungen unserer Staatsmänner" das Lager eröffnet habe, seien 820.000 Deutsche registriert. Friedland hätte täglich rund 3.000 Personen aufgenommen. ...

Im übrigen sollen die Wellblechhütten Fußböden aus Holz erhalten. Bisher kampierten und schliefen (die Vertriebenen) ... auf dem mit Unrat übersäten Lehm des Ackerlandes einer Ziegelei.<<

General Draza Mihajlovic (1893-1946, organisierte vor Tito den nationalen Widerstand der Tschetniks gegen die deutsche Besatzung) und weitere 12 Angeklagte wurden am 15. Juli 1946 als antikommunistische Widerstandskämpfer zum Tod verurteilt und 2 Tage später hingerichtet (x006/630).

Die "Neue Berner Zeitung" berichtete am 15. Juli 1946 über eine Reise von Schweizer Journalisten durch Deutschland (x117/114): >>Sieht man den Leuten ins Antlitz, so fällt einem vor allem die Niedergeschlagenheit auf, die allen gemeinsam ist. Dumpfe Resignation ist das allgemeine Charakteristikum, und es ist eine große Seltenheit, daß man jemanden lachen sieht. ...<<

Die Tageszeitung "Die Welt" berichtete am 16. Juli 1946 über die "Pariser Konferenz" der alliierten Siegermächte (x111/193): >>Das Dunkel, das über der Politik der verschiedenen Mächte gegenüber Deutschland lag, hat sich jetzt gelichtet.

Einigkeit unter sämtlichen Alliierten besteht nur in der Saar-Frage. Bei der Ruhr haben sich Amerika, England und Rußland gegen Frankreich für das Verbleiben dieses Gebietes bei Deutschland erklärt. ...

Keine der Mächte hat der Notwendigkeit einer deutschen zentralen Regierung widersprochen. Molotow fordert aber nicht nur eine Zentralregierung, sondern eine zentralistische Regierung, während die drei Westmächte eine föderative Gliederung eines neuen deutschen Staates im Auge haben.

Die Forderung nach dem Föderalismus ist die Antwort auf die Überzentralisierung des Dritten Reiches, die eine Entmündigung und politische Entmachtung der demokratischen Kräfte von unten her brachte.<<

Ein US-Militärgericht fiel am 16. Juli 1946 in Dachau die Urteile gegen 73 ehemalige Angehörige der 1. SS-Panzerdivision Leibstandarte-SS "Adolf Hitler" ("Malmedy-Prozeß").

Der deutsche Oberstaatsanwalt Alfred Streim (1932-1996) schrieb später über den "Malmedy-Prozeß" (x051/371-372): >>Malmedy-Prozeß, Verfahren eines amerikanischen Militärgerichts in Dachau gegen 73 ehemalige Angehörige der 1. SS-Panzerdivision Leibstandarte-SS "Adolf Hitler" u.a. wegen Ermordung von 71 amerikanischen Kriegsgefangenen in Malmedy am 17.12.44; einer der umstrittensten Kriegsverbrecher-Prozesse.

Die Anklage stützte sich auf Geständnisse der Angeklagten, die, nach deren Aussage in der Hauptverhandlung, durch psychischen Druck und physische Gewaltanwendung erzwungen worden waren.

Obwohl sonstige Beweismittel im Wesentlichen nicht vorlagen, wurden am 16.7.46 43 Angeklagte zum Tod, 22 zu lebenslänglichen und die restlichen zu langjährigen Haftstrafen verurteilt.

Durch Bemühungen insbesondere des amerikanischen Chefverteidigers W. M. Everett setzte der Gerichtsherr, General Clay, 41 Urteile (27 Todesurteile, zwölf lebenslängliche und zwei zeitige Haftstrafen) herab und hob 13 (vier Todesurteile, acht lebenslängliche und eine zeitige

Haftstrafe) auf. Nach Überprüfungen - u.a. durch einen Ausschuß des amerikanischen Senats - wurden weitere Urteile abgeändert. Die noch bestehenden sechs Todesurteile wurden 1951 durch den amerikanischen Oberbefehlshaber für Europa, General Handy, in lebenslängliche Haftstrafen umgewandelt. Wenig später wurde in 31 Fällen nochmals Strafherabsetzung im Gnadenweg verfügt.

Einer der Hauptangeklagten, SS-Standartenführer Peiper, wurde 1976 in Frankreich nach einer Pressekampagne in Sachen Malmedy von unbekannt gebliebenen Tätern ermordet.<<

Das Ministerium für die Wiedergewonnenen Gebiete beschloß am 16. Juli 1946 einen Rund-erlaß über die Mitwirkung dritter Personen bei der Erfüllung der Melde- und Registrierpflicht durch Ausländer (x003/263-264): >>... Die Verordnung ... soll neben der Verordnung des Ministeriums vom 16. Mai 1946 über die Kontrolle der Bewegungen der deutschen Bevölkerung ein weiteres Mittel sein, um zu verhindern, daß sich ehemalige Staatsangehörige des Deutschen Reiches durch willkürlichen Wechsel des Wohnsitzes verstecken, wie sie auch verhindern soll, daß Ausländer ihre Melde- und Registrierungspflicht nicht erfüllen. ...<<

Das "Handelsblatt" berichtete am 18. Juli 1946 über die dramatische Ernährungslage (x111/-193): >>... Nur wenn es gelingt, die Millionen hungernder Städter vom Lande fernzuhalten, kann mit einer besseren Erfassung auf den Bauernhöfen gerechnet werden.

Dies setzt jedoch eine allgemeine Erhöhung der Rationen voraus, denn bei Rationen von etwa 1.000 Kalorien am Tage wird es niemals gelingen, das Hamstern von Lebensmitteln und den Schwarzen Markt zu unterbinden.<<

Ein Vorschlag der US-Regierung, die Wiedervereinigung der Besatzungszonen anzustreben, wurde am 20. Juli 1946 im Alliierten Kontrollrat von Frankreich und der Sowjetunion abgelehnt (x009/507).

Robert H. Jackson (1892-1954, nordamerikanischer Hauptankläger im Nürnberger Kriegsverbrecherprozeß) erklärte während seiner Schlußrede am 20. Juli 1946 (x114/2.133): >>Nirgends ist der ganze Verbrechenskatalog der Unterdrückung und des Terrors innerhalb Deutschlands so gut mit den Kriegsverbrechen verschmolzen gewesen, wie in der sonderbaren Mischung von Schwätzeri und Klugheit, welche die Aussagen Hermann Görings ausmachten. Göring hat überall seine Hand im Spiel gehabt und ist nebst Hitler der Mann gewesen, der die Tätigkeit aller Angeklagten zur gemeinsamen Anstrengung zusammengehalten hat.

Der blinde Eiferer Heß hat, bevor er der Wanderlust erlag, die Parteimaschine instand gehalten. ...

Keitel, ein schwacher und willfähriger Mann, hat die Wehrmacht der Partei ausgeliefert.

Der Großinquisitor Kaltenbrunner hat den blutigen Mantel Heydrichs angezogen.

Rosenberg hat die Haßlehre geschaffen.

Der fanatische Frank hat die neue autoritäre Ordnung ohne Gesetz errichtet, und Frick hat die Aufgabe gehabt, die Polizei zu überwachen, um dafür zu sorgen, daß die Nazis an der Macht bleiben.

Streicher hat obszöne Flugblätter über die Rassenfrage verfaßt.

Funk hat die Wiederaufrüstung beschleunigt, und die Hexenkunst Schachts hat es Hitler ermöglicht, das kolossale Rüstungsprogramm in aller Heimlichkeit zu finanzieren.

Dönitz hat seinen Unterseebootmördern den Befehl gegeben, die Seekriegsführung mit der Grausamkeit des Dschungels zu betreiben.

Raeder hat die deutsche Marine wieder aufgebaut und sie zu einer Reihe von Aggressionen verwendet.

Schirach, der Vergifter einer Generation, hat die deutsche Jugend in die Lehre Hitlers eingeführt.

Sauckel ist der größte Sklavenhalter seit der Zeit der ägyptischen Pharaonen gewesen.

Jodl hat die Wehrmacht in Verletzung des eigenen Ehrenkodex geführt. ...<<

Die Wochenzeitung "DIE ZEIT" berichtete am 20. Juli 1946 über den 2. Jahrestag des "20. Juli 1944" (x111/194): >>... Wäre der Aufstand gelungen, man hätte die Männer des 20. Juli als Verräter angesehen und ihnen die Schuld an der Niederlage zugeschoben. Eine fortwuchernde nationalsozialistische Ideologie hätte eine neue Dolchstoß-Legende erfunden. Der Prozeß der Selbsterkenntnis im deutschen Volk wäre unermesslich schwierig geworden. "Hitler hätte es geschafft": Von dieser Meinung wären wir kaum losgekommen. ...

Es ist leicht, gegen den 20. Juli politische Einwände zu erheben. Aber wer war damals bereit, sein Leben, seine Familie und die Achtung der Welt im Kampf gegen Hitler aufzugeben?

Die Männer des 20. Juli hätten sicherlich jeden begrüßt, der mitgemacht oder es besser gemacht hätte. Die Aktion des 20. Juli war insofern falsch, als sie zu spät kam, mit unzulänglichen Mitteln durchgeführt wurde und noch keine eindeutige demokratische Tendenz vertrat. Aber die Unzulänglichkeiten müssen von der Realität einer zwölfjährigen nationalsozialistischen Herrschaft aus verstanden werden. ...

Der 20. Juli war politisch eine Fehlleistung. Er ist aber gleichzeitig ein menschliches Vermächtnis an die deutsche Nation.<<

Der US-Militärgouverneur erklärte am 20. Juli 1946 (x111/194): >>Die Regierung der Vereinigten Staaten hat nach der Feststellung, daß keine der Besatzungszonen in Deutschland sich selbst versorgen kann und daß die Wirtschaftsunion zweier oder mehrerer Besatzungszonen die Lage in Deutschland verbessern würde, die amerikanischen Vertreter im alliierten Kontrollrat ermächtigt, mit den Vertretern der anderen Besatzungsmächte zwecks Vereinbarung von Maßnahmen zur Behandlung ihrer Zonen als eine wirtschaftliche Einheit in Verbindung zu treten.<<

Der SPD-Politiker Wilhelm Kaisen (1887-1979) schrieb am 20. Juli 1946 im "Weser-Kurier" (x111/194): >>Der Welthafen Bremen ist kein Organ etwa des Landes Niedersachsen, sondern ein Organ des Reiches. ... Bremen müssen die Aufgaben einer selbständigen Gebietskörperschaft übertragen bleiben.<<

Der Flüchtlingsausschuß des Länderrats beschloß am 22. Juli 1946 ein Programm zur Eingliederung der Flüchtlinge und Vertriebenen (x111/194): >>... Der Vertriebene ist Arbeitsuchender und Wohnungssuchender im gleichen Range wie der Alteingesessene.<<

Der deutsche Historiker Karl Jering (1914-1990) berichtete am 23. Juli 1946 aus Bayern (x124/206): >>Der Zonenrat in Hamburg hat einen Beschluß gefaßt, nach dem Jugendliche, die am 31.1.1933 das 18. Lebensjahr noch nicht überschritten hatten, als politisch nicht belastet angesehen werden sollen.

In der britischen Zone scheint man die Entnazifizierung weitaus liberaler zu handhaben als bei uns. ...<<

Ausweisungsaufruf für die Deutschen in Pochlowitz, Kreis Falkenau, vom 25. Juli 1946 (x004/339-340): >>**Aufruf!**

Die umseitig Aufgeführten haben am 28.07.1946, um 10 Uhr, in die Sammelstelle in Falkenau/Eger zu kommen, betreffend Aussiedlung nach Deutschland.

Es ist gestattet, Gepäck im Höchstgewicht von 50 kg pro Person einschließlich unverderblicher Lebensmittel für 7 Tage mitzunehmen. Das Handgepäck darf höchstens eine Zudecke, ein Besteck, Personalausweise, Seife, Handtuch und Zahnbürste enthalten, alles im Höchstgewicht von 5 kg, worauf besonders aufmerksam gemacht wird.

Die ärztliche Untersuchung der Transportfähigkeit erfolgt im Lager. Besorgung ärztlicher Zeugnisse in der Aufenthaltsgemeinde ist nutzlos.

Jeder hat im Lager ordentlich gekleidet, mit gutem Schuhwerk versehen und gründlich gewaschen - Männer rasiert - zu erscheinen.

Persönliche Dokumente (z.B. Tauf- und Heimatschein, Kennkarte) sind mitzunehmen. ...

Vor dem Verlassen der Wohnung ist der Haushaltsvorstand verpflichtet, alle Zugänge zur

Wohnung zu versperren. Das Schlüsselloch ist mit einem Streifen zu überkleben, welcher Ihnen ... übergeben wird. Die Schlüssel werden in einen Umschlag gegeben, welcher mit Ihrer genauen Anschrift versehen ... im Sammellager abgegeben wird.

Im Sammellager legt der Haushaltsvorstand eine Bestätigung vor, daß er die Miete, das Wassergeld und den elektrischen Strom bezahlt hat.

Achtung!

Nichtbefolgung der Vorschriften zur Aussiedlung, Beschädigungen, Vernichtungen oder Beseitigung des zurückgebliebenen Besitzes sowie Mithilfe zu solchen Handlungen wird gesetzmäßig bestraft. ...<<

Ministerpräsident Charles de Gaulle schlug am 28. Juli 1946 "praktische, einfache Deutschland-Lösungen" vor (x156/33-34): >>Deutschland bleibt Deutschland, das heißt, ein großes Volk, konzentriert im Herzen Europas, ein Volk, das sich im Abgrund doch noch seiner Höhepunkte erinnert und das der Dämon des Krieges noch eines Tages dazu verleiten könnte, seine Größe wiederzufinden, wenn man ihm die Möglichkeit gibt, seinen Ehrgeiz mit dem eines anderen Volkes zu verbinden.

Es ist die Aufgabe Frankreichs, zu verhindern, daß Deutschland wieder ein zentralisierter Einheitsstaat, kurz das "Reich" wird, dessen Bewaffnung und Drang immer die Bedingungen seiner kriegerischen Unternehmungen bildeten.

Jetzt, da der Geist des Friedens sich sehr schüchtern bewegt, da die internationale Zusammenarbeit noch nicht über die Verfahrensstreitigkeiten hinausgekommen ist und es in die Augen fällt, daß sehr viel Zeit noch vergehen muß, bis eine solche internationale Zusammenarbeit verwirklicht wird, vor allem, da es unter den siegreichen Mächten Differenzen gibt, von denen keiner weiß, wohin sie noch führen können, wie sollen wir da zugeben, daß man jetzt politisch oder wirtschaftlich – was bald auf dasselbe herauskäme – das Instrument wiederherstellt, welches dasjenige Bismarcks, Wilhelm II. und Hitlers war?

Der Vorschlag Frankreichs ist eine ehrliche, praktische, hinsichtlich Deutschlands menschliche und einfache Lösung, und jeder kennt sie. Die verschiedenen traditionsgebundenen deutschen Einheiten: Preußen, Sachsen, Bayern, Württemberg, Baden, Hessen, Pfalz, Provinz Rheinland, die nordwestlichen Provinzen sollen wiedererstehen, sich selbst verwalten und jede sich auf ihre Rechnung und auf ihre Art und Weise einrichten.

Das ungeheure Arsenal der Ruhr soll unter internationale Kontrolle gestellt werden, nicht um die deutsche Bevölkerung des Lebensnotwendigen zu berauben, sondern um unter den Nachbarstaaten die für das wirtschaftliche Leben aller notwendigen Kohle aufzuteilen.

Das Saarbecken, dessen Kohle uns durch den Versailler Vertrag übergeben wurde, deren Ausbeutung sich ganz natürlich an den unserer Erzbergwerke anschließt, soll in die französische Wirtschaft eingegliedert werden.

Polen soll eine Westgrenze bekommen, die den im Osten erlittenen Verlust wiedergutmacht. ...<<

Der stellvertretende Militärgouverneur der nordamerikanischen Besatzungszone, US-General Lucius D. Clay, berichtete später über die französische Einstellung (x156/34): >>Vielleicht hätten wir ohne das französische Veto innerhalb der ersten 6 Monate zentrale Verwaltungsstellen für ganz Deutschland schaffen und innerhalb oder außerhalb dieser Einrichtungen mühevoll um eine einheitliche Wirtschaftspolitik ringen können.

Bestimmt hätten sich unsere wirtschaftlichen und später unsere politischen Meinungsverschiedenheiten mit der Sowjetregierung auch so ergeben. Ein Deutschland, in dem zentrale Verwaltungsstellen überall ihre Zuständigkeit ausübten, hätten sie möglicherweise weniger leicht gespalten. Ohne deutsche Verwaltungsstellen, die ihre Anweisungen ausführten, konnte die Viermächte-Regierung nicht zum Erfolg führen.

6 Monate nach Potsdam war das sowjetische Expansions-Programm angelaufen. Das kommu-



nistische Machtstreben in den Satelliten-Staaten nahm an Wucht und Umfang zu. Übereinstimmung in Deutschland war da nicht mehr möglich. ...<<

Das Präsidium des Volksparlaments erließ am 31. Juli 1946 ein Gesetz zur Bestätigung und Änderung des Beschlusses über den Übergang von Feindvermögen in das Eigentum des jugoslawischen Staates (x006/184E-187E).

Da man aus den abgetretenen ostpolnischen Gebieten jenseits des Bug nur rund 1,4 Millionen Polen repatriieren und in den deutschen Ostgebieten ansiedeln konnte, richtete sich ab Juli 1946 die Ansiedlungswerbung verstärkt an die Bevölkerung Zentralpolens. Polnische Werbungskommissionen versuchten sogar, die im rheinisch-westfälischen Ruhrgebiet und in Frankreich lebenden Bergarbeiter polnischer Abstammung für eine Ansiedlung in Ostdeutschland zu gewinnen (x001/119E).

Deutsche Flüchtlinge und Vertriebene berichteten später über ihr bitteres Schicksal in den norddeutschen Gemeinden im Juli 1946 (x024/183-187): >>... Die Aufnahme hier war äußerst schlecht und ablehnend. Wir wurden als Pollacken bezeichnet. Da wir aber schon viel Leid erfahren hatten, ertrugen wir es hier auch mit Fassung und versuchten, einigermassen zurechtzukommen. Sehr viel später hat sich einiges gebessert.

... Nach 4 Tagen Fahrt kamen wir in einem reichen Bauern- und Viehhändlerort in der Nähe von Bremen an, der keinerlei Kriegsschäden hatte. Die Einheimischen hatten noch kurz vor dem Kriegsende ein dort befindliches riesiges Lager der Kriegsmarine ausgeschlachtet. Da kamen wir in das dortige Jugendheim. Wir lagen auf Stroh und bekamen nichts zu essen. Wir hatten nicht einmal einen Ofen im Raum, um unseren Kindern, die 7 und 8 Monate alt waren, etwas Warmes zum Trinken zu machen.

Keiner kümmerte sich um uns, weder die Gemeinde noch die katholische Kirche – ein Dr. theol. – predigte noch sonntags gegen die Vertriebenen, wie er auch in seinem riesig großen Pfarrhaus nicht einmal den vertriebenen Geistlichen, die gelegentlich zu Abhaltung von Gottesdiensten für die Vertriebenen kamen, ein Obdach für eine Nacht gewährte. ...

Christliche Nächstenliebe! Da leben heute die Ausländer bei uns wie die Fürsten im Vergleich zu unserem Vertreibungsland.

... Der Pfarrer sprach von den Flüchtlingen als eine Strafe Gottes und das Gottesvolk drängte die Flüchtlinge aus den Kirchenbänken hinaus. Und wenn jemand vor Hunger schwarz vor den Augen wurde und er sich während der Messe hinsetzte, wurde er so lange und deutlich mit dem Gebetbuch in den Rücken gestupst und mit bösen Blicken bedacht, bis er wieder kniete. ...

Es folgte eine bittere Zeit, in der ich mehr geweint als Brot gegessen habe. Man machte es den Flüchtlingen nicht leicht. Nur zu oft wurde man mit häßlichen Redensarten beschimpft. Mit meinem kleinen Kind auf dem Arm ging ich von Tür zu Tür, um eine Bleibe zu suchen. Schließlich erbarmte sich eine ältere Dame, der eben die Mutter gestorben war, und bot mir ein möbliertes Zimmer an. Ich war glücklich. ...

... Gemeinsam mit anderen Leidensgenossen wurden wir nach Soltau verladen. Dort angekommen, wurden wir zunächst in ein Lager gesteckt, eine ehemalige Baracke, die alles andere als ordentlich, eher als Zumutung zu bezeichnen war. In einem großen Raum waren an einer Seite einige Tische und Bänke. Auf der anderen Seite waren aus rohen Brettern zusammengeschlagene Etagenbetten mit Strohsäcken. Da schliefen nun Männlein und Weiblein und Kinder dazwischen – alles durcheinander.

Im sogenannten Waschraum war nur ein einziges Gefäß zum Waschen, daß die Männer als Kopf einer Bombe erkennen wollten. Eine Toilette gab es nicht, ein Stück von der Baracke entfernt war im Wald eine Latrine.

Als Eßgeschirr dienten zum Teil leere Konservendosen. Ich hatte in den letzten Jahren so manche Erniedrigung erlebt. Aber eine Woche Aufenthalt in diesem Lager machte so recht

deutlich, daß der Mensch nicht viel mehr wert war als ein Stück Vieh, im Gegenteil, das wurde oft besser behandelt. Und dies 4 Wochen vor der Geburt meines zweiten Kindes. ...

Wir und unser Bündel wurden auf ein Lastauto verladen und einige Kilometer weiter auf einem Bauernhof wieder abgeladen. Kein Mensch war zu sehen, die Türen alle verschlossen. ... Mein Mann holte den Gendarmeriebeamten. Schließlich fanden sie den Bauern. Es gab einen heftigen Wortwechsel zwischen den beiden. Uns war es sehr peinlich. Am Ende wies uns der Bauer eine Knechtekammer an, mit Eingang vom Stall. Darin stand nur ein schmales Bett und eine Kiste. ...

Ein Teil unserer Landsleute kam aufs Land, die anderen blieben in Peine. ... Wir haben zu dritt ein freundliches Zimmer, den Blick auf einen Garten. Die Blautanne vor dem Fenster erinnert ein wenig an unsere 2 stolzen Wächter vor unserem fernen, verlassenen Haus. Dieses Zimmer ist nun unsere Welt, es umfaßt unseren ganzen Besitz und unser tägliches Leben. Ein kleiner eiserner Kochherd ist auch hineingestellt worden.

... Die ruhigen Nächte sind erquickend, keine persönliche Bedrohung ist mehr zu befürchten, kein Pochen an der Haustür erschreckt uns.

Aber je mehr wir den Lebensrhythmus der Stadt erfassen, um so tiefer empfinden wir, daß wir Eindringlinge sind, die Wohnungsnot und Ernährungsschwierigkeiten noch vermehren. ... Entwurzelt zu sein, ist das schwerste Los, das Menschen treffen kann. ...<<

Ein kirchliches Hilfswerk im Ruhrgebiet berichtete im Juli 1946 (x117/58): >>Der neunjährige Ostflüchtling Hans M. wurde von der Bahnhofmission aufgegriffen. Er hatte nur eine zerlumpte Hose an und besaß sonst kein Kleidungsstück. Nach seinen Angaben ist der Vater vermißt und die Mutter verstorben. Er hat keine Angehörigen und besitzt nichts. ...<<

Der deutsche Journalist Ekkehard Kuhn schrieb später in seinem Buch "Nicht Rache, nicht Vergeltung ..." über den nicht selten bitteren Anfang der deutschen Vertriebenen im Westen (x024/183): >>Auch wenn es unter den Einheimischen im Westen Männer und Frauen gab, die mit Tatkraft halfen, das Los der Ankommenden zu lindern, so muß doch festgehalten werden, daß das Zusammentreffen der Flüchtlinge mit den Einheimischen in der Regel enttäuschend war.

Von einer Welle der Sympathie zu den Betroffenen konnte wahrlich nicht die Rede sein. Es war schon bestürzend, wie gleichgültig und ablehnend sich Deutsche ihren Landsleuten gegenüber verhielten. ...<<

In der Slowakei begann Ende Juli 1946 die große Aussiedlungsaktion der Deutschen. Sie erhielten 1.000 RM, später 500 RM und durften 50 bis 100 kg Gepäck mitnehmen.

Da die Aussiedlung verhältnismäßig spät durchgeführt wurde, kamen viele Karpatendeutsche in die Sowjetzone Deutschlands. Nur 9 Vertreibungstransporte mit insgesamt 10.880 Personen wurden in die nordamerikanische Besatzungszone Deutschlands geleitet (x004/178).

Die "Neue Berner Zeitung" berichtete im Juli 1946 über die Hungersnot im Ruhrgebiet (x117/112): >>Soll man sich auf den Standpunkt stellen, je mehr Deutsche zugrunde gehen, um so besser?

Das würde nicht weniger bedeuten, als daß der schlimmste Naziungeist auch uns erfaßt hat.

Oder soll man nicht eher den Notleidenden die helfende Hand reichen?

Wollen wir nicht gerade darum, weil wir keine Nazis sind, auch zeigen, daß wir anders sind und die reine Menschlichkeit höher stellen als alle politischen Rechnungen? ...<<

Die Publikationskontrolle der US-Militärregierung veröffentlichte am 1. August 1946 eine Liste der bisher erschienenen Bücher und Druckschriften (x111/199-200):

>>1. Religion = 271 Titel,

2. Schöne Literatur = 174 Titel,

3. Sozialwissenschaft = 59 Titel,

4. Bilderbücher und Jugendschriften = 53 Titel,

5. Wörterbücher, Nachschlagewerke = 50 Titel,
6. Geisteswissenschaften, Philosophie = 44 Titel,
7. Unterrichtstexte = 36 Titel,
8. Erziehung = 22 Titel,
9. Berufe = 21 Titel,
10. Kalender = 21 Titel,
11. Naturwissenschaften = 18 Titel,
12. Landwirtschaft = 17 Titel,
13. Medizin = 16 Titel,
14. Bauwesen = 10 Titel,
15. Handel und Industrie = 5 Titel,
16. Schöne Künste = 4 Titel,
17. Frauenbücher = 3 Titel,
18. Sozialwissenschaften anderer Länder = 2 Titel,
19. Rechtswissenschaft = 1 Titel,
20. Sport = 1 Titel.<<<

Die deutsche Presse berichtete damals über die bisher in der US-Zone erschienenen Bücher und Druckschriften (x111/200): >>Die Bedeutung religiöser und schöngeistiger Schriften für die Neuformung unseres Geisteslebens soll keineswegs verkleinert oder bestritten werden; aber wenn diese beiden Gebiete zusammen mit 445 Veröffentlichungen mehr als die Hälfte aller neuen Buchtitel ausmachen, während beispielsweise ein gerade auch in unserer heutigen Situation so grundlegend wichtiges Stoffgebiet wie die Rechtswissenschaft nur mit einem einzigen Titel vertreten ist, so wird niemand bestreiten können, daß dies ein wenig erfreulicher Zustand ist.

Das gleiche gilt für die Publizistik auf dem Gebiete von Handel und Industrie, die mit ganzen fünf Titeln vertreten ist. ...<<<

Im Bezirk Graslitz gab man am 1. August 1946 Verhaltensvorschriften für den Abschub der Sudetendeutschen bekannt (x004/342): >>**Aufmerksammachung.**

Personen, die für den Abtransport bestimmt sind, haben ihre Wohnung in vollster Ordnung zu verlassen.

Pro Person wird 50 kg bewilligt. Wer mehr als das vorgeschriebene Gewicht haben wird, dem werden die Sachen abgenommen, ohne Rücksicht was für Sachen es sind.

Die übrigen Sachen sind in der Wohnung an Ort und Stelle zu lassen z.B. Vorhänge, Teppiche, Tischlampen, Wandspiegel, Waschschüsseln, Teile der Einrichtung, Tischdecken, 2 Handtücher, in Betten (die) Matratzen, Bettlaken und mindestens je ein Kopfkissen und Zudeckbett, alles frisch bezogen.

Das Gepäck darf nicht in Teppiche oder Überzüge gepackt werden.

Wird bei der Kontrolle festgestellt, daß dies nicht beachtet wurde, wird die betreffende Person nicht in den Transport aufgenommen, sondern ins Inland auf Arbeit geschickt.

Wer sich nicht 24 Stunden nach Erhalt des Einberufungsscheines in der Sammelstelle meldet, wird von der Polizei vorgeführt.<<<

Die Tageszeitung "Die Welt" berichtete am 2. August 1946 über die bevorstehenden Gemeinde-, Provinzial- und Länderwahlen in den Westzonen (x111/200): >>Die Aufgabe, vor der wir heute stehen, ist, den Übergang vom Führerprinzip zur Demokratie so deutlich wie möglich zu machen.

Nicht ein selbstherrlicher einzelner, nicht eine machtlüsterne Clique von Abenteurern und Verbrechern soll über das Schicksal des Volkes bestimmen.

Das Volk selbst soll seine Stimme erheben. Es soll wahrhaft wählen. Und nach seinem Willen soll regiert werden.<<<

Der deutsche Historiker Karl Jering (1914-1990) berichtete am 2. August 1946 aus Bayern (x124/207-208): >>Dr. W. besucht, der recht deprimiert von einer Inspektionsreise durch die Flüchtlingslager zurückgekommen ist. ...

Die Kloaken rinnen in die Baracken, die Folge sei eine unausstehliche Mückenplage, die Waschgelegenheiten sind mehr als notdürftig, die Räume überbelegt. Niemand nehme sich der Kinder an, die wie junge hungrige Hunde in der Gegend umherstreunen. ...

Die Bevölkerung Schleswig-Holsteins hat infolge des Flüchtlingszustroms von 1.500.000 auf 2.730.000 Menschen zugenommen. Die Briten haben den Zuzug nach dieser Provinz gesperrt.

...

Das Schwabinger Krankenhaus, das die Amerikaner beschlagnahmt haben, verfügt über 4.000 Betten. Nicht einmal ein Sechstel davon sind belegt, und unter den Kranken befindet sich nach unseren Begriffen kaum ein spitalfähiger Fall. Während in unseren Kliniken die Kranken auf den Gängen liegen, benutzen die Besatzer die Räume u.a. als Absteigquartier für ihre Fußballmannschaften. ...<<

Generaloberst Nikolaus von Falkenhorst (1885-1968, von 1942-44 Oberbefehlshaber der deutschen Wehrmacht in Norwegen) wurde am 2. August 1946 wegen der Erschießung von Angehörigen eines britischen Kommandounternehmens durch ein britisch-norwegisches Kriegsgericht zum Tod verurteilt.

Von Falkenhorst wurde später begnadigt und 1953 aus der Haft entlassen.

Das Eheverbot für britische Besatzungssoldaten und deutsche Frauen wurde am 3. August 1946 aufgehoben.

Der deutsche Historiker Karl Jering (1914-1990) berichtete am 6. August 1946 aus Bayern (x124/213-214): >>... Das Flüchtlingselend ist auch hier groß. Die Leute werden mechanisch nach einem errechneten Schlüssel auf die einzelnen Landkreise aufgeteilt, wo sie hoffnungslos dahinvegetieren, zumal es sich zum größten Teil um Frauen, Kinder und Greise handelt. Aber dank der Vitalität der Bayern wahrst das Leben hier immer noch eine gewisse, wenn auch immer schäbiger werdende Form. ...

Meine Verwandten, die wir kürzlich bei Mindelheim besucht haben, fanden wir in schlechterer Verfassung vor als meine Eltern. Der Onkel hat in tschechischer Zwangsarbeit Furchtbares durchgemacht und meine stets heitere und lebenszugewandte Tante ist nervlich ein Wrack.

Zu essen gibt es im Dorf allerdings mehr und abwechslungsreicher als in der Großstadt. Aber die Kammer, in die beide eingewiesen wurden, ist nicht heizbar und ohne Kochgelegenheit. Von den 3 Schränken in der Kammer dürfen sie nur einen benutzen. Die Wirtin denkt gar nicht daran, die beiden anderen auf den Gang zu stellen, wo genug Platz wäre.

Da sie es sich verbat, schon frühmorgens Flüchtlinge in ihrer Küche zu sehen, fällt das Frühstück für die beiden aus. Ich will ihnen als nächstes eine Kochplatte verschaffen.

Für das Mittagessen hat sich Tante an genau festgelegte Zeiten zu halten. Außerdem wird die Schneiderin, der das Haus gehört, krank, wenn sie auf der blanken Einfassung des Herdes einen Wassertropfen findet. So wird jeder Handgriff ein Kampf gegen Enge und Herzenshärte von Leuten, die nichts erfahren haben und seit Generationen von der Geschichte verschont wurden.

... Hier trifft das Schicksal Menschen, die an der Lebenswende zum Alter stehen und kaum noch die Elastizität aufbringen, sich auf diese trüben Verhältnisse einzustellen.

Im übrigen scheinen die Russen ihre Zone hermetisch abzuschließen. Hier wird von einem 4 km-Gürtel gesprochen, der von drüben aus dicht gemacht werden soll. ...<<

Die US-Militärregierung verbot am 8. August 1946 landsmannschaftliche Vereinigungen der Flüchtlinge und Vertriebenen aus den deutschen Ostgebieten (x111/201).

Der deutsche SPD-Politiker Wilhelm Sollmann (1881-1951) schrieb am 8. August 1946 (x111/201): >>... Die Enttäuschung über die Politik der Sieger ist natürlich allgemein, die

Furcht vor Rußland auch.<<

Die Tageszeitung "Die Welt" berichtete am 9. August 1946 über den "Schwarzhandel" (x111/202): >>Bis zu welchem Grade wir alle den Boden unter den Füßen verloren haben, auch moralisch und weltanschaulich, das zeigt sich täglich, wohin man auch blickt.

Wir schimpfen auf den Schwarzhandel – und doch ist kaum einer da, der nicht zumindestens mit dunkelgrauen Geschäften und Beziehungen sich das Leben zu erleichtern sucht.

Wir wissen, daß wir ohne wahrhaft zusammenfassende gemeinsame Anstrengungen niemals aus dem Sumpf herauskommen – und doch denkt jeder an sich selbst mit einer Kraßheit, die es nie zuvor gegeben hat und niemals hätte geben dürfen. ...<<

Das "Handelsblatt" berichtete am 9. August 1946 über die sowjetischen Reparationsforderungen (x111/202): >>Es ist schwer, sich ein genaues Bild von der Größe der russischen Forderung zu machen. Zunächst ist nicht erkennbar, ob die weitgehenden Demontagen deutscher Industrieanlagen in der russischen Zone angerechnet werden sollen. Zweifellos hat es sich hier um eine Wiedergutmachung gehandelt.

Für ihren Umfang fehlen Berechnungsunterlagen, doch wurden bis Ende Mai 1946 schon die Listen der ausgebauten Firmen im hochindustrialisierten Sachsen beispielsweise auf 60 % der ehemaligen Kapazität geschätzt, bei der Werkzeugmaschinenindustrie wurden sogar 90 % erreicht. ...<<

Die Berliner Zeitung "Der Tagesspiegel" berichtete am 9. August 1946 über die "Ausgerichtete Literatur" (x111/203): >>Wenn wir von einem kulturellen Beirat hören, den die Zentralverwaltung für Volksbildung in der russischen Besatzungszone sich angegliedert hat, um eine gewisse Planung im Verlagswesen durchzuführen, so drängt sich uns der nicht unbegründete Argwohn auf, hier solle im Fahrwasser der Reichsschrifttumskammer und ihrer verschiedenen Dienststellen zur Förderung arteigenen Schrifttums, nur unter umgekehrtem Vorzeichen, eine Art Einheitsliteratur herangezüchtet werden.

Erich Weinert, der seit kurzem die propagandistisch wirksamsten Zweige der Volksbildung unter seine Fittiche genommen hat, läßt sich die Verlagsprogramme einreichen und empfiehlt nun, sekundiert von einem eigens ausgewählten Gremium zuverlässiger Parteigänger, welches für die Gegenwart besonders wichtige Schrifttum in der Verlagsproduktion zu bevorzugen und welches unerwünscht sei. ...<<

Die Kommandanten der vier Berliner Sektoren erklärten am 13. August 1946 (x111/204): >>Die alliierten Kommandanten betrachten die Wiederherstellung einer konstitutionellen Regierung für die Stadt Berlin als ein geschichtliches Ereignis.

Mit der Übermittlung der vorläufigen Verfassung an den Magistrat, zusammen mit der Anordnung der Alliierten Kommandantur, geben die Besatzungsmächte nochmals ihrem Bestreben Ausdruck, die politische Unabhängigkeit in Berlin herzustellen und der Bevölkerung in Angelegenheiten der Stadtverwaltung das Selbstbestimmungsrecht wiederzugeben. ...<<

Walter Müller-Bringmann berichtete am 13. August 1946 über das Grenzdurchgangslager Friedland (x123/48-52): >>13. August 1946: ... Die ersten aus Rußland entlassenen deutschen Kriegsgefangenen für die britische Zone trafen ein, fieberhaft seit Tagen von vielen Angehörigen erwartet, die aus Köln und Hamburg, Dortmund und Lübeck Schlangen an den Straßenträndern bildeten, um möglichst den Vater oder Bruder, den Sohn oder Bräutigam sogleich zu erspähen. ...

Zunächst kamen ... Sanitätswagen, angefüllt mit Schwerkranken und Marschunfähigen. Einzelne magere, unendlich abgezehrte Gesichter, fast unmenschliche Gesichter versuchten durch die kleinen Fenster der unförmigen Autos zu sehen. ...

Dann dahinter, in langen Reihen, ohne Tritt, immer zu sechst, müde und matt, mit leeren Blicken und kahlgeschorenen Köpfen, eingehüllt in Fetzen ehemaliger Uniformen, mit Stöcken, Krücken oder den unvermeidlichen, aus alten Konservendosen hergestellten Eßnapfen in

den Händen, kamen diejenigen, die einst gesund ... "gen Osten" ausziehen mußten. Auch auf den abgestumpften Gesichtern der englischen Soldaten zeichnete sich ein ungläubiges Erschrecken ab; die deutschen Frauen im Straßengraben fingen an zu weinen, einzelne versuchten zaghaft zu winken, aber die schmutzige Masse der ... unendlich bemitleidenswerten Gestalten, die da ausgemergelt und ausgelaugt daherwankten, gab kaum ein Zeichen zurück.

Sie kamen ohne jedes Gepäck, ohne Decke und ohne Mantel, wenige nur ein armseliges, kleines Bündel tragend. Die Gesichter waren grau und zerfurcht, manche auch von Ekzemen zerfressen.

Junge Burschen, zuletzt noch in den Krieg hineingerissen, schienen ... um Jahrzehnte gealtert. Kräftige Männer von einst setzten nur mühsam ein Bein vor das andere. ...

Kolonnen in Militärdrillhosen, gebrauchten Zivil- oder Uniformstücken, mit Segeltuch gespannte Holzschuhe an den Füßen, oft einen der ihren untergefaßt, folgten. ...

Die letzten Reihen bestanden aus denen, die offenbar immer weiter zurückgeblieben waren. Sie sahen nicht nach links und nicht nach rechts ...

Aber sie wollten nicht aufgeben. Sie hatten sich an den Händen gefaßt, schlürften, gestützt auf ihre Knüppel oder auf die Schulter des Nebenmannes, daher, immer weiter, immer weiter. Nur nicht zurückbleiben, nach Hause, nach Hause.

Auf einer Behelfstrage ... trugen 4 Männer einen Halbtoten, ... der stockend vor sich hin murmelte: "Nicht liegenlassen, Kameraden. Nehmt mich mit, Kameraden ...

Auf "englischem Boden" erhielt jeder Heimkehrer ... einen halben Liter heiße Schokolade. Dann bestiegen die gequälten, geduldigen, kaum sprechenden und fast völlig apathischen Menschen die bereitstehenden Omnibusse, um ins Lager Friedland gefahren zu werden.

Diejenigen, die nicht mehr weiterkonnten, schleppten sich nach der Fahrt in eine der Baracken, fielen nieder und waren durch nichts zu bewegen, wieder aufzustehen. Andere setzten sich, da wo sie standen, einfach auf den Erdboden. Für die große Mehrzahl aber begann die unvermeidliche Maschinerie des Lagerbetriebes zu laufen.

Zunächst wurden politische Fragebogen verteilt, die jeder sofort auszufüllen hatte. ...

Dann hieß es in Reihe anstehen, Schlange bilden, um registriert zu werden. Und geduldig, wie die Schafe, stellte sich einer hinter den anderen. Das hatten sie gelernt.

Wer die Registrierung "durchlaufen" hatte, mußte in die nächste Baracke zur Entlausung. Das berühmte weiße Pulver flog hier nur so in riesigen Wolken umher. Denn vor Läusen haben die Engländer einen großen Respekt.

Anschließend kamen die Heimkehrer zum Arzt, um untersucht zu werden. Zum Schluß erhielt jeder Verpflegung, gute, reichliche Portionen ...

Ein kleiner Teil der ehemaligen Gefangenen bekam bereits kurze Zeit später einen Freifahrtsschein für die deutsche Reichsbahn in die Hand gedrückt und konnte einen der späten Abendzüge in Richtung Heimat erreichen. Viele aber blieben in Friedland, saßen auf den rohen Holzbänken, wortkarg, abgestumpft, still. Sie antworteten auf Fragen nur zögernd, ungerne, fast ablehnend.

Hier kamen Männer zurück, die so viel in den letzten Jahren und Monaten mitmachen, ertragen, erleiden mußten, daß für ihre Umwelt kein großes Interesse mehr übrig geblieben ist und sie ... verständnislos auf das hörten, was ihnen gesagt wurde. ...<<

Ein anderer Zeitzeuge berichtete am 13. August 1946 aus dem Grenzdurchgangslager Friedland über die Ankunft des ersten offiziellen deutschen Kriegsgefangenentransportes aus der Sowjetunion (x111/203): >>Die Sowjets ließen die schweigend fügsamen Männer in breiten Kolonnen am Kontrollpunkt in Besenhausen zu fünft oder sechst antreten, hoben den Schlagbaum und übergaben sie den davor wartenden Briten.

Am britischen Schlagbaum kamen zunächst langsam und schwerfällig Sanitätswagen, ange-

füllt mit Schwerkranken und Marschunfähigen an. Dann näherte sich die Kolonne in langen Reihen, ohne Tritt, müde und matt, mit leerem Blick, großen kahlgeschorenen Köpfen, eingehüllt in Fetzen ehemaliger Uniformen, altem Drillichzeug. Viele gingen an Krücken und Stöcken, stützten einander, trugen Kameraden. Kaum einer erwiderte Zurufe und Winke der Tausenden, die am Wegrand warteten. Eine Welle ungläubigen Entsetzens ging durch die Menge. Die britischen Soldaten sahen fassungslos auf diese greisenhaften Gestalten. ...

Das Schlimmste aber war die Ausdruckslosigkeit der Gesichter. Sie wirkten maskenhaft; das Spiel der Mienen und der Glanz der Augen waren erloschen. Alle sahen um Jahre älter aus, als das Geburtsdatum auswies. Kein einziger war arbeitsfähig.

Die letzten aufgelösten Gruppen bestanden aus denen, die immer weiter zurückgeblieben waren. Auf einer Behelfstragbahre, bestehend aus zwei Ästen, über die Fetzen gelegt waren, trugen sie einen Mann mit schütterem grauem Bart, der murmelnd immer wiederholte: "Nicht liegenlassen, Kameraden, nicht liegenlassen!" ...<<

Während einer ärztlichen Untersuchung dieser 1.200 entlassenen Kriegsgefangenen wurde festgestellt (x111/203-204): >>... daß von diesen ersten in den Westen offiziell entlassenen deutschen Kriegsgefangenen aus der Sowjetunion 90 % Dystrophiker sind, 60 bis 70 % starke Kreislaufschäden haben, 40 % tuberkulös erkrankt sind und fast alle Ekzeme, Furunkulose und Phlegmone haben. Auffällig ist auch die große Zahl der Malaria-Kranken.<<

Die US-Militärregierung veröffentlichte am 13. August 1946 ein Programm für die "Wiederherstellung des deutschen kulturellen Lebens" (x111/204): >>... Zur Umsetzung in die Tat muß das Programm der "Deutschen Umerziehung" in steigendem Maße von solchen heimischen Mitteln der deutschen Kultur Gebrauch machen, welche die friedliche Entwicklung neuer Ideale und Institutionen versprechen.

Der Zusammenbruch der Zentralregierung in Deutschland hat mit sich gebracht, daß Zivilunternehmen wie Schulen, literarische Gesellschaften, Büchereien, Wohlfahrtsbehörden und Krankenhäuser von örtlichen Stellen übernommen wurden. Außer der an sich gesunden kulturellen Betätigung in örtlich begrenztem Rahmen ist es jedoch wesentlich, daß die kulturelle Wiederbelebung auf staatlicher Basis erlaubt wird.

Die Möglichkeit der Grundlage für eine deutsche Selbstachtung ist der berechtigte Stolz auf ihre früheren großen Kulturbeiträge in Literatur, Kunst, Wissenschaft und Religion.

Die Besatzungsbehörden werden sich dessen bewußt sein, daß dauernde kulturelle Veränderungen nur erzielt werden können, wenn sie von den Deutschen selbst entwickelt und aufrechterhalten werden.

Nach der Ausmerzung der Nazi-Elemente werden die Besatzungsbehörden versuchen, die Aufgabe der Umerziehung in fortschreitendem Maße auf verantwortungsbewußte Deutsche zu übertragen, und zwar so schnell es die Verhältnisse zulassen. Auch die möglichst baldige Wiederherstellung kultureller Beziehungen zwischen Deutschland und anderen Nationen wird angestrebt werden.<<

"Das große Lexikon des Dritten Reiches" berichtete später über Umerziehung nach dem Zweiten Weltkrieg in Deutschland (x051/471): >>Reeducation (englisch Umerziehung), Bezeichnung für die Maßnahmen und Pläne der Alliierten zur Tilgung des nationalsozialistischen Gedankenguts in Deutschland, zur Rückführung der Deutschen zu Demokratie, rechtsstaatlichem Denken und einer auf den Menschenrechten beruhenden Gesinnung sowie zur Vorbereitung einer friedlichen deutschen Mitarbeit am internationalen politischen und kulturellen Leben nach 1945.

Mit welcher "Behandlung" eine solche Reeducation am besten zu erreichen sein würde, war allerdings nicht nur zwischen den Alliierten strittig, sondern unterlag auch Schwankungen je nach politischer Opportunität (Entnazifizierung).

Der zunächst eingeschlagene Weg der Schockbehandlung durch den Vorwurf der Kollektiv-

schuld an den nationalsozialistischen Gewaltverbrechen führte jedoch eher zu Abwehrhaltungen und ließ Reeducation v.a. in politisch rechtsstehenden Kreisen zum Negativbegriff werden. Im Zuge der Ost-West-Entfremdung nach dem Krieg wurde die Reeducation-Propaganda bald modifiziert und schließlich eingestellt.<<

Der deutsche Schriftsteller Caspar Freiherr von Schrenck-Notzing (1927-2009) schrieb später in seinem Buch "Charakterwäsche. Die Re-education der Deutschen und ihre bleibenden Auswirkungen" über die US-Umerziehung seit 1946 (x306/121-126): >>**Pädagogen am Werk**

Die Re-education (Umerziehung) des deutschen (und japanischen) Volkes trug einen Januskopf. Nach rückwärts zeigte er die mürrischen Züge der Sozialpsychologie, jenem Versuch wissenschaftlicher Bewältigung gescheiterter Hoffnungen, nach vorne erglänzte er im rotwangigen Optimismus der Pädagogik und verkündete:

"Das einzige und beste Werkzeug, um noch im gegenwärtigen Geschlecht in Deutschland die Demokratie zu erreichen, ist die Erziehung."

Für die Sozialpsychologen war Reeducation der Terminus für den mühsamen Versuch der Resozialisierung von Alkoholikern, Drogensüchtigen, Gestrandeten aller Art für die Pädagogen bedeutete er die Fortsetzung der Erziehung eines Kindes, das eine Zeit lang in die Hand schlechter Lehrer geraten war. Für den mißtrauischen und empfindlichen Sozialpsychologen war die Gefahr eines Rückfalls immer gegeben, für den optimistischen Pädagogen konnte nichts schiefgehen, da der Zögling doch jetzt in den einzig richtigen Händen war.

In der weltweiten Verbreitung des pädagogischen Optimismus sahen viele Amerikaner den wichtigsten Kriegsbeitrag der USA. So hatte sich schon vor dem amerikanischen Kriegseintritt die Pädagogik mit einem Manifest von Ann Arbor als gestaltende Kraft für die Errichtung der Nachkriegsordnung empfohlen. Auch während des Krieges wurden die Pädagogen nicht müde, in Tagungen, Rundtischgesprächen und Vorlesungen die Probleme einer Reeducation auszuloten. Weniger Geschick zeigten sie bei den Positionskämpfen um die Einflußverteilung in der zukünftigen Militärregierung.

Die Erziehung wurde Aufgabe einer Unterabteilung, an deren Spitze zwei Hauptleute standen. Pädagogik war in den ersten Besatzungsmonaten wenig gefragt. Auch auf dem Erziehungssektor hatte zunächst der Viermächte Kontrollrat das Wort. In seiner Direktive Nr. 54 legte er fest, daß in ganz Deutschland das gleiche Erziehungssystem gelten solle. Alle Schulen sollten zur demokratischen Lebensform erziehen.

Was hinter dieser zu verstehen war, blieb allerdings der Vorstellungskraft der Zonenbefehlshaber überlassen. Diese fanden heraus, daß die demokratische Lebensform die Lebensform just ihres Landes sei. Übertrüge man diese Lebensform auf Deutschland, dann habe man auch dort die demokratische Lebensform eingeführt. Nur die Franzosen hüteten sich, den Pariser Zentralismus auf Deutschland zu übertragen, für das sie eine extrem föderalistische Entwicklung bevorzugten, und priesen lieber die Hochleistungen französischer Kultur und Zivilisation an.

Auch die Amerikaner befanden sich in einigen Schwierigkeiten, da sie hin- und herschwankten, ob sie die amerikanischen Zustände, wie sie sich geschichtlich entwickelt hatten, auf Deutschland übertragen oder ob sie von der sich in ihren Vorstellungen anbahnenden künftigen Weltordnung ausgehen sollten. Immerhin hatte die Harvard Universität 1945 ein Manifest erlassen, das in den Worten gipfelte: "Alle Nationen bedürfen der Reeducation." Die Amerikaner waren nicht ausgenommen worden.

Was auf dem Gebiet der deutschen Erziehung zu geschehen habe, sollte von einer 10köpfigen Erziehungskommission ermittelt werden, die im Sommer 1946 unter George F. Zook Deutschland bereiste. Die Kommission berichtete am 20. September 1946 an Clay, "wie Deutschland am besten durch Erziehungsmaßnahmen, in den Kreis der demokratischen Na-



tionen der Welt eingereiht werden könnte".

Für Pädagogen eröffnete sich in Deutschland ein weites Feld. "Da sich keine Ideologie selbst verwirklicht oder auch nur erklärt, muß die Demokratie, unser positiver Beitrag, bis ins einzelne gelehrt werden, damit die Deutschen nicht unabsichtlich - wie es die Nazis absichtlich taten - von dem gesteckten Ziel abkommen."

Doch dürfte man nicht bei der Belehrung, "dem unfruchtbaren Tat der dürrn Gebeine", stehen bleiben, sondern vielmehr "als wesentlichen Beitrag zur Überwindung der selbstverschuldeten gegenwärtigen Lage Deutschlands die Methoden demokratischer Lebensführung empfehlen". Denn der "Begriff Demokratie enthält Forderungen für den Marktplatz ebenso wie für den Altar und das Heim". "So müssen wir auch die Erwachsenen erziehen, um zu verhindern, (daß das Heim, die Kirche und der Marktplatz die Früchte systematischer Erziehung vergiften und ihr Ergebnis verderben."

Wie aber werden Erwachsene erzogen. Indem ihnen beigebracht wird, daß "die Politik der demokratische Kampfplatz der Erwachsenen ist, daß sie die unmittelbare und dauernde Voraussetzung einer Erziehung zur demokratischen Lebensform darstellt."

"Diese Schule der sittlichen Toleranz und der bürgerlichen Weisheit für alle Deutschen haben wir bereits errichtet. ... Von den ersten Wahlen in den Gemeinden hat sich die staatsbürgerliche Kunst der geordneten Mitwirkung aufwärts bewegt."

Die Reform der Erwachsenen durch Wahlurne, kontrollierte politische Diskussionen und Bürgerversammlungen hatte also schon Fortschritte gemacht. Was aber sollte in den Schulen geschehen? Diese hätten zunächst die Trennung von Volksschulbildung und höherer Schulbildung zu beseitigen, da hierdurch bei einer kleinen Gruppe ein Überlegenheitsgefühl, bei der Mehrzahl ein Minderwertigkeitsgefühl erzeugt worden sei, das "jene Unterwürfigkeit und jenen Mangel an Selbstbestimmung möglich machte, auf denen das autoritäre Führerprinzip gedieh".

Als erster Schritt sei eine gemeinsame Grundschule in 6 Klassen vorzusehen. Desgleichen dürfe die Ausbildung der Volksschullehrer nicht von der der Lehrer an Höheren Schulen getrennt werden. Den Fächern, "die mit akademischer Tradition überlastet und lebensfremd sind", sei der Krieg anzusagen.

"Klassenausschüssen, Diskussionsgruppen, Schulbeiräten, Schülervereinigungen, Vorhaben im Dienste der Gemeinschaft" die Tür zu öffnen. Vor allem sei der sozialwissenschaftliche Unterricht als "wichtigste Änderung, die in allen deutschen Schulen notwendig ist", nach Inhalt und Form grundsätzlich umzugestalten. "Dann werden die Sozialwissenschaften (Geschichte, Geographie, Staats- und Heimatkunde) vielleicht den Hauptbeitrag zur Entwicklung demokratischen Bürgersinns leisten."

Nach dem Besuch der Erziehungsmission konnte die Unterabteilung Erziehung nicht mehr das bisherige Schattendasein führen. Man stellte sie ans Licht, indem man an ihre Spitze einen "großen Namen" setzte, H. B. Wells, den Präsidenten der Universität von Indiana, der sich auf die Verwendung von New Deal Geldern so gut verstand, daß er mit ihrer Hilfe aus einer hinterwäldlerischen Bildungsstätte eine der modernsten Universitäten Amerikas gemacht hatte. Aus der Unterabteilung Erziehung wurde eine Abteilung, und ein großer Stab ging daran, gewaltige Reformschlachten (auf dem Papier) zu schlagen.

Als Wells 1948 nach Amerika zurückfuhr, ließ sein Nachfolger Alonzo G. Grace das ganze Reformprogramm kurzerhand in der Schublade verschwinden. Auf einer Konferenz in Berchtesgaden verkündete Grace die Abkehr von der Politik seines Vorgängers und die neue Ära in der Umerziehung. Sein Programm enthielt u.a.

Punkt 1: "Die wahre Reform des deutschen Volkes wird von innen kommen. Sie wird geistig und moralisch sein. Die Schultypen sind von geringerer Bedeutung für die Zukunft Deutschlands und der Welt als das, was gelehrt wird, wie gelehrt wird und durch wen gelehrt wird."

Punkt 6: "Wir müssen nicht Schuld daran tragen, daß wir versuchen, in Deutschland, inmitten einer Umgebung, die von Verwirrung und Unsicherheit erfüllt ist, ein Ideal zu verwirklichen, das anderswo nicht vollendet wurde."

Punkt 8: "Keine Besatzungsarmee hat oder wird je erfolgreich ein pädagogisches oder kulturelles Schema einem besiegten Volke auferlegen. Militärregierung wird als Militärregierung angesehen werden, ganz gleich, wie hoch die Motive derer sind, die ein besiegtes, erobertes und besetztes Deutschland umerziehen und neu orientieren sollen. Es wird daher das Ziel der Militärregierung sein:

- a) Die privaten Organisationen, die zur Erreichung des gemeinsamen Zieles einen Beitrag zu leisten vermögen, in Kontakt mit dem deutschen Volk zu bringen.
- b) Ein wirksames Deutschland Programm der UNESCO zu ermutigen.
- c) Als demokratisch bekannte Elemente in der deutschen Bevölkerung zu identifizieren und zu ermutigen.
- d) Die Entwicklung oder Wiedererrichtung von Institutionen und Organisationen in Deutschland, die zur Erfüllung unserer Mission beitragen können, zu unterstützen."

Die Erklärung von Berchtesgaden war nicht nur für die Entwicklung auf dem Erziehungssektor charakteristisch. Auch auf anderen Gebieten gingen die Amerikaner davon ab, den Deutschen Reformen aufzuerlegen, und gingen dazu über, in die bestehende deutsche Gesellschaft Männer, Institutionen und Ideen einzubauen, die die Ziele der Militärregierung verwirklichen würden, ohne daß der amerikanische Einfluß auf den ersten Blick erkennbar war. Ein schönes Beispiel bietet das neuerdings an allen deutschen Universitäten gelehrt Fach "Politische Wissenschaften".

Dieses Fach hat zwei Väter: die sozialdemokratische hessische Regierung und die amerikanische Militärregierung. Die hessische Regierung, die schon frühzeitig an den ihr unterstehenden Universitäten Lehraufträge an Männer ihrer Couleur vergeben hatte, berief im September 1949 eine Tagung auf das Jagdschloß Waldleiningen im Odenwald ein, auf der über die Einführung der Politischen Wissenschaften auch auf den nichthessischen Universitäten beraten werden sollte. Das Protokoll dieser Tagung stimmt ironisch. Die anwesenden deutschen Professoren versuchten in alter Gelehrtentradition zu erörtern, ob die Politischen Wissenschaften Wissenschaftscharakter trügen und methodisch entsprechend ausgebaut seien.

Die als "Berater" anwesenden Amerikaner unter dem Vorsitzenden des Verbandes der Politischen Wissenschaftler erklärten, daß die Politische Wissenschaft in ihrem Lande deshalb eine Wissenschaft sei, weil sie über so und so viele Lehrstühle, Zeitschriften und Institute verfüge. Der Vertreter der Militärregierung Prof. Kurt Loewenstein meinte kurzerhand, daß man einem geschenkten Gaul nicht in das Maul schauen solle und die Amerikaner für die Finanzierung der neuen Wissenschaft und Stellung von Lehrpersonen schon Sorge tragen würden. Er führte selber später den Erfolg der Tagung und die Errichtung des neuen Faches auf seine Erzählung des folgenden Witzes zurück:

Ein Irrer kam zum Professor Specht. Dieser fragte ihn, wie er heiße.

Antwort: Schneider.

Was er von Beruf sei: Schuster.

Ob es ihm nicht seltsam vorkomme, wenn er Schuster sei und Schneider heiße.

Antwort: Der Professor heiße ja auch Specht und sei ein Gimpel.

Wer bei der Errichtung des Faches Politische Wissenschaften die Gimpel waren, hat Prof. Loewenstein nicht näher ausgeführt. Nach dem Gesetz, wonach sie angetreten, entwickelte sich die Politische Wissenschaft fort. Zunächst wurden sämtliche verfügbaren Lehrstühle mit ehemaligen Amerika-Emigranten besetzt, die bei ihrer Rückkehr nach Deutschland meist weder ihre amerikanische Staatsangehörigkeit noch ihre amerikanischen Lehrstühle aufgaben. In Süddeutschland wurden auf diese Weise etwa die Lehrstühle in Heidelberg (Friedrich), Frei-

burg (Bergsträsser), München (Voegelin), Stuttgart (Golo Mann) besetzt. Später rückten dann deren (meist in Amerika ausgebildete) Schüler auf.

In einem Nachruf der Akademie für Politische Bildung (Tutzing) auf den Inhaber des Freiburger Lehrstuhls lesen wir: "Sein gedrucktes wissenschaftliches Oeuvre seit seiner Rückkehr ist schmal. Für das akademische Bewußtsein, für das deutsche in besonderem Maße, ist aber der wissenschaftliche Erweis das Buch ... Der Professor ... hat die darin enthaltene Bestreitung seines Gelehrtentums selbst sehr ernst genommen. In der von ihm vollzogenen und mehrmals wiederholten Güterabwägung waren jedoch andere Gesichtspunkte gewichtiger ...

Vordringlich war es ihm, der Politischen Wissenschaft nach dem Abbrechen der in der 1. Republik begonnenen Bemühungen die Dignität der klassischen Universitätsdisziplinen und also ihren Einbau in das alte Gefüge der deutschen Universität zu verschaffen. Das ist durch keine noch so hervorragende wissenschaftliche Leistung eines Einzelnen zu erreichen, sondern, unter den Bedingungen eines Neubeginns, nur, indem an einigen Universitäten eine große Zahl von Studenten gesammelt, intensiv gefördert und zur Promotion und Habilitation geführt werden."

Das Fach Politische Wissenschaft hat bisher nichts hervorgebracht, was in der Geschichte der politischen Ideen, in die sich so mancher deutsche Nationalökonom, Jurist oder Historiker eingezeichnet hat, festgehalten zu werden verdient. Die verbissene Wut, mit der die Politologen gegen Carl Schmitt polemisieren, scheint nicht zuletzt daraus zu resultieren, daß diesem der Platz in der Geschichte der politischen Theorien sicher ist, um den sie sich vergeblich bewerben. Der Fernsehschirm verhilft eben doch nur zu Stundenruhm.

Da es ein Gesetz zu sein scheint, daß wissenschaftliche Leistung und politischer Einfluß sich umgekehrt proportional verhalten, ist den Politologen ein beträchtlicher Einfluß sicher. Wenn voller Optimismus erklärt werden kann:

"Die Existenz der deutschen Demokratie wird von der Sozialwirksamkeit der politischen Bildung abhängen" (F. M. Schmölz), dann zeigt sich, daß die Politische Wissenschaft (bei nicht-akademischen Adressaten Politische Bildung geheißen) jenes Medium der Charakterwäsche ist, das zur Zeit mit die besten Resultate zeitigt. ...<<

Die Sudetendeutschen in Türmitz, Kreis Aussig, wurden am 13. August 1946 zur Ausweisung aufgerufen (x004/340-341): >>Wir geben Ihnen bekannt, daß Sie mit ihrer ganzen Familie in das deutsche Reichsgebiet ausgesiedelt werden.

Sie stellen sich am 16.8.1946 um 6.30 Uhr in Türmitz. ...

Abzugeben haben Sie:

1. Diesen Auswanderungsschein.
2. Sämtliche Wohnungs- und Hausschlüssel, versehen mit Schild (Name und Anschrift).
3. Verzeichnis über Möbel und Einrichtungsgegenstände.
4. Wertgegenstände (Gold, Silber, Sparkassenbücher, tschechoslowakische und fremde Zahlungsmittel).
5. Haushaltungskennkarte.

Nichtbefolgung dieser Anordnung wird bestraft.

Belehrung: Alle evakuierten Personen statten sich mit warmer Wäsche, Kleidung, Schuhwerk und Decken aus. Lebensmittel für 7-9 Tage. Weiter können mitgenommen werden: Trauring, silberne Uhr (für Personen über 15 Jahre alt), kleinere Gegenstände (Andenken) und Gegenstände des täglichen Gebrauches im Gewicht von 50 kg je Person. Diese Sachen können auf Handwagen geladen werden.<<

Deutsche Wohlfahrtseinrichtungen verteilten am 14. August 1946 die ersten nordamerikanischen CARE-Pakete.

Der US-Politikwissenschaftler James K. Pollock (1898-1968, von 1945-46 Sonderberater der US-Militärregierung) erklärte am 16. August 1946 vor dem Länderrat (x111/205): >>... Im

neuen Deutschland muß die Macht der Behörden geschwächt werden, wenn das Volk zum Kontrollorgan der Regierung werden soll.

Nach meiner Ansicht muß Deutschland politisch wie auch verwaltungsmäßig dezentralisiert werden, wenn dem Volk die Möglichkeit gegeben werden soll, seinen Einfluß auf die Staatsführung geltend zu machen.<<

Die US-Spruchkammer in Passau entnazifizierte am 16. August 1946 den Regierungsbaumeister Dipl. Ing. Josef P (x114/2.142): >>... Vor der Spruchkammer Passau hatte sich der 42jährige, ehemalige Regierungsbaumeister Dipl. Ing. Josef P., Passau, der Blutordensträger war und den Demonstrationszug am 9. November 1923 mitgemacht hat, zu verantworten.

In der SA bekleidete er seit 1932 den Rang eines Obersturmführers und war ... in zahlreichen anderen Nazi-Organisationen tätig. Sein Einkommen stieg von 1934 bis 1942 von 3.000 auf 40.000 Mark.

Der Betroffene führte zu seiner Entschuldigung an, daß er im Demonstrationszug am 9. November 1923 "als junger Esel" mitgelaufen sei.

Die Spruchkammer verurteilte ihn unter Einreihung in die Gruppe II zu 2 Jahren Arbeitslager und 75prozentigem Entzug seiner Vermögens.<<

Die US-Spruchkammer in Landshut entnazifizierte am 16. August 1946 den Steuerhelfer Martin K. (x114/2.142): >>... Der Steuerhelfer Martin K., Nicht-Parteigenosse, wurde von der Spruchkammer in die Gruppe der Aktivisten eingereiht, auf drei Jahre in ein Arbeitslager verwiesen und sein Vermögen zu 75 Prozent beschlagnahmt.

Wie die Beweisaufnahme ergab, wollte K. 1938 der Partei beitreten, wurde aber wegen seiner kriminellen Vergangenheit abgelehnt. Er hat sich jedoch, wie es in der Spruchkammerbegründung heißt, seit der Machtübernahme als Angehöriger mehrerer Naziorganisationen und als Denunziant aktiv für den Nationalsozialismus eingesetzt.<<

Die Ausweisungsvorschriften vom 16. August 1946 für die Sudetendeutschen im Bezirk Falkenau lauteten wie folgt (x004/341): >>... 1. Das einzelne Gepäck kann ein Gewicht von 25 kg haben. Schwereres Gewicht wird zur Zollabfertigung so lange nicht übernommen, bis das Gewicht auf 25 kg herabgemindert ist.

2. Es ist Pflicht, alles Gepäck bis zum Abtransport im Zollraum aufzubewahren. In die Unterkunftsräume kann Handgepäck mitgenommen werden, z.B. Personaldokumente, Eßbesteck, immer für eine Person, Toilettenartikel und die bewilligten Lebensmittel. Es wird auch eine Decke, ausnahmsweise auch ein Federbett bewilligt.

3. Das Gepäck darf kein größeres Ausmaß als 70 x 100 x 40 cm haben, diese Ausmaße dürfen auf keinen Fall überschritten werden. Keinesfalls werden Säcke (in) verlängerter Form oder alte schwere Holzkoffer bewilligt.

4. Das Gepäck ist mit ordentlichen Haltern (Ohren) für die leichtere Beförderung zu versehen.

5. Es wird empfohlen, das Gepäck vor der Zollrevision nur provisorisch zu schließen.

6. Der Inhalt des Gepäcks ist so zusammenzustellen, daß es immer ein Ganzes bildet, d.h. daß ein Gepäckstück gleichzeitig Wäsche, Kleidung, Gegenstände für den täglichen Gebrauch usw. beinhaltet, damit bei eventueller Abnahme eines Gepäckstückes nicht einseitig ausgestattete Gepäckstücke transportiert werden.

7. Jede Nichteinhaltung der oben angeführten Richtlinien hat zur Folge, daß das Gepäck nicht zum Transport übernommen wird.<<

Die "Neue Presse" berichtete am 17. August 1946 (x114/2.142): >>... "Wenn ich die Herren von der Spruchkammer mal auf der Straße treffe, ich möchte ihnen ins Gesicht spucken, ich empfinde es als eine Gemeinheit, daß Deutsche sich für solche Arbeit hergeben".

Diese Äußerung machte der praktische Arzt Dr. Paul von D. am 1. Juli 1946. Er wurde deshalb durch die Spruchkammer Erding am 8. August mit einjähriger Bewährungsfrist und 5.000 Mark Sühne in die Gruppe der Minderbelasteten eingereiht.

Der Betroffene, der nie der NSDAP oder einer ihrer Gliederungen angehörte, darf während dieser Zeit seine Praxis weiterführen.

Die Spruchkammer entschied einstimmig, daß durch den Ausspruch des Betroffenen der Tatbestand des Artikels 7/3 des Gesetzes erfüllt ist, in dem es heißt:

"Aktivist ist auch, wer nach dem 8. Mai 1945 durch Wirken für den Nationalsozialismus und Militarismus den Frieden des deutschen Volkes oder der Welt gefährdet".<<

Der deutsche Historiker Karl Jering (1914-1990) berichtete am 22. August 1946 aus Bayern (x124/219): >>... Gestern war Dr. W. in Mittenwald, wo er die Pionierkaserne besichtigte. Sie wurde knapp vor Kriegsausbruch erbaut und wir könnten in dem Komplex 2.000 Flüchtlingsfamilien unterbringen. Jetzt hausen 300 Türken darin. W. traf gerade ein, als sie ihr Abendbrot faßten: 8 kleine Schokoladetafeln, Butter, Weißbrot und Milchkaffee. Er wisse, daß da noch viel Platz sei, erklärte der Lagerleiter grob, aber die Deutschen sollen sich vorerst ruhig mit weniger schönen Orten begnügen. Ihnen gehe es hier gut und sie dächten an keine Heimkehr. Das gleiche gilt für 400 Polen, die einen ebenfalls riesigen Wehrmachtsskomplex in der Nähe bewohnen. ...<<

Die britische Militärregierung löste am 23. August 1946 in der britischen Zone die Provinzen des ehemaligen Landes Preußen auf und gründete aus den Provinzen Rheinland und Westfalen das Land Nordrhein-Westfalen.

Hinrich Wilhelm Kopf (1893-1961, Oberpräsident von Hannover, später Ministerpräsident Niedersachsens) berichtete am 23. August 1946 (x111/207): >>... Die Frage des Wiederaufbaues der zerstörten Wohnungen und des Wohnungsneubaues ist eine Frage der Beschaffung des nötigen Baumaterials, die wiederum von der Kohlenlieferung der Industrie abhängig ist.

Die Bereitstellung der erforderlichen Arbeitskräfte stößt gleichfalls auf Schwierigkeiten.<<

Der deutsche Historiker Karl Jering (1914-1990) berichtete am 24. August 1946 aus Bayern (x124/223-225): >>... Seit zwei Wochen leben meine Eltern bei uns.

Mein Vater ist für seine 62 Jahre noch recht rüstig; den ganzen Tag rodet er im Wald Baumstümpfe. Wir werden in diesem Winter nicht frieren, sagt er, wenn ich einwende, daß diese Arbeit für sein Alter und unsere Ernährung viel zu schwer ist.

Alle Leute in der Kolonie und ein guter Teil der Stadtbevölkerung verbringen ihre Freizeit mit Holzsammeln. Der Wald sieht auch wie leergefegt aus und man muß schon weit hineingehen, um am Boden noch einen trockenen Ast zu finden. Am Abend sieht man ganze Scharen mit hochbeladenen Karren heimwärts ziehen.

... Täglich, entweder auf dem Wege zum Amt oder auf der Rückkehr, grase ich die Märkte ab, ob es nicht Gemüse zu kaufen gibt, während meine Freunde mit ländlichen Verbindungen auf der Jagd nach Kartoffeln sind, deren Transport mit der Eisenbahn oder mit Lastwagen durch ein unbegreifliches Gesetz verboten ist.

... Von Zeit zu Zeit komme ich in ein Flüchtlingslager oder besuche ein Dorf, wo Flüchtlinge einquartiert sind. Ich bin ja auf bescheidenste Weise motorisiert.

Die Menschen werden in die Dörfer gepreßt, weil es in den zerstörten Städten keine Unterkünfte für sie gibt. Oft weigern sich die Bauern, sie gegen Verpflegung mitarbeiten zu lassen, weil sie nicht kräftig genug sind. Denn die Leistungsfähigen werden von den Vertreibern zurückgehalten und zu jenen Arbeiten herangezogen, für die sich diese nun, unter den gewandelten Umständen, zu gut halten.

Aber auch diejenigen, die durch den Luft- und Bodenkrieg, durch Plünderung und Entnazifizierung ihre Habe eingebüßt haben, sind nicht viel besser dran. Langsam, aber unentrinnbar fallen auch sie der Verelendung anheim, wenn sie nicht sehr zäh, lebenskräftig und erfindungsreich sind.

Für die ... 50- bis 60jährigen ist die Aussicht gering, bessere Tage zu erleben. Und was haben sie alles durchgemacht! Den Ersten Weltkrieg, die Niederlage, die Inflation, die Weltwirt-

schaftskrise, die Nazi-Zeit, den Zweiten Weltkrieg und den zweiten Zusammenbruch.

Was haben sie zu erwarten? Das ihr Land Kampfplatz zwischen den Weltmächten wird? Es ist wirklich kein gutes Los und sie sind um ihre gestiegene Lebenserwartung nicht zu beneiden.

In letzter Zeit hatte ich Gelegenheit, einige vor wenigen Jahren noch prominente Leute kennen zu lernen; Bildhauer, Schriftsteller, Verleger, Universitätslehrer. Über ihren Lebenstrümmern liegt kein Hoffnungsschimmer.

So bleiben meine Jahrgänge, reduziert durch den Krieg, aber dank geringerer Vergangenheitsbelastung lebensgierig um jeden Preis. Der Krieg hat sie realistisch und pragmatisch gemacht. Ihre soziale Verpflichtung fassen sie eng; zunächst wollen sie, daß ihre Familien überleben. ... Sie halten die Augen offen und warten ab. Das Überleben ist schon schwierig genug, auch für sie. Ein Engagement wird man ihnen erst abgewinnen, wenn man allen Chancen gibt und keine bloß negative Besatzungspolitik praktiziert.

Leid tun können einem die Kinder, die in diesem Milieu heranwachsen. Von Zeit zu Zeit veröffentlichen unsere Zeitungen die Ergebnisse von städtischen Schuluntersuchungen (ob es so etwas auf dem Lande gibt, weiß ich nicht, doch dürfte dort angesichts der vielen Flüchtlinge die Lage der Kinder noch trostloser sein). So hieß es gestern in einem Bericht aus Nürnberg, daß dort nur 14 % der Schulkinder als zureichend ernährt bezeichnet werden können; 30 % leiden an Hungerödemen. ...<<

Der deutsche Diplomat Ernst Freiherr von Weizsäcker (1882-1951, zuletzt deutscher Botschafter im Vatikan) wurde am 26. August 1946 aus dem Vatikanstaat ausgewiesen und den alliierten Behörden übergeben.

Der sowjetische Oberst Tulpanow erklärte am 28. August 1946 bei der Übergabe von Lizenzen an Wissenschaftliche Verlage in Ostberlin (x111/208): >>... Die progressiven Kräfte des neuen Deutschland erhalten heute weitere Waffen für ihren Kampf um die Gestaltung des echten Humanismus und der echten Demokratie, denn was ist die Presse anderes als die schärfste Waffe in dem geistigen Kampfe um die Umerziehung des Volkes? ...

Diese neuen Zeitschriften und Zeitungen, die morgen schon das Arsenal der deutschen Demokratie bereichern werden, sollen ihr Bestes tun im Kampfe für die demokratische Umgestaltung Deutschlands.<<

Der deutsche Historiker Karl Jering (1914-1990) berichtete am 28. August 1946 (x124/226-227): >>Am Morgen schrieb ich den Bericht vom Todesmarsch der Saazer auf Matrise.

Mit jedem Blatt kroch mir das Grauen über die Greuelthaten tiefer ins Blut. Hat bei Umstürzen dieser Art Bestialität immer einen Freibrief?

Als Schüler liebäugelte ich mit der Revolution; nun da ich einer mit knapper Not entgangen bin und einen winzigen Bruchteil von deren Protokollen aufarbeite, habe ich wohl lebenslang genug davon.

... Was wir tun, erlittenes Unrecht festzuhalten und menschliches Leid der Vergeßlichkeit zu entreißen, ist auf bescheidene Weise nützlich. Man sollte nicht nur von den Opfern der anderen sprechen. ...<<

Die "Stuttgarter Rundschau" berichtete am 29. August 1946 über die damalige Haltung der deutschen Jugend (x111/209): >>Das Lebensgefühl der jungen Generation ist erschüttert. Sie haben soviel von Volk und Gemeinschaft, Dienst und Opfer gehört und sind dann so getäuscht und im Stich gelassen worden, daß sie jede neue Bindung, jeden neuen Redner, jeden gutgemeinten Leitartikel instinktiv ablehnen.

Ihr bisheriges Leben bestand aus Baracken und Kasernen, Massenquartieren und Menschenherden, die sich nur in der Uniformfarbe unterschieden. ...

Jetzt wünschen sie sich im überbevölkerten Lande irgendwo vier eigene Wände. Sie haben genug vom Kollektivismus. Sie wollen weder über noch neben sich jemand fühlen. Sie wollen endlich einmal allein sein. ...<<

Die französische Militärregierung bildete am 30. August 1946 aus der bayerischen Pfalz, den preußischen Regierungsbezirken Koblenz und Trier, 4 Kreisen der preußischen Provinz Hessen-Nassau sowie aus dem linksrheinischen Teil Hessens (Rhein Hessen) das Land Rheinland Pfalz.

Albert Speer erklärte am 31. August 1946 während seines Schlußwortes im Nürnberger Hauptkriegsverbrecher-Prozeß (x129/59): >>Die Diktatur Hitlers war die erste Diktatur eines Industriestaates dieser Zeit moderner Technik, eine Diktatur, die sich zur Beherrschung des eigenen Volkes der technischen Mittel in vollkommener Weise bediente. ...

Durch Mittel der Technik, wie Rundfunk und Lautsprecher, konnten 80 Millionen Menschen dem Willen eines Einzelnen hörig gemacht werden.

Telefon, Fernschreiber und Funk ermöglichten, Befehle höchster Instanzen unmittelbar bis in die untersten Gliederungen weiterzuleiten, wo sie wegen ihrer hohen Autorität kritiklos durchgeführt wurden. Zahlreiche Dienststellen und Kommandos erhielten so direkt ihre unheimlichen Befehle. Sie ermöglichten eine weitverzweigte Überwachung der Staatsbürger und den hohen Grad der Geheimhaltung verbrecherischer Vorgänge.

Für den Außenstehenden mag dieser Staatsapparat wie das scheinbar systemlose Gewirr der Kabel einer Telefonzentrale erscheinen -, aber wie diese konnte er von einem Willen bedient und beherrscht werden.

Frühere Diktaturen benötigten auch in der unteren Führung Mitarbeiter mit hohen Qualitäten – Männer, die selbständig denken und handeln konnten. Das autoritäre System in der Zeit der Technik kann hierauf verzichten – schon allein die Nachrichtennittel befähigen es, die Arbeit der unteren Führung zu mechanisieren. Als Folge davon entsteht der Typus des kritiklosen Befehlsempfängers.

Der Alptraum vieler Menschen, ... daß einmal die Völker durch die Technik beherrscht werden könnten – er war im autoritären System Hitlers nahezu verwirklicht. ...<<

Der nordamerikanische Hilfsverein "Donauschwäbisches Hilfswerk" schickte Ende August 1946 die ersten CARE-Pakete nach Jugoslawien. Das Eintreffen der Warensendung wurde in Belgrad offiziell bestätigt (x006/436).

Die US-Militärregierung lieferten am 2. September 1946 16 vermeintliche deutsche Kriegsverbrecher an die CSR aus. Zu den Ausgelieferten gehörte auch der ehemalige Prager Festungskommandant, General Rudolf Toussaint (1891-1968).

Die italienische Regierung schloß am 5. September 1946 ein Abkommen über die Gleichberechtigung der Südtiroler (x054/244).

US-Außenminister James F. Byrnes (1879-1972, der 1947 wegen Differenzen mit US-Präsident Truman zurücktrat, erklärte während seiner "Stuttgarter Rede" am 6. September 1946 (x156/34-37, x058/378): >>Ich bin nach Deutschland gekommen, um mich an Ort und Stelle über die mit dem Wiederaufbau Deutschlands verbundenen Probleme zu orientieren und die Ansichten der Regierung der Vereinigten Staaten über einige der vor uns liegenden Probleme mit unseren Vertretern in Deutschland zu besprechen.

Wir Amerikaner haben diesen Problemen beträchtliche Zeit und Aufmerksamkeit gewidmet, weil von ihrer erfolgreichen Lösung nicht nur das künftige Wohlergehen Deutschlands, sondern auch das Europas abhängt.

Wir haben wohl oder übel lernen müssen, daß wir alle in einer Welt leben, von der wir uns nicht isolieren können. Wir haben gelernt, daß Frieden und Wohlergehen unteilbar sind und daß Frieden und Wohlergehen in unserem Land nicht auf Kosten des Friedens und Wohlergehens eines anderen Volkes erkaufte werden können. ...

Das amerikanische Volk will den Frieden. Es hat schon seit langem nicht mehr von einem strengen oder milden Frieden für Deutschland gesprochen. Darauf kam es auch wirklich niemals an. Was wir wollen, ist ein dauerhafter Friede. Wir werden uns gegen zu harte und von

Rachsucht diktierte Maßnahmen wenden, die einem wirklichen Frieden im Wege stehen. Wir werden uns zu milden Maßnahmen widersetzen, welche zum Bruch des Friedens einladen.

Als die Vereinigten Staaten in Potsdam der Entwaffnung und Entmilitarisierung Deutschlands zustimmten und als sie vorschlugen, dafür zu sorgen, daß Deutschland für die Dauer einer Generation entwaffnet und entmilitarisiert bleibt, waren sie sich der auf ihnen und ihren Hauptverbündeten ruhenden Verantwortung für die Aufrechterhaltung und gesetzmäßige Durchführung des Friedens voll bewußt.

Die Befreiung vom Militarismus wird dem deutschen Volke Gelegenheit geben, seine Kräfte und Fähigkeiten den Werken des Friedens zuzuwenden. Es braucht sie nur zu ergreifen. Sie gibt ihm die Gelegenheit, sich der Achtung und Freundschaft friedliebender Völker würdig zu erweisen und eines Tages einen ehrenvollen Platz unter den Mitgliedern der Vereinten Nationen einzunehmen.

Es liegt weder im Interesse des deutschen Volkes noch im Interesse des Weltfriedens, daß Deutschland eine Schachfigur oder ein Teilnehmer in einem militärischen Machtkampf zwischen dem Osten und dem Westen wird. Zweimal in einer Generation haben der deutsche Militarismus und der Nazismus die Gebiete von Deutschlands Nachbarn verwüstet.

Es ist nur recht und billig daß Deutschland sein Teil dazu beitragen soll, diese Verwüstungen wiedergutzumachen. Die meisten Opfer der Naziaggression waren vor dem Krieg weniger begütert als Deutschland. Deutschland darf nicht erwarten, daß diese Opfer ohne fremde Hilfe die Hauptkosten dieser Naziüberfälle tragen sollen.

Die Vereinigten Staaten sind daher bereit, die in den Potsdamer Beschlüssen über die Entmilitarisierung und die Reparationen niedergelegten Grundsätze in vollem Umfange durchzuführen. Wenn Deutschland jedoch nicht in der in den Potsdamer Beschlüssen vorgesehenen und geforderten Weise als wirtschaftliche Einheit verwaltet wird, müßten an dem von der Alliierten Kontrollkommission genehmigten Industrieniveau Änderungen vorgenommen werden.

Die Grundlage der Potsdamer Beschlüsse war, daß im Rahmen eines kombinierten Entmilitarisierungs- und Reparationsprogramms Deutschlands Kriegspotential durch Ausschaltung und Demontage seiner Kriegsindustrie und durch Verminderung und Beseitigung schwerindustrieller Anlagen herabgesetzt werden sollte.

Es war vorgesehen, dies soweit durchzuführen, daß Deutschland ein Industriepotential belassen bliebe, welches ihm die Aufrechterhaltung eines durchschnittlichen europäischen Lebensstandards ohne Hilfe anderer Länder ermöglicht.

Die auf diese Weise zu entfernenden Fabriken sollten als Reparationen an die Alliierten abgeliefert werden. Die aus der russischen Zone zu entfernenden Fabriken sollten der Sowjetunion und Polen zufallen, während die aus den westlichen Zonen zu entfernenden Fabriken teilweise der Sowjetunion, in der Hauptsache jedoch den westlichen Alliierten zufallen sollten.

Ferner wurde eine Aufteilung des deutschen Vermögens im Ausland unter den Alliierten vorgesehen.

Nach langen Verhandlungen einigten sich die Alliierten über den Stand, auf den die hauptsächlichsten deutschen Industrien zwecks Durchführung der Potsdamer Beschlüsse herabgesetzt werden sollten.

... Der Stand der Industrie, wie er festgesetzt worden ist, reicht nur aus, das deutsche Volk in die Lage zu versetzen, sich selbst zu versorgen und einen Lebensstandard aufrechtzuerhalten, der den durchschnittlichen Lebensverhältnissen in Europa annähernd gleichkommt.

Dieser Grundsatz bedeutet erhebliche Härten für das deutsche Volk, aber er verlangt von ihm lediglich, die Härten zu teilen, die der Angriff der Nazis dem Durchschnittseuropäer auferlegt hat.

Dem deutschen Volk wurde jedoch nicht die Möglichkeit genommen, sein Los im Laufe der Jahre durch harte Arbeit zu verbessern. Eine industrielle Entwicklung und industrieller Fort-



schritt wurden ihm nicht verweigert. Gleich den Völkern anderer verwüsteter Länder sollte das deutsche Volk den Wiederanfang mit einer Friedenswirtschaft machen, die nicht imstande ist, ihm mehr als den durchschnittlichen europäischen Lebensstandard zu gewähren.

Dabei sollte ihm nicht das Recht verwehrt werden, mögliche, aufgrund harter Arbeit und einfacher Lebensweise erworbene Ersparnisse für den Aufbau einer Industrie zu verwenden, die friedlichen Zwecken dient.

Dieses war der Grundsatz der Reparationen, wie Präsident Truman ihm in Potsdam zugestimmt hat. Die Vereinigten Staaten werden nicht ihre Zustimmung geben, daß Deutschland größere Reparationen leisten muß, als in den Potsdamer Beschlüssen vorgesehen wurde.

Die Durchführung der Potsdamer Beschlüsse ist jedoch dadurch behindert worden, daß der Alliierte Kontrollrat nicht die notwendigen Maßnahmen getroffen hat, um es der deutschen Wirtschaft zu ermöglichen, als Wirtschaftseinheit zu arbeiten. Die notwendigen deutschen Zentralverwaltungskörper sind nicht geschaffen worden, obgleich die Potsdamer Beschlüsse sie ausdrücklich verlangten. ...

Die Vereinigten Staaten sind der festen Überzeugung, daß Deutschland als Wirtschaftseinheit verwaltet werden muß und daß die Zonenschranken, soweit sie das Wirtschaftsleben und die wirtschaftliche Betätigung in Deutschland betreffen, vollständig fallen müssen.

Die jetzigen Verhältnisse machen es in Deutschland unmöglich, den Stand der industriellen Erzeugung zu erreichen, auf den sich die Besatzungsmächte als absolutes Mindestmaß einer deutschen Friedenswirtschaft geeinigt hatten. Es ist klar, daß wir, wenn die Industrie auf den vereinbarten Stand gebracht werden soll, nicht weiterhin den freien Austausch von Waren, Personen und Ideen innerhalb Deutschlands einschränken können. Die Schranken zwischen den 4 Zonen Deutschlands sind weit schwieriger zu überwinden als die zwischen normalen unabhängigen Staaten.

Die Zeit ist gekommen, wo die Zonengrenzen nur als Kennzeichnung der Gebiete angesehen werden sollten, die aus Sicherheitsgründen von den Streitkräften der Besatzungsmächte besetzt gehalten werden, und nicht als eine Kennzeichnung für in sich abgeschlossene oder politische Einheiten. ...

Bis jetzt hat sich nur die britische Regierung bereit erklärt, mit ihrer Zone daran teilzunehmen.

...

Wir treten für die wirtschaftliche Vereinigung Deutschlands ein. Wenn eine völlige Vereinigung nicht erreicht werden kann, werden wir alles tun, was in unseren Kräften steht, um eine größtmögliche Vereinigung zu sichern. ...

Nun ist es an auch der Zeit, die Grenzen des neuen Deutschlands festzusetzen. Österreich ist bereits als freies unabhängiges Land anerkannt worden. Seine zeitweilige und erzwungene Vereinigung mit Deutschland war für beide Länder kein glücklicher Zustand, und die Vereinigten Staaten sind überzeugt, daß es im Interesse beider Länder und des Friedens für Europa liegt, wenn jedes seinen eigenen Weg geht.

In Potsdam wurden, vorbehaltlich einer endgültigen Entscheidung durch die Friedenskonferenz, bestimmte Gebiete, die einen Teil Deutschlands bildeten, vorläufig der Sowjetunion und Polen zugewiesen. Damals waren diese Gebiete von der Sowjetarmee und von der polnischen Armee besetzt. Es wurde uns gesagt, daß die Deutschen aus diesen Gebieten in großer Zahl flüchteten und daß es im Hinblick auf die durch den Krieg hervorgerufenen Gefühle tatsächlich schwierig sein würde, das wirtschaftliche Leben dieser Gebiete wieder in Gang zu bringen, wenn diese nicht als integrale Bestandteile der Sowjetunion bzw. Polens verwaltet würden.

Die Staatsoberhäupter erklärten sich damit einverstanden, bei den Friedensregelungen den Vorschlag hinsichtlich der endgültigen Übertragung der Stadt Königsberg und des anliegenden Gebietes an die Sowjetunion zu unterstützen. Sofern die sowjetische Regierung ihre Auf-

fassung diesbezüglich nicht ändert, werden wir an diesem Abkommen festhalten.

Was Schlesien und andere ostdeutsche Gebiete anbetrifft, so fand die zur Verwaltungszwecken erfolgte Übergabe dieses Gebietes durch Rußland an Polen vor der Potsdamer Zusammenkunft statt. Die Staatsoberhäupter stimmten zu, daß Schlesien und andere ostdeutsche Gebiete bis zur endgültigen Festlegung der polnischen Westgrenze durch den polnischen Staat verwaltet und zu diesem Zweck nicht als Teil der russischen Besatzungszone in Deutschland angesehen werden sollten. Wie aus dem Protokoll der Potsdamer Konferenz hervorgeht, einigten sich die Staatsoberhäupter jedoch dahingehend, die Abtretung eines bestimmten Gebietes zu unterstützen.

Rußland und Polen haben schwer durch Hitlers einfallende Armeen gelitten. Durch das Abkommen von Jalta hat Polen an Rußland das Gebiet östlich der Curzon-Linie abgetreten. Polen hat dafür eine Revision seiner nördlichen und westlichen Grenzen verlangt. Die Vereinigten Staaten werden eine Revision dieser Grenzen zugunsten Polens unterstützen. Der Umfang des an Polen abzutretenden Gebietes kann jedoch erst entschieden werden, wenn das endgültige Abkommen darüber getroffen ist.

Die Vereinigten Staaten finden, daß Frankreich, in welches Deutschland innerhalb von 70 Jahren dreimal eingefallen ist, seinen Anspruch auf das Saargebiet, dessen Wirtschaft mit Frankreich eng verbunden ist, nicht verweigern können. Natürlich müßte Frankreich, wenn ihm das Saargebiet eingegliedert wird, seine Reparationsansprüche an Deutschland entsprechend ändern.

Von diesen Veränderungen abgesehen, werden die Vereinigten Staaten keine Eingriffe in unbestritten deutsches Gebiet oder eine Aufteilung Deutschlands, die nicht dem echten Willen der Bevölkerung entspricht, unterstützen. Soweit den Vereinigten Staaten bekannt ist, wünscht die Bevölkerung des Ruhrgebietes und des Rheinlandes mit dem übrigen Deutschland vereinigt zu bleiben, und die Vereinigten Staaten werden sich diesem Wunsch nicht widersetzen.

...<<

>>... Für einen erfolgreichen Wiederaufbau Deutschlands ist eine gemeinsame Finanzpolitik wesentlich. Eine unkontrollierbare Inflation, begleitet von einer wirtschaftlichen Lähmung, ist fast mit Sicherheit zu erwarten, wenn keine gemeinsame Finanzpolitik zur Steuerung der Inflation besteht. Ein Programm drastischer Haushaltsreformen ist dringend erforderlich, um den Währungsumlauf und die Geldforderungen zurückzuschrauben, die Schuldenlast zu revidieren und Deutschlands Finanzen auf eine gesunde Grundlage zu stellen. ...

Wenn aber eine verheerende Inflation verhindert werden soll, müssen völlig aufeinander abgestimmte Maßnahmen beschlossen werden und in allen Zonen einheitlich angewandt werden. Um ein Programm dieser Art wirksam durchzuführen, ist eine zentrale Finanzbehörde offensichtlich notwendig. ...

Die Potsdamer Beschlüsse sahen nicht vor, daß Deutschland niemals eine zentrale Regierung haben sollte. Sie bestimmten lediglich, daß es einstweilen noch keine zentrale Regierung geben sollte. Dies war nur so zu verstehen, daß keine deutsche Regierung gebildet werden sollte, ehe eine gewisse Form von Demokratie in Deutschland Wurzel gefaßt und sich ein örtliches Verantwortungsbewußtsein entwickelt hätte. ...

Die Vereinigten Staaten treten für die baldige Bildung einer vorläufigen deutschen Regierung ein. Fortschritte in der Entwicklung der örtlichen Selbstverwaltung und der Landesselbstverwaltungen sind in der amerikanischen Zone Deutschlands erzielt worden, und die amerikanische Regierung glaubt, daß ein ähnlicher Fortschritt in allen Zonen möglich ist.

Die amerikanische Regierung steht auf dem Standpunkt, daß die vorläufige Regierung nicht von anderen Regierungen ausgesucht werden soll, sondern daß sie aus einem deutschen Nationalrat bestehen soll, der sich aus den nach demokratischen Prinzipien verantwortlichen Ministerpräsidenten oder anderen leitenden Beamten der verschiedenen Länder zusammensetzt,

die in jeder der 4 Zonen gebildet worden sind.<<

Der sowjetische Außenminister Molotow erklärte am 6. September 1946 gegenüber einem Pariser Korrespondenten, daß die Oder- Neißelinie die endgültige deutsche Ostgrenze sei (x111/212).

Nachdem die Vertreibung der Sudetendeutschen schon fast abgeschlossen war, verbot der tschechische Innenminister am 10. September 1946 ausdrücklich den Abschub von "deutschen Juden" (x025/57).

Der vietnamesische Politiker Ho Chi Minh (1890-1969, seit 1954 Präsident von Nord-Vietnam) berichtete am 11. September 1946 in Paris vor Journalisten über den Dschungelkrieg gegen feindliche Besatzungstruppen (x299/162): >>... Wir haben Sümpfe, deren Wirksamkeit jedes Panzerabwehrgeschütz übertrifft. Wir haben dichte Dschungel, die von keinem Flugzeug durchflogen werden können und deren Bäume gegen Brandbomben Schutz gewähren. Wir haben Berge und Höhlen, wo ein Mann hundert abwehren kann, und wir besitzen Millionen von Strohhütten, die im Rücken einer Invasionsarmee trojanische Pferde sind.

Demnach wird es ein Guerillakrieg werden! Ein Zermürbungskrieg!

Es wird ein Kampf zwischen einem Elefanten und einem Tiger. Wenn der Tiger still steht, wird ihn der Elefant mit seinem Gewicht zertrampeln. Aber der Tiger steht nicht still. Er lauert untertags im Dschungel und tritt nur nachts heraus. Er wird dem Elefanten auf den Rücken springen und große Stücke aus seiner Haut reißen, dann verschwindet er wieder im Dschungel. Und langsam wird der Elefant verbluten. So wird der Krieg in Indochina aussehen.<<

In der britischen Zone wurden am 13. September 1946 fünf Kategorien für das Entnazifizierungsverfahren eingeführt (x111/214): >>1. Kriegsverbrecher, 2. gefährliche Nazis, 3. aktive Nazis, 4. Mitläufer, 5. Unbelastete.<<

Die polnische Regierung beschloß am 13. September 1946 das Dekret über die Ausscheidung von Personen deutscher Nationalität aus der polnischen Gesellschaft (x003/293): >>... Art. 1. 1. Personen, die nach Vollendung des 18. Lebensjahres durch ihr Verhalten ihre deutsche nationale Besonderheit bekundet haben, wird die polnische Staatsbürgerschaft entzogen. ...<<

Da die Polen inzwischen längst die billige Arbeitskraft der Deutschen schätzen gelernt hatten, wurde die Ausführung dieses Gesetzes verzögert bzw. zunächst oft nur auf die arbeitsunfähigen Deutschen angewendet.

In Großbritannien wurden am 13. September 1946 noch 394.000 deutsche Kriegsgefangene festgehalten (x111/214).

Max Fechner (1892-1973, zweiter SED-Vorsitzender) lehnte in der Zeitung "Freies Deutschland" vom 14. September 1946 die Anerkennung der Oder-Neißelinie ab (x024/-260): >>... Zur deutschen Ostgrenze möchte ich erklären, daß die SED sich jeder Verkleinerung deutschen Gebietes entgegenstellen wird. Die Ostgrenze ist nur provisorisch und kann erst bei der Friedenskonferenz unter Mitwirkung aller großen Siegerstaaten festgelegt werden.<<

In der britischen und nordamerikanischen Besatzungszone wurden vom 16. September bis zum 13. Oktober 1946 täglich nur 1.530 bzw. 1.247 Kalorien zugeteilt (x117/31).

Außenminister Molotow bestätigte am 16. September 1946 nochmals die "neue deutsche Ostgrenze" (x156/37-39): >>In seiner Stuttgarter Rede am 6. September sagte Herr Byrnes, daß die Häupter der Regierungen der Vereinigten Staaten von Amerika, Großbritanniens und der Sowjetunion auf der Berliner (Potsdamer) Konferenz übereingekommen sind, Schlesien und andere ehemalige deutsche Ostgebiete Deutschlands der Verwaltung des polnischen Staates zu unterstellen, jedoch nicht die Entscheidung getroffen haben, bei der Friedensregulierung die Übergabe eines konkreten Gebietes zu unterstützen, und daß der Umfang des Gebietes, das Polen übergeben werden wird, in der endgültigen Regelung bestimmt werden muß.

Man muß zugeben, daß eine derartige Erklärung Zweifel über die Dauerhaftigkeit der jetzigen Westgrenzen Polens hervorrufen kann und daß man daher nicht unterlassen kann, dazu Stel-

lung zu nehmen.

In diesem Zusammenhang muß man auf einige Tatsachen eingehen. Vor allem muß an das erinnert werden, was die Berliner Konferenz beschlossen hat. Bekanntlich kamen die Häupter der 3 Regierungen auf dieser (Potsdamer) Konferenz überein, daß die ehemaligen deutschen Gebiete östlich von Swinemünde, der Oder und der West-Neiße unter der Verwaltung des polnischen Staates stehen müssen und daß die endgültige Bestimmung der Westgrenze Polens bis zur Friedenskonferenz aufgeschoben werden muß.

Diese Entscheidung war nur eine Entscheidung der Krimer Dreimächte-Konferenz, die ein halbes Jahr früher anerkannt hatte, daß Polen eine wesentliche Gebietsvergrößerung im Norden und Westen erhalten muß.

Somit brachte die Berliner Konferenz lediglich das in Erfüllung, was noch mit der Beteiligung Roosevelts in Aussicht genommen worden war, und ihre Entscheidung kann keineswegs als eine zufällige, unter dem Einfluß vorübergehender Umstände getroffene Entscheidung betrachtet werden. Im Gegenteil, der Beschluß über die Verlegung der polnischen Westgrenze an die Oder und West-Neiße wurde nach langer Erörterung getroffen, an der sich auch Vertreter der polnischen Regierung beteiligten. Es ist noch hinzuzufügen, daß auch die französische Regierung dieser Entscheidung zustimmte.

Welche große Bedeutung die Berliner Konferenz ihrer Entscheidung hinsichtlich der neuen Westgrenze beimaß, ist aus folgendem ersichtlich: Auf dieser Konferenz wurde auch eine andere Entscheidung getroffen, nämlich die Überführung der deutschen Bevölkerung aus diesem Gebiet, das Polen übergeben wurde, nach Deutschland. Da dies alles bekanntgegeben wurde, ergibt es sich, auf die Einzelheiten einzugehen. Die Entscheidungen der Berliner Konferenz sind keineswegs nur auf dem Papier geblieben. Gleich nach der Berliner Konferenz begann man, sie in die Tat umzusetzen.

Es ist schon über ein Jahr her, daß die Westgrenze Polens auf der Linie Swinemünde–Oder–Westneiße liegt. Die Verwaltung des gesamten Gebietes östlich dieser Linie liegt schon das zweite Jahre in der Hand der polnischen Regierung.

Schon am 20. November 1945 legte der Kontrollrat in Deutschland den Plan der Aussiedlung der deutschen Bevölkerung aus Polen fest. Gemäß diesem Plan schritt man dazu, 3,5 Millionen Deutsche aus Polen in die sowjetische und britische Besatzungszone Deutschlands zu übersiedeln. Im Laufe der gesamten folgenden Zeitspanne nahm diese Übersiedlung ohne Unterbrechung bis auf den heutigen Tag ihren Fortgang. 2,5 Millionen Deutsche sind bereits aus Polen auf den Boden Deutschlands übergesiedelt, wobei mehr als die Hälfte in die britische Zone versetzt wurde. Statt der ausgesiedelten Deutschen werden dort Polen aus anderen Gebieten Polens angesiedelt.

All das ist den Vertretern der Vereinigten Staaten von Amerika wie auch den Vertretern anderer Länder sehr wohl bekannt. Aus den angeführten Tatsachen ist ersichtlich, welche ernstliche Bedeutung die Regierungen der Vereinigten Staaten, Großbritanniens und der Sowjetunion der Entscheidung betreffs Verlegung der Westgrenzen Polens beimaßen und daß sie keineswegs davon ausgingen, diese Entscheidung in Zukunft einer Revision unterziehen zu lassen.

Der Hinweis darauf, daß die Berliner Konferenz es für nötig erkannt habe, die endgültige Festsetzung der Westgrenze Polens bis zur Friedenskonferenz aufzuschieben, ist natürlich richtig. Formal verhält es sich auch wirklich so.

Was aber den Kern der Sache anbelangt, so haben die Regierungen ihre Meinung über die zukünftige Westgrenze geäußert, indem sie Schlesien und die obengenannten Gebiete der Verwaltung der polnischen Regierung unterstellten und außerdem den Plan betreffs Aussiedlung der Deutschen aus diesen Gebieten annahmen.

Wem könnte es einfallen, daß diese Aussiedlungen der Deutschen lediglich als zeitweiliges Experiment unternommen wurde?

Wer die Entscheidung traf, daß die Deutschen ausgesiedelt werden sollen, damit sogleich Polen aus anderen Gebieten Polens ansiedeln, kann nicht nach einiger Zeit die Durchführung entgegengesetzter Maßnahmen vorschlagen.

Selbst der Gedanke, daß mit Millionen Menschen derartige Experimente unternommen werden könnten, ist an sich unwahrscheinlich, abgesehen davon, daß dies eine Grausamkeit sowohl gegen die Polen als auch gegen die Deutschen wäre.

All das zeugt davon, daß der von Truman, Attlee und Stalin unterzeichnete Beschluß der Berliner Konferenz die Westgrenzen Polens bereits bestimmt hat und lediglich seiner Formulierung auf der künftigen internationalen Konferenz über den Friedensvertrag mit Deutschland harrt. ...

Einzelne Formulierungen in der Rede des Herrn Byrnes über die Westgrenzen Polens können zwar diese oder jene Zweifel betr. der Beständigkeit der Haltung gewisser amerikanischer Kreise hervorrufen, doch ist es andererseits vollkommen klar, daß solche Fragen nicht der Gegenstand irgendwelcher vorübergehender politischer Kalkulation sein können.

Den historischen Beschluß der Berliner Konferenz kann niemand erschüttern. Die Tatsachen zeugen davon, daß dies jetzt schon einfach unmöglich wäre.

Das ist der Standpunkt der Sowjetunion. ...<<

Der ehemalige britische Premierminister Winston Churchill (1874-1965) sprach am 19. September 1946 in Zürich über ein geeintes Europa (x067/193, x056/14-15): >>... Wir müssen etwas wie die Vereinigten Staaten von Europa schaffen.

Nur so können Hunderte Millionen schwer arbeitender Menschen wieder die einfachen Freuden und Hoffnungen zurückgewinnen, die das Leben lebenswert machen. Das Verfahren ist einfach. Was wir benötigen, ist der Entschluß von Hunderten Millionen Männern und Frauen, Recht statt Unrecht zu tun und als Lohn Segen statt Fluch zu ernten ...

Ich spreche jetzt aus, das Sie in Erstaunen setzen wird. Der erste Schritt bei der Neugründung der europäischen Familie muß eine Partnerschaft zwischen Frankreich und Deutschland sein. Nur auf diese Weise kann Frankreich die moralische Führung Europas wiedererlangen. Es gibt kein Wiederaufleben ohne ein geistig großes Frankreich und ein geistig großes Deutschland.

Die Struktur der Vereinigten Staaten von Europa, wenn sie gut und echt errichtet wird, muß so sein, daß die materielle Stärke eines einzelnen Staates von weniger großer Bedeutung ist. Kleine Nationen zählen ebensoviel wie große und erwerben sich ihre Ehre durch ihren Beitrag zu der gemeinsamen Sache ...

Ich muß Sie aber auch warnen. Die Zeit ist vielleicht knapp. Gegenwärtig haben wir eine Atempause. Die Geschütze schweigen. Der Kampf hat aufgehört, aber nicht die Gefahren. Wenn es uns gelingen soll, die Vereinigten Staaten von Europa oder welchen Namen auch immer sie tragen werden, zu errichten, müssen wir jetzt damit beginnen. ...<<

>>... Die Atombombe bleibt vorläufig noch in den Händen eines Staates, der – wie wir wissen – nur für die Sache von Gerechtigkeit und Freiheit von ihr Gebrauch machen wird. Aber es mag möglich sein, daß dieses fürchterliche Werkzeug der Zerstörung in wenigen Jahren weit verbreitet ist. Wird (die Atombombe) dann durch mehrere kriegführende Staaten einmal verwendet, wird die daraus entstehende Katastrophe nicht nur unsere Kultur und Zivilisation vernichten, sondern möglicherweise auch den gesamten Erdball zerstören ...

Frankreich und Deutschland müssen (in Europa) gemeinsam die Führung ergreifen. Großbritannien, das Commonwealth, das mächtige Amerika und, so hoffe ich, auch Sowjetrußland ... müssen die Freunde und Förderer des neuen Europa sein.<<

Die "Badische Zeitung" berichtete am 20. September 1946 über das Literaturangebot einer öffentlichen Bibliothek (x111/218): >>Das Verschwinden der nationalsozialistischen Literatur aus der Bibliothek wird nicht bemerkt: sie hatte in allen Phasen des Regimes keine andere Funktion, als dem Eher Verlag Gewinne zu verschaffen, und wurde niemals wirklich gelesen,

die geistige Infektion geschah fast allein durch das gesprochene Wort.

Von der im Ausland erschienenen Literatur wissen die wenigsten etwas und vermissen sie deshalb auch nicht.<<

Der polnische Politiker Boleslaw Bierut (1892-1956) rechtfertigte am 20. September 1946 die polnische Eroberungs- und Vertreibungspolitik (x309/76): >>... (Es gebe) keine und kann auch keine andere vernünftigeren und gerechtere Grundlage für Gebietsveränderungen geben als die hier angewandte.

Wir sind auf den Boden zurückgekehrt, auf dem sich vor Jahrhunderten unser historisches, kulturelles und staatliches Erbe bildete, einen Boden, befruchtet mit Blut, Schweiß und Tränen unserer Väter und Mütter, auf einem Boden, von dem jeder Zoll breit gedüngt ist, mit der uns heiligen Asche unserer Vorfahren. Wer kann unser Recht auf diesen Boden bestreiten? ...<<

Der deutsche Jurist und Publizist Heinz Nawratil (1937-2015) berichtete später über diese polnischen Rechtfertigung (x309/76): >>Bierut hielt es also für legitim, das Rad der Geschichte um 700 Jahre zurückzudrehen und unter anderem dem Stamm der Schlesier das Existenzrecht auf "urslawischen Boden" abzusprechen.

Er hatte wohl nicht bedacht, daß jemand mit den gleichen Argumenten das Rad um weitere 700 Jahre zurückdrehen und dem Volk der Polen das Existenzrecht auf "urgermanischen Boden" absprechen könnte.<<

Dr. Kurt Schumacher (1895-1952, von 1946-52 SPD-Vorsitzender) lehnte am 23. September 1946 in Köln die Abtretung der deutschen Ostgebiete an Polen und die Abtretung des Saargebietes an Frankreich entschieden ab (x111/218).

Heinrich George (1893 in Stettin geboren, einer der größten deutschen Filmdarsteller, Schauspieler und glänzender Intendant der Weimarer Zeit) starb am 25. September 1946 im ehemaligen NS-Konzentrationslager Sachsenhausen in der Stadt Oranienburg.

Heinrich George (eigentlicher Name: Georg A. Schulz) starb nach sowjetischen Aussagen an den Folgen einer Blinddarmpoperation. Dr. Erich Schumann aus Dresden, der einen Totenschein ausstellen sollte, weigerte sich jedoch später, diese Todesursache zu bestätigen, da man George überhaupt nicht operiert hatte (x126/92). George starb wahrscheinlich an den Folgen der unmenschlichen Haftbedingungen.

Während seiner mehrmonatigen Haft im sowjetischen Internierungslager schrieb Heinrich George folgendes Gedicht (x126/92-93):

>>Du spürst die Freiheit erst,  
wenn du gefangen bist,  
und liebst sie heilig erst,  
wenn alle glühenden Gedanken,  
die einst der Welt gehörten,  
gefesselt an dies kleine Stückchen Erde sind  
und nur dem Gleichschritt des Gefangenseins verhaftet.  
Dann meidest du die Stelle des Bewußtseins  
und gibst dem Traum dich hin.  
So habe ich  
die Vormittage meiner Haftzeit sanft verschlafen,  
und erst  
die milde Abendkühle weckte mich.  
Ich schaute auf  
zum Sternenhimmel über mir,  
den keine Gitterfenster mir verschließen konnten,  
und fühlte das Unendliche im Endlichen

von einem Atemzug des Ewigen umweht –  
und war so frei wie nie!<<

Der deutsche Intendant Jürgen Fehling "(1885-1968) schrieb später in einem Nachruf über den Schauspieler Heinrich George (x111/219): >>... Ich habe ihn geliebt wie keinen lebenden Schauspieler deutscher Zunge. ... Er apportierte mir wie ein mächtiger Hund alle Rollen. ... Unter seinen Kollegen wirkte er wie ein alter Steinadler zwischen Hühnern.<<

Im Verlauf einer Großkundgebung in Köln forderte die SPD am 28. September 1946 (x111/220): >>... Gerechte Verteilung der Lasten. Sozialisierung der Schlüsselindustrien, der Versorgungsunternehmungen, der Verkehrsmittel, Banken und Versicherungsgesellschaften sowie eine drastische Landreform.<<

Erich Kästner berichtete am 30. September 1946 in der "Neuen Zeitung" über Dresden (x111/221): >>... Das, was man früher unter Dresden verstand, existiert nicht mehr.

Man geht hindurch, als liefe man im Traum durch Sodom und Gomorrha. Durch den Traum fahren mitunter klingelnde Straßenbahnen. In dieser Steinwüste hat kein Mensch etwas zu suchen, er muß sie höchstens durchqueren. Von einem Ufer des Lebens zum anderen.

Vom Nürnberger Platz weit hinter dem Hauptbahnhof bis zum Albertplatz in der Neustadt steht kein Haus mehr. Das ist ein Fußmarsch von etwa 40 Minuten ... parallel zur Elbe, dauert die Wüstenwanderung fast das Doppelte.

15 Quadratkilometer Stadt sind abgemäht und fortgeweht.<<

Der "Exchange Telegraph" berichtete am 30. September 1946 über den Nürnberger Prozeß gegen die NS-Hauptkriegsverbrecher (x043/209): >>... 1. Die SA wird nicht als verbrecherische Organisation bezeichnet. ...

Hierüber sagt das Urteil im Einzelnen: "Obgleich in einer Reihe bestimmter Fälle einige Formationen der SA für die Begehung von Kriegsverbrechen und Verbrechen gegen die Menschlichkeit eingesetzt wurden, kann nicht festgestellt werden, daß die Mitglieder der SA im allgemeinen an der Verübung derartiger Untaten teilnahmen, ja von einer großen Zahl von SA-Leuten kann nicht einmal behauptet werden, daß sie von der Begehung dieser Verbrechen überhaupt unterrichtet waren.

2. Das Reichskabinett, der Generalstab und das Oberkommando der Wehrmacht werden ebenfalls nicht als verbrecherische Organisation bezeichnet. Das Gericht lehnte aus ähnlichen Gründen wie bei der SA die Feststellung der Kriminalität des Generalstabes ab, doch fügt das Urteil hinzu, daß gegen viele Angehörige des Generalstabes und des Oberkommandos der Wehrmacht der Beweis der Kriminalität individuell erbracht sei.

Zudem heißt es wörtlich: "Der Generalstab und das Oberkommando der Wehrmacht sind zu einem großen Teil für das Elend und die Leiden von Millionen Männern, Frauen und Kindern verantwortlich. Ohne ihre militärische Hilfe wären die aggressiven Pläne Hitlers und seiner Nazihelfer akademisch und unfruchtbar geblieben. ...

Dieser Teil des Urteils entlastet rund 4,5 Millionen SA-Mitglieder und etwa 125 Generäle und Admiräle von der Drohung einer Kollektivverurteilung.<<

Der 19jährige Bernd S. berichtete über die Internierung im sowjetischen Lager Jamlitz bei Lieberose im September 1946 (x126/75-76): >>Anfang September wurde ein großer Transport zusammengestellt, und wir kamen nach Jamlitz bei Lieberose.

Jamlitz war ein von Wachtürmen und einem Holzzaun umgebenes Holzbarackenlager inmitten eines Kiefernwaldes. In den Baracken schliefen wir auf den blanken Brettern dreistöckiger Holzpritschen. Das einzige weitere Inventar der Unterkünfte bildete je ein Kanonenofen pro Raum.

Vor den Baracken befand sich jeweils eine abgezaunte Fläche, wo wir zweimal am Tag unsere Runden drehen durften. Morgens und abends fanden Zählappelle statt. Die gesamte restliche Zeit lagen wir in den Unterkünften – das heißt, wir saßen, denn liegen war tagsüber verboten.

Beschäftigungsmöglichkeiten gab es für uns keine. Die permanente Langeweile gehörte zu den schlimmsten Torturen der Lagerzeit. ...

Zu essen bekamen wir am Tag zweimal einen halben Liter Wassersuppe und 300 Gramm trockenes Brot, weniger gab es nirgendwo sonst. Von dem Brot hatten wir gelegentlich den Eindruck, als sei es unter Verwendung von Sägespänen gebacken worden.

Unsere Notdurft mußten wir nachts in Fässern verrichten, die draußen vor den Baracken standen. Waschen mußten wir uns ebenfalls im Freien. Fließendes Wasser gab es nicht. Die zwangsläufige Folge der katastrophalen hygienischen Bedingungen war das schnelle Auftreten von Infektionskrankheiten, vor allem Tbc und Ruhr.

Auch Wasser kam oft vor. Viele hatten dicke, geschwollene Beine, in die man mit dem Finger hineindrücken konnte, ohne daß die dadurch entstandene Vertiefung nach dem Zurückziehen des Fingers wieder verschwand. ...<<

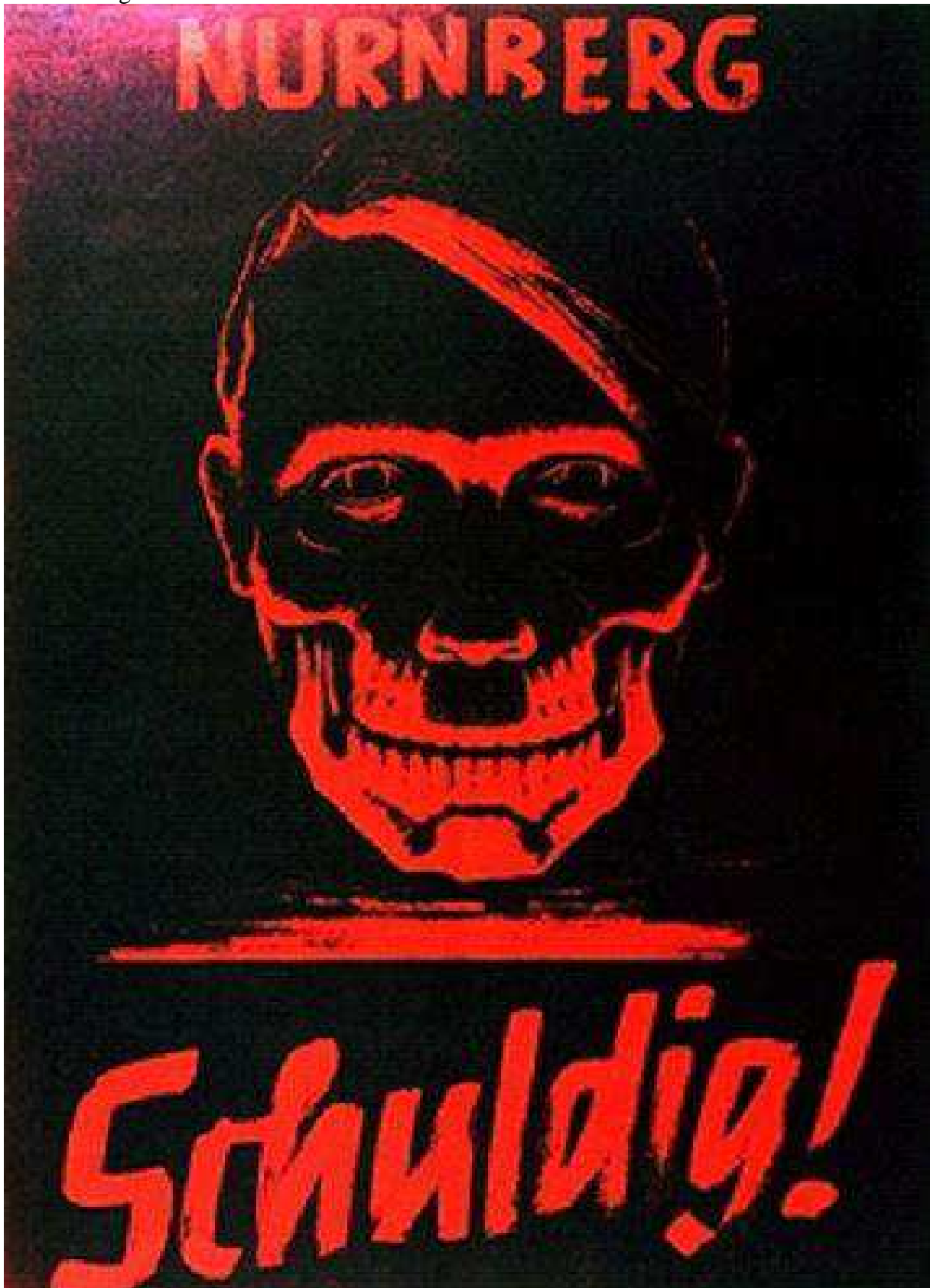
Die US-Zeitschrift "TIME" berichtete im September 1946 über den Terror in Jugoslawien (x124/237,239): >>... Hinter der fadenscheinigen Tarnung einer pseudoliberalen Verfassung formte Tito die südslawischen Länder zu einem kommunistischen Muster-Polizeistaat. Seine von der NKWD geschulte Geheimpolizei, die OZNA, liquidierte zusammen mit den Partisanen schätzungsweise 200.000 Menschen und warf weitere 100.000 in die Gefängnisse. ...<<

>>... Die UNRRA lieferte seit April 1945 für 327 Millionen Dollar Waren und Lebensmittel. Tito bringt es fertig, die meisten Leute darüber in Unwissenheit zu halten, woher diese Gaben kommen.

Neulich demonstrierten in Belgrad Jugendliche in amerikanischen Hemden und britischen Schuhen, wobei sie brüllten: "Gebt uns Waffen! Wir wollen gegen die Amerikaner und Briten kämpfen!"<<



Im Nürnberger Hauptkriegsverbrecher-Prozeß wurden am 1. Oktober 1946 nach 403 öffentlichen Sitzungen die Urteile verkündet.



*Abb. 74 (x065/574): Nürnberger Kriegsverbrecherprozeß.*

12 NS-Führer (Martin Bormann, Hans Frank, Wilhelm Frick, Hermann Göring, Alfred Jodl,

Ernst Kaltenbrunner, Wilhelm Keitel, Joachim von Ribbentrop, Alfred Rosenberg, Fritz Sauckel, Arthur Seyß-Inquart und Julius Streicher) wurden zum Tod durch den Strang verurteilt.

Rudolf Heß, Walter Funk und Erich Raeder erhielten lebenslange Freiheitsstrafen.

Baldur von Schirach, Albert Speer, Konstantin Freiherr von Neurath und Karl Dönitz erhielten 10- bis 20jährige Freiheitsstrafen.

Hjalmar Schacht, Franz von Papen und Hans Fritzsche wurden freigesprochen.

Die Führungskorps der NSDAP, Gestapo, SS und SD stuft man als verbrecherische Organisationen ein. Das deutsche Reichskabinet, der Generalstab und das Oberkommando der Wehrmacht wurden im Sinne der Anklage für nicht verbrecherisch befunden und freigesprochen.

Die sowjetische Anklagevertretung lehnte damals alle Freisprüche ab und forderte die Todesstrafe für Heß.

In der "Frankfurter Rundschau" berichtete der Journalist Karl Gerold am 1. Oktober 1946 über die Urteile im Nürnberger Hauptkriegsverbrecher-Prozeß (x111/221): >>... Mit verschlossenen, bleichen Gesichtern sitzen die angeklagten ehemaligen Staatsoberhäupter vollzählig vor ihren Richtern, vor der Öffentlichkeit der Völker dieses Erdballs.

Ich sehe sie der Reihe nach durch, wie sie selber, eine gewisse Erwartung in der Haltung spiegelnd, dasitzen: Antreiber und Ausführende, Intriganten und Veranlasser der größten Verbrechen eines starken, blutigen Jahrzehnts in unserem Jahrhundert.

Und alle, wie sie da sind, nennen sich unschuldig vor Gott und wissen keinen Schuldigen zu finden.<<

Der deutsche Psychoanalytiker Alexander Mitscherlich (1908-1982) schrieb damals über diesen Prozeß (x111/221-222): >>Das Panorama der Verfehlungen, das im Nürnberger Prozeß entsteht, ist verwirrend und überwältigend.

Menschliche Tragödien, mit fünf- und sechsstelligen Zahlen multipliziert, erwecken ein vages Allgemeingefühl des Ekels. Das Prozeßmaterial gibt keinen rechten Angriffspunkt für die Vorstellungskraft.

Der Dreißigjährige Krieg lebt in der Phantasie der Menschheit nicht wegen der Fülle von Untat und Brandstiftung weiter, sondern weil ihn Grimmelshausen beschrieben hat.

Aus Prozeßakten wird noch keine Geschichte im Bewußtsein der Menschen.<<

Die Tageszeitung "Die Welt" berichtete am 1. Oktober 1946 über den Nürnberger Hauptkriegsverbrecher-Prozeß (x111/222): >>... Es wäre die Ansicht, daß ein Verbrechen nicht geahndet werden kann, weil kein passendes Gesetz vorhanden ist, eine Zumutung gewesen, die sich die Welt und auch das deutsche Volk niemals hätten gefallenlassen.

Ein Gesetz kann immer erst geschaffen werden, wenn das Verbrechen bereits existiert. In einem Land, in dem es keine Straßenbahnen gibt, braucht man keine Verordnungen gegen das Abspringen während der Fahrt. In einer Welt, in der die systematische Abschachtung und Verbrennung von Millionen Menschen eine unbekannt Praxis ist, bedarf es keiner sie verhütender Gesetzgebung. Es blieb Deutschland vorbehalten, diese Praxis einzuführen.

Es ist dem deutschen Volk anheim gegeben, diesen Zusammenhang innerlich anzuerkennen. Die Lehren des großen Prozesses, die weitreichenden und einschneidenden Neuerungen im Leben der Völker, die er mit sich bringt, erschöpfen sich damit nicht.

Am Vorabend seines Abschlusses genügt es jedoch zu sagen, daß diese ungeheure, peinlich genaue, unermüdliche Anstrengung, Ordnung und Recht an die Stelle von Chaos und Rechtlosigkeit zu setzen, alles andere als umsonst gewesen ist. Dieser Prozeß hat sich gelohnt. Seine Lehren sind teuer erkauf. Es ist an den Überlebenden in allen Ländern, sie nicht zu verschleudern.<<

Die deutsche Journalistin und Schriftstellerin Ruth Andreas-Friedrich (1901-1977) schrieb am

1. Oktober 1946 über die zahlreichen Radiokommentare zu dem Nürnberger Prozeß (x111/-222): >>Von Witzlebens Gefühlen (nach dem 20. Juli 1944 zum Tode verurteilt und hingerichtet) wurde nicht so viel hergemacht. Und ob es gut ist, dem Farmer in Oklahoma das auszumalen, ob es gut ist, die Deutschen das wissen zu lassen? ...<<

Der deutsche Historiker Hellmuth G. Dahms schrieb später über die Aburteilung der deutschen "Hauptkriegsverbrecher" (x090/307): >>... Der vor dem Internationalen Militärtribunal in Nürnberg inszenierte Prozeß führte zu ersten Mißhelligkeiten zwischen den Siegermächten. ...

Zwölf weitere Nürnberger Prozesse wurden von den Amerikanern allein geführt. Die drei anderen Mächte fällten und vollstreckten Gerichtsurteile nach eigenem Ermessen. Während die Vereinigten Staaten 444 Deutsche, davon 255 in Landsberg/Lech, henken ließen, verzeichneten die Sowjetunion 879, Großbritannien 230 und Frankreich 82 Hinrichtungen in den Besatzungszonen.

Hunderttausende wurden interniert, nach Artikel A III/5 des "Potsdamer Abkommens" alle Personen, die den 4 Mächten "gefährlich" zu sein schienen. Aber auch darin verfahren die Sieger unterschiedlich. Die Sowjets übernahmen NS-Konzentrationslager wie Buchenwald und Sachsenhausen, wo sie mit Hilfe deutscher Kommunisten nach eigenen Angaben 43.000 Menschen zugrunde richteten.

Die amerikanische Militärregierung verhängte zehntausendfach "automatischen Arrest" und unterhielt dazu zahlreiche Internierungslager, von denen Dachau, Ludwigsburg und Darmstadt bald einen üblen Ruf hatten. Die Briten brachten ihre Gefangenen zum Teil nach Aurich, Münster und Wesel, die Franzosen in frühere NS-Lager nach Balingen.<<

Der US-Anklagevertreter Robert Kempner (1899-1993) schrieb am 1. Oktober 1946 über den Nürnberger Kriegsverbrecherprozeß (x243/257): >>... Das Nürnberger Urteil ist von einem unabhängigen Gericht nach vorbildlich geführter und minutiöser Verhandlung gesprochen worden, und von historischer Bedeutung in Gegenwart und Zukunft.<<

Telford Taylor (1908-1998, Nachfolger von Robert H. Jackson und nordamerikanischer Hauptankläger bei 12 der 13 Nürnberger Kriegsverbrecherprozesse) erklärte später (x165/412-414): >>Der Grundgedanke war, daß die Bestrafung von kriegerischer Aggression – indem man sie nach internationalem Recht als Verbrechen einstuft – helfen sollte, den Frieden zu sichern. Es hat aber nicht viel genutzt. Die vier Großmächte trafen sich in London und unterzeichneten das Londoner Abkommen, das die Durchführung der Prozesse ermöglichte.

Der erste Prozeß wurde von den vier Mächten getragen. Die Richter und Anklagevertreter kamen aus Frankreich, England, der Sowjetunion und den Vereinigten Staaten. Die übrigen 12 Prozesse wurden ausschließlich von amerikanischen Richtern, Anklagevertretern und Verteidigern bestritten. Die anderen Länder hielten Prozesse in ihren eigenen Besatzungszonen ab.

Dieses internationale Gericht wurde nicht abgehalten, um konventionelle Kriegsverbrechen abzuurteilen, sondern es war auch von der Idee getragen, Angriffskriege als Verbrechen zu behandeln. Als vorsätzliche Straftat. Jackson und Henry Stimson, der Kriegsminister, hielten das für den wichtigsten Punkt. ...

Vielleicht erinnern sie sich daran, daß es in Militärkreisen einen großen Aufschrei gab, als die beiden deutschen Generäle Keitel und Jodl zum Tode verurteilt und hingerichtet wurden. Auch von Kommentatoren wurde diese Sichtweise der Militärs nachgebetet. Mit Ausnahme dieser beiden und eines dritten – General Dostler, der amerikanische Gefangene in Italien umgebracht hatte und dafür von einem amerikanischen Kriegsgericht verurteilt wurde – wurde nach dem Ende des Zweiten Weltkrieges von amerikanischer Seite gegen keinen anderen General die Todesstrafe verhängt. ...

Wir hatten Keitel im Prozeß als recht gefühllose und wenig nachdenkliche Person kennengelernt. Bei seiner Aussage erwies er sich als sehr hölzern. Aber in seiner letzten Stellungnahme

vor Gericht sagte er: "Ich habe mir nie klargemacht, daß es nicht ausreicht, ein guter Soldat zu sein und Befehle zu befolgen. Das ist meine Schuld. ...<<

Der deutsche Oberstaatsanwalt Alfred Streim (1932-1996) schrieb später über die "Nürnberger Prozesse" (x051/424-425): >>Nürnberger Prozesse, Verfahren vor dem Internationalen Militär-Tribunal (IMT) gegen Göring und andere sowie zwölf Verfahren vor amerikanischen Militärgerichtshöfen gegen ehemalige führende Persönlichkeiten des Dritten Reiches aus Politik, SS, Polizei, Justiz, Ärzteschaft, Wirtschaft und Wehrmacht wegen Verbrechen gegen den Frieden, Kriegsverbrechen, Verbrechen gegen die Menschlichkeit und Mitgliedschaft in verbrecherischen Organisationen.

Der erste Nürnberger Prozeß war das Verfahren gegen die Hauptkriegsverbrecher, das auf dem von Frankreich, Großbritannien, den USA und der UdSSR am 8.8.45 unterzeichneten Londoner Abkommen beruhte. Sitz des Gerichts war Berlin; als Verhandlungsort wurde jedoch Nürnberg bestimmt. Die Signatarmächte ernannten Richter und Hauptankläger. Der Präsident des Gerichts, der Engländer Lord Lawrence, wurde von den Richtern aus ihrer Mitte gewählt.

Mit Anklageschrift vom 6.10.45 erhoben die vier Hauptankläger Jackson (USA), de Menthon (Frankreich), Rudenko (UdSSR) und Sir Shawcross (Großbritannien) Anklage gegen 24 Personen: Göring, Heß, Ribbentrop, Neurath, Raeder, Dönitz, Keitel, Jodl, Ley, Rosenberg, Frick, Schirach, Kaltenbrunner, H. Frank, Funk, Streicher, Sauckel, Seyß-Inquart, Speer, Bormann, Papen, Schacht, G. Krupp, Fritzsche sowie sechs Organisationen oder Gruppen (SS, SA, Generalstab und OKW, Reichskabinett, Führerkorps der NSDAP, Gestapo und SD).

Als der Prozeß am 20.11.45 im Justizpalast in Nürnberg begann, fehlten drei Angeklagte: Ley hatte nach Zustellung der Anklage Selbstmord verübt, Bormann war nicht gefunden und Krupp wegen Gebrechlichkeit für verhandlungsunfähig erklärt worden. Gegen Bormann wurde jedoch in Abwesenheit verhandelt.

Das Verfahren dauerte zehn Monate. Durch Urteil vom 1.10.46 verhängte das IMT gegen zwölf Angeklagte die Todesstrafe (Göring, Ribbentrop, Keitel, Kaltenbrunner, Rosenberg, Frank, Frick, Streicher, Sauckel, Jodl, Seyß-Inquart, Bormann), drei wurden zu lebenslänglicher (Heß, Funk, Raeder) und vier zu zeitigen Freiheitsstrafen von zehn bis 20 Jahren verurteilt (Dönitz, Schirach, Speer, Neurath). Drei Angeklagte sprach das Gericht frei (Schacht, Papen, Fritzsche).

Der Alliierte Kontrollrat bestätigte sämtliche Urteile. Die Todesurteile wurden mit zwei Ausnahmen am 16.10.46 vollstreckt; Göring hatte kurz vor der Hinrichtung Selbstmord begangen, Bormann blieb verschollen.

Die ursprüngliche Absicht der Alliierten, weitere Prozesse vor dem IMT durchzuführen, wurde nicht weiterverfolgt. Durch Kontrollratsgesetz Nr. 10 vom 20.12.45 ermächtigten die Gouverneure der vier Besatzungszonen vielmehr die Besatzungsbehörden, zur Aburteilung von Kriegsverbrechern "geeignete Gerichtshöfe" zu schaffen. In der amerikanischen Zone wurden in Nürnberg die zwölf weiteren Nürnberger Prozesse durchgeführt. Anklage war gegen insgesamt 185 Personen erhoben worden, verhandelt wurde gegen 177: Vier Angeklagte hatten Selbstmord verübt, vier waren für verhandlungsunfähig erklärt worden.

Die Verfahren begannen am 9.12.46 mit dem Ärzteprozeß; es folgten der Prozeß gegen Milch, der Juristen-, Pohl-, Flick-, I. G. Farben-Prozeß, der Prozeß gegen die Südost-Generäle, der RuSHA-, Ohlendorf- oder Einsatzgruppen-, Krupp-, Wilhelmstraßen- und schließlich der OKW-Prozeß. Das letzte Urteil erging am 11.4.49.

24 Angeklagte wurden zum Tod verurteilt, 20 zu lebenslänglich und 98 zu Freiheitsstrafen zwischen 18 Monaten und 25 Jahren. Freispruch erging in 35 Fällen. Von den zum Tod Verurteilten wurden zwölf hingerichtet, einer an Belgien ausgeliefert (dort verstorben), elf zu lebenslänglicher Haft begnadigt. Mit Gnadenerlaß vom 31.1.51 setzte US-Hochkommissar Mc-

Cloy zahlreiche Strafen herab.

Parallel zu den Nürnberger Gesetzen liefen zahlreiche weitere Kriegsverbrecher-Prozesse vor Militärgerichten der Besatzungsmächte gemäß Kontrollratsgesetz Nr. 10 und vor Gerichten in den ehemals von der Wehrmacht besetzten Ländern.

Alle diese Verfahren, insbesondere die Nürnberger Prozesse, sind in der Folgezeit als "Sieger-(gemeint: Willkür-)Justiz" kritisiert worden, da deutschen Juristen die Mitwirkung versagt blieb. V.a. die rückwirkende Einführung von Straftatbeständen (Verbrechen gegen den Frieden u.a.) und die Ausklammerung alliierter Kriegsverbrechen (Katyn u.a.) haben das Ansehen der Nürnberger Prozesse beschädigt, die zudem bei Kriegsverbrechen nach dem Zweiten Weltkrieg nicht als erhofftes Vorbild dienten, insbesondere nicht wenn Großmächte involviert waren.

Gleichwohl sind der moralische Wert und der historische Nutzen der juristischen Aufarbeitung durch die Nürnberger Prozesse und spätere (Ludwigsburger Zentralstelle) nicht zu überschätzen.<<

Der deutsche Schriftsteller Caspar Freiherr von Schrenck-Notzing (1927-2009) schrieb später in seinem Buch "Charakterwäsche. Die Re-education der Deutschen und ihre bleibenden Auswirkungen" über die Kriegsverbrecherprozesse (x306/156-162): >>**Entnazifizierung mit Strick**

Die beiden Aufgaben, die Molotow in Paris für die zukünftige deutsche Regierung gestellt hatte, die Ausrottung der Reste des Faschismus und die Erfüllung der Verpflichtungen gegenüber den Alliierten, waren auch die Ziele der amerikanischen Politik. Die Ausrottung der Reste des Faschismus sollte durch eine Beseitigung nationalsozialistischer Symbole, Gesetze und Literatur, sowie durch die Aburteilung von Personen und Personengruppen, die als Träger der nationalsozialistischen Politik betrachtet wurden, bewerkstelligt werden.

Die Aburteilung nahm die beiden Formen der Kriegsverbrecher (Naziverbrecher) - Prozesse und der Entnazifizierung an. Anlässlich des Besuches des amerikanischen Außenministers Hull in Moskau (1943) wurde vereinbart, daß Verbrechen, die an einem bestimmten Ort stattgefunden hatten, an diesem abgeurteilt werden sollten (Auslieferung) und solche, die keinen bestimmten Ort hatten, von einem internationalen (interalliierten) Gericht zu ahnden seien. Der einzige solche Prozeß war der Nürnberger Hauptkriegsverbrecher Prozeß vom 20. Februar 1946 - 1. Oktober 1946. ...

Die Kriegsverbrecherprozesse stützten sich auf eine Reihe alliierter Deklarationen. Schon vor Kriegseintritt hatte Roosevelt eine Deklaration gegen die Hinrichtung von Geiseln erlassen. Churchill unterstützte diese Deklaration und nannte die Vergeltung für solche Vergehen gegen das Kriegsrecht ein erstrangiges Kriegsziel. Im Januar 1942 tagten Vertreter von neun Exilregierungen in London in Anwesenheit des damaligen amerikanischen Botschafters (und späteren Nürnberger Richters) Biddle und forderten die Aburteilung von Kriegsverbrechen noch mit dem Argument, daß "um Racheakte der Bevölkerung als Reaktion gegen die Gewaltakte zu vermeiden und um den Gerechtigkeitssinn der zivilisierten Welt zu befriedigen", ordnungsgemäße Verfahren notwendig seien.

1943 kam es dann zur Moskauer Deklaration, die von Stalin, Roosevelt und Churchill unterzeichnet wurde und festlegte, wer Kriegsverbrechen ahnden würde, aber nicht wie Kriegsverbrechen geahndet würden. Hull setzte sich für ein summarisches Verfahren ein, das "die prompte Erledigung von Welt-Gangstern, die schlimmer waren als eine Million toller Hunde", garantieren sollte. Hitler, Mussolini, Tojo und ihre "Erzkomplizen" sollten nach einem kurzen standrechtlichen Verfahren hingerichtet werden.

Ein Prozeß würde ihnen nur noch eine Propagandamöglichkeit geben. Auch von englischer Seite wurde noch bis zum Sommer 1945 vertreten, daß die Achsenführer - in Analogie zum Verfahren gegen Napoleon - durch eine gemeinsame politische Entscheidung (joint decision)

der Alliierten gerichtet würden und nicht nach einem juristischen Verfahren.

Doch schon Ende 1943 hatte die Sowjetunion durch ein Militärgericht der 4. Ukrainischen Front einen Musterprozeß, den Charkower Prozeß "über die von den deutschfaschistischen Eindringlingen in der Stadt Charkow und Umgebung während der zeitweisen Okkupation verübten Greuelthaten" durchgeführt. Der Prozeß endete mit dem öffentlichen Aufhängen der Angeklagten.

Nach Vorbesprechungen auf der Gründungskonferenz der Vereinten Nationen traten gleichzeitig mit der Potsdamer Konferenz Vertreter der vier Besatzungsmächte in London zusammen und verabschiedeten am 8. August 1945 ein "Abkommen über die Verfolgung und Bestrafung der Hauptkriegsverbrecher der europäischen Achse". In den Londoner Verhandlungen wurde ein neues Recht geschaffen, und zwar von Männern, die gleichzeitig in Nürnberg Hauptankläger waren (Maxwell Fyfe und Jackson).

Das neue Recht war eine interessante Mischung sowjetischer und angelsächsischer Rechtsauffassungen. Die Sowjets traten dafür ein, daß die verbrecherische Tätigkeit der Angeklagten schon erwiesen sei und nur noch das Ausmaß der Beteiligung jedes einzelnen zu beurteilen bliebe. Es sollten die Verbrechen der Deutschen verfolgt werden und nicht Verbrechen allgemein, die andere auch begehen konnten. Hier setzte sich die amerikanische Auffassung durch, daß für Nürnberg ein neues Recht zu schaffen sei, das künftig auch auf andere als deutsche Verbrechen angewendet werden könnte.

Ein weiterer amerikanischer Rechtsbeitrag bestand darin, den ursprünglichen Kern einer Anklage wegen Vergehen gegen das Kriegsrecht und die Kriegsbräuche durch die Anklage von Verbrechen gegen die "Menschlichkeit" zu erweitern. Vor allem sollten aber auch Verbrechen gegen den Frieden geahndet werden. Der Angriffskrieg ("aggressive war") wurde für verbrecherisch erklärt. Der Begriff eines Verbrechens gegen den Frieden wurde von Jackson aus einer Arbeit des sowjetischen Professors Trainin "Verantwortlichkeit des Hitlerismus im strafrechtlichen Sinn" übernommen und konnte eine nachträgliche Rechtfertigung des neutralitätsrechtlich keinesfalls zulässigen Verhaltens der USA vor Kriegseintritt liefern.

Nicht unbeeinflußt von der sowjetischen Rechtsauffassung steuerte Jackson auf das Recht eines neuen Zeitalters zu, wobei er feststellte, man dürfe nicht gestatten, "daß die Rechtslage kompliziert wird durch Legalismen, die im Zeitalter des Imperialismus entwickelt worden sind, um Kriege respektabel zu machen".

Das Londoner Abkommen führte vier Gruppen von Verbrechen auf.

1. Verschwörung gegen den Frieden
2. Verbrechen gegen den Frieden
3. Kriegsverbrechen
4. Verbrechen gegen die Menschlichkeit.

Sinn und Ziel des in London geschaffenen und in Nürnberg praktizierten Rechtes wird deutlich, wenn man sich vor Augen führt, daß es sich um New-Deal-Recht handelt.

Sowohl der amerikanische Richter in Nürnberg (Biddle) wie der Hauptkläger und Schöpfer des Londoner Abkommens (Jackson) waren führende New-Deal-Juristen. Der Lebenslauf von Robert Houghwout Jackson ist das Muster einer New-Deal-Karriere. Jackson (1892-1954) war ein junger demokratischer Anwalt im Staat New York. Mit Roosevelts Übernahme der Präsidentschaft ging er in den Staatsdienst.

Zunächst war er in der Rechtsabteilung von Morgenthau Finanzministerium, wo er gegen die Vertreter des abtretenden republikanischen Regimes schauprozeßartig aufgezoogene Verfolgungen einleitete. Sein Hauptopfer war der langjährige Finanzminister mehrerer republikanischer Regierungen, der Multimillionär und Stifter der Washingtoner National Gallery, Andrew Mellon.

Dann wendete er sich gegen die amerikanischen Finanzkreise, die in den Ivar Kreuger Skandal

verwickelt waren. Vom Finanzministerium ging er in die Antitrust Abteilung des Justizministeriums, die Hochburg der liberalen Jungtürken, als deren Leiter. Von dort holte ihn Roosevelt, damit er als Justizminister die juristische Rechtfertigung der Interventionspolitik lieferte. Jackson war maßgeblich an der wertenden Unterscheidung der Kriegsparteien als Angreifer und Angegriffene beteiligt. Später machte ihn Roosevelt zum Mitglied des Obersten Gerichtshofes.

Dann kamen die Tage von Nürnberg, wo ihn das Schicksal der anderen New-Deal-Größen ereilte. Er erwachte eines Morgens und merkte, daß er ein Mann von Gestern war. Die zunehmende Kritik in Amerika an der Beteiligung eines Richters des Obersten Gerichtshofes an der fragwürdigen Nürnberger Viermächtejustiz führte zu seiner Abberufung und Ersetzung durch den minder prominenten, radikal liberalen Telford Taylor.

Zu den Neuschöpfungen des Londoner Abkommens gehörte der Begriff der verbrecherischen Organisation. Das Gericht konnte eine Organisation für verbrecherisch erklären, worauf jeder Staat, der das Londoner Abkommen unterzeichnete, das Recht besaß, Mitglieder der betreffenden Organisation vor Gericht zu stellen und mit allen Strafen (einschließlich Todesstrafe) zu belegen, wobei das zu bestrafende Verbrechen die Mitgliedschaft in der verbrecherischen Organisation sein sollte. Das Gericht erklärte:

"Eine kriminelle Organisation ist analog einer kriminellen Verschwörung, insofern das Wesen beider die Zusammenarbeit zu kriminellen Zwecken ist."

Zu verbrecherischen Organisationen wurden das Führungskorps der NSDAP von den Mitgliedern der Reichsleitung bis herunter zu den Mitgliedern der Ortsgruppenleitungen, SD und SS erklärt. Die Organisationsverbrechen waren Verbrechen einer Verschwörung, daher wurde nicht die bloße Mitgliedschaft in einer verbrecherischen Organisation für strafbar erklärt, sondern der freiwillige Eintritt und das Verbleiben in ihr bei Wissen um den verbrecherischen Zweck.

Diesen Zweck, nicht jedoch einzelne Vergehen gekannt zu haben, stellte ein Verbrechen dar. Das Gesetz Nr. 10 des Kontrollrates schränkte den Begriff der Teilnahme an der Verschwörung etwas ein und nannte neben Tätern und Gehilfen auch Zustimmende und mit der Planung oder Ausführung der Verbrechen irgendwie Verbundene als Teilnehmer.

Neben den Organisationsverbrechen waren die "Verbrechen gegen den Frieden" zu verfolgen. Aufschlußreich wirkt schon die Liste der wegen Verbrechen gegen den Frieden Angeklagten. Es waren alle Angeklagten des Nürnberger Hauptkriegsverbrecherprozesses, 12 Direktoren der Firma Krupp, 23 Direktoren der IG Farben, 17 Diplomaten, 14 Mitglieder des Oberkommandos der Wehrmacht und Hermann Röchling (in der französischen Zone). Industrielle, Generalstäbler und Diplomaten hatten sich gegen den Frieden verschworen, ganz wie es der New-Deal-Mythologie entsprach.

Es ist klar, daß sich Urteile über Verbrechen gegen den Frieden auf erschöpfende historische Untersuchungen der Ursachen des Krieges hätte stützen müssen, Untersuchungen, die methodologische Schwierigkeiten ohne Zahl aufgeworfen hätten.

Aus der verschwörungstheoretischen Literatur hatte die amerikanische Anklage, die in Nürnberg für die Verbrechen gegen den Frieden zuständig war, jedoch die entschlüsselnde Geschichtsschreibung mitgebracht. Einzelne Ereignisse wurden im Lichte der großen Pläne und Absichten der Verschwörer gesehen und dienten zugleich als Beweis für deren Absichten und Verschwörungen. Methodische Vorfragen entfielen. Die Anklage entwickelte eine Verschwörungsgeschichte, in der die einzelne Handlung eines Angeklagten dann einen Stellenwert besaß.

Wenn der französische Richter die Verknüpfung von Angriffskrieg und verbrecherischer Verschwörung eine "interessante, aber etwas romanhafte Konstruktion" nannte, so übersah er die ideologische Tradition des neuen, von Jackson vertretenen Rechtes. Es war keine ad hoc Kon-

struktion, sondern ein juristischer Niederschlag des Glaubens an eine Welt machtfreier Harmonie und der verbrecherischen Verschwörung gegen das Entstehen dieser Welt.

Die Differenz zwischen der New-Deal-Jurisprudenz und der sowjetischen Jurisprudenz lag daran, daß die New Dealer das neue Recht auch dem amerikanischen Staate überordnen, während die sowjetischen Juristen es an den Grenzen des sowjetischen Machtbereichs zum Stehen bringen wollten.

Die Richter der Nürnberger Verfahren entschlossen sich zu einem Kompromiß zwischen herkömmlichem und neuem Recht. So wurden die Direktoren von IG Farben nicht wegen eines Angriffskrieges, sondern wegen Sklaven-Arbeit und wegen Plünderung verurteilt, und auch im Hauptkriegsverbrecherprozeß wurde kein Urteil wegen Verschwörung allein, sondern nur im Zusammenhang mit anderen Anklagepunkten gefällt.

Einen interessanten Blick hinter die Kulissen der Nürnbergerjustiz gibt der Bericht des Hauptklägers des Nürnberger IG Farben Prozesses (1948), Josiah E. Du Bois. Du Bois war ein Beamter der Rechtsabteilung des Finanzministeriums, dessen Vorgesetzter Bernard Bernstein ihn auf die IG Farben angesetzt hatte, um die Beschlagnahme von IG Farben Vermögen in Nord- und Südamerika zu erwirken. Er war Mitglied der Reparationsmission von Edward Pauley gewesen, deren Ziel es war, die Wirtschaft der ehemals besetzten Länder durch jene Industrien wiederaufzubauen, die der Kriegswirtschaft der Achsenmächte gedient hatten.

Vor seiner Abreise nach Deutschland im Januar 1947 holte er sich die Rückendeckung von Bernard Bernstein und David Marcus, der damals die Kriegsverbrechenabteilung im Armeeministerium leitete. Marcus erklärte ihm, sein Ministerium sei zwar gegen eine Anklage wegen Führung eines Angriffskrieges gegen IG Farben, wenn er jedoch in Nürnberg eine solche Anklage erhebe, werde Marcus dafür sorgen, daß in Amerika niemand dazwischentrete. In Berlin machte Du Bois seinen Antrittsbesuch bei Clay.

"Wir kamen bald in ein Gespräch über das Thema, über das ich seit 1944 predigte. Deutschland wieder als industrielles Herz Europas aufzubauen, besonders wenn es von jenen Industriellen kontrolliert würde, die dazu beigetragen hatten, Europa in den Krieg zu stürzen, würde uns unsere besten europäischen Freunde entfremden.

Clay antwortete, das Problem sei, Deutschland industriell stark genug zu machen, um eine gesunde Wirtschaft zu unterhalten, aber nicht zu gestatten, daß diese Wirtschaft den deutschen Kreisen, die immer noch fanatisch militaristisch gesinnt seien, diene." Du Bois erklärte, daß bislang noch wenig getan worden sei, um die Furcht der europäischen Völker davor, daß Deutschland wieder beherrschende Militärmacht werde, zu zerstreuen.

Der IG Farben Prozeß solle eben jene Garantie geben, daß die Amerikaner gegen die Wiedererrichtung der Macht der aggressiven Industriellen stünden. Clay meinte, er stimme damit überein, habe aber einige Fragen, die zum gegebenen Zeitpunkt geklärt werden müßten. Vor allem aber sei er dagegen, daß Generäle wegen Verbrechen gegen den Frieden angeklagt würden. "Wenn wir den nächsten Krieg verlieren, wäre es ein Präzedenzfall, um amerikanische Generäle vor Gericht zu ziehen." "Nur wenn diese amerikanischen Generäle sich verschwören, um einen Angriff auf wehrlose Nachbarn zu unternehmen", antwortete Du Bois.

In Nürnberg traf Du Bois auf die Amerikanerin Belle Mayer. Sie hatte unter Du Bois im Finanzministerium gearbeitet. "Sie war es, die General Telford Taylor vorgeschlagen hatte, daß ich die Anklage im IG Farben Prozeß übernehmen solle." Auch die übrigen Vertreter der Anklage entpuppten sich als radikale Liberale bis auf einen Tschechen, von dem niemand wußte, wie er nach Nürnberg kam, Jan Charnatz. "Er trinkt nicht, er raucht nicht, er wird nicht intim, er redet ausschließlich über die Arbeit. Ohne ihn wäre die Anklage wegen Angriffskrieges nicht möglich."

Die Richter dagegen standen nicht auf der Höhe der Anklage. Sie stammten aus der amerikanischen Provinz, und es war eine Sisyphusarbeit, ihnen den ideologischen Kontext der Ankla-



ge erläutern zu müssen, da ja das liberale Denkgebäude nie ganz Allgemeingut des amerikanischen Volkes geworden war.

Am 11. April 1949 wurde das letzte Urteil in Nürnberg im Wilhelmstraßen Prozeß gegen die Angehörigen des Auswärtigen Amtes gesprochen. Es war höchste Zeit, da sich die Hohe Kommission bald Gedanken machen mußte, wie sie die Verurteilten wieder los werden könne. 1951 wurde von McCloy eine weitgehende Amnestie erlassen. Seither schläft das Nürnberger Recht, wie das Potsdamer Abkommen, einen Dornröschenschlaf und harret des Tages, da ein roter Prinz kommen wird, um es wachzuküssen.<<

Der deutsche Philosoph Karl Jaspers (1883-1969) schrieb später über den "Nürnberger Prozeß" (x243/154): >>Im Gericht saß das bolschewistische Rußland, als Staat totaler Herrschaft der Herrschaftsform nach nicht anders als der nationalsozialistische Staat. Es war also ein Richter beteiligt, der das Recht, auf dem das Gericht begründet werden sollte, faktisch gar nicht anerkannte. ...

(Das Nürnberger Verfahren) war im Effekt ein einmaliger Prozeß von Siegernächten gegen die Besiegten. ... Nicht Recht wurde begründet, sondern das Mißtrauen gegen das Recht gesteigert.<<

Der deutsche Historiker Werner Maser schrieb später über den Nürnberger Kriegsverbrecherprozeß (x243/257): >>... Die Richter sind nur von Staaten bestellt, die in diesem Krieg die eine Partei gewesen sind. Diese eine Streitpartei ist Schöpfer der Gerichtsverfassung, Ankläger und Richter.

Die (USA) haben bisher verlangt, daß die Richterbank mit Neutralen unter Zuziehung von Vertretern aller Streitparteien besetzt werde. (Wie) im Internationalen Gerichtshof im Haag.<<

Der deutsche Jurist und Publizist Heinz Nawratil (1937-2015) berichtete später über die Nürnberger Kriegsverbrecherprozesse (x309/120-121): >>Die moralische Wirkung der Nürnberger Prozesse hielt sich allerdings in Grenzen, weil die Alliierten die gleichen Taten, für die sie führende Nationalsozialisten an den Galgen brachten, zur gleichen Zeit, bloß in viel größerem Maßstab, in Ostdeutschland selbst begingen oder genehmigten. ...<<

SED-Vorstandsmitglied Max Fechner forderte am 2. Oktober 1946 während einer Kundgebung die Todesstrafe für alle NS-Hauptkriegsverbrecher (x116/142-143): >>Dieses Bekenntnis richtet sich gegen die Freisprüche von Nürnberg, und dieses Bekenntnis lautet: Sie sind alle schuldig! ... An den Galgen mit den Verbrechern! ...

Das Urteil von Nürnberg ist gefällt - der Kampf des deutschen Volkes gegen seine Totengräber wird fortgesetzt.

Es lebe ein friedfertiges und demokratisches Deutschland!<<

US-Unterstaatssekretär Hildung erklärte am 2. Oktober 1946 (x111/223): >>... Deutschland bleibt die Wegkreuzung Europas. ... Wenn Deutschland zur wirtschaftlichen Gesundung Europas wirksam beitragen soll, so muß es ... als ein Land und nicht als vier Länder behandelt werden.<<

Die Tageszeitung "Die Welt" berichtete am 4. Oktober 1946 über die Nürnberger Urteile (x111/223): >>Man verspricht sich von dem Urteil für die Zukunft eine abschreckende Wirkung. Das ist richtig ...

Das Hauptgewicht Nürnbergs und allen zukünftigen Völkerrechts darf aber nicht bei der Abschreckung liegen, sondern in der Forderung nach der Weiterentwicklung positiver Rechtsvorschriften für das Gemeinschaftsleben der Völker. Nürnberg ist das Signal zu einem Anfang.<< Die britische Militärregierung ordnete am 5. Oktober 1946 an, daß alle deutschen Vertriebenen durch Lager geschleust und registriert werden müssen, um Lebensmittelkarten zu erhalten.

Der deutsche Schriftsteller Hans-Werner Richter (1908-1993) schrieb am 5. Oktober 1946 in

der Zeitschrift "Der Ruf" über die innerdeutsche Lage (x111/224): >>Was drüben geschieht, gleicht einer kalten Revolution, ist eine gewaltsame Veränderung aller bestehenden Lebensverhältnisse, der Erziehung, der Wirtschaft, der sozialen Schichtung, ja, der gesamten Struktur der menschlichen Gesellschaft.

Was hier geschieht, erscheint wie eine Restauration, eine Wiederholung dessen, was einmal bestand, eine Wiederherstellung rechtsstaatlicher Verhältnisse, wie sie vor 1933 gegeben waren.

Beides beginnt sich in den Gesichtern der Menschen einzuprägen, in ihrer Lebensform, ihrer Kleidung, ihrer ganzen Erscheinung. Drüben das proletarische Deutschland, hier die Reste des bürgerlichen.

Die Zonengrenze ist der Kaiserschnitt durch Deutschlands Mitte. Er kann tödlich sein.<<

Die US-Militärregierung lockerte am 7. Oktober 1946 die Pressezensur. Zukünftig durften auch kritische Berichte über die Verhältnisse in der nordamerikanischen Besatzungszone veröffentlicht werden (x111/224).

Die Tageszeitung "Die Welt" berichtete am 8. Oktober 1946 über die neuen Verfassungen der Länder (x111/225): >>Die Entwürfe zeichnen sich dadurch aus, daß sie die demokratischen Spielregeln wiederherstellen und bemüht sind, die Lehren aus dem Zusammenbruch der Weimarer Republik zu ziehen. ...

Besonders bemerkenswert ist die Tatsache, daß der Weg vom Schreibtisch des Referenten zur dritten Lesung in den Vorparlamenten durch eine steigende Reichsfreundlichkeit gekennzeichnet ist, die trotz aller föderalistischen Grundhaltung dem Vorwurf des Partikularismus ausweichen will. Der Kurs auf einen kommenden deutschen Bundesstaat ist besonders bei den Debatten um die Rechtsstellung der Länder, um die Einrichtung eines Senates und des Amtes eines Staatspräsidenten deutlich geworden.<<

Der britische Abgeordnete Stokes protestierte am 10. Oktober 1946, daß in der CSR viele Deutsche in Konzentrationslager eingewiesen würden (x039/230).

In Stuttgart fand am 11. Oktober 1946 die 1. Interzonenkonferenz der deutschen Vertriebenen statt. Die Vertreter der SBZ folgten dieser Einladung nicht.

Der Erzbischof von Agram, Stepinac, wurde in Jugoslawien am 11. Oktober 1946 wegen "Verbrechen gegen Volk und Staat" zu 16 Jahren Haft verurteilt (x006/543).

Stepinac wurde später im Jahre 1953 zum Kardinal ernannt.

In der Direktive Nr. 38 des Alliierten Kontrollrats vom 12. Oktober 1946 wurden u.a. der Begriff "Sühnemaßnahmen" und der Straftatbestand "Friedensgefährdung" erläutert.

Das Bundesministerium für gesamtdeutsche Fragen berichtete später über die "Sühnemaßnahmen" (x009/433-434): >>Strafrechtlicher Begriff, der durch die Direktive Nr. 38 des Alliierten Kontrollrats an Stelle des Wortes "Strafe" in das Strafrecht der SBZ eingeführt wurde.

Die schwerste gegen "Hauptschuldige" zu verhängende Sühnemaßnahme war die Todesstrafe. Weiter waren zeitliche und lebenslängliche Zuchthausstrafen und Gefängnisstrafen in Art. 8 der Direktive 38 aufgeführt.

In der strafrechtlichen Praxis der SBZ-Justiz bildete sich bald die Übung heraus, bei Todes- und Freiheitsstrafen weiterhin von "Strafen" zu sprechen, während eine Reihe von Nebenstrafen und Nebenfolgen aus der Direktive 38 als Sühnemaßnahmen bezeichnet wurden, darunter fiel die Vermögenseinziehung, das Berufsverbot, Verlust von Ansprüchen auf Pensions- oder Rentenzahlung, Verlust des aktiven und passiven Wahlrechts sowie des Rechts, sich politisch zu betätigen und Mitglied einer politischen Partei oder Gewerkschaft sein zu können, Auferlegung von Wohnraum- und Aufenthaltsbeschränkungen u.a.m.

Die Sühnemaßnahmen waren von unterschiedlicher Schwere, je nachdem, ob ein Angeklagter mit dem Urteil in die Gruppe der "Hauptbeschuldigten", "Belasteten", "Minderbelasteten" oder "Mitläufer" eingestuft wurde. ...<<

Das Bundesministerium für gesamtdeutsche Fragen berichtete später über die "Friedensgefährdung" (x009/142): >>Straftatbestand der aus der Direktive 38 des Alliierten Kontrollrats vom 12.10.1946 entnommen wurde. Art III A III lautet: "Aktivist ist auch, wer nach dem 8.5.1945 durch Propaganda für den Nationalsozialismus oder Militarismus oder durch Erfindung oder Verbreitung tendenziöser Gerüchte den Frieden des deutschen Volkes oder den Frieden der Welt gefährdet."

Diese Bestimmung des Kontrollrats wurde in der Rechtsanwendung der sowjetzonalen politischen Strafgerichte ihres Sinnes völlig entkleidet und diente zur rücksichtslosen Verfolgung tatsächlicher oder angeblicher Gegner des politischen Systems.

Zahllose außerordentlich harte Urteile wegen Plakatklebens, Verbreitung von Druckschriften und Zeitungen, und politischer Äußerungen beweisen dies. Alle diese Urteile sind auf Art. III A III der Direktive gestützt.

Das Anmalen des Wortes "Freiheit" ist "ein Gerücht, das in höchstem Maße den Frieden des deutschen Volkes gefährdet" (Urteil des Landgerichtes Potsdam gegen den Jugendlichen Lewner: 5 Jahre Gefängnis).

Durch den am 19.9.1955 bekanntgegebenen Beschluß des sowjetischen Ministerrates, wonach alle Gesetze, Direktiven und Befehle des Kontrollrats im Gebiet der SBZ ihre Gültigkeit verlieren, ist auch die Direktive 38 aufgehoben worden. Verurteilungen wegen Friedensgefährdung sind demnach nach Art. III A III dieser Direktive nicht mehr möglich.

Die Lücke wurde bis zum 1.2.1958 dadurch geschlossen, daß auf einen als strafwürdig empfundenen Sachverhalt einfach der Art. 6 der Verfassung (Boykotthetze) angewendet wurde.

...<<

Walter Müller-Bringmann berichtete am 12. Oktober 1946 über das Grenzdurchgangslager Friedland (x123/56): >>12. Oktober 1946. Heute sind die ersten Frauen im Lager eingetroffen, die mit im Strudel des Krieges waren und auch in Gefangenschaft gerieten.

Ehemalige ... Luftwaffenhelferinnen, Angestellte von Wehrmachtsdienststellen, Telefonistinnen. Abgehärmte, müde Gestalten! Die Mädchen waren unter den Strapazen und Qualen in wenigen Monaten zu alten Frauen geworden, die überhaupt nichts mädchenhaftes mehr an sich hatten.<<

Der Zahnarzt Dr. B. berichtete am 14. Oktober 1946 aus dem Eichsfeld in Thüringen (x124/247-248): >>Es gibt Optimisten, die nach dem Stalin-Interview auf eine Besserung der Weltlage hoffen. Ich gehöre nicht dazu, aus Gründen, die ich lieber nicht schreiben möchte. ... Gestern hörten wir den ganzen Tag nur von den Nürnberger Urteilen. Ich muß feststellen, daß sie mich eigentlich wenig berühren.

Es ließe sich so viel dazu sagen, was man lieber nicht von sich gibt, da es unpraktisch ist. Sie können doch auch ein Lied davon singen. Schließlich sind die Vertriebenen nicht in Salonwagen mit all ihren Habseligkeiten nach hier verfrachtet worden. Wieviel unserer Frauen haben die Hölle im Osten unversehrt überstanden?

Ich hörte gerade wieder von einer Berliner Künstlerin, die nach wiederholter Vergewaltigung viehisch ermordet wurde. Mir wird schon vom Anhören solcher Erlebnisse physisch übel, die in meinem Bekanntenkreis über die armen Frauen hinweggegangen sind.

Der Tod ist in solchen Fällen eine bessere Lösung als Syphilis und Gonorrhöe. Und mit Erinnerungen, die für eine Frau bedeutsamer sind als für einen Mann. Glauben sie außerdem, daß eine Ehe weiter gehen kann, wenn die Frau 50 und 100 mal mißbraucht worden ist? ...<<

Der deutsche Nachkriegsfilm "Die Mörder sind unter uns" (mit Hildegard Knef, E. W. Borchert und anderen, Regie: Wolfgang Staudte) wurde am 15. Oktober 1946 uraufgeführt.

Wilhelm Pieck (SED-Vorsitzender) lehnte am 16. Oktober 1946 die Anerkennung der Oder-Neiße-Linie strikt ab (x009/313): >>... Wir werden alles tun, damit bei den Alliierten die Grenzfragen nachgeprüft und eine ernste Korrektur an der jetzt bestehenden Ostgrenze vorge-

nommen wird.<<

Das Bundesministerium für gesamtdeutsche Fragen berichtete später über die "Oder-Neiße-Linie" (x009/313): >>Die Demarkationslinie zwischen der SBZ und den unter polnischer Verwaltung stehenden deutschen Ostgebieten verläuft von der Ostsee unmittelbar westlich Swinemünde an der Oder entlang bis zur Mündung der Lausitzer Neiße und folgt dem Lauf der Neiße bis zur tschechoslowakischen Grenze.

Im Februar 1945 wurde auf der Krim-Konferenz von Roosevelt, Churchill und Stalin eine Entschädigung Polens für die von der Sowjetunion annektierten polnischen Ostgebiete auf Kosten Deutschlands anerkannt, ohne das Vereinbarungen über den Umfang des Gebietes getroffen worden wären.

Nach Abschnitt IX des Potsdamer Abkommens wurde die diesbezügliche Meinung der Provisorischen Polnischen Regierung lediglich "geprüft", doch "bekräftigten die Häupter der 3 Regierungen die Auffassung, daß die endgültige Festlegung der Westgrenze Polens bis zur Friedenskonferenz zurückgestellt werden solle". Ferner ergab die Potsdamer Konferenz darin Übereinstimmung, daß die in Frage stehenden deutschen Gebiete "unter die Verwaltung des polnischen Staates kommen und in dieser Hinsicht nicht als Teil der sowjetischen Besatzungszone in Deutschland betrachtet werden sollen".

In der Folgezeit wurde von seiten der Westmächte bei jedem diplomatischen Anlaß der vorläufige Charakter der Oder-Neiße-Linie betont, während Polen und die Sowjetunion die Vereinbarungen des Potsdamer Abkommens als endgültige Regelung betrachteten.

Polen paßte den Verwaltungs- und Wirtschaftsaufbau den polnischen Verhältnissen an und begann mit einer (bis heute allerdings erst teilweise durchgeführten) polnischen Besiedlung der deutschen Gebiete.

Die Haltung der SED wandelte sich gegenüber der Oder-Neiße-Linie im Laufe der Zeit nach den sowjetischen Wünschen bis zur Anerkennung als endgültige "Staatsgrenze".<<

Die SED dankte den Besatzungsmächten am 16. Oktober 1946 für die Hinrichtung der NS-Kriegsverbrecher (x116/143): >>... Die Verderber Europas, die Vernichter kulturellen Fortschritts, die Massenschlächter der Menschheit gingen heute ihrer verdienten Strafe entgegen – 12 Galgen wurden errichtet! ...

Um den Dank an die Besatzungsmächte zum Ausdruck zu bringen, die die Menschheit von 12 Verbrechern erlöst haben und uns die Möglichkeit zuerkannten, die restlichen Verbrecher von deutschen Gerichten abzuurteilen, beschloß die gestern tagende Betriebsräte-Vollversammlung am heutigen Tage, ... 16. Oktober 1946, (von) 12-13 Uhr Arbeitsruhe durchzuführen. ...<<

Im Nürnberger Gefängnis wurden am 16. Oktober 1946 zehn deutsche Hauptkriegsverbrecher gehängt, während Hermann Göring kurz vor der Hinrichtung Selbstmord beging. Die Asche der Leichen wurde anschließend "in alle Winde" zerstreut.

Es handelte sich damals um folgende Todeskandidaten:

**Hans Frank** (1900 in Karlsruhe geboren), der seit Oktober 1939 als Generalgouverneur im polnischen Besatzungsgebiet maßgeblich an der "Endlösung" beteiligt war, wandelte sich später während des Nürnberger Kriegsverbrecherprozesses zum reuigen Sünder.

Hans Frank, der Hitler damals u.a. des Betruges an Millionen von Deutschen bezichtigte, erklärte in Nürnberg (x030/92): >>... Tausend Jahre werden vergehen und diese Schuld von Deutschland nicht wegnehmen.<<

**Wilhelm Frick** (1877 in Alsenz/Pfalz geboren, Studium der Rechtswissenschaften, ab 1919 Leiter der politischen Polizei in München, von 1933-43 NS-Reichsinnenminister, ab 1943 Reichsprotector von Böhmen und Mähren, ergebener Bürokrat, der sich Karl. H. Frank völlig unterordnete).

**Hermann Göring** (1893 in Rosenheim/Bayern geboren, von 1912-18 militärische Laufbahn,

zeichnete sich als erfolgreicher Jagdflieger aus, nach dem 1. Weltkrieg Kunst- und Verkehrsflieger, ab 1933 eigentlicher Gründer der geheimen Staatspolizei, 1939 Oberbefehlshaber der deutschen Luftwaffe und zunächst offizieller Hitler-Nachfolger). Göring vergiftete sich ca. 2 Stunden vor der Hinrichtung durch Zyankali (x030/122).

**Alfred Jodl** (1890 in Würzburg geboren, Frontoffizier im 1. Weltkrieg, im April 1939 Beförderung zum Generalmajor, seit 1940 Chef des Wehrmachtsführungsstabes).

Jodl wurde am 28.02.1953 nachträglich durch eine deutsche Spruchkammer rehabilitiert, als nicht schuldig, der ihm zur Last gelegten Völkerrechtsbrüche, allerdings unter Ausklammerung des umstrittenen Anklagepunktes "Verbrechen gegen den Frieden" (x051/285).

**Ernst Kaltenbrunner** (1903 in der Nähe von Hitlers Geburtsort, Braunau am Inn, geboren, Rechtsanwalt). Kaltenbrunner baute in Österreich und in den Balkanstaaten schlagkräftige Geheimdienstorganisationen auf, die sogar Himmler begeisterten. Der österreichische Nationalsozialist wurde im Januar 1943 durch Himmler zum RSHA-Chef (Heydrich-Nachfolger) ernannt. Kaltenbrunner war danach Chef der gesamten deutschen Sicherheitspolizei (Gestapo, SIPO und SD) und übernahm die "Endlösung" der europäischen Juden. Er interessierte sich besonders für "rationelle Tötungsarten".

**Wilhelm Keitel** (1882 in Helmscherode/Harz geboren, Berufsoffizier, als Artillerieoffizier im 1. Weltkrieg schwer verwundet, im Jahre 1934 Beförderung zum Generalmajor, ab 1938 Chef des OKW). GFM Keitels letzte Bitte, als Soldat erschossen zu werden, lehnte man ab.

**Joachim von Ribbentrop** (1893 in Wesel geboren; Fremdsprachenausbildung, Banklehre, Handel mit Baumwolle usw., Heirat mit Anneliese Henkell - der Erbtöchter des reichsten deutschen Sektfabrikanten – ermöglichte den Zugang zur "großen Gesellschaft", ab 1938 Reichsaußenminister).

**Alfred Rosenberg** (1893 in Reval/Estland, Ingenieur- und Architekturstudium in Riga und Moskau, seit 1919 Förderer Hitlers, von 1933-45 Leiter des Außenpolitischen Amtes der NSDAP).

**Fritz Sauckel** (1894 in Haßfurt/Unterfranken geboren, Seemann, Schlosserlehre, ab 1942 NS-Generalbevollmächtigter für den Einsatz bzw. die Deportation von Zwangsarbeitern).

**Arthur Seyß-Inquart** (1892 in Stannern bei Iglau/Mähren geboren, Rechtsanwalt in Wien, von 1938-39 Reichsstatthalter von Österreich). Als Reichskommissar der besetzten Niederlande (1940-45) ließ Seyß-Inquart u.a. das holländische Judentum konsequent vernichten.

**Julius Streicher** (1885 in Fleinhausen bei Augsburg geboren, Volksschullehrer, Begründer des antisemitischen Hetzblattes "Der Stürmer"). Im Jahre 1940 beendeten sexuelle Eskapaden, Quälerei von Gefangenen, zweifelhafte Geschäfte sowie Intrigen gegen NS-Funktionäre, Streichers NS-Karriere.

Die polnische Regierung beschloß am 17. Oktober 1946 ein Dekret über die Aufhebung der Sonderstrafgerichte (x003/298): >>... Art. 1. Die durch das Dekret vom 12. September 1944 über die Errichtung von Sonderstrafgerichten für die Taten der faschistisch-hitleristischen Verbrecher eingeführten Sonderstrafgerichte werden aufgehoben. ...<<

Die US-Regierung protestierte am 18. Oktober 1946 gegen die Behandlung nordamerikanischer Staatsbürger volksdeutscher Abkunft in jugoslawischen Zwangsarbeitslagern (x006/435): >>Die vom amerikanischen Botschafter in Belgrad am 18. Oktober 1946 überreichte Note wies die Erklärung der jugoslawischen Regierung (Antwortnote vom 7. September 1946), daß ihr Vorgehen in voller Übereinstimmung mit den Gesetzen und Gepflogenheiten zivilisierter Völker stehe, scharf zurück und verurteilte dies Vorgehen als Verletzung des Völkerrechts und der natürlichen Menschenrechte dieser Personen, die ohne gerichtliches Verfahren in Konzentrationslagern interniert und zu unfreiwilliger und unbezahlter Arbeit gezwungen würden, die sich tatsächlich in nichts von Sklavenarbeit unterscheide.

Der jugoslawische Geschäftsträger in Washington bestritt in seiner Erklärung vom gleichen

Abend, daß irgendwelche Amerikaner in Jugoslawien der Zwangsarbeit unterworfen seien oder daß es überhaupt so etwas wie Sklavenarbeit in seinem Lande gäbe.

Bezüglich der 110.000 Personen der deutschen Minderheit, die in Jugoslawien interniert seien und unter denen sich auch diese "Amerikaner" befänden (Jugoslawien weigerte sich, Einbürgerungen in den USA und doppelte Staatsangehörigkeit anzuerkennen), habe sein Land ... wiederholt gefordert, daß sie wie im Potsdamer Übereinkommen vorgesehen, nach Deutschland umgesiedelt würden. ...<<

In der Wahl vom 20. Oktober 1946 erhielt die SPD gegenüber der SED eine überwältigende Mehrheit.

Das Ministerium für die Wiedergewonnenen Gebiete beschloß am 20. Oktober 1946 einen Runderlaß betreffend die Aktion zur beruflichen Einarbeitung polnischer Arbeitnehmer anstelle reklamierter deutscher Arbeitnehmer (x003/301-302): >>Im Zusammenhang mit der Aktion der Zurückforderung von Fachleuten deutscher Nationalität von der Repatriierung empfiehlt das Ministerium unverzüglich die Aktion zur beruflichen Einarbeitung polnischer Arbeitnehmer Aufmerksamkeit zu widmen, insbesondere im gesellschaftlichen und privaten Wirtschaftssektor. ...

Im Zusammenhang damit:

1. ist Kontakt mit dem Wissenschaftlichen Institut für Handwerksfragen aufzunehmen ...
2. sind Anzahl und Berufe der innerhalb einer Wojewodschaft reklamierten deutschen Arbeitnehmer festzustellen und auf Grund dieser Feststellungen der Direktion des Instituts Richtlinien für das nächste Schulungsprogramm zu erteilen;
3. sind ... Unternehmen, die mehr als 3 deutsche Arbeitnehmer beschäftigen, zu einer Konferenz einzuberufen; es ist ihnen mitzuteilen, daß das Staatsinteresse eine rasche Repolonisierung der Belegschaften erfordert und daß daher diejenigen Betriebe, die Deutsche beschäftigen, verpflichtet sind, nichtqualifizierte polnische Arbeitnehmer der eigenen Belegschaft oder neuangestellte Arbeitnehmer zu ... Kursen zu entsenden - es sei denn, die Betriebe realisieren eigene Schulungsprogramme. ...<<

Die sowjetische Aktion "Ossawakim" begann. Zahlreiche deutsche Wissenschaftler und Spezialisten wurden ab 21. Oktober 1946 in die UdSSR deportiert (x116/146).

Der deutsche Historiker Karl Jering (1914-1990) berichtete am 21. Oktober 1946 aus Bayern (x124/251): >>Die schwersten Sorgen drohen vom Flüchtlingsproblem und dieses dämpft spürbar das politische Treiben, da auch der letzte Politiker inzwischen weiß, daß es hier um das nackte Überleben oder elende Zugrundegehen von einigen Hunderttausenden geht.

Im entlegensten Dorf können Sie heute Flüchtlinge finden; sie füllen die elenden Lager, die man uns überließ, in denen oft die Fensterscheiben fehlen und keine Öfen stehen, ohne daß viel Hoffnung besteht, hier Abhilfe zu schaffen. Auch für den, der ein Dach über dem Kopf hat, wird die Herbeischaffung des Lebensnotwendigen schwieriger. ...

... Wie schon in der letzten Kriegszeit bestimmen die Ausländer weitgehend das Straßenbild. Sie schauen nun viel besser gekleidet und genährt aus als wir, eine seltsame Oberschicht. ... Bewundernswert ist die urwüchsige Zähigkeit der ... (Deutschen), die der Totalabstumpfung entgegenwirkt. ...<<

Konrad Adenauer schrieb am 22. Oktober 1946 (x095/53): >>... Im übrigen begrüße ich das Nürnberger Verfahren als einen völkerrechtlichen Fortschritt, allerdings unter der Voraussetzung, daß in Zukunft derartige Verfahren gegenüber allen Kriegsverbrechern angewendet werden und man sich nicht darauf beschränkt, einmal ein solches Verfahren an dem zerschlagenen Deutschland zu statuieren. ...<<

Der britische Außenminister Bevin stellte am 22. Oktober 1946 vor dem Unterhaus fest, daß die Oder-Neiße-Grenze noch nicht endgültig wäre (x028/180): >>... Was die polnische Grenze angeht, will ich nicht verhehlen, daß wir in Potsdam erst nach langem Zögern mit den um-

fassenden Veränderungen einverstanden waren, auf denen unsere russischen Verbündeten bestanden. ...

Wir möchten auch unbedingt wissen, ob die Polen imstande sind, das Gebiet zu entwickeln, damit die wirtschaftlichen Ressourcen (Hilfsmittel) angemessen genutzt werden, so daß hier nicht eine Ödnis entsteht, aus der die Deutschen ausgeschlossen worden sind, die aber von den Polen nicht bevölkert werden kann.<<

Kurt Daluege (1897 in Kreuzburg/Schlesien geboren, stellvertretender Reichsprotektor in Böhmen und Mähren, nach Kriegsende an die CSR ausgeliefert) wurde am 23. Oktober 1946 wegen Lidice und anderer Terrormaßnahmen in Prag hingerichtet.

Die "New York Times" berichtete am 23. Oktober 1946 über den Fortgang der Vertreibung (x028/140): >>Der Umfang dieser Umschichtung und die Verhältnisse, unter denen sie vor sich geht, haben in der Geschichte nichts Vergleichbares.

Niemand, der diese Greuel unmittelbar erlebt, kann daran zweifeln, daß es sich um ein Verbrechen gegen die Menschheit handelt, für das die Geschichte eine furchtbare Vergeltung üben wird ...<<

Der nordamerikanische Völkerrechtler und Historiker Alfred M. de Zayas schrieb später über die Vertreibung der Deutschen (x028/140): >>... Insgesamt wurden etwas 6 Millionen Menschen von den "organisierten Umsiedlungen" erfaßt, und wenn sich auch die ausweisenden Länder häufig nicht einmal an das von den westlichen Alliierten geforderte Mindestmaß an Proviant und menschliche Behandlung hielten, rettete doch die bloße Tatsache, daß man im Westen rechtzeitig wußte, wann ein Transport und wie viele Menschen ankommen würden, vielen Ausgewiesenen das Leben.

Hätte es die "organisierten Umsiedlungen" nicht gegeben, wären also alle Deutschen so brutal vertrieben worden wie im Jahre 1945, dann hätten die Verluste an Menschenleben nicht zwei, sondern drei Millionen und mehr betragen.<<

Im Berliner Aufbau Verlag erschien am 25. Oktober 1946 Anna Seghers (1900-1983, deutsche Schriftstellerin) Roman "Das siebte Kreuz".

Ein ehemaliger Frontsoldat schrieb damals über dieses Buch (x111/233): >>Es wäre gut, wenn wir Frontsoldaten, die wir uns nicht vorstellen können, daß in der Heimat – bildlich gesprochen – hinter jedem Laternenpfahl ein Gestapo-Mann lauerte, einmal die Atmosphäre kennenlernten, in der man hier zu leben gezwungen war. Ob wir wieder Frontsoldaten würden? ...<<

Ein britischer Beamter des Foreign Office notierte am 25. Oktober 1946 (x020/78): >>... Je mehr wir im Falle einer Teilung Deutschlands von Deutschland haben, um so besser.

Ostdeutschland ist dann zumindest im Verhältnis kleiner. Selbst wenn Deutschland nicht geteilt werden sollte, wird die Oder-Neiße-Grenze es den Russen sehr viel schwerer machen, sich der vollen Unterstützung der Deutschen zu versichern.

Nicht daß die Deutschen jemals den Verlust von Ostpreußen, Danzig und Oberschlesien vergessen werden, daß die Deutschen niemals zufrieden sein werden. Aber wenn wir wirklich der Gefahr gegenwärtig sein müssen, daß die Russen die Sympathien eines geeinten Deutschlands gewinnen könnten, dann ist die Oder-Neiße-Grenze für sie eine schwer zu überwindende Barriere.<<

Die Tageszeitung "Die Welt" berichtete am 26. Oktober 1946 über die "deutschen Hoffnungen" (x111/233-234): >>... **Deutschland hofft weiter auf seine wirtschaftliche Sanierung**

...

Das Wesentliche dieser Forderung liegt in der Beseitigung der engen Grenzen, die in dem Alliierten-Industrieplan gezogen waren. ... Deutschland hat trotz seiner grenzenlosen Notlage Hoffnungen auf eine neue Sozialpolitik. Die Stärke des sozialen Willens hängt von dem Teil des Volksvermögens ab, der für die soziale Hilfeleistung aufgewendet wird. ...

Deutschland hat sich in der Geschichte seiner sozialen Kämpfe seit langem zu der Auffassung bekannt, daß seine Sozialleistungen auf Rechtsansprüchen beruhen, die sich gegen den Staat richten. Die deutschen politischen Kräfte hoffen, daß sich diese traditionellen Grundsätze auch in einem Staat durchsetzen, der unter alliierter Kontrolle steht und in Zukunft der sparsamsten Verwendung des Volkseinkommens bedarf.<<

Die "Neue Ruhr-Zeitung" berichtete am 26. Oktober 1946 (x117/106): >>... Betongrau wie die Wände des Bunkers sind die Gesichter der Menschen darin. Die Luft ist stickig und abgestanden. Der Bunkergang führt um einige Winkel bis zu dem kleinen quadratischen Zimmer, in dem die Betreuerin der hier untergebrachten Menschen ohne Heim bereits auf den Besuch wartet. Denn die Kinder, die vor dem Eingang spielen, haben ihr schon gemeldet, daß der große graue Wagen draußen vorfuhr, der auf drei Seiten das Rote Kreuz trägt.

Die beiden jungen Engländerinnen gehören zur Salvation Army (Heilsarmee), jener religiösen Hilfsorganisation, die in Verbindung mit den deutschen Nothilfsverbänden, dem Hilfswerk Schwedens, der Schweiz und dem Internationalen Roten Kreuz in Deutschland weilt, um den Deutschen zu helfen, durch menschliche, ganz persönliche Tat.<<

Der Alliierte Kontrollrat erleichterte am 29. Oktober 1946 den Interzonenverkehr und führte den Interzonenpaß ein.

Nach der Volkszählung vom 29. Oktober 1946 hielten sich in den 4 Besatzungszonen (einschließlich Berlin) 9.593.800 deutsche Flüchtlinge und Vertriebene auf. 5.608.100 Deutsche stammen aus den deutschen Ostprovinzen und 3.985.700 sind Volksdeutsche. In den westlichen Besatzungsgebieten registrierte man 5.878.500 Heimatlose:

Britische Zone = 3.055.300,  
nordamerikanische Zone = 2.744.900 und  
französische Zone = 78.300.

Die SBZ und Groß-Berlin nahmen 3.598.400 bzw. 116.900 Flüchtlinge auf.

Die höchsten Zuwanderungsquoten meldeten: Mecklenburg 42,2 %, Schleswig-Holstein 32,2 %, Niedersachsen 23,3 % und Bayern mit 18,9 % der Gesamtbevölkerung (x092/939).

In Bayern wurde am 30. Oktober 1946 das Grenzdurchgangslager Wiesau aufgelöst (x005/-481).

Das sowjetische Internierungslager Berlin-Hohenschönhausen ("Speziallager Nr. 4") wurde im Oktober 1946 aufgelöst.

Von Mai 1945 bis Oktober 1946 starben im sowjetischen Internierungslager Berlin-Hohenschönhausen mehr als 3.000 deutsche Häftlinge (x126/163). Mindestens 10.000 Häftlinge durchliefen dieses Lager.

Aufgrund der großen Wohnungsnot beschlossen die Briten im Herbst 1946, weitere Wohnräume zu beschlagnahmen (x021/465): >>>... Die Notlage infolge des Wohnraummangels ist außerordentlich ernst. Zahlreiche Flüchtlinge und Evakuierte sind menschenunwürdig untergebracht. In den nächsten Wochen werden weitere Flüchtlingstransporte eintreffen. Bis zum Eintritt des Winters, also binnen sechs Wochen, muß die größtmögliche Ausnutzung aller verfügbaren Räume zu Wohnzwecken mit allen Mitteln durchgesetzt werden. Es wird daher angeordnet:

1. Sämtliche vorhandenen Wohneinheiten sind nochmals streng durchzuprüfen, um Räume für die Unterbringung von Flüchtlingen und anderer unangemessen untergebrachter Personen verfügbar zu machen.

2. Wohnungsinhaber dürfen nicht zugleich über Wohnräume und über hinreichende Schlafräume verfügen. Das gilt besonders dann, wenn Küchen von einem Flächenraum von mehr als 10 Quadratmetern zur Verfügung stehen, Geschäftsräume, Läden, Gastwirtschaften, Lagerräume und andere für Wohnzwecke geeignete Räume sind gegebenenfalls für die Unterbringung von Flüchtlingen freizumachen.<<



Franz J. Bauer berichtete Ende Oktober 1946 über die Aufnahme der Flüchtlinge und Vertriebenen in Bayern (x020/165-166): >>... Die bäuerliche Bevölkerung trug die Hauptlast der Beherbergung. Etwa jeder zweite Flüchtling in Bayern war auf einem Bauernhof untergebracht. Da die in der agrarischen Besitzstruktur Bayerns überwiegenden klein- und mittelbäuerlichen Anwesen schon nach ihren baulichen Anlage nicht geeignet waren, mehreren selbständigen Familien auch nur notdürftig abgeschlossene Wohneinheiten zu bieten, mußten sich Quartiergeber und Zwangsgäste zumeist konfliktträchtig die Benützung der zentralen Funktionsräume (Küche, Kochherd, Waschküche, Waschgelegenheit, Abort etc.) teilen.

Dieses bis zur Ungeschiedenheit selbst der privatesten Lebensphäre enge Zusammenhausen einander zudem in aller Regel nach ihrer jeweiligen sozialen Charakteristik fremder Bevölkerungselemente belastete generell die Begegnung von Flüchtlingen und Eingesessenen – und dies um so mehr, als die Beschaffung von Privatquartieren und die Einweisung der Flüchtlinge in diese Wohnungen ausgesprochenen Zwangscharakter trug und angesichts der Not und der Umstände wohl auch tragen mußte.

Die Flüchtlingskommissare in den Landkreisen, strikt gehalten, möglichst keine Dauerlager entstehen zu lassen, verfuhr bei der Requirierung von Wohnraum kraft ihrer Sondervollmachten mit einer Rigorosität, die bei der einheimischen Bevölkerung und bei den demgegenüber weitgehend ohnmächtigen Dienststellen der regulären Verwaltung gleichermaßen als "Diktatur" verschrien wurde.

Bei aller Beengtheit und Dürftigkeit gestalteten sich indes die Lebensumstände der privat einquartierten Flüchtlinge in der Regel wohl doch bereits erträglicher als die ihrer Schicksalsgenossen, die längere Zeit in Massenunterkünften verweilen mußten.

Auch im Windschatten der Autorität der Besatzungsmacht gelang es den Organen des Staatskommissars nicht zu verhindern, daß sich im Verteilungssystem ein Stau von Ausgewiesenen bildete, für die kein wie auch immer bescheidener Privatwohnraum beschafft werden konnte. Dieser Stau erreichte zum Zeitpunkt der Volkszählung Ende Oktober 1946 mit 146.000 Insassen in insgesamt 1.375 Lagern seinen Höhepunkt. ...<<

Der deutsche Journalist und Publizist Günter Böddeker (1933-2012) berichtete später über die katastrophale Situation der deutschen Flüchtlinge und Vertriebenen in Westdeutschland (x021/464-466): >>... Im Winter 1945 auf 1946 streifte die Not schon die Unerträglichkeit. Als im Laufe des Jahres 1946 die großen Massenvertreibungen aus den Ostgebieten Woche für Woche Zehntausende von Menschen in die Besatzungszonen der Westmächte hineinzwangen, sorgten die Sieger nicht etwa für den Bau von Wohnungen oder ihre Wiederherstellung. Sie teilten noch einmal auf, was die Verlierer des Krieges noch besaßen.

Das Kontrollratsgesetz Nr. 18 setzte den Wohnraum, der jedem Deutschen zustand, auf 4 Quadratmeter fest. Das hieß: eine fünfköpfige Familie mußte mit einem einzigen Zimmer auskommen. Und später im Jahr geschah, was kaum vorstellbar schien: Die Lage verschärfte sich so sehr, daß auch dieses Minimum an Wohnraum, das den Deutschen geblieben war, noch beschnitten wurde. ...

Doch an vielen Orten in den Besatzungszonen der Westmächte war schnell der Punkt erreicht, an dem auch der Einsatz von Soldaten zur Unterbringung von Flüchtlingen nichts mehr fruchtete – einfach deshalb, weil die Wohnungen schon so vollgestopft waren, daß niemand zusätzlich mehr in diese aufgenommen werden konnte. Die Menschen, die ihre Häuser, ihre Wohnungen, ihre Höfe im Osten verlassen mußten, hausten jetzt in Gartenlauben, in Bunkern, in Fabrikhallen, in Kegelbahnen, in Rindvieh- und Schweineställen. In Wirtshäusern wurden Tanzsäle geräumt, Vertriebene schlugen dort ihre Lager auf. Sie gruben Höhlen in Hänge und schachteten Erdbunker aus, die sie mit Ästen und Stroh abdeckten. ...

Hunderttausende auch lebten in Baracken, die zuvor den Reichsarbeitsdienst oder Kriegsgefangene oder auch Fremdarbeiter beherbergt hatten. In diesen Baracken verfügten die Men-

schen oft nicht einmal über jene vier Quadratmeter Raum, die jedem Deutschen von den Alliierten zugebilligt worden waren. Sie schliefen auf Stroh in doppelstöckigen Pritschen, die aus rohen Brettern zusammengezimmert waren.

Diese Pritschen waren einen Meter breit und nicht einmal zwei Meter lang – dies war der private Winkel, der ihnen zustand. Sie setzten sich auf die Kanten ihrer Betten, um ihre kärgliche Mahlzeit aus blechernem Geschirr zu löffeln. Und alles, was sie taten, geschah unter den Blicken vieler anderer, fremder Menschen. Was sie sagten, hörten Ohren, für die das Gesagte nicht bestimmt war, und sie wurden Zeugen von Gespräch und Streit, obwohl sie es nicht wollten. Kinder lernten flüstern und verlernten das Spielen.

Schließlich spannten die Menschen in den Baracken Wäscheleinen, Draht- oder Bindfäden von Wand zu Wand, hängten Decken darüber, schufen auf diese Weise Sichtblenden, die sie den Blicken der anderen entzogen, und stellten so auf 5 oder 6 Quadratmetern so etwas wie privaten Raum für die ganze Familie her.

An den primitiven rußgeschwärzten Herden, deren Abzugsrohre durch die Fenster geführt wurden, aber trafen sie sich wieder – 4 oder 5 Familien, oft auch noch mehr Familien, mußten sich die Kochgelegenheit teilen. Es blieb nicht aus, daß sie sich gegenseitig in die Töpfe guckten – Quelle von Neid und Hader, wenn in einer der Suppen manchmal eine Handvoll Bohnen mehr als üblich oder gar ein Stück Speck schwamm. ...<<

Der Landrat des Landkreises Bruchsal in Nordbaden, Werner Middelmann (1909-1985), berichtete damals über einige bemerkenswerte Erlebnisse, die er im Verlauf der Überprüfung von Vertriebenenunterbringungen erlebte (x024/189-190): >>... In der streng orthodox evangelischen Gegend herrschte einfache Kleidung vor. Die Bauersfrau und ihre Tochter saßen in ihrer Küche und machten schweigend Handarbeiten. Auf meine Frage "Haben Sie Vertriebene aufgenommen?" sagte die Frau, "Ja, die wohnen oben über uns."

Mit ihrer Einwilligung ging ich hinauf und traf auf eine lebhafte schlesische Familie. Auf meine Frage: "Verstehen Sie sich mit den Bauersleuten?" erfuhr ich: "Ja, es sind gute Leute. Sie haben uns sogar von ihrem kleinen Garten ein Stück zur eigenen Bewirtschaftung eingeräumt. Sie reden nicht viel, aber sie helfen, wo sie können."

Bevor ich das Haus wieder verließ, dankte ich noch im Erdgeschoß der Bauersfrau für die gute Aufnahme; ohne ein weiteres Wort sagte sie: "Das ist meine Christenpflicht."...

... (Besuch einer ehemaligen ostdeutschen Gutsbesitzerin, die in einer kümmerlichen Holzbaracke wohnt:) Der Raum war absolut schmucklos, bis auf eine hölzerne Kiste in der Mitte, auf der eine zerbrochene, große Vase mit frischen Blumen stand.

Auf meine Frage: "Wie groß ist ihre Familie?" erfuhr ich: "Wir sind zehn Personen, meine neun Kinder und ich selbst."

Ihr Mann berichtete sie, sei von den Sowjetrussen verschleppt worden und bisher nicht zurückgekehrt. In der Heimat besaß die Familie ein Gut mit 300 Hektar Land und konnte, als sie fliehen mußte, nur das nackte Leben retten.

"Mir geht es gut", sagte die Frau, "meine Kinder sind gesund und arbeiten. Der Kleinste kommt jetzt in die Schule, drei gehen zur Schule, und die älteren Kinder arbeiten bei den Bauern in der Umgebung. Sonntags treffen wir uns alle wieder hier in der Hütte. Uns geht es gut." ...<<

Innenminister Nosek gab Ende Oktober 1946 bekannt (x004/123): >>... daß die Umsiedlung der Deutschen abgeschlossen sei; von den z.Z. der Potsdamer Konferenz in der CSR lebenden 2,5 Millionen Deutschen seien 2.165.000 nach Deutschland überführt worden, davon 1.415.000 in die amerikanische Besatzungszone.<<

Nach tschechischen Angaben hat man bis Ende Oktober 1946 etwa 750.000 Sudetendeutsche in die Sowjetzone ausgewiesen (x004/124).

Infolge von Streitigkeiten sperren die Nordamerikaner ihre Besatzungszone für Ausweisungs-

transporte aus der CSR. Diese Maßnahme verlängert zwangsläufig das große Elend der zurückgebliebenen oder zurückgehaltenen Sudetendeutschen.

Das Internationale Komitee des Roten Kreuzes kritisierte Ende Oktober 1946 die unmenschlichen Zustände in den französischen Kriegsgefangenenlagern (x131/134): >>Die Situation ist gegenwärtig mehr als alarmierend. Mehr als die Hälfte der arbeitenden deutschen Kriegsgefangenen sind unzureichend bekleidet und werden den Härten des Winters nicht ohne schwerste Gesundheitsrisiken widerstehen können.

Unter solchen Bedingungen muß im Laufe des Winters mit einer hohen Zahl von Todesfällen gerechnet werden. ...<<

Die britische Militärregierung gründete am 1. November 1946 das Land Niedersachsen. Das neue Land Niedersachsen bestand aus den alten Ländern und Provinzen Braunschweig, Oldenburg, Schaumburg-Lippe und Hannover.

Der Dachdeckerlehrling Klaus S. berichtete am 7. November 1946 über die Internierung im sowjetischen Lager Sachsenhausen in der Stadt Oranienburg (x126/93-94): >>Am 7. November 1946 gegen Mittag trafen wir nach dreitägiger beschwerlicher Fahrt in Sachsenhausen ein. Zum Empfang wurde uns von dort liegenden Kriegsgefangenen mitgeteilt, es gebe seit dem 5. November nur noch 300 Gramm Brot und einen Liter Suppe. ...

Gleich bei der Ankunft hatten verbrecherische Elemente, die sich in eine solche Lage sofort hineinversetzen konnten, die Führung in Baracken, Blöcken und Bataillonen an sich gerissen. Die breite Masse war niedergeschlagen und ließ sich von den nunmehrigen "Herrschern" durch Karzer, Rollkommandos (Schläger) und sonstige Strafen niederhalten. Keiner wagte, auch nur Einspruch zu erheben.

... Als schlimmste Krankheit tauchte die Ruhr auf. Einziges vorhandenes Heilmittel waren Kaffee- und Teesatz sowie Holzkohle, die wir uns aus den kläglichen Beständen an Heizungsmaterial selbst brannten. Infektionen, sei es Ruhr, Tuberkulose oder zuletzt Gelbsucht, waren nicht zu verhindern, da alle Baracken zum Bersten gefüllt waren. ...<<

Der deutsche Historiker Karl Jering (1914-1990) berichtete am 9. November 1946 aus Bayern (x124/257): >>Gestern fuhr ich nach Ismaning um Kraut (zu besorgen).

Es war ein richtiges Herbstbild, der bleierne Himmel, das im Schmutz der aufgeweichten Wege versinkende Dorf und die zahllosen Wagen mit den leuchtenden, schön gehäufelten Krautköpfen, die fast in jedem Hof standen oder stadteinwärts zogen.

Halb München war unterwegs, meist Frauen; aber auch viel alte Leute, die sich von Hof zu Hof ziehend, Krautkopf um Krautkopf zusammen bettelten.

Die Bauern standen herrisch und Gönnerhaft inmitten ihres Reichtums, von ihren Flüchtlingsarbeitern umgeben, die wie Haussklaven wirkten. ...<<

Die Kommunistische Partei siegte am 10. November 1946 mit 28,2 % der abgegebenen Stimmen bei der Wahl zur Nationalversammlung (x175/422).

Der sozialistische Politiker Léon Blum (1872-1950) wurde später zum Ministerpräsidenten der IV. Republik gewählt und konnte sich bis 1947 im Amt halten.

In der britischen und nordamerikanischen Besatzungszone wurden vom 11. November bis zum 8. Dezember 1946 täglich nur 1.547 bzw. 1.554 Kalorien zugeteilt (x117/31).

Winston Churchill äußerte sich am 12. November 1946 während einer Unterhausrede zur kollektiven Bestrafung der Deutschen und forderte mehr Selbstverantwortung sowie zusätzliche Aufbauhilfen für die westdeutschen Besatzungszonen (x268/25, x111/246): >>... Man sagt nun, Deutschland müsse bestraft werden. Ich frage: Wann begann die Bestrafung? ... Sie begann 1943 und ging 1944 und 1945 weiter, als die schrecklichsten Luftangriffe auf die deutschen Städte niedergingen ...<<

>>... Und doch sind wir uns alle darüber einig, daß der richtige Weg wäre, die Deutschen ihr Leben verdienen und sie ihre eigenen Angelegenheiten sobald als möglich erledigen zu lassen

sowie ihnen jede mögliche Hilfe zu geben, wobei natürlich alle Formen einer Wiederaufrüstung zu verhindern wären.

Es ist dringlich, mit dem deutschen Volke oder mit jenem Teil, der in unserem Verantwortungsbereich liegt, Frieden zu schließen.

Der Rache und der Vergeltung muß ein Ende gesetzt werden.<<

Die "New York Times" berichtete am 13. November 1946 über die Massenvertreibung der Deutschen (x028/108): >>Zweifellos tragen die westlichen Mächte ihr Maß an Verantwortung für die massenweise Entwurzelung der Deutschen, aber größer ist das der Sowjetunion, Polens und der Tschechoslowakei.

Es war aber das Einverständnis der Westmächte, das unbeabsichtigt der Vertreibung ein Mäntelchen von Legalität und Berechtigung umhängte - einen Mantel, der allerdings bald von vielen britischen und amerikanischen Publizisten zerfetzt wurde: Sie entsetzten sich über "den unmenschlichsten Beschluß, der jemals von zur Verteidigung der Menschenrechte berufenen Regierungen gefaßt wurde". ...<<

Das Ministerium für die Wiedergewonnenen Gebiete beschloß am 15. November 1946 einen Runderlaß betreffend die Übertragung des Vermögens der deutschen Sozialversicherungsanstalten in den Wiedergewonnenen Gebieten auf das Ministerium für Arbeit und Sozialfürsorge (x003/317): >>... 1. Jegliches innerhalb der Wiedergewonnenen Gebiete gelegene bewegliche und unbewegliche Vermögen der ehemals deutschen Sozialversicherungsanstalten wird den vom Ministerium für Arbeit und Sozialfürsorge beaufsichtigten polnischen Sozialversicherungsanstalten ... zur Verwaltung übergeben ...<<

Da alle Versuche, die rund 200.000 Flüchtlinge in ihre ostdeutsche Heimat zurückzuführen, an der strikten Weigerung der Sowjetunion scheiterten, forderte das dänische Außenministerium die Westmächte am 17. November 1946 auf, sämtliche internierten Flüchtlinge zu übernehmen (x153/55).

Die katholischen Bischöfe der Vereinigten Staaten beklagten in einem Rundschreiben vom 17. November 1946 die große Mitverantwortung an den Vertreibungsverbrechen in Ost-Mitteuropa (x026/83): >>... Wir halten es für eine selbstverständliche Wahrheit, daß alle Menschen gleich geschaffen sind, daß sie vom Schöpfer mit gewissen unveräußerlichen Rechten ausgestattet wurden, wie mit dem Recht auf Leben, Freiheit und Streben nach Wohlstand. Daher ist unseres Erachtens die Hochachtung vor den Rechten und Pflichten des Menschen, als Einzelmensch und als Glied der häuslichen und bürgerlichen Gemeinschaft, die erste Pflicht jeder Regierung gegenüber ihren Bürgern.

Der Staat fordert mit Recht von seinen Bürgern Mitarbeit an Gemeinwohl, aber das berechtigt ihn nicht zur Zwangsherrschaft mit Unterdrückung der persönlichen, politischen, sozialen und religiösen Grundrechte.

Was jedoch eine Regierung beim Gebrauch ihrer eigenen Hoheitsrechte nicht tun darf, das darf sie auch nicht genehmigen oder gar in versteckter Form begünstigen, wenn es sich um eine andere Regierung handelt bei Abmachungen, die wie Friedensschluß und Friedensschutz die Nationen betreffen.<<

Der britische Schriftsteller Victor Gollancz (1893-1967, Gegner der These einer deutschen Kollektivschuld, befürwortete nachdrücklich die britisch-deutsche Aussöhnung, Begründer des Komitees "Rettet Europa jetzt") kritisierte in der "Neuen Zeitung" vom 18. November 1946 die britische Besatzungspolitik (x111/247): >>... Gebt der Bevölkerung genug zu essen, um sie gesund zu erhalten!

Beschlagnahmt nicht die guten Häuser für unsere Armee und für englische Frauen, während die Einheimischen in Ruinen leben!

Achtet die zivilen Rechte!

Unterstützt die demokratischen Parteien! Gebt der Demokratie eine Chance! ...<<

Die "Neue Zeitung" berichtete am 18. November 1946 über den Prestigeverlust der deutschen Sprache (x111/247): >>Wer heute außerhalb der Sprachgrenze Deutsch spricht, wird unwillig angesehen, auch wenn er neutrale oder alliierte Abzeichen angesteckt hat. ...<<

In Bremen protestierten am 22. November 1946 Betriebsräte gegen die Ausführung von weiteren Demontagen (x111/248): >>Wir sind nicht gewillt, uns zu unseren eigenen Totengräbern zu machen. ...<<

"Das große Lexikon des Dritten Reiches" berichtete später über die Demontagen in Deutschland (x051/111): >>Demontage, Abbau von Produktionsanlagen zur Befriedigung von Reparationsansprüchen der Siegermächte.

Pläne zur Demontage der deutschen Industrie wurden erstmals auf der 2. Quebec-Konferenz zwischen Roosevelt und Churchill erörtert (September 44); es kam schließlich zu einem Kompromiß zwischen der weichen Linie, wie sie US-Außenminister Hull vertrat, und der harten des Morgenthau-Plans.

In Jalta (Februar 45) beschlossen die Alliierten die Beseitigung der Rüstungsindustrie, internationale Kontrolle von Ruhr und Saar und eine umfangreiche Wiedergutmachung (20 Milliarden Dollar).

Im Potsdamer Abkommen vom 2.8.45 vereinbarten sie, ihre Forderungen in den jeweiligen Besatzungszonen einzulösen; wegen des unterschiedlichen Industrieniveaus wurden der UdSSR zudem 10 % der Demontage in den Westzonen zugebilligt. Ziel der Westmächte war die Demontage der deutschen Industrie bis zum Niveau von 1932, wofür im Level-of-Industry-Plan vom 26.3.46 die Demontage von 1.636 Betrieben vorgesehen war.

1947, mit dem offenen Ausbruch des Ost-West-Konflikts, wurden die Westzonen zum potentiellen Alliierten; ein "Revidierter Industriepan" setzte nun die deutsche Industriekapazität von 1936 an, was immer noch einer Demontage von 682 Betrieben entsprach und gewerkschaftliche Proteste und Demonstrationen auslöste. Die UdSSR suchte die Konstituierung eines westdeutschen Staates zu verhindern und stoppte 1948 die bis dahin rigoros durchgeführte Demontage, um für eine gesamtdeutsche Lösung zu werben, die Lieferungen aus der laufenden Produktion ihrer Zone endeten aber erst 1952.

Am 1.9.48 wurde der Demontagestopp in der US-Zone verfügt; Washington drängte nun die Verbündeten, ebenfalls alle Demontagemaßnahmen einzustellen. Mit dem Petersberger Abkommen vom 22.11.49 erreichte die Bundesregierung die weitgehende Einstellung der Demontage, die aber offiziell erst mit dem Deutschland-Vertrag vom 26.5.52 endete. Ihr waren im Westen etwa 8 % des Wirtschaftspotentials von 1936 zum Opfer gefallen.<<

Der deutsche Journalist und Publizist Günter Böddeker (1933-2012) berichtete später über die Demontagen der Besatzungsmächte (x021/470-471): >>... Hunger und Not schienen für lange Zeit das Leben der Deutschen zu bestimmen: Denn die Besatzungsmächte begannen nach der Konferenz von Potsdam mit der Demontage deutscher Industrieanlagen, wie die Großen Drei es vereinbart hatten:

"Deutschland soll gezwungen werden, in größtmöglichem Ausmaß für die Verluste und Leiden, die es verursacht hat, und wofür das deutsche Volk der Verantwortung nicht entgehen kann, Ausgleich zu schaffen."

Stahlwerke, Röhrenwerke, Fabriken für landwirtschaftliche Maschinen, Werften wurden abgebaut und abtransportiert, die Sieger waren gründlich. Doch jedes Werk, das demontiert oder durch einen Eingriff in seine Eingeweide lahmgelegt worden war, bedeutete den Verlust von Arbeitsplätzen und zugleich die Verringerung der Möglichkeiten durch Produktion und Export industrieller Erzeugnisse Geld für den Kauf von Nahrungsmitteln zu verdienen. So erreichte die industrielle Produktion Deutschlands in des ersten Jahren nach dem Krieg nur knapp ein Drittel dessen, was sie vor dem Krieg ausgemacht hatte.<<

Die französische Besatzungsmacht forderte am 26. November 1946 die Sprengung der Berli-

ner Siegessäule von 1871 (x116/150).

Alle deutschen Denkmäler, die angeblich den deutschen Militarismus und Nationalismus verherrlichten, sollten ebenfalls zerstört werden (x116/151).

Das Ministerium für die Wiedergewonnenen Gebiete beschloß am 28. November 1946 einen Runderlaß betreffend die Sicherstellung und Verfügung über bewegliche Sachen im Zusammenhang mit der beabsichtigten Repatriierung deutscher Arbeiter, die in den staatlichen Gutshöfen beschäftigt waren (x003/328-329): >>Im Zusammenhang mit der für die nächste Zukunft geplanten Aktion der massenhaften Repatriierung deutscher Arbeiter, die bisher in den von der Staatlichen Domänenverwaltung geleiteten Gutshöfen beschäftigt sind, ordne ich folgendes an:

1. Wohnungen und alle beweglichen Sachen, die von den aus den Gutshöfen ausgesiedelten Deutschen zurückgelassen werden, ... sind für die an die Stelle der Ausgesiedelten tretenden polnischen Arbeiter bestimmt;

2. eine Aufstellung aller Möbel und Einrichtungsgegenstände ist vom territorial zuständigen Distrikts-Liquidationsamt unverzüglich nach Erhalt dieses Runderlasses ... in 2 Exemplaren anzufertigen; ...

4. gleichzeitig mit der Aussiedlung der Deutschen ist nach demselben Verfahren eine zusätzliche Aufstellung des zurückgelassenen Geschirrs, der Bettwäsche und Kleidung vorzunehmen;

...

6. das Distrikts-Liquidationsamt stellt Kunstgegenstände, antike Möbel, unbenutzte Kleidung oder unverarbeitete Kleiderstoffe im eigenen Bereich und mit eigenen Mitteln sicher ...

8. die Verfügungsgewalt über die nach Aussiedlung der Deutschen zurückgebliebenen Sachen (mit Ausnahme der in Punkt 6 genannten) hinsichtlich ihrer Verteilung an polnische Arbeiter zur Nutzung obliegt der Gutsverwaltung, die den Verteilungsplan mit dem Gutshofkomitee abzusprechen hat. ...<<

Dr. Kurt Schumacher (1895-1952, von 1946-52 SPD-Vorsitzender) forderte am 29. November 1946 in England ein Ende der bisherigen Reparationspolitik (x111/250).

Gemäß dem britisch-polnischen Ausweisungsabkommen wurden die Vertriebenen aus den deutschen Ostgebieten ab Ende 1946 direkt in die britische Besatzungszone transportiert, so daß sie nicht mehr als Grenzgänger aus der sowjetischen Besatzungszone nach Westen fliehen mußten (x001/148E).

In der britischen Zone gab es am 30. November 1946 rund 46.000 registrierte Fälle von offener Tuberkulose. Reihenuntersuchungen in Hamburg und Rendsburg ergaben, daß etwa 1,2 % der Bevölkerung Norddeutschlands an Tuberkulose erkrankt waren (x111/251).

Der 16jährige Hubert P. berichtete im November 1946 über seine Internierung im sowjetischen Lager Sachsenhausen in der Stadt Oranienburg (x126/103): >>... Im November 1946 wurden ... die Rationen schlagartig gekürzt, pro Tag erhielten wir nur noch 300 Gramm Brot, die Suppe wurde immer wäßriger und dünner.

Postwendend setzte die Ruhr ein, Tuberkulose grassierte ohnehin schon, und die Leute starben wie die Fliegen.

Gegen Jahresende war ich furchtbar abgemagert und beging einen schweren Fehler. Ich tauschte den von meiner Mutter gestrickten Pullover gegen drei Tagesrationen Brot. Im eisigen Winter 1946/47 war ich deshalb nahe am Erfrieren, denn jeder besaß an Kleidung nur das, was er gerade auf dem Leib trug. Viele Menschen, die im Sommer verhaftet wurden und nur in dünnen Sachen steckten, gingen an der Kälte elend zugrunde.

Eine schlimme Episode werde ich nie vergessen. Die Brotration wurde immer ganz früh verteilt, noch vor dem Aufstehen. Unter mir lag im Doppelstockbett ein ganz junger Mann, der nachts gestorben war. Ich unterließ früh bei der Essenausgabe die Meldung darüber und nahm dann dem Toten das Brot von der Brust. So weit war man gekommen.

Meine Rettung bestand wohl darin, daß man mich eines Tages zum Kartoffelschälen einteilte. Es mußte ja für 12.000 bis 14.000 das bißchen Essen vorbereitet werden. Am Tage hatten Frauen die Kartoffeln zu schälen, nachts kamen die Männer an die Reihe. Diese täglich 12 Stunden dauernde Küchenarbeit war mein Glück. Da fiel ab und an mal eine Pellkartoffel ab, und ich hatte den Eindruck, daß es mir im Gegensatz zu all dem Sachsenhausener Elend noch relativ gut ging.

Eines Tages hielt man wohl die Sterbeziffer im Lager für zu hoch, die Brotrationen wurden auf 450 Gramm erhöht, und das blieb so bis zum Tag meiner Entlassung. ...<<

Ab November 1946 wurde einzelnen Jugoslawien-Deutschen die Ausreise nach Österreich gestattet, sofern sie dort Verwandte nachweisen können (x006/100E).

Die Sowjets gründeten am 1. Dezember 1946 eine deutsche Grenzpolizei. Diese Grenzpolizei unterstand bis zum 15.05.1952 dem Ministerium des Inneren und danach dem Ministerium für Staatssicherheit (x009/163-164).

In einer "Weihnachtsbitte der Christen in Deutschland an die Völker der Welt" erinnerte der EKD-Rat am 1. Dezember 1946 an die große Not der deutschen Kriegsgefangenen und bat um ihre baldige Freilassung.

Die Außenminister Byrnes (USA) und Bevin (England) unterzeichneten am 2. Dezember 1946 in Washington ein Abkommen über die wirtschaftliche Vereinigung ihrer Besatzungszonen.

Der britische Außenminister Bevin erklärte am 2. Dezember 1946 zur Schaffung der sog. "Bi-zone" (x243/160): >>... Während Amerika und wir Lebensmittel und andere lebenswichtige Güter in unsere Zonen in Deutschland eingeführt und bezahlt haben, sind die Erträge aus Exporten der russischen und französischen Zone nicht für eine gemeinschaftliche Verwendung bereitgestellt worden. ...

Der britische Steuerzahler hat genug bezahlen müssen, um den Zusammenbruch unserer Zone zu verhindern. ... Deutschland (soll) selbst die Kosten tragen. ... In der britisch-amerikanischen Zone (soll) die Industrie so schnell wie möglich wieder in Gang gebracht werden. ...<<

Das US-Kriegsministerium gab am 3. Dezember 1946 bekannt, daß bisher 270 deutsche und österreichische "Geistesarbeiter" in Nordamerika beschäftigt werden. Diese Zahl wollte man demnächst auf etwa 1.000 erhöhen (x111/253).

Der SED-Politiker Walter Ulbricht lehnte am 5. Dezember 1946 das bisherige Zonensystem ab und forderte (x111/254): >> ... eine große antifaschistische demokratische Volksbewegung in ganz Deutschland zu schaffen durch eine Volksabstimmung: für die Wiederherstellung der Einheit Deutschlands und gegen den Föderalismus, für eine volksparlamentarische Ordnung, in der die Volksvertretung die oberste gesetzgebende und kontrollierende Körperschaft ist.<<

In Nürnberg begann am 5. Dezember 1946 der Prozeß gegen 23 NS-Ärzte.

Die wegen "Verbrechen gegen die Menschlichkeit" angeklagten Ärzte waren z.B. (x111/254): >>Karl Brandt (SS-General und Reichskommissar für Gesundheit), Siegfried Handloser (Chefarzt der Wehrmacht), Paul Rostock (Leiter des Reichsforschungsamtes), Oskar Schroeder (Leiter des ärztlichen Dienstes der Luftwaffe), Karl Genzken (SS-General und Leiter des ärztlichen Dienstes der Waffen-SS), Karl Gebhardt (SS-General und Leibarzt Himmlers sowie Präsident des Deutschen Roten Kreuzes), Kurt Blohme (stellvertretender Reichsgesundheitsführer).<<

Die britische Nachrichtenagentur "REUTERS" meldete am 7. Dezember 1946 aus Schwerin (x043/210): >>Das Weihnachtslied "Stille Nacht" wird an den offiziellen oder öffentlichen Weihnachtsfeiern ... in Zukunft nicht mehr gesungen werden dürfen. Das Verbot dieses Liedes, wie auch des anderen volkstümlichen Weihnachtsliedes "O du fröhliche", ist vom städtischen Jugendamt erlassen worden. Den Lehrern und Lehrerinnen (in der sowjetischen Zone)

ist überdies verboten worden, Weihnachtsspiele aufführen zu lassen, in denen Engel auftreten.  
...<<

General Koenig (1898-1970, 1945-49 Militärgouverneur der französischen Zone) erklärte am 8. Dezember 1946 vor der Presse (x111/255): >>Frankreich hat kein Interesse an einer Verschmelzung seiner Zone mit der amerikanischen und britischen Zone. ...<<

Vom 9. Dezember 1946 bis zum 5. Januar 1947 erhielten die Deutschen in der britischen und nordamerikanischen Besatzungszone immer noch tägliche Hungerrationen von 1.529 bzw. 1.534 Kalorien.

Der deutsche Historiker Karl Jering (1914-1990) berichtete am 9. Dezember 1946 (x124/270): >>General Clay hat gestern wieder ein Rede gehalten.

Dabei kam er auf die deutschen Patente zu sprechen, die auch in Zukunft weiter bezahlt werden müßten. Allerdings soll der Erlös nicht uns, sondern den Siegermächten zugute kommen. Die Amerikaner klagen, daß sie für die Beatzung jährlich 2.000.000.000 Dollar ausgeben müssen. Allein die Patente der IG-Farben haben mehr eingebracht. ...<<

Konrad Adenauer schrieb am 10. Dezember 1946 (x095/56-57): >>... Die Entscheidung über das zukünftige Geschick Deutschlands fällt in der britischen Zone und innerhalb der britischen Zone in dem Lande Nordrhein-Westfalen.

Wir sind in diesem Lande die stärkste Partei, und wir werden es hoffentlich auch nach den Landtagswahlen vom 30. März 1947 sein. ...

Daß nach 12 Jahren Nationalsozialismus, einem solchen Kriege und all der Not, die seit dem Zusammenbruch über das deutsche Volk hereingebrochen ist, die Mehrheit des deutschen Volkes sich nicht radikalen Parteien zugewendet hat, spricht sehr stark für die guten Eigenschaften, die im deutschen Volke doch noch vorhanden sind.

Ich bin überzeugt davon, wenn wir das tiefe Tal, in dem wir uns befinden (Hunger, Krankheiten, Kälte, Wohnungsnot, Mangel an Kleidung und Schuhwerk), glücklich überstehen, so wird das deutsche Volk geläutert, aber auch gestärkt aus dieser Prüfung hervorgehen und mit Recht Anwartschaft erheben darauf, in Europa und in der Welt geistig wieder mitsprechen zu können.

Ich hoffe, daß der größte Teil des deutschen Volkes diesen Winter übersteht. Aber die Verhältnisse sind sehr ernst und sehr traurig. Namentlich die Tuberkulose greift in entsetzlicher Weise um sich, und sie macht vor niemandem halt. Standesunterschiede gibt es dabei nicht. Sie sind ja überhaupt im heutigen Deutschland fast verschwunden.

Es gibt nur einen Unterschied noch, und zwar ist das, ob man Selbstversorger ist oder nicht. Natürlich haben an Textilien die früher besser Gestellten, soweit sie nicht ausgebombt sind, größere Reserven; das ist aber auch das einzige Plus, das sie noch haben. ...<<

Ein vertriebener Schlesier berichtete über sein Schicksal im Westen (x024/251): >>10. Dezember 1946: ... Wir wohnen bei einem Bauern und sind wohnlich leidlich untergebracht. Aber die Gastgeber sind recht unfreundlich. Es ist mit solchen Menschen nicht warm zu werden. ... Ich bin seit einigen Wochen arbeitslos.<<

Am 11. Dezember 1946 erschien erstmalig die Rundfunk-Programmzeitschrift "Hör zu".

Der Minister für Justiz veröffentlichte am 11. Dezember 1946 eine Bekanntmachung über die Strafzumessung für faschistisch-hitleristische Verbrecher, die der Tötung und der Mißhandlung von Zivilpersonen und Kriegsgefangenen schuldig waren, sowie für Verräter des polnischen Volkes (x003/349-351): >>... Art. 1. Wer in Zusammenarbeit mit den Behörden des deutschen Staates oder eines mit ihm verbündeten Staates:

1. an der Tötung von Zivilpersonen, Militärpersonen oder Kriegsgefangenen teilgenommen hat,
2. durch Anzeige oder Festnahmen Personen, die aus politischen, nationalen, religiösen oder rassistischen Gründen von den Behörden gesucht oder verfolgt wurden, Schaden zugefügt hat,



wird mit dem Tode bestraft. ...

Art. 4. § 1. Wer in einer verbrecherischen Organisation tätig war, ... wird mit Gefängnis nicht unter 3 Jahren oder lebenslänglichem Gefängnis oder mit dem Tode bestraft.

§ 2. Als verbrecherische Organisationen im Sinne des § 1 gelten Gruppen und Organisationen:

a) welche Verbrechen gegen den Frieden, Kriegsverbrechen oder Verbrechen gegen die Menschlichkeit bezwecken,

b) welche, obwohl sie andere Ziele haben, die Verwirklichung dieser Ziele durch die Verübung der in Punkt a) genannten Verbrechen erstreben.

§ 3. Als verbrecherisch gilt insbesondere die Tätigkeit:

a) in der Nationalsozialistischen Deutschen Arbeiterpartei (NSDAP) in allen leitenden Positionen,

b) in den Schutzstaffeln (SS),

c) in der Geheimen Staatspolizei (Gestapo),

d) im Sicherheitsdienst (SD). ...

Art. 7. Im Falle der Verurteilung für eine der in diesem Dekret bezeichneten Straftaten spricht das Gericht aus:

a) den Verlust der öffentlichen Rechte und der bürgerlichen Ehrenrechte,

b) die Einziehung des gesamten Vermögens des Verurteilten. ...<<

Nach dem Vorbild der Nürnberger Prozesse wurde in diesem Dekret auch die Mitgliedschaft in bestimmten "verbrecherischen" Organisationen (SS, Gestapo, SD, NSDAP in leitenden Positionen) als strafwürdiger Tatbestand eingestuft (x003/XIV).

Die Generalversammlung der Vereinten Nationen bestätigte am 11. Dezember 1946 in einer Resolution die "Nürnberger Prinzipien" und erteilte den Auftrag, einen Verbrechenskodex zu formulieren (x086/249) sowie die neuen Grenzen des Deutschen Reiches zu bestimmen.

Der nordamerikanische Völkerrechtler und Historiker Alfred M. de Zayas schrieb später über die "Anerkennung oder Revision der Oder-Neiße-Linie" (x028/180-182): >>... Was unter "endgültiger Regelung" zu verstehen sei, ging aus einer Äußerung von Sumner Welles, dem amerikanischen Unterstaatssekretär im Außenministerium, hervor. Er schrieb in diesem Jahr (1946): "Versuchsweise haben sich die vier Mächte auf den Oderlauf als neue Ostgrenze Deutschlands geeinigt. ... Wenn der Frieden diese vorläufige Entscheidung zur endgültigen machen sollte, würden sie ein Unrecht fortsetzen und sozial und wirtschaftlich einen schweren Fehler begehen, der unweigerlich dauernde Spannung und Unsicherheit in Europa hervorrufen müßte. ...

Ein großer Teil des Gebiets zwischen der Oder und der westlichen Grenze des einstigen polnischen Korridors ist reicher Agrarboden. Ein Teil mindestens sollte den Deutschen zugänglich bleiben, sowohl als Nahrungsquelle wie auch als Wohngebiet. Wenn die neue deutsche Grenze mit Polen mit angemessener Rücksicht auf die wirtschaftlichen Bedürfnisse des deutschen Volkes festgelegt werden soll, müßte sie ziemlich weit östlich der Oder verlaufen."

Bei diesem Stand der Dinge im November/Dezember 1946 trat der Außenminister-Rat in New York zusammen, um den Frieden mit Deutschland zu erörtern. Um die neuen Grenzen zu bestimmen, beschloß er, die Ansichten jener Staaten einzuholen, deren Streitkräfte am gemeinsamen Kampf gegen die Achse teilgenommen hatten.

Wie vorauszusehen, empfahlen sämtliche Länder Osteuropas, die bereits in den sowjetischen Bannkreis geraten waren, die Oder-Neiße-Linie, die von der Sowjetunion und der von ihr beherrschten polnischen Regierung gewünscht wurde.

Die Vertreter Belgiens und der Niederlande erklärten, nach ihrer Meinung werde kein Frieden von Dauer sein, wenn er nicht eine teilweise Rückgabe der unter polnische Verwaltung gestellten deutschen Gebiete einschließe, oder, als Alternative, "eine Regelung, wonach das Land und seine Erträge für das überbevölkerte Deutschland und seinen Nahrungsbedarf zu-

gänglich gemacht werden".

Die südafrikanische Regierung verlangte ausdrücklich eine Revision der polnisch-deutschen de facto (vorläufigen) Grenze und lehnte "jeden Versuch ab, große, dem Wesen nach deutsche Wohngebiete zu verriegeln". Andererseits gab die Regierung zu, daß "eine gemäßigte Berichtigung der Grenzen zugunsten Polens möglich sein sollte".

Kanadas Regierung empfahl einerseits, daß man nicht einer großen Anzahl Deutscher gestatten sollte, außerhalb der künftigen deutschen Grenze zu leben, bemerkte dann aber, daß "übertriebene Verschiebungen der Bevölkerungen, die aus politischen Gründen ohne Rücksicht auf wirtschaftliche und soziale Bedingungen unternommen werden, schwere Nachteile mit sich bringen und vielleicht zu ernststen Gefahren führen".

Die Regierung von Australien schlug vor, daß "bei der Grenzziehung die Atlantik-Charta berücksichtigt wird, wobei allerdings zu bedenken ist, daß bestimmte Ansprüche, die aus Sicherheitsgründen gestellt werden, von überragender Bedeutung sein können".

Da die Atlantik-Charta vorschrieb, "keine territorialen Veränderungen" vorzunehmen, "die nicht mit den frei geäußerten Wünschen der betroffenen Völker übereinstimmen", und da die Charta der Vereinten Nationen besonders den Grundsatz der Selbstbestimmung der Völker (Artikel 1 und 55) betont, hätten ja wohl, mindestens nach Ansicht der australischen Regierung, die Millionen Deutschen, die bereits aus den Gebieten östlich von Oder und Neiße vertrieben worden waren, und die Millionen, denen dieses Schicksal für 1947 und 1948 noch bevorstand, befragt werden sollen.

Andererseits war der Artikel 107 ("Feindstaatenklausel") in die Charta der Vereinten Nationen ausdrücklich aufgenommen worden, um den siegreichen Alliierten freie Hand bei der Behandlung der Deutschen zu geben. Weder die Atlantik-Charta noch der Leitgedanke der Selbstbestimmung in der Charta der Vereinten Nationen wurden von den meisten Mitgliedern der Vereinten Nationen als Hindernis für eine harte Behandlung Deutschlands angesehen.

So empfahl also keine der befragten Regierungen eine "restitutio in integrum". Eine solche "Wiedereinsetzung in den vorigen Stand" hätte bedeutet, daß Deutschland die Gebiete östlich von Oder und Neiße zurückerhalten hätte, aber alle waren sich offenbar darin einig, daß ein Teil des Landes für immer Deutschland genommen und Polen gegeben werden solle. Einige Regierungen lehnten es ab, ihre Ansicht über ein Thema zu äußern, das ihnen vermutlich gleichgültig war.<<

Der Leiter der US-Nachrichtenkontrolle für Deutschland begründete am 12. Dezember 1946 die ungenügende Papierversorgung der Zeitungs- und Zeitschriftenverleger (x111/256-257):

>>... Der Vorrat an Zeitungspapier in der Zone ist so gering, daß es äußerst schwierig sein wird, die bestehenden Zeitungen mit Druckpapier zu versehen; diese Tatsache allein macht jegliche weitere Zulassung von Zeitungen in der nächsten Zeit fast gänzlich unmöglich.

Wir haben selbstverständlich vor, das weitere Erscheinen von lizenzierten Zeitungen aufrechtzuerhalten. Viele Zeitschriften werden wegen Mangel an Druckpapier eingestellt werden müssen.

Zeitungspapier ist deshalb so knapp, weil eine beträchtliche Menge in die britische Zone in Zahlung gegen gewisse andere benötigte Waren ausgeführt werden muß.<<

Die US-Militärregierung entließ am 5. Dezember 1946 im Rahmen einer "Weihnachtsamnestie" 4.000 Inhaftierte (x116/154).

Der deutsche Historiker Karl Jering (1914-1990) berichtete am 15. Dezember 1946 (x124/-272):

>>... Frankreich hält immer noch über 600.000 Kriegsgefangene zurück, von denen mehr als ein Drittel in der Land- und Forstwirtschaft, 56.000 im Bergbau, 37.000 im Baugeerbe, 12.000 beim Brückenbau, 10.000 in der Eisenindustrie arbeiten und 30.000 Minen räumen. Im ganzen gibt es dort 115 Gefangenenlager ...<<

Die tschechoslowakische Regierung teilte am 18. Dezember 1946 mit, daß man bisher

2.170.598 Deutsche "ausgesiedelt" hätte (x111/258).

Der deutsche Historiker Karl Jering (1914-1990) berichtete am 19. Dezember 1946 aus Bayern (x124/273): >>In der Amtsstube (herrscht) schreckliche Kälte; wir rückten so nahe an unseren Elektro-Ofen, daß unsere Kleider zu rauchen anfangen.

Mittags versuchte ich vergeblich, etwas zu erledigen. Die verhungerten und frierenden Leute, die in den Geschäften herumstanden, taten mir leid.

Nachmittags der Besuch eines Schauspielers, der seine Erlebnisse im US-Gefangenenlager Heilbronn erzählte. Sie waren den Tschechen-Greueln durchaus ebenbürtig, die wir durch Monate übersetzt hatten.

Zu Hunderten ließ man die Gefangenen verhungern, während die Wachen die ihnen abgenommenen Lebensmittel vernichteten. Armlose, Beinamputierte versanken im Morast, ohne daß man den Gesunden gestattete, ihnen beizustehen – und das nicht etwa im Rachetaumel der ersten Wochen, sondern Monate hindurch, in systematischer Vernichtungswut.

Die Ereignisse in einem besiegten Land sind wahrlich nicht dazu angetan, das Schuldgefühl des Besiegten zu stärken. ...<<

Der deutsche Historiker Karl Jering (1914-1990) berichtete am 20. Dezember 1946 aus Bayern (x124/273-274): >>Wiederum ganz paralysiert durch die Kälte, die sich um -15° Celsius bewegt und entgegen den Voraussagen weiter anhält. Seid vorgestern besteht unsere Heizung wieder ausschließlich aus dem kleinen elektrischen Ofen, in den wir abwechselnd hineinkriechen. ...

Morgens (war ich) mit Vater beim Arbeitsamt. Die Angestellten, in Mantel und Hut, verheizten alte Karteien. Ein Einarmiger gab meinem Vater für die nächsten 10 Monate die Stempel auf seine Arbeitskarte. Wenn das Stempeln wiederum fällig wird, ist er 62 Jahre alt und der Gefahr der Zwangsarbeit enthoben. ...

... Die Nacht war noch frostiger als die vorhergehenden (Nächte).

Mehrere hundert Deutsche überquerten den zugefrorenen Bodensee und verschwanden in der Schweiz. Diese hat jetzt Wachen in der Mitte des Sees aufgestellt, die ein Einsickern unerwünschten Bevölkerungszuwachses verhindern sollen.

Der Stettiner Hafen ist vom Sowjetischen Kommandanten an die polnische Verwaltung übergeben worden. ...

Alle Stadtgebiete Hamburgs erhalten fortab am Tage nur 2 Stunden lang elektrischen Strom. ...<<

Die australische Regierung betonte am 20. Dezember 1946, daß man im Rahmen der Reparationsabkommen möglichst viele deutsche Wissenschaftler nach Australien holen will (x111/259).

Bei der Ausstellung "Wiedersehen mit Museumsgut" konnten die Berliner Museen am 21. Dezember 1946 lediglich 98 Kunstwerke präsentieren.

Später kamen zwar zahlreiche beschlagnahmte Kunstwerke nach Berlin zurück, aber die Rückgabe der während des Zweiten Weltkrieges geraubten deutschen Kunstgüter wurde nie offiziell geregelt.

Ein Wissenschaftler der Stiftung "Preußischer Kulturbesitz" schrieb einige Jahrzehnte später (x116/155): >>Die Fehlliste in beiden Teilen der Stadt zeigt, daß in vielen Fällen gerade das Einzigartige, Wertvollste und Unersetzliche aus dem Altbestand als vernichtet gilt oder verschollen ist.

Sollte der Abschluß eines Friedensvertrages in bisher nicht absehbarer Zeit daran vielleicht etwas ändern können? ...<<

Der deutsche Historiker Karl Jering (1914-1990) berichtete am 21. Dezember 1946 (x124/277): >>... Die argentinische Regierung plant, 4.000.000 europäische Flüchtlinge aufzunehmen. ...

Eine Umfrage in Hamburger Schulen ergab, daß die Hälfte aller Mädchen noch nie eine Puppe gehabt hat und mehr als die Hälfte aller Kinder kein Bilderbuch kannten. 2 Drittel haben noch nie mit einem Buntstift gemalt – alles Dinge, die Kinder in anderen Zeiten, auch wenn sie aus armen Familien kamen, immer erfreuten.

Eines wußten aber alle: Wie man einen Kohlenwagen ausraubt und welche Ausreden man gebraucht, wenn man dabei erwischt wird.<<

Die AFP-Nachrichtenagentur berichtete am 21. Dezember 1946 über Unruhen in Indochina (x043/208): >>Die französischen Truppen in Hanoi sind ... umzingelt. ...

Die Lage in Indochina (wird) als kritisch bezeichnet, da nur 89.000 Soldaten im ganzen Lande unter französischem Befehl stehen.<<

Das Saarland wurde am 22. Dezember 1946 in den französischen Zoll- und Wirtschaftsraum eingegliedert.

Der deutsche Historiker Karl Jering (1914-1990) berichtete am 22. Dezember 1946 aus Bayern (x124/277-278): >>Heute haben wir nur -9° Celsius Kälte; dafür versagt die Wasserleitung ...

Zum Glück liegt draußen hoher Schnee und so können wir uns behelfen. Aber das Schneeschmelzen ist nicht nur zeitraubend, sondern bedeutet für unsere nur überschlagene Küche einen argen Wärmeverlust.

Im übrigen ist die Leitung, wie Vater gerade feststellte, diesmal nicht eingefroren, sondern die Quelle versiegt, ganz Forstenried soll ohne Wasser sein, für die frierenden Dörfler eine schöne Weihnachtsbescherung. ...

In Schwerin wurden alle Kindergärtnerinnen und Heimleiterinnen verboten, mit den Kindern Weihnachtslieder zu singen oder Weihnachtsspiele aufzuführen, in denen Engel vorkommen.<<

Die 17jährige Eva F. (ehemalige BDM-Jungmädelführerin) berichtete am 24. Dezember 1946 über ihre Internierung im sowjetischen Lager Sachsenhausen in der Stadt Oranienburg (x126/105-107): >>Am 24. Dezember 1946 wurde ich, 17 Jahre alt, zusammen mit einer großen Gruppe Gefangener aus dem GPU-Gefängnis Potsdam-Lindenstraße in Lastwagen verladen und nach Babelsberg gebracht, wo wir in Viehwaggons gesteckt und nach "unbekannt" abtransportiert wurden.

Ich war wegen antisowjetischer Propaganda vom sowjetischen Militärtribunal zu zehn Jahren Arbeitslager verurteilt worden und glaubte mich auf dem Weg nach Sibirien. Doch schon nach zehn Stunden war die Reise zu Ende.

Als die Waggons aufgerissen und wir hinausgetrieben wurden, sahen wir das Bahnhofsschild "Oranienburg". Ein Raunen setzte ein, daß wir ins KZ Sachsenhausen kämen.

Es war ein langer Zug Gefangener, die da in Fünferreihen durch die dunkle Stadt zogen, schwer bewacht von Soldaten mit Maschinengewehren. Ein paarmal stockte der Zug, es gab Geschrei und Flüche. Später erfuhren wir, daß drei unserer Leute auf dem Transport gestorben waren. Damit am Lagertor die Kopfzahl stimmte, wurden drei Männer von der Straße weg in unseren Zug eingereiht. Sie sollten später im Lager nachverurteilt werden.

... Wir kamen ganz am Ende der Lagerstraße in die Baracke 4. Dort waren bereits zirka 75 Frauen, vor kurzem aus Neustrelitz kommend, untergebracht. Von der Lagerstraße kam man durch das Tor auf einen Hof, der rechts und links von je einer langen Steinbaracke und vorn und hinten von einer hohen Mauer mit Wachturm begrenzt war.

Die Barackentür lag in der Mitte. Dort befand sich ein Vorraum, von dem nach beiden Seiten ein Gang abging, mit Türen zu kleinen Kammern, in die jeweils 18 Leute gepfercht wurden. In diesen Kammern befanden sich von Wand zu Wand eine doppelstöckige Pritsche aus roh zugehauenen Brettern, ein enger Gang davor mit einem schmalen Brettertisch und einer Bank. Eine 25-Watt-Lampe verbreitete nur trübes Licht, so daß man seine Umgebung ertasten muß-

te. Tageslicht kam nicht herein, denn die Fenster waren mit brauner Farbe zugemalt und ließen sich nicht öffnen.

Pro Person gab es eine Decke, Strohsäcke waren nicht vorhanden. Die Liegefläche pro Person betrug in der Breite 42 Zentimeter. Wir konnten nur auf der Seite liegen, und nachts hieß es dann mehrmals: "Alles umdrehen!"

Schon nach wenigen Tagen hatten sich bei mir auf beiden Hüftknochen Wunden gebildet, die nicht behandelt werden konnten und sich deshalb schmerzhaft immer mehr entzündeten.

Jede Kammer hatte eine eigene Toilette mit einem kleinen Waschbecken, doch es gab weder Toilettenpapier noch Seife oder andere Hygieneartikel. Alle zehn Tage durften wir zur Badebaracke marschieren und dort duschen. Dafür wurde für jeden ein kleiner Würfel Seife, der wie grauer Sand aussah, ausgeteilt. Es mußte auch als Haarwaschmittel dienen. Manch einer benutzte das Stück Seife auch dazu, die Unterwäsche zu waschen, denn das war die einzige Gelegenheit.

Die meisten besaßen nur das, was sie auf dem Leibe trugen, und da ich im Sommer verhaftet wurde, hatte ich weder Strümpfe noch einen Mantel. Zum Glück hatte ich mir bei der GPU einen Kamm organisiert, den ich immer bei mir trug, denn es war eine Kostbarkeit.

Schon in der ersten Nacht begann ein furchtbarer Alptraum, der zu den unauslöschlichsten Erinnerungen gehört und viele bis an den Rand des Wahnsinns trieb.

Tausende von Wanzen belebten die Holzpritschen und Wände der Baracke und stürzten sich auf ihre wehrlosen Opfer. Reihum wechselten wir uns zwar ab und gingen in dem schmalen Gang auf und ab, aber die Wanzen ließen sich von der Decke auf die Menschen herabfallen, so daß ein Entkommen nicht möglich war. Da die Baracke stets verschlossen war, quälten die Biester uns Tag und Nacht, fielen ins Essen und aufs Brot und wurden mitgegessen, denn sie waren in der Dunkelheit nicht zu sehen. ...<<

Die deutsche Journalistin und Schriftstellerin Ruth Andreas-Friedrich (1901-1977) berichtete am 24. Dezember 1946 über den Weihnachtsgottesdienst in einer Berliner Kirche (x111/259-260): >>"Friede auf Erden", sagt der Pfarrer.

Als er die Hände zum Segen erhebt, wird unter seinem Talar eine graue Strickweste sichtbar. Er friert, daß es einen erbarmen kann. Wir frieren ebenfalls. Alles friert.

Um uns, in uns, neben uns. ... Grau und gedrückt hocken die Zuhörer zwischen ihren Bänken. So mögen sie nach dem Dreißigjährigen Krieg in den Kirchen gesessen haben. So jammervoll müde, so armselig und trostlos. ...<<

Deutsche Kriegsgefangene berichteten später über den Heiligen Abend 1946 in sowjetischer Gefangenschaft (x130/333): >>In einem Winkel der Baracke wurde ein Adventslied angestimmt. Niemand war nach Singen zumute. Der Hunger und die Müdigkeit, Elend und Gier machten die Seele matt.

Doch einer nach dem anderen richtete sich auf, dem Gesang zu lauschen und schließlich war auch kein Herz mehr der Botschaft verschlossen, die das Lied verhieß. ...<<

Die Wissenschaftliche Kommission der deutschen Bundesregierung für Kriegsgefangenengeschichte berichtete später über die Bedeutung des Weihnachtsfestes für die Gefangenen (x130/332-334): >>Trat das religiöse Leben nach außen am deutlichsten durch Gottesdienste in Erscheinung, so kam dem einzelnen Gefangenen das Bedürfnis nach der Religion am stärksten bei kirchlichen Festen zu Bewußtsein. Denn den Heiligen Abend ohne jegliche Feier verbringen zu müssen, wie es besonders in den ersten Jahren nicht selten geschah, war dem deutschen Kriegsgefangenen besonders schmerzlich.

Wohl ließ das Interesse an religiösen Fragen mit den Jahren nach, jedoch zu Weihnachten, da man in den Jahren bis einschließlich 1945, teilweise auch noch später, nicht nur die Familie, sondern auch noch einen Gruß der Angehörigen missen mußte, war man offen für einen Trost in der Religion. ...

Andere kirchliche Feste traten im Lageralltag kaum in Erscheinung, es sei denn, daß Gottesdienste genehmigt oder geduldet waren. Sonst nahm man auch im Rahmen eines bunten Abends oder sonst einer Festvorstellung inoffiziell Bezug auf Ostern. In der Regel gingen aber Ostern, Pfingsten und andere kirchliche Festtage wie jeder andere Tag vorüber. ...

Was aber den deutschen Kriegsgefangenen als ausgesprochene Schikane erschien, daß sie nämlich zu Weihnachten keine arbeitsfreien Tage erhielten, fanden die sowjetischen Stellen als völlig selbstverständlich, da ihre eigenen Landsleute in diesem Punkt ebenfalls kein Entgegenkommen fanden.

Trotzdem war mitunter der 1. Weihnachtsfeiertag arbeitsfrei, mußte allerdings vorher oder nachher wieder an einem Sonntag eingearbeitet werden. Dies wurde aber nur selten gewährt. ...<<

Ein deutscher Kriegsgefangener berichtete später über den Heiligen Abend 1946 in britischer Gefangenschaft (x130/336-337): >>Mein Gastgeber holte mich und fünf Kameraden mit dem Traktor ab. Es regnete leicht. Wir fröstelten.

Der Engländer führte mich und zwei Kameraden in das Wohnzimmer. Er stellte uns seiner Frau und seinen Kindern vor. Im Kamin schlugen die Flammen hoch. Wir zogen unsere Jacken mit dem großen kreisrunden Flicker auf dem Rücken aus.

Wir alle konnten Englisch nur radebrechen, aber wir fühlten uns wohl und fast wie zu Hause, wenn wir in die freundlichen Gesichter sahen. Es gab Truthahn, Erbsen und Kartoffeln. ...<<

Der 16jährige Hubert P. berichtete am 25. Dezember 1946 über seine Internierung im sowjetischen Lager Sachsenhausen in der Stadt Oranienburg (x126/103): >>... In unserer Baracke lebte auch ein evangelischer Pfarrer. Zu Weihnachten 1946 hielt er eine bescheidene Andacht. Vom Außenkommando bekamen wir einige Kiefernzweige, andere hatten aus schwarzem Schusterwachs Kerzen gegossen.

Kaum war diese Weihnachtsstunde vorüber, mußten wir in eisiger Kälte antreten, das ganze Lager wurde durcheinandergewirbelt, alle auf andere Baracken verlegt. Das passierte in den nächsten Tagen noch zweimal, und ich denke vor allem deshalb, weil die Häftlinge sich nicht näher kennenlernen sollten. ...<<

Die nordamerikanische Nachrichtenagentur "United Press" meldete am 27. Dezember 1946 grausame Gewalttaten in Vietnam (x043/208): >>Das französische Außenministerium veröffentlichte ... eine Erklärung über die ... Feindseligkeiten in Indochina. ...

In der Nacht des 19. Dezember seien mindestens 12 Zivilisten ermordet worden.

Um Beweise der unglaublichen Grausamkeit der Vietnam-Truppen anzuführen, nennt die Erklärung des Außenministeriums einen Fall, daß die Aufständischen 4 verwundete Personen in ein loderndes Feuer warfen. Ferner würden sie alle zivilen Opfer, die ihnen in die Hände fielen, verstümmeln und Ambulanzen und Krankenhäuser in Brand stecken.<<

Ein deutscher Rußland-Heimkehrer berichtete am 29. Dezember 1946 (x124/280-281): >>In Frankfurt/Oder wurden wir neu ausgestattet. Ich mit weißer Drillichhose, dreimal geflickt und einer neuen Tropenjacke ohne Hut.

Nach Abschreiten der Front durch Herrn Pieck, bei welcher Gelegenheit Zurufe fielen wie "Mensch, du bist ab gut durch den Winter gekommen" wurden die Dicksten von uns für die Wochenschau herausgeklaut (ich war nicht darunter). Es gab wirklich noch Dicke unter uns! Dann fuhren wir weiter in Richtung Berlin. ...

Wie es mir ergangen ist? Am besten illustriert dies mein Gewicht; ich habe fast 40 kg, d.h. die Hälfte (meines Körpergewichts) eingebüßt. Mehr als die winzigen Rationen ist daran die einseitige Kost schuld. Dabei war die Zivilbevölkerung noch schlechter dran; oft bettelten uns Kinder um Brot an. ...

Von kleinen Abweichungen abgesehen, war die Behandlung immer korrekt. Zur Ehre der Russen muß ich sagen, mir ist niemand nahe getreten. ...<<

Konrad Adenauer erklärte am 30. Dezember 1946 in der "Rheinischen Post" (x243/178): >>... Wir sind einverstanden, daß wir völlig abgerüstet werden, daß unsere reine Kriegsindustrie zerstört wird. ...

Ja, ich will noch weitergehen: Ich glaube, daß die Mehrheit des deutschen Volkes einverstanden wäre, wenn wir wie die Schweiz völkerrechtlich neutralisiert würden.<<

Die deutsche Journalistin und Schriftstellerin Ruth Andreas-Friedrich (1901-1977) schrieb am 31. Dezember 1946 in ihrem Tagebuch (x111/261): >>Jede Zone nimmt von Monat zu Monat stärker das Gesicht ihrer Besatzungsmacht an.

Von Tag zu Tag vergrößert sich die Kluft, die die eine von der anderen trennt. Wer weiß, ob sie am Ende nicht endgültig ist? –

Im Radio schlägt es zwölf. "Prost Neujahr", ruft man draußen. Aber auch dieser Ruf klingt nicht froh. "

Auf die Wiedergeburt des Abendlandes", sagt N.N. und hebt sein Glas mit schwarzgekauftem "Cognac"<<

Der Oberbefehlshaber der britischen Zone ordnete am 31. Dezember 1946 wegen der außerordentlichen Kälte in Mitteleuropa eine zeitweilige Unterbrechung der Umsiedlung der Bevölkerung aus den polnisch verwalteten deutschen Gebieten in die britische Zone an (x111/262).

Der deutsche Journalist Walter von Cube (1906-1984) berichtete am 31. Dezember 1946 während eines Rundfunkkommentars über die Stimmung der Deutschen (x111/261): >>Die Masse des Volkes ist nun apathischer, mißtrauischer und richtungsloser als je. ...

Sollten wir uns so viele Jahre nach der Freiheit des Wortes und der Tat, nach der Möglichkeit, unsere Erkenntnisse, unsere Wünsche für uns und alle fruchtbar zu machen, gesehnt haben, um nun dazuliegen wie ein Schiff in der Flaute?

Unzählbar sind die Gelegenheiten, zuzugreifen; auch ergeben sie sich ganz natürlich aus dem Bewußtsein, Mensch und Mitmensch zu sein und so zu denken, zu trachten und zu handeln, wie es dieser Würde geziemt.

Laßt uns nicht die Arme verschränken, während die Geschichte einen Gedankenstrich macht.<<

Josef Kardinal Frings (1887-1978, 1942-69 Erzbischof von Köln) erläuterte am 31. Dezember 1946 während seiner Predigt im Kölner Dom das siebente Gebot "Du sollst nicht stehlen ..." (x111/261): >>... Wir leben in Zeiten, da in der Not auch der einzelne das wird nehmen dürfen, was er zur Erhaltung seines Lebens und seiner Gesundheit notwendig hat, wenn er es auf andere Weise durch seine Arbeit oder durch Bitten nicht erlangen kann.<<

Die Presse berichtete am 31. Dezember 1946 über den Büchermarkt des Jahres 1946 (x111/265-266): >>... Manches Verlagsprogramm blieb Etikette. Die verheißenen Bücher blieben aus.

Ob die Vermutung des Buchhändlers richtig ist, daß der eine oder andere Verlag in erster Linie an Reklame oder rasches Geldverdienen dachte, müssen andere beantworten. Ein gewisser Verlagsegoismus war unverkennbar. Es wurden u.a. honorarfreie Nachdrucke planlos bunt herausgeworfen, und die Daseinsberechtigung vieler neuer Bücher ist im Hinblick auf Bedürfnis und Neigung der Leser anzuzweifeln.

Der Gedanke, die große Lücke, die die letzten Kriegsjahre in die Bestände der klassischen deutschen Literatur gerissen haben, durch ein Gemeinschaftswerk lizenzierter Verlage auszufüllen, fand bei den befragten Buchhändlern lebhaften Anklang.

Der Gedanke bezweckt eine gute, einfache Standardausgabe, die in gleicher Ausführung partienweise von den Verlegern herauszubringen wäre. Dadurch würde etwas Spürbares geschaffen und dem Nebeneinander geringer Auflagen – unnötiger Papierverbrauch – ein Riegel vorgeschoben.<<

Die Interalliierte Reparationsagentur (IARA) berichtete am 31. Dezember 1946 in Brüssel,

daß die deutschen Reparationslieferungen des letzten Jahres 14 vollständige Industrieanlagen, 17 teilweise demontierte Industrieanlagen und 227 Handelsschiffe umfassen (x111/263).

US-Präsident Truman verkündete am 31. Dezember 1946 die "Beendigung der Feindseligkeiten des Zweiten Weltkrieges" und ließ mehrere Kriegs- und Notverordnungen außer Kraft setzen (x028/163): >>Obwohl noch ein Kriegszustand besteht, ist es heute möglich zu erklären, ... daß die Feindseligkeiten beendet sind.<<

Die bisherige nordamerikanische Besatzungspolitik wurde jedoch nicht grundlegend verändert.

Die Wissenschaftliche Kommission der deutschen Bundesregierung berichtete im Jahre 1954 über die Lebensverhältnisse der Deutschen im sowjetisch verwalteten Teil Ostpreußens in den Jahren 1946-1947 (x001/91E-94E): >>... Nach sowjetischem Arbeitsnormsystem hatten Frauen und Männer, oft auch Kinder, schwerste Arbeit zu leisten. ...

Mit Ausnahme der geringen Zuteilung, die die Landbevölkerung für ihre Arbeit auf den Feldern erhielt, war das gesamte auf den ostpreußischen Gütern geerntete Getreide für die Versorgung der sowjetischen Besatzungstruppen bestimmt, deren Zahl besonders im nördlichen Ostpreußen auch lange nach der Eroberung ungewöhnlich hoch war. Daraus erklärt sich, daß seit dem Frühjahr 1946 die allgemeine Hungersnot in wachsendem Maße auch die Landbevölkerung ergriff.

Im Jahre 1946 wurde in Königsberg, dessen Sowjetisierung durch die Umbenennung in Kaliningrad auch nach außen demonstriert wurde, und im ganzen nördlichen Ostpreußen die sowjetische Militäradministration durch staatliche Zivilverwaltungsbehörden abgelöst.

Der nördliche Teil Ostpreußens bildete - mit Ausnahme des Memellandes, das der Sowjetrepublik Litauen einverleibt wurde - fortan als Oblast Kaliningrad (Department Kaliningrad) eine administrative Einheit, die verwaltungsmäßig in die großrussische Republik (RSFSR) eingegliedert wurde.

Schon Anfang 1946 kamen die ersten Zivilrussen aus dem Inneren Rußlands in die ostpreußischen Städte und Dörfer. Dennoch blieb das Land auch in der folgenden Zeit vorwiegend militärisch beherrscht. Pillau und Königsberg wurden zu Marinestützpunkten ausgebaut, und auch im Hinterland wurden starke sowjetische Einheiten stationiert.

... Infolge der Menschenarmut, die auch durch den Zuzug von Zivilrussen nur sehr wenig und nur ganz allmählich etwas behoben werden konnte, lag in den Jahren 1946-1949 der überwiegende Teil der landwirtschaftlichen Nutzfläche brach, womit eine zunehmende Versteppung einsetzte.

Lediglich einige der großen Güter wurden als sowjetische Kolchosen organisiert. Auf ihnen mußte der größte Teil der ländlichen deutschen Bevölkerung und teilweise auch die Bevölkerung der kleinen Städte arbeiten. ...

Die Deutschen, die zwangsweise auf die Kolchosen verschleppt worden waren oder in Ermangelung anderer Existenzmöglichkeiten dort Arbeit gesucht hatten, lebten und arbeiteten in den Jahren 1946 und 1947 in äußerst primitiven Verhältnissen. Die Wasser- und Lichtversorgung war kaum irgendwo in Gang gesetzt, die wichtigsten Maschinen und das Vieh waren abtransportiert, so daß mitunter Frauen vor den Pflug gespannt wurden und die Felder mit der Sense gemäht werden mußten. Die Gutshöfe waren größtenteils verwildert, und es setzte sich die in Rußland seit altersher übliche Gewohnheit durch, leerstehende Scheunen und Gehöfte abzureißen und die Holzteile im Winter als Brennmaterial zu verheizen.

Durch die Ankunft von Zivilrussen, die gleichfalls auf den Kolchosen arbeiten mußten, wurden viele Deutsche aus ihren Unterkünften verdrängt und neue Belästigungen und Plünderungen hervorgerufen, gegen die es keine Wehr gab. Krankheiten, Erschöpfung durch die schwere Arbeit und mangelhafte Ernährung kamen hinzu und hielten den überwiegenden Teil der Landbevölkerung im nördlichen Ostpreußen in einem Zustand des bloßen Vegetierens. ...



Viele Deutsche aus den östlichen Kreisen Ostpreußens, aber auch aus Königsberg machten sich trotz Verbots und drohender Verhaftung auf den gefährvollen Weg nach den baltischen Staaten, die zu dieser Zeit landwirtschaftlich und ernährungsmäßig wesentlich günstiger gestellt waren als das durch die Sowjets ausgeraubte und verwahrloste Ostpreußen. Vor allem in das nahegelegene Litauen, vereinzelt aber auch nach dem entfernteren Lettland, zogen Frauen, Männer und viele Jugendliche aus Ostpreußen, um sich Nahrungsmittel zu erbetteln und dann zu ihren Angehörigen in Ostpreußen zurückzukehren oder auch, um dort zu bleiben und bei litauischen oder lettischen Bauern Arbeit und Brot zu finden.

Die große Hilfsbereitschaft und Freundlichkeit der Litauer und Letten haben für viele Ostpreußen eine sehr wirksame Erleichterung ihrer Lage bedeutet und manchem Gelegenheit gegeben, sich den unerträglichen Verhältnissen und den sowjetischen Zwangsmaßnahmen solange zu entziehen, bis eine Ausreise nach Mittel- oder Westdeutschland möglich wurde.

Die große Masse der deutschen Bevölkerung in Königsberg und auf dem Lande mußte jedoch bleiben, wo sie war, und auf eine Besserung ihrer Lage in der Zukunft hoffen. Besonders niederdrückend war es, daß sie fast ohne jegliche Verbindung mit der Außenwelt lebte und nur die spärlichste Kunde vom übrigen Deutschland erhielt. ...

Im Gegensatz zu den anderen Provinzen Ostdeutschlands, in denen die Bevölkerung bereits seit dem Sommer 1945 zu Tausenden nach Mittel- und Westdeutschland ausgetrieben wurde, blieben die Deutschen im sowjetischen Teil Ostpreußens zwar im Lande, aber herabgedrückt auf die niedrigste Stufe menschlichen Daseins, die sie zwang sich in primitivster Weise nur noch um die pure Erhaltung ihres Lebens zu kümmern, war ihnen die Heimat völlig entfremdet worden.

In Königsberg sowie in den Städten nahe der litauischen Grenze verhalf der Schwarzmarkt-handel, der seit 1946 überall in Gang gekommen war, manchem, sich über Wasser zu halten. ... Jedermann suchte durch Verkauf der restlichen irgendwie entbehrlichen Kleidungsstücke und noch nicht geraubten Sachgüter in Besitz von Rubeln zu kommen, mit denen auf dem Schwarzen Markt Lebensmittel zu teuren Preisen erstanden werden konnten. In Königsberg, in Tapiau, Gumbinnen, Wirballen, Tilsit und anderen Orten wurde der Schwarze Markt sehr durch litauische und polnische Verkäufer belebt, und auch die russischen Soldaten suchten hier direkt oder indirekt Gelegenheit zu unsauberen Geschäften. ...<<

Von den bis Ende 1946 in den deutschen Ostgebieten angesiedelten Polen stammten rund 1,4 Millionen aus dem an die UdSSR abgetretenen Ostpolen, 237.000 waren repatriierte polnische Displaced Persons aus Mittel- und Westeuropa, und ca. 1.950.000 hatte man aus Zentralpolen und aus den südpolnischen Wojewodschaften umgesiedelt (x001/119E-120E).

Nach polnischen Angaben lagen im Jahre 1946 in den ehemaligen deutschen Ostgebieten noch 63,3 % der landwirtschaftlichen Nutzfläche brach (x001/118E).

Die Wissenschaftliche Kommission der deutschen Bundesregierung berichtete im Jahre 1954 über die Zerstörung der Lebensgrundlagen in den polnisch verwalteten deutschen Gebieten östlich der Oder-Neiße-Linie (x001/117E-123E): >>... Rd. 1,4 Millionen Polen aus dem Gebiet ostwärts des Bug wurden bis zum Juli 1946, als die Überführung der ostpolnischen Bevölkerung nach Westen nahezu abgeschlossen war, in die ostdeutschen Provinzen umgesiedelt. ...

Bestenfalls durften die deutschen Besitzer als Arbeitskräfte der polnischen Ansiedler zunächst noch auf ihrem Hof bleiben, in vielen Fällen wurde ihnen aber auch dies verweigert. ... Viele (polnische Ansiedler) ... behielten nur ihren eigenen materiellen Vorteil im Auge und gebrauchten die entrechteten Deutschen lediglich als Arbeitssklaven.

Die generelle Enteignung des deutschen Vermögens und die Ansiedlung von Polen hatte bald eine völlig Verarmung und Deklassierung der deutschen Bevölkerung in den Gebieten ostwärts der Oder-Neiße-Linie zur Folge. Die deutschen Bauern waren zu Landarbeitern bei den

neuen polnischen Besitzern geworden und die Handwerksmeister zu Gehilfen bei polnischen Handwerkern. Alle Hilfsdienste und schweren Arbeiten auf dem Lande und in der Stadt mußten von Deutschen geleistet werden, während nicht nur der Besitz, sondern auch der staatliche Rechtsschutz allein den ins Land kommenden Polen vorbehalten blieb.

In der Regel wurden nur die kleinen Betriebe und Bauernhöfe privates Eigentum polnischer Ansiedler. Die großen Industriewerke sind ebenso wie die Mehrzahl der Rittergüter und ehemaligen deutschen Domänen zu polnischem Staatseigentum erklärt worden. ...

Die großen Güter wurden, nachdem sie von den Russen verlassen worden waren, von den staatlichen polnischen Güterverwaltungen übernommen und zu polnischen Staatsdomänen umorganisiert. Vielerorts übernahmen die polnischen Verwalter beim Abzug der Russen völlig leere Gehöfte. Es fehlte an Maschinen und Vieh, und die Bewirtschaftungsformen waren äußerst primitiv. Die Deutschen, die bisher als russische Kolchosarbeiter auf diesen Gütern gelebt hatten, wurden nunmehr zu Landarbeitern unter den polnischen Verwaltern; sie erhielten aber eine erheblich schlechtere Verpflegung und Entlohnung als die polnischen Landarbeiter. ...

Nach polnischen Angaben lagen noch 1946 63,3 % der landwirtschaftlichen Nutzfläche in den ehemaligen deutschen Ostgebieten brach, und 1948 betrug der Anteil der nicht bebauten Fläche immer noch 24,6 %. An diesen Zahlen wird deutlich, wie wenig der polnische Staat imstande war, die ostdeutschen Gebiete mit ihrer hochintensiven Landwirtschaft zu verwalten und ihre Kapazität zu nutzen. Das gilt auch für die von der polnischen Verwaltung betriebene Besiedlung des Landes, das man von der einheimischen deutschen Bevölkerung eiligst und radikal entleert hatte.

... Am 13. November 1945 wurde ein gesondertes Ministerium für die Wiedergewonnenen Gebiete gegründet, das u.a. für die planmäßige Ansiedlung von Polen in den ostdeutschen Gebieten zuständig sein sollte. Denn obwohl die ostdeutschen Gebiete für die polnischen Ansiedler nahezu eine Freistatt bedeuteten, blieb die Ansiedlung bis zum Ende des Jahres 1945 weit hinter den Wünschen der polnischen Regierung zurück. Nur etwa 1,7 Millionen Polen hatten sich bis zu diesem Zeitpunkt in den deutschen Ostgebieten niedergelassen. ...

Hand in Hand mit der Ausweisung der Deutschen, die im Jahre 1946 ihren Höhepunkt erreichte, begann jetzt überall in Polen die systematische Werbung für eine Ansiedlung in den deutschen Ostgebieten.

Da aus dem an Rußland abgetretenen polnischen Land jenseits des Bug rd. 1,4 Millionen Polen repatriiert und in den deutschen Ostgebieten angesiedelt werden konnten, richtete sich die Ansiedlungspropaganda nun verstärkt an die Bevölkerung Zentralpolens, vor allem an die nach Kriegsende entlassenen Soldaten.

Daneben war man auch bemüht, die zahlreichen infolge der Kriegereignisse und schon früher nach Mittel- und Westdeutschland sowie den westeuropäischen Staaten verschlagenen Polen, die zur Kategorie der Displaced Persons gehörten, zur Ansiedlung in den ehemaligen deutschen Ostgebieten zu bewegen. Selbst unter den seit Generationen im rheinisch-westfälischen Ruhrgebiet und in Frankreich lebenden Bergarbeitern polnischer Abstammung versuchten polnische Werbungskommissionen Ansiedler für die unter polnische Verwaltung gestellten Gebiete zu gewinnen.

Im Jahre 1946 stand die polnische Ansiedlungsbewegung auf dem Höhepunkt. Nach polnischen Angaben vermehrte sich die Zahl der Polen seit der polnischen Volkszählung vom 14. Februar 1946 bis zum 1. Januar 1947 in den deutschen Ostgebieten um fast 2,5 Millionen auf insgesamt 4.584.000. Darunter war auch rd. eine Million Personen deutscher Staatsangehörigkeit, die bereits früher dort gelebt hatten und von den Polen als Autochthone (Ureinwohner) reklamiert wurden, obwohl der größte Teil von ihnen sich entschieden zum Deutschtum bekannt hatte.

Von den bis Ende 1946 in den deutschen Ostgebieten angesiedelten Polen stammten rd. 1,4 Millionen aus dem an Rußland abgetretenen Ostpolen, 237.000 waren repatriierte polnische Displaced Persons aus Mittel- und Westeuropa, und ca. 1.950.000 waren aus den zentral- und südpolnischen Wojewodschaften in die deutschen Ostgebiete umgesiedelt worden.

In den folgenden Jahren nahm die polnische Bevölkerung in den polnisch verwalteten deutschen Ostgebieten nur noch langsam zu. Ende 1948 überschritt die Bevölkerungszahl dort die 5 Millionengrenze, und bis 1952 hat sie sich auf rd. 6 Millionen erhöht.

Bedenkt man, daß in dieser Zahl ca. 1 Million Personen ehemaliger deutscher Staatsangehörigkeit einbegriffen ist, die als Autochthone, d.h. Masuren, Ermländer, Kaschuben und Ostoberschlesier wegen ihres Dialekts oder ihrer Namensform als Polen reklamiert, teils als unabhkömmliche deutsche Arbeiter nicht ausgewiesen und zur Option für Polen gezwungen worden sind, so ergibt sich, daß in den ostdeutschen Gebieten, soweit sie unter polnischer Verwaltung stehen, nur rd. 5 Millionen Polen angesiedelt wurden, während in den gleichen Gebieten vor dem Kriege rd. 8,5 Millionen deutsche Staatsangehörige lebten. ...

Breslau, das 1939 weit über 600.000 Einwohner zählte, erreichte 1949 eine Einwohnerzahl von gerade 300.000, und ähnlich verhielt es sich auch in Danzig und Stettin.

Auf dem Lande waren zwar die kleinen Bauernhöfe bereits Ende 1946 nahezu sämtlich an polnische Besitzer übergeben, mehr Schwierigkeiten machte jedoch die Besiedlung der größeren Höfe. ... Im großen ganzen hat die Enteignung und Ausweisung der Deutschen und die Ansiedlung von Polen bewirkt, daß es heute in den ehemaligen Ostgebieten überwiegend nur noch landwirtschaftliche Großbetriebe oder Kleinbetriebe bis zu 20 ha gibt. ...

Wie in den anderen Ostblockstaaten und in der sowjetisch besetzten Zone Deutschlands begann auch in Polen seit 1949 eine fortgesetzt radikaler werdende Sowjetisierung aller Lebensbereiche. ...

Die von der kommunistischen polnischen Regierung gelenkten Maßnahmen gegen die Deutschen hatten mit der dem Kommunismus eigenen Radikalität die vorhandenen nationalen Gegensätze noch verschärft ... und hatten die aus Vergeltungsabsichten gegen die ehemalige Okkupationsmacht unternommene Verfolgung und Unterdrückung der Deutschen unermesslich gesteigert.

Rechtlosigkeit, Besitzlosigkeit, Hunger, Krankheit und Zwangsarbeit drückten die deutsche Bevölkerung jenseits der Oder und Neiße zu einem großen Teil in einen Zustand apathischen Vegetierens hinab, und es wurde auch dafür gesorgt, daß die Deutschen, etwa durch das Tragen weißer Armbinden, als Ausgestoßene sichtbar gekennzeichnet waren. So war es kein Wunder, daß viele von ihnen den Ausweisungsbefehl als eine Erlösung empfanden, denn ihre Heimat war ihnen seit langem entfremdet.

Da die Ausweisungen sich über eine lange Zeit erstreckten und erst in den Jahren 1947/48 allmählich zu Ende gingen, bedeutete dies für viele der in Ostpreußen, Ostpommern, Ostbrandenburg und in Schlesien lebenden Deutschen z.T. jahrelange Unterdrückung.

Noch immer aber waren Hoffnungen und der Glaube an eine Besserung unter der deutschen Bevölkerung vorhanden, was sich zuletzt in den zahllosen unter ihnen umgehenden Gerüchten äußerte, die alle von einer bevorstehenden Änderung und dem Ende der polnischen Herrschaft wissen wollten. Doch schließlich setzte die Ausweisung all diesen Vorstellungen ein brutales Ende.

Der Abschluß der Ausweisungen, der für die ostdeutschen Reichsgebiete im allgemeinen Ende 1947 erreicht war, stellte das bedeutsamste Datum in dem Prozeß der Entdeutschung und Polonisierung Ostdeutschlands dar.

Nachdem die polnische Verwaltung bereits vorher die an die deutsche Vergangenheit erinnernden Namen und Zeichen so weit irgend möglich beseitigt und durch polnische Namen und Einrichtungen ersetzt hatte, ... wurde nach der vollzogenen Ausweisung der einheimi-

schen deutschen Bevölkerung auch ganz offen zu erkennen gegeben, daß der polnische Staat diese Gebiete nicht nur als seiner Verwaltungshoheit unterstellt, sondern als integrierten Teil Polens betrachtete.

Ende 1948 wurde das Ministerium für die Wiedergewonnenen Gebiete aufgelöst und die deutschen Gebiete östlich der Oder-Neiße-Linie durch einen völkerrechtlich unzulässigen Verwaltungsakt dem Verband des polnischen Staates eingegliedert.

Durch diesen Schritt gab Polen zu verstehen, daß es die Verwaltungshoheit über Ostdeutschland nicht, wie in Potsdam festgelegt, als ein Provisorium zu betrachten gedenke, sondern diese deutschen Provinzen als einen Teil Polens für immer zu behalten entschlossen sei. Die Polonisierung der deutschen Provinzen östlich der Oder und Neiße sollte damit auch staatsrechtlich abgeschlossen werden.<<

Im Jahre 1946 transportierte man Millionen von ausgeplünderten Vertriebenen in den größtenteils zerstörten, ausgebluteten und ausgehungerten Rest Deutschlands. Sie kamen aus allen Gebieten ostwärts von Oder und Neiße sowie dem Sudetenland und aus Ungarn. Nach monatelanger Internierung, schwerer Zwangsarbeit, ungenügender Ernährung und zahllosen Vertreibungsstrapazen waren die Vertriebenen am Ende ihrer Kräfte, so daß viele nach der Ankunft in den mittel- und westdeutschen Besatzungszonen an Entkräftung, Krankheiten und Unterernährung starben.

Für Millionen von Heimatvertriebenen wurde das neue Leben im Westen zu einem jahrelangen Daseinskampf. Überall in Mittel- und Westdeutschland sah man erschöpfte Vertriebene, die Nahrung und Unterkünfte suchen. Alte Menschen hatten es besonders schwer, denn sie waren nach den Zwangsumsiedlungen mehrheitlich vollkommen am Ende ihrer körperlichen und seelischen Kräfte.

Im Westen unterschätzten die Nordamerikaner und Briten zunächst die gewaltigen sozialen Probleme der unmenschlichen Vertreibungsaktionen, so daß die deutschen Vertriebenen zunächst überhaupt nicht oder nur in Massenunterkünften untergebracht werden konnten. Zahllose geflohene und vertriebene Menschen mußten z.T. monate- oft sogar jahrelang in Wellblechbaracken der Flüchtlings- und Vertriebenenlager vegetieren. In den Behelfsunterkünften war es im Sommer oftmals sehr heiß, während im Winter gewöhnlich eisige Kälte herrschte. In den westdeutschen Besatzungszonen erhielten die Flüchtlinge und Vertriebenen vielerorts nur Aufenthalts- und Zuzugsgenehmigungen, wenn sie Arbeit fanden.

Die deutschen Flüchtlinge und Vertriebenen konnten in den Besatzungszonen nirgends ausreichend gepflegt oder untergebracht werden, so daß sich die chaotischen Lebensverhältnisse der Deutschen Ende 1946 dramatisch verschlimmerten. Hunger, Not, Elend und ständige Überlebenskämpfe bestimmten damals die Nachkriegszeit der Deutschen. Eine Zukunft schien es nicht zu geben und an die Vergangenheit wollte niemand erinnert werden.

Die aus der sowjetischen Besatzungszone gelieferten Briketts trugen im Jahre 1946 folgende aufgeprägte Texte (x111/263): >>UdSSR 30 Jahre Säule des Friedens oder Arbeiter und Bauern der UdSSR bauen eine neue Welt.<<

Der schweizerische Schriftsteller Max Frisch (1911-1991) berichtete im Jahre 1946 in seinem Tagebuch über eine Episode aus Berlin (x122/451): >>... Ein Dutzend verwehrte Gefangene, geführt von einem russischen Soldaten, gehen durch eine Straße, vermutlich kommen sie aus einem fernen Lager, und der junge Russe muß sie irgendwohin zur Arbeit führen oder, wie man sagt, zum Einsatz. Irgendwohin; sie wissen nichts über ihre Zukunft; es sind Gespenster, wie man sie allenthalben sehen kann.

Plötzlich geschieht es, daß eine Frau, die zufällig aus einer Ruine kommt, aufschreit und über die Straße heranzieht, einen der Gefangenen umarmt – das Trüpplein muß stehenbleiben, und auch der Soldat begreift natürlich, was sich ereignet hat; er tritt zu dem Gefangenen, der die Schluchzende im Arm hält, und fragt:

"Deine Frau?" - "Ja!" Dann fragt er die Frau: "Dein Mann?" - "Ja!" Dann deutet er ihnen mit der Hand: "Weg – laufen, laufen – weg!"

Sie können es nicht glauben, bleiben stehen; der Russe marschiert weiter mit den elf andern, bis er, einige hundert Meter später, einem Passanten winkt und mit der Maschinenpistole zwingt, einzutreten: damit das Dutzend, das der Staat von ihm verlangt, wieder voll ist.<<

Der britische Feldmarschall Montgomery erklärte während einer Rede im Jahre 1946 (x268/-32): >>... Die deutschen Lebensmittelbeschränkungen werden bleiben. Wir werden sie bei 1.000 Kalorien halten. ... Sie gaben den Insassen von Belsen nur 800.<<

Der deutsche Historiker Hubertus Prinz zu Löwenstein (1906-1984) schrieb später über die Hungerrationen der Nachkriegszeit (x063/619): >>Das Wort "Kalorien" war ein wichtiger Begriff des täglichen Lebens. Noch im Frühling 1945 erhielt der "Normalverbraucher" über 2.000 Kalorien täglich, gegen 2.000 bis 3.000 vor dem Kriege. Dann sank die Kalorienmenge für die anglo-amerikanische Zone auf 1.550 – 1946 und 1947 in Wirklichkeit für längere Zeit auf 700 bis 1.200. Es kann nicht wundern, daß bei dieser Ernährungslage allein in der anglo-amerikanischen Zone im Sommer 1947 wenigstens 40.000 Fälle offener Tuberkulose auftraten. ...<<

Der Bayerische Staatskommissar für das Flüchtlingswesen meldete, daß man im Jahre 1946 in der US-Besatzungszone insgesamt 1.111 Eisenbahnzüge mit 1.183.370 Ausgewiesenen aus der Tschechoslowakei registriert hätte. 661 Transporte gingen nach Bayern und 450 Transporte nach Hessen sowie Württemberg-Baden. Ferner wurden noch etwa 100.000 Sudetendeutsche, die man bereits 1945 nach Österreich ausgetrieben hatte, in die nordamerikanische Besatzungszone abgeschoben (x004/123).

Infolge der großen Kälte lehnte es die britische Militärregierung ab, weitere polnische Vertreibungstransporte abzufertigen, so daß zahlreiche überfüllte Güterzüge nach tagelanger Fahrt umkehren mußten.

Ein Minister der vorläufigen Volksvertretung Württemberg-Badens warnte im Jahre 1946 vor dramatischen Flüchtlingsproblemen in Deutschland (x024/206-207): >>Wollte man uns im Osten die wichtigsten Erzeugungs- und Überschußgebiete wegnehmen und 60 bis 70 Millionen Deutsche in einem nicht lebensfähigen Rumpfdeutschland zusammenpressen, so wäre es die Atombombe für die deutsche Demokratie und für ein friedliches und harmonisches Mitteleuropa. ...

Das Flüchtlingsproblem ist keine Frage mittlerer Ordnung, die mit kleinen Hilfsmitteln zu lösen wäre. Es ist vielmehr ein einmaliges, in das nächste Jahrzehnt hineingreifendes, sehr kompliziertes bevölkerungspolitisches und soziologisches Zentralproblem, das unsere Volks- und Wirtschaftsstruktur aufs tiefste beeinflußt.<<

Der deutsche Journalist und Publizist Günter Böddeker (1933-2012) berichtete später über die katastrophalen Lebensbedingungen des Jahres 1946 in Deutschland (x021/466-468): >>... Deutschland hungerte.

Die Bevölkerung der amerikanischen Besatzungszone erhielt in den ersten Jahren nach dem Krieg nur noch knapp 2 Drittel der Nahrungsmittel der Vorkriegszeit, die Bevölkerung der britischen Besatzungszone nicht viel mehr als die Hälfte.

Der Pein des Hungers lehrte die Deutschen, was die Gebiete östlich von Oder und Neiße für ihre Ernährung bedeutet hatten.

Dort waren pro Kopf der Bevölkerung jährlich 470 Kilogramm Roggen erzeugt worden – rund viermal soviel wie im Durchschnitt des Reichs.

Dort waren pro Kopf der Bevölkerung jährlich 3 Tonnen Kartoffeln geerntet worden - fünfmal soviel wie im Durchschnitt des Reichs.

Und dort waren, wieder pro Kopf der Bevölkerung gerechnet, 620 Liter Milch jährlich produziert worden, fast doppelt soviel wie im Durchschnitt des Reichs.

Die deutschen Ostgebiete hatten das Deutsche Reich mit einem Viertel seines gesamten Getreideverbrauchs, eines Viertel seines Hackfruchtverbrauchs und mehr als 40 Prozent seines Verbrauchs an Hülsenfrüchten versorgt. Das Land, auf dem all dies geerntet worden war, die Weiden, auf denen das Vieh gegrast hatte, und das Vieh selbst, die Pferde, die Rinder, Schweine – all dies stand jetzt für die Ernährung Deutschlands nicht mehr zur Verfügung.

Die meisten Deutschen hatten in jenen Tagen nicht genug zu essen, die meisten Flüchtlinge aber litten bitteren Hunger. Sie verfügten nicht – wie viele Einheimische - über "Beziehungen" – jene Kenntnisse von Personen und Umständen, die den Zugang zu zusätzlicher Nahrung öffnen konnte. Und so hatten sie nichts, was sie gegen Lebensmittel hätten eintauschen können.

Hunger trieb Flüchtlingskinder dazu, in den Städten die Abfalltonnen auf der Suche nach Nahrungsresten zu durchwühlen. Mitleidige US-Soldaten in Berlin stellten in den Höfen der Gebäude, in denen sie wohnten, dreierlei Tonnen auf – eine für "eßbaren Abfall", eine zweite für "nicht eßbaren Abfall", eine dritte für "ausschließlich Müll".

Das Hilfswerk der evangelischen Kirche in Deutschland wandte sich 1946 in einem Aufruf an Menschen im Ausland mit der Bitte um Hilfe: "Hunger ist mehr als Nichtsattwerden!

Hunger, das heißt: Zu schwach zum Arbeiten, zum Lernen, zum Bestehen im Leben ... zu schwach, um auch die leichteste Krankheit zu überstehen. ...

Hunger, das heißt: Gelähmter Lebenswille und Lebensmut, Gleichgültigkeit gegen das eigene Schicksal, gegen den Mitmenschen, gegen Gottes Schöpfung."

Die Flüchtlinge litten nicht nur ärger unter dem Hunger als die Menschen, die in Westdeutschland zu Hause waren, sie erschienen in aller Regel auch abgerissener, oft zerlumpt. Ihre Besitzlosigkeit und härtere Armut waren augenfällig: Zum Beispiel hatte eins von zehn Flüchtlingskindern, die 1946 eine Schule in der Stadt Oldenburg besuchten, nicht einmal ein Hemd, eins von fünf keine Strümpfe, eins von vier keine Schuhe.

Im Jahre 1946 auch stellten die Flüchtlingskommissare in der amerikanischen Besatzungszone fest, daß sie nur jeden zehnten Vertriebenen oder Flüchtling, der ins Land kam, mit Bekleidung und Wäsche, Decken und Matratzen versorgen konnten, und jeden siebten mit einem Bett, nur jeden zwanzigsten mit einem Ofen oder Herd und nur jeden hundertsten mit einem Topf, einem Teller, einem Besteck. ...<<

Der deutsche Journalist Ekkehard Kuhn schrieb später in seinem Buch "Nicht Rache, nicht Vergeltung ..." über die Ankunft der deutschen Vertriebenen im Westen (x024/177-179):

>>Die ersten Begegnungen und Erlebnisse mit Deutschen im Westen bedeuteten für die Vertriebenen oft eine zusätzliche Belastung.

Von den Einheimischen wurden sie meist nur als unerwünschte Eindringlinge betrachtet. Sie waren das sichtbare Ergebnis des verlorenen Krieges. Sich um sie zu kümmern, war nicht mitmenschliches Bedürfnis, sondern lästige Pflicht. Von der großen Volkssolidarität – im Dritten Reich noch gerade groß propagiert – war mancherorts nicht viel zu spüren. Oft hatten gerade Mütter mit mehreren Kindern die größten Probleme bei der Aufnahme. Die Bauern auf dem Lande verfuhrten auch hier nach dem Nützlichkeitsprinzip, und so waren sie nicht gerade begehrt. ...

Daß die meisten Vertriebenen kein Geld besaßen, weil ihnen alles abgenommen worden war, konnten viele Einheimische nicht verstehen und hielten diese Menschen daher für "Bettler".

... Von den 16 Millionen Wohnungen, die es in Deutschland 1939 gab, waren 5 Millionen völlig zerstört. 3 Millionen waren so schwer beschädigt, daß sie unbewohnbar waren. Es fehlte also die Hälfte des Wohnraums der Vorkriegszeit.

In dieses zerstörte Land strömten nun zusätzlich noch die Millionen der Vertriebenen. Auf die Einheimischen kamen damit Probleme zu, die ihnen anfangs fast unlösbar schienen. ...<<

Eine ostdeutsche Vertriebene berichtete später über das Schicksal der mittellosen Heimatlosen

(x024/196-197): >>Die Geldknappheit bei den meisten Vertriebenen, bedingt durch verlorene Sparbücher, Girokonten, an die man nicht mehr herankam, nichts abheben konnte, stempelte uns zu den Ärmsten im Lande.

Bei dem Gerede: Geld ist nichts wert, man kann dafür nichts kaufen, was man immer wieder vor der Währungsreform zu hören bekam, verkrampte sich etwas in mir, denn wir hatten damals nicht einmal so viel Geld, das zu kaufen, was uns auf Lebensmittelmarken zustand, geschweige, was es alles auf dem Schwarzmarkt zu kaufen gab. ...<<

Der deutsche Publizist und Jurist Peter Grubbe (1913-2002, eigentlich Claus P. Volkmann) berichtete später über den "Einzug der Fremden im Dorf" (x039/207-208): >>Vor einer halben Stunde haben die Kirchenglocken den Gottesdienst ausgeläutet. Die Dorfstraße liegt wieder verlassen. In dem goldenen Stern, der als Wahrzeichen über der Tür des Gasthofes hängt, fängt sich blitzend ein Sonnstrahl.

Ihm gegenüber liegt die Gemeindeganzlei. Davor warten die Fremden.

Ein grauer Haufe. Etwa 30 Gestalten. Vor allem Frauen und alte Leute. Und Kinder. Nur zwei Männer sind dabei.

Ihre Gesichter sind farblos. Sie starren vor sich hin. Die Augen der meisten sind rot und entzündet. Von vielen Nächten ohne Schlaf, von der langen Fahrt in zugigen, schlecht schließenden Waggons. Vielleicht auch vom Weinen. Vor einer Stunde hat ein Lastwagen aus der Kreisstadt sie hier abgesetzt. Seitdem stehen sie hier. Zwischen ihren Bündeln und Säcken und Koffern aus Pappe, die mit Bindfaden zusammengebunden sind. Vertriebene, die von "drüben" kommen.

Vor der Tür des Wirtshauses steht der Bürgermeister mit dem Gemeindeganzleier und zwei anderen Männern. Sie verhandeln mit der Wirtin, aber die schüttelt den Kopf.

"Das Haus ist voll. Mein Bruder ist ausgebombt. Außerdem habe ich kein Obdachlosenasyll hier. In der Baracke neben dem Spritzenhaus ist genug Platz. Und da kann nichts gestohlen werden."

Die Worte klingen schrill über den Platz. Der Bürgermeister geht zu den Wartenden, spricht mit ihnen. Von der Überfüllung des Ortes. Von der großen Zahl der Flüchtlinge, die schon gekommen sind. Und von der schweren Arbeit der Bauern.

Schweigend hören sie ihn an. Aber er fühlt, wie seine Worte gegen eine Wand prallen. Die Männer haben die Köpfe zur Seite gewandt. Die Frauen stehen im Halbkreis. Schließlich fängt eine von ihnen an zu reden. Daß sie seit Wochen unterwegs sind und schlafen wollen. Daß sie auch einmal Höfe hatten, die ihnen gehörten. Und daß im Gasthaus doch Platz ist.

Der Pfarrer kommt auf dem Fahrrad, begrüßt sie. Sie legen ihre Hände in die seinen, ohne ihn anzusehen. Er spricht ein paar Worte mit dem Bürgermeister, geht dann in das Wirtshaus. Nach einer Viertelstunde kommt er wieder heraus. Sein Gesicht sieht müde aus.

Gemeinsam mit dem Bürgermeister bittet er zwei von den fremden Frauen mitzukommen, um sich die Unterkunft anzusehen. Zu fünft gehen sie langsam zwischen den Häusern hindurch zu der Baracke neben dem Spritzenhaus, in der früher die Kriegsgefangenen untergebracht waren. Schweigend gehen sie durch die Räume. Die Fenster sind mit Pappe verschlagen. An der Wand stehen ein paar Betten, einige Schränke mit aufgebrochenen Türen, Schemel aus Holz. In der Küche hat der Wind Asche über den Herd geweht. Es riecht nach Staub, nach altem Papier.

Schweigend kehren sie zu den Wartenden zurück. Die sehen ihnen entgegen. Ohne Neugierde. Und ohne Erwartung. Eine halbe Stunde später schiebt sich die graue Schlage der Fremden zur Baracke hinüber. Einzeln gehen sie durch das schmale Tor in dem rostigen Stacheldrahtzaun. Der Bürgermeister steht mit dem Pfarrer noch immer vor der Gastwirtschaft in leisem Gespräch. Die Straße ist immer noch leer. Aber hinter den weißen Gardinen, hinter den niederen Fensterscheiben folgen viele verstohlene Blicke dem stillen Zug.

Die Fremden sind eingezogen im Dorf.<<

Ein Kirchenvorstand rief im Jahre 1946 Eltern und Erzieher auf, die ständig zunehmende moralische Verwahrlosung der deutschen Jugendlichen zu bekämpfen (x118/153-154): >>Mit Beendigung des Krieges scheinen alle sittlichen Bande gelöst zu sein. Die Tanzwut hat unsere Jugend erfaßt, und die Elternschaft steht tatenlos beiseite. Eine unvorstellbare Verseuchung unserer Jugend ist heute bereits festzustellen. Ein geradezu ungeheuerlich anmutender Prozentsatz von Jugendlichen unter 18 Jahren ist geschlechtskrank.

Eltern und Erzieher, ihr seid verantwortlich für Leben und Gesundheit eurer Kinder! Schreitet mit aller Macht gegen das Treiben auf den Tanzböden ein! Ermahnt eure Kinder immer wieder, nicht für ein Brot und eine Zigarette Leib und Gesundheit zu verkaufen.

Jungen und Mädels! Denkt daran, daß euer ganzes Leben auf dem Spiel steht. Denkt daran, daß auch ihr verantwortlich seid für den Aufbau unseres Vaterlandes. ...<<

Der deutsche Schriftsteller Ernst Wiechert (1887-1950) veröffentlichte im Jahre 1946 das Gedicht "Die Ausgewiesenen" (x035/319):

>>Wir hatten einst ein Haus,  
und das Haus verdarb,  
wir hatten eine Heimat,  
und die Heimat starb.  
Man trieb uns, wie man Vieh  
mit dem Stecken treibt,  
man rieb uns, wie man Korn  
zwischen Steinen reibt.  
O hilf uns, liebe Maria

Der Vater ist gefangen  
im fremden Land,  
die Mutter ist begraben  
im fremden Land.  
Haben einen neuen Vater,  
der heißt Tod,  
haben eine neue Mutter  
die heißt die Not.  
O hilf uns doch, liebe Maria.

Nun sind wir in der Fremde  
und sehen uns um,  
schaut jeder uns an  
wie taub und wie stumm.  
Wir stehen vor den Türen  
und klopfen an:  
Ach, wird uns  
den nirgends aufgetan?  
Erbarm Dich doch, o Maria.

Gott webt uns ein Röckchen  
aus Tränen und Gram,  
mit Fäden aus Hunger,  
mit Fäden aus Scham,  
das Schiffllein webt Leid



und Leid und Leid ...  
O webt uns ein bißchen  
Freude ins Kleid!

O webe für uns, liebste Maria!<<

Die deutsche Schauspielerin und Kabarettistin Ursula Herking (1912-1974) erinnerte im Jahre 1946 mit ihrem erfolgreichen "Marschlied 1945" an das große Elend der Nachkriegszeit (x115/238):

>>In den letzten dreißig Wochen  
Zog ich sehr durch Wald und Feld.  
Und mein Hemd ist so durchbrochen,  
daß man's kaum für möglich hält.  
Ich trag' Schuhe ohne Sohlen,  
und der Rucksack ist mein Schrank.

Meine Möbel hab'n Polen  
und mein Geld die Dresdner Bank.  
Ohne Heimat und Verwandte,  
und die Stiefel ohne Glanz, -  
Ja, das wär nun der bekannte  
Untergang des Abendlands!<<

Ein französischer Journalist, der im Jahre 1946 durch die britische Besatzungszone reiste, berichtete (x114/1.142-143): >>Nichts verursacht so viele Angst- und Wahnvorstellungen wie eine Reise durch ein Land, das in Trümmern liegt.

In Hannover bestieg ich die Straßenbahn vor dem Hauptbahnhof und fuhr fast eine Stunde lang Kilometer für Kilometer an ausgebombten Häusern, Ruinen und verbrannten Gebäuden vorbei. In Bremen war es das gleiche. In Köln und Hamburg dann wieder dieselbe Erfahrung.

...

Die Tagesrationen, von denen die Menschen lebten, waren absurd. In Essen war ich bei einer Familie, deren junge Tochter frühmorgens zur Arbeit ging. Sie nahm eine einzige Scheibe Brot und eine Tomate als Essen für den ganzen Tag mit.

Die ganze Sache kam mir wie ein expressionistischer Film vor, den man nach 1918 in Deutschland gedreht hatte – in einer feindlich-grausamen und irrealen Atmosphäre.<<

### **1947**

Nach polnischen Angaben betrug die Zahl der Polen, die man bis zum 1. Januar 1947 in die deutschen Ostgebiete umgesiedelt hatte, insgesamt 4.584.000 Personen. Darunter waren jedoch auch rund eine Million Personen deutscher Staatsangehörigkeit, die bereits früher dort lebten und von den Polen willkürlich als Autochthone (Ureinwohner) reklamiert wurden (x001/119E).

Über 10 % der in den polnisch verwalteten deutschen Ostgebieten bewirtschafteten Gütern wurden von ehemaligen polnischen Soldaten geleitet (x001/119E).

Der CDU-Politiker Jakob Kaiser (1888-1961) schrieb am 1. Januar 1947 in der "Neuen Zeit" über den "Deutschen Weg 1947" (x111/269): >>... Wer die Gesundung Deutschlands will, kann nur von der Tatsache ausgehen, daß Deutschland zwischen Ost und West gelagert ist.

Die Konsequenz dieser schicksalhaften, aber auch aufgabenreichen Lage ist nicht das Entweder-Oder eines West- oder Ostblocks, sondern das Sowohl-als-auch der Verständigung und des Ausgleiches zwischen den Völkern und die Gesundung aus eigenem Geist heraus. ...

Wenn nicht alle Zeichen trügen, stehen wir am Beginn des Jahres, das Deutschland eine neue Einheit gibt.<<

Das SED-Zentralorgan "Neues Deutschland" berichtete am 1. Januar 1947 über die Auswahl-

kriterien der sowjetzonalen Hochschulen für Lehrer und Studenten (x111/270): >>Die Hochschule ist hier zwar stärker als im Westen an die Staatlichkeit gebunden, aber dieser im Aufbau begriffene Staat, der sie verpflichtet, wirkt hier nicht als Hemmung, sondern dank seiner stark genossenschaftlichen Komponenten als ein fördernder und vorwärtstreibender Faktor.

Für die Sicherung der Demokratie ist eine maximale Übereinstimmung der Begabtenauslese mit der Auswahl eines politischen Vortrupps gefordert. ...<<

Die nordamerikanische und die britische Besatzungszone wurden am 1. Januar 1947 zu einem Wirtschaftsgebiet vereinigt (sog. "Bizone").

Konrad Adenauer erklärte am 1. Januar 1947 in einem CDU-Aufruf, daß kein christlich-demokratischer Politiker einen Friedensvertrag unterschreiben würde, in dem man die Oder-Neiße-Linie anerkennen müßte (x111/269).

In der nordamerikanischen Zone wurden bis zum 1. Januar 1947 etwa 11,7 Millionen Fragebogen ausgefüllt.

Alle deutschen Erwachsenen (ab 18 Jahre) wurden aufgefordert, 133 Fragen zu beantworten. Jeder, der sich weigerte, diesen Fragebogen auszufüllen, erhielt kurzerhand keine Lebensmittelkarten. Die gerichtsähnlichen Verfahren vor den "Spruchkammern" endeten mit der Einstufung in eine der 5 Kategorien: Hauptschuldige, Belastete, Minderbelastete, Mitläufer oder Entlastete.

Es war die Zeit der sog. "Jagd nach Persilscheinen" ("Persilscheine" = Ehrenerklärungen von überlebenden Juden, ehemaligen KZ-Häftlingen und anderen NS-Opfern).

"Das große Lexikon des Dritten Reiches" berichtete später über den "Persilschein" (x051/-441): >>Persilschein, nach dem bekannten Waschmittel gebildete ironische Bezeichnung für Ehrenerklärung ("weißwaschen").

Der Begriff entstand während der Entnazifizierung, als positive Aussagen für Betroffene von anerkannten Gegnern des Nationalsozialismus, am besten von einem ehemaligen KZ-Häftling, buchstäblich hoch im Kurs standen. Es entwickelte sich ein verzweigtes Gefälligkeitssystem, das die ohnehin problematischen Entnazifizierungsmethoden weiter in Verruf brachte.<<

Die schwierige Beweislage führte häufig zu Ungerechtigkeiten. Ungezählte Personen, die über Beziehungen und finanzielle Mittel verfügten, hatten keine großen Probleme, ihre "Unschuld" bestätigen zu lassen. Als besonders ungerecht wurde empfunden, daß zunächst nur die leichteren Fälle entnazifiziert wurden, weil man "die größeren Nazis" angeblich erst später zur Verantwortung ziehen wollte.

Die "Demokratisierung der Gesellschaft" und die vollständige Ausschaltung der ehemals aktiven Nationalsozialisten wurde in Westdeutschland nicht realisiert. Während man "kleine Mitläufer" relativ hart bestrafte, entgingen viele führende Personen des NS-Regimes einer Bestrafung. Die Entnazifizierung wurde von den meisten Deutschen als ungerechte "Umerziehung" betrachtet und verachtet.

Werner Finck (1902-1978, Schauspieler, Kabarettist und Autor) schrieb damals über die Entnazifizierung (x115/239): >>Es steht mir natürlich kein Urteil zu. Aber, es ist das unangenehme Gefühl, daß man nicht mehr weiß, wer ist nun belastet und wer entlastet und wer ist Ankläger und wer ist Mitläufer. Vielleicht ist es in ein paar Jahren soweit, daß man auch da einen Schlußstrich macht.

Ich denke mir die Krönung der Entnazifizierung, daß die Spruchkammern vielleicht noch entnazifiziert werden, und wenn, dann wird man die Sache von vorn anfangen. Aber es muß mal zu einem Ende kommen.<<

Der deutsche Journalist Reinhard Henkys (1928-2015) schrieb später über die Probleme der Entnazifizierung (x129/161-162): >>Die Spruchkammern hatten zunächst damit begonnen, sich jenen – zum Teil auf Grund automatischen Arrests in Lagern einsitzenden – Personen zuzuwenden, von denen sie annahmen, daß sie als gering Belastete einzustufen wären, um

ihnen nicht eine unzumutbar lange Haft aufzubürden.

Tatsächlich schnitten diese dadurch schlechter ab, daß das Gesetz zunächst mit Strenge gehandhabt wurde. Als schließlich die vermutlich Hauptbelasteten in größerer Zahl vor die Kammern kamen, hatte die öffentliche Meinung sich bereits grundlegend gewandelt, und die meisten von ihnen erhielten nur noch formale Strafen.

Abgesehen von den bei einem formellen Verfahren unvermeidlichen Fehlern in der Bemessung von Schuld und Strafmaß hatte das Entnazifizierungssystem die bedenkliche Folge, daß zahlreiche tatsächlich verbrecherischer Handlungen Schuldige nicht zur Verantwortung gezogen wurden und - mit dem Entnazifizierungsbescheid in der Tasche - bald wieder Positionen im öffentlichen Leben einnehmen konnten.

Die Spruchkammern waren nicht in der Lage, die ihnen in allzu großer Zahl zugeführten früheren Nationalsozialisten der Verbrechen zu überführen, deren sie in Wirklichkeit schuldig waren.

Das sog "Persilscheinsystem" kam in Schwung. Da die Spruchkammern nicht Schuldige ihrer Schuld zu überführen hatten, sondern die Angeschuldigten sich vor diesen Gremien "reinwaschen" mußten, besorgte sich jeder, der es irgend konnte, von früher verfolgten Menschen, von kirchlichen Stellen usw. schriftliche Bezeugungen, daß er verfolgten Menschen geholfen, abfällige Äußerungen über das nationalsozialistische System gemacht oder passiven Widerstand geleistet habe. ...

Ebenso schädlich war die psychologische Folge des Entnazifizierungssystems. Da praktisch durch die kollektive Verfolgung das ganze Volk unterschiedslos unter Anklage gestellt war, blühte die Selbstrechtfertigung auf. Man identifizierte zudem weithin die Spruchkammerverfahren mit den ordentlichen Prozessen und lehnte in der Folge die Suche nach nationalsozialistischen Verbrechern weithin ab.<<

Der deutsche Historiker Hubertus Prinz zu Löwenstein (1906-1984) berichtete später über die Entnazifizierung (x063/612-613): >>Die "Entnazifizierung" wurde ... in den 4 Besatzungszonen höchst unterschiedlich durchgeführt.

In der sowjetischen genügte es einerseits, ein "Kapitalist" zu sein, um als "Nazi" gebrandmarkt und verfolgt zu werden, andererseits aber konnten auch hochrangige, wirkliche Nazis sofort die Generalabsolution erhalten, wenn sie sich nur zum Kommunismus "konvertierten".

In der französischen Zone dürften die Maßstäbe am mildesten gewesen sein, in der britischen und amerikanischen am methodischsten, aber oft auf Grund der falschen Methoden!

Auch kam es vielfach darauf an, ob man frühzeitig oder später "entnazifiziert" wurde, und auch "Protektion" – vor allem ausländische oder klerikale – war nicht ohne Bedeutung.

Der Fragebogen mit seinen ... (133) zum Teil schlichtweg törichten Fragen ist inzwischen in die Literatur eingegangen. In der amerikanischen Zone wurden bis zum Januar 1947 allein 11.674.152 Fragebogen ausgefüllt und eingereicht. Die Gesamtzahl stieg schließlich auf über 13 Millionen. ...

Die Entnazifizierungsbehörde der Militärregierung – beschäftigte sich mit 1,5 Millionen Fällen, 375.000 Personen wurden aus ihren beruflichen Stellungen entfernt. Die übrigen – insgesamt waren 3,3 Millionen "vom Gesetz" betroffen gewesen – fielen aus durch einige Amnestien, so die Jugendamnestie vom Juli 1946, zu Weihnachten 1946 die Amnestie für Kriegsbeschädigte, Invalide und jene mit geringem Vermögen und Einkommen. ...<<

Prof. Dr. Reinhart Beck schrieb später über die "Entnazifizierung" (x051/154-155): >>Entnazifizierung, Entfernung von Nationalsozialisten aus öffentlichen Ämtern und führenden Positionen der Wirtschaft nach 1945 in Deutschland (und Österreich); im weiteren Sinne auch die "Säuberung" des politischen, wirtschaftlichen und kulturellen Lebens von nationalsozialistischem Gedankengut.

Ziel der von den USA konzipierten Entnazifizierung war, die personellen und ideellen Grund-

lagen des Nationalsozialismus und seines Herrschaftssystems völlig zu beseitigen und so die Voraussetzung für eine Demokratisierung Deutschlands zu schaffen.

Schon auf ihrer Konferenz in Jalta (Februar 45) hatten die Alliierten die Entnazifizierung zu einem Hauptziel ihrer Politik im besiegten Deutschland erklärt; im Potsdamer Abkommen vom 2.8.45 ordneten sie folgende Entnazifizierungsmaßnahmen an:

- 1) Auflösung der NSDAP, ihrer "Gliederungen und Unterorganisationen";
- 2) Verbot "jeder nazistischen und militaristischen Betätigung und Propaganda";
- 3) Aufhebung der nationalsozialistischen Gesetze;
- 4) Verhaftung und Internierung der nationalsozialistischen Parteiführer, "einflußreicher" Anhänger des Nationalsozialismus, der Leiter der nationalsozialistischen Ämter und Organisationen "und aller anderen Personen, die für die Besetzung (Deutschlands durch die Alliierten) und ihre Ziele gefährlich sind";
- 5) Entfernung aller mehr als bloß nominellen Mitglieder der NSDAP und "aller Personen, die den alliierten Zielen feindlich gegenüberstehen", aus den öffentlichen und halböffentlichen Ämtern sowie aus Führungspositionen der Privatwirtschaft;
- 6) völlige Reinigung des Erziehungs- und Bildungswesens von "nazistischen und militaristischen Lehren" und dessen Überwachung (Reeducation).

Die Entnazifizierung wurde zunächst auf der Grundlage der vom Alliierten Kontrollrat erlassenen Gesetze, insbesondere Nr. 1 (vom 20.9.45) und Nr. 2 (vom 10.10.45), durchgeführt, am intensivsten in der amerikanischen Zone. Hier mußte jeder Inhaber eines öffentlichen Amtes oder einer sonstigen höheren Stellung und jeder Bewerber dafür einen ausführlichen Fragebogen ausfüllen; aufgrund seiner Angaben wurde der Betreffende in eine von sechs Kategorien ("automatisch zu arretieren", "entlassungspflichtig", "Entlassung empfohlen", "Entlassung nicht empfohlen", "kein Beweis für NS-Aktivitäten" oder "Anti-NS-Aktivität bewiesen") eingestuft.

Dieses durch Kontrollratsgesetz vom 25.12.45 auch auf die anderen Besatzungszonen übertragene, dort aber nur teilweise durchgeführte Entnazifizierungsverfahren wurde schon Ende 45 revidiert, wohl auch deshalb, weil es zu einem akuten Personalmangel v.a. in der öffentlichen Verwaltung führte.

Das von der Landesregierung der US-Zone erlassene "Gesetz zur Befreiung von Nationalsozialisten und Militarismus" vom 5.3.46 teilte die (ehemaligen) Nationalsozialisten (ohne die eines Kriegsverbrechens Beschuldigten) in fünf Kategorien ein: 1) Hauptschuldige, 2) Belastete, 3) Minderbelastete, 4) Mitläufer, 5) Entlastete.

Die Entnazifizierung wurde lokalen deutschen "Spruchkammern" übertragen, die der Aufsicht der "Befreiungsministerien" der Länder unterstanden. Die Kontrollratsdirektive vom 12.10.46 übertrug dieses Verfahren auch auf die anderen Zonen.

Die v.a. von den Kirchen und den konservativen deutschen Parteien kritisierte Entnazifizierung mit ihrer Persilschein-Korruption wurde seit Ende 47 gemäßigt: Die US-Militärregierung gewährte jungen und sozial schwachen Betroffenen eine Amnestie (rund 2,8 Millionen Fälle); der französische Militärgouverneur amnestierte alle bloß nominellen Nationalsozialisten (Verordnungen vom 17.11.47 und 13.7.48); in der sowjetischen Zone hatte schon ein Befehl der Militärregierung vom 16.8.47 die bloß nominellen Nationalsozialisten mit den übrigen Bürgern gleichgestellt; der Befehl vom 26.2.48 beendete dort die Entnazifizierung.

Nach Gründung der Bundesrepublik (September 49) ging die Zuständigkeit für die Entnazifizierung in Westdeutschland völlig auf die Länder über; doch wurden nur noch Personen der Kategorien 1 und 2 weiter verfolgt und auch diese zum Großteil amnestiert. Die in allen Ländern zwischen 1949 und 54 erlassenen "Abschlußgesetze" schränkten die Entnazifizierung und ihre Folgen weiter ein: Aufgrund des sogenannten 131er-Gesetzes vom 11.5.51 (Ausführungsgesetz zum Artikel 131 Grundgesetz) wurden fast alle von der Entnazifizierung betrof-

fenen Beamten wieder eingestellt.

In der DDR stellte das Gesetz vom 2.10.52 alle ehemaligen Nationalsozialisten (außer den "Kriegsverbrechern") rechtlich mit den übrigen Bürgern gleich.

Nach einer Aufstellung des Bundesinnenministeriums vom Februar 50 wurden von der Entnazifizierung in den westlichen Zonen bzw. der Bundesrepublik rund 6,08 Millionen Menschen betroffen. Davon wurden fast 1.700 in die Kategorie 1, rund 23.000 in 2, rund 150.400 in 3 und rund 1,006 Millionen in 4 eingestuft; bei 3,939 Millionen wurde das Verfahren eingestellt. Insgesamt gingen so fast 98 % der Betroffenen als "Entlastete" oder bloße "Mitläufer" aus den Entnazifizierungsverfahren hervor.<<

Der Berliner Magistrat forderte am 2. Januar 1947, daß Berlin weiterhin die Hauptstadt Deutschlands bleiben muß.

Am 4. Januar 1947 erschien die erste Ausgabe des neuen Nachrichtenmagazins "DER SPIEGEL".

Das Nachrichtenmagazin "DER SPIEGEL" berichtete am 4. Januar 1947 über den Jahreswechsel in Berlin (x116/157): >>Die von den Russen zur Verfügung gestellten 900.000 Flaschen Wodka, die eigentlich zu Weihnachten gedacht waren, wurden um Sylvester herum verteilt, und alle Männer mit den Kartengruppen I, II und III (IV sind Kinder) konnten einen Einheitsschluck tun. Die "Sonstigen", also die Leute mit der Karte V – der "Friedhofskarte" – und alle Frauen hatten das Nachsehen. Für sie gab es nichts.

Die von den Franzosen zum Fest versprochenen 100.000 Flaschen Sekt und 3.000 hl Wein lassen noch auf sich warten. Transportschwierigkeiten haben die rechtzeitige Lieferung verhindert. ...

Die politischen Parteien haben die üblichen Neujahrsaufrufe erlassen, in denen Bekanntes noch einmal festgestellt und für das neue Jahr das Bestmögliche versprochen wird.

"Vereinigt Euch!" ruft Wilhelm Pieck allen Sozialdemokraten und Kommunisten im übrigen Deutschland zu. Das sei die wichtigste Aufgabe der Arbeiterschaft für 1947.

In der SED scheint es aber auch Leute zu geben, die keine Sozialisten sind. In einem Aufruf des Zentralsekretariats der SED wird festgestellt, daß die Partei nur zu einem schlagkräftigen Instrument der Arbeiterklasse werden könne, wenn im neuen Jahr "aus den Mitgliedern Sozialisten werden". ...

Die Berliner Feuerwehr aber hat alle Hände voll zu tun. ... In den Weihnachtsfeiertagen häuften sich die Gasvergiftungen (es waren über ein Dutzend).

War das ein Zufall oder liegen hier tiefere Zusammenhänge zugrunde? fragt der unabhängig und unzensurierte "Abend" im amerikanischen Sektor.<<

Die britische Nachrichtenagentur "REUTERS" berichtete am 4. Januar 1947 über den "Wahlterror in Polen" (x043/252): >>Die polnische Regierung teilte ... mit, daß vom 1. bis 27. Dezember 23 Angehörige der örtlichen Wahlkommissionen ermordet worden seien. 8 weitere seien verschleppt und wahrscheinlich ebenfalls umgebracht worden. ...<<

Der "Daily Herald" berichtete am 5. Januar 1947 (x043/297): >>Alles in allem waren mehr als 20.000 deutsche Kriegsgefangene am Weihnachtstage Gäste von britischen Familien. ...

Alle Anzeichen sprechen dafür, daß die Deutschen durch ihr vorbildliches Betragen die Vergünstigung rechtfertigten, die ihnen gewährt wurde. Das Kriegsministerium betrachtet den Versuch als vollen Erfolg.<<

In der britischen und nordamerikanischen Besatzungszone wurden vom 6. Januar bis zum 2. Februar 1947 täglich nur 1.515 bzw. 1.534 Kalorien zugeteilt (x117/31).

Konrad Adenauer schrieb am 7. Januar 1947 (x095/60-61): >>... Sie fragen mich nach meiner Ansicht über die Zukunft des deutschen Ostens.

Es hat den Anschein, als ob zwischen den angelsächsischen Mächten und Rußland eine Verständigung dahingehend stattgefunden hat, daß die letzteren die Oder-Neiße-Linie anerkennen

und daß dafür die Russen die wirtschaftliche Vereinigung des Restes ihrer Zone mit den übrigen Zonen einwilligen.

Meinen Standpunkt dazu habe ich in einer Neujahrsbotschaft an die CDU der britischen Zone bekanntgegeben. Ich habe darin gesagt: Kein Angehöriger der CDU werde m.E. einen Friedensvertrag unterschreiben, der die Oder-Neiße-Linie enthalte.

Was die fernere Zukunft bringen wird, das steht ganz dahin. Kein Mensch kann es wissen. Uns bleibt nur eins übrig: alles zu tun, was in unseren Kräften steht, um die gesunden und wertvollen Eigenschaften unseres Volkes zu erhalten und weiter zu entwickeln. ...<<

Die "Neue Zeitung" berichtete am 9. Januar 1947 über "Ehen zwischen Amerikanern und Deutschen" (x114/2.181): >>Das Hauptquartier der amerikanischen Besatzungstruppen in Deutschland hat am 6. Januar weitere Bestimmungen über die Heirat zwischen Amerikanern und Deutschen veröffentlicht.

Amerikanische Soldaten und Zivilangehörige, die deutsche Angehörige besitzen, erhalten danach eine ... entsprechende (gesetzliche) Familienunterstützung. Die deutschen Angehörigen dürfen jedoch nicht von der Regierung der Vereinigten Staaten beschlagnahmte Unterkünfte beziehen. Den Amerikanern ist untersagt, in der Wohnung ihrer deutschen Ehefrau zu leben.

Den deutschen Angehörigen dürfen keine Einkaufsvergünstigungen gewährt werden. Deutsche Ehefrauen sind jedoch berechtigt, in Begleitung des Ehegatten alle Armeeklubs und Unterhaltungsclubs zu besuchen.

Während der Flitterwochen darf die deutsche Ehefrau mit ihrem Gatten für eine Woche einen Erholungsplatz der amerikanischen Armee in den besetzten Gebieten aufsuchen, wo sie die gleichen Rechte wie Angehörige anderer Nationalität genießen.<<

Der französische Politiker Maurice Schumann erklärte am 11. Januar 1947 während einer Rede in Nordamerika (x156/52-54): >>**Was ist unser Ziel? Und was ist Ihr Ziel? ...**

Wir wollen verhindern, daß Europa wieder zum Schlachtfeld und Frankreich wieder zum Friedhof wird, auf dem Tausende Ihrer Söhne - wie ihre Väter und Großväter - Seite an Seite mit den Söhnen Frankreichs begraben liegen würden.

Um dieses Ziel zu erreichen, müssen wir ein Europa aufbauen und dann Deutschland in dieses Europa hineinbauen - wir sind die ersten, die für eine solche Entwicklung eintreten würden. Aber andererseits dürfen wir nicht versuchen, Europa um Deutschland herum aufzubauen. Denn dann würde es, wie uns die bittere Erfahrung gelehrt hat, kein Europa und damit keinen Frieden geben. Aufstellung und Befolgung dieser Reihenfolge im Verfahren hängen von den Vereinigten Staaten ab. ...

Erstens: der Friedensvertrag muß die Wiedererrichtung eines stark zentralisierten Reichs unmöglich machen. Wenn in der Hauptstadt dieses zukünftigen Reichs ein von ganz Deutschland in allgemeiner Wahl gewählter Reichstag sitzen sollte, so gäbe es nichts, was diese souveräne Körperschaft daran hindern könnte, wieder einen Bismarckschen Staat zu schaffen.

Wenn wir dagegen einen lebensfähigen Bundesstaat aus Deutschland machen wollen, müßten alle Mitgliedstaaten Wirtschaftseinheiten von ausreichender Stärke darstellen und eine eigene, den Eigenarten des Gebietes oder der Provinz angepaßte Verfassung haben und dann müßte jedes Land eine Anzahl von Vertretern in den Bundesrat abordnen.

Diese aus Provinzparlamenten gewählte Versammlung würde ihrerseits die Bundesregierung bestimmen, deren Befugnisse streng auf wirtschaftliche und diplomatische internationale Beziehungen begrenzt sein müßten. Es würde keinen Staatschef geben. Aber einer der Minister könnte in jährlichem Turnus jeweils die Funktion des Präsidenten ausüben. Diesen Grundsätzen, die in den Friedensvertrag aufzunehmen wären, sollte die zukünftige Verfassung des Reichs entsprechen.

Zweitens: es genügt ein Blick auf die Landkarte des heutigen Europa und auf die verschiedenen darauf verzeichneten de-facto-Grenzen, um zu verstehen, daß im Friedensvertrag keine

allgemeine Festsetzung der Besetzungszeit enthalten sein sollte, vor allem nicht für das Rheinland. Wenn die besetzten Westgebiete bald oder nach einer jetzt festgelegten Zeitspanne geräumt würden, würde sich der Mangel an Gleichgewicht unter dem Europa schon jetzt leidet, noch ungemein verschärfen, wie jedermann leicht verstehen kann.

Nur in dem Maße, wie dieses Gleichgewicht zwischen Ost und West wiederhergestellt und das neue föderalistische und demokratische Deutschland wirklich fest begründet ist, sollten die Besatzungsmächte - und nur sie allein - entscheiden, wann und wie sie ihre Truppen zurückziehen.

... Das bedeutet, daß die großen Schätze, die der deutsche Boden birgt, zum Wohle der ganzen europäischen Gemeinschaft einschließlich Deutschlands ausgenutzt werden sollten, anstatt von Deutschland gegen die europäische Gemeinschaft ausgebeutet zu werden wie bisher.

Sie wissen, daß Frankreich das einzige Land in Europa ist, dessen Bergwerke heute ebensoviel und mehr Kohle fördern als vor dem Krieg. ... Aber selbst vor dem Krieg, als wir nicht so furchtbar verwüstetes Land wiederaufzubauen hatten, mußten wir jährlich etwa 20 Millionen Tonnen Kohle einführen. Heute hätten wir ohne die amerikanischen Lieferungen trotz der heroischen Leistungen unserer Arbeiter nicht einmal genug Kohle, um unsere Fabriken in Betrieb zu halten. Unsere Privathäuser sind natürlich fast gänzlich ohne Heizung, so streng der Winter auch sein mag.

Ich brauche nicht zu erwähnen, daß wir sehr dankbar für die amerikanischen Lieferungen sind. Aber es ist gerecht und vernünftig, daß Sie nun verpflichtet sein sollten, uns Kohlen zu schicken, und daß das Leben Frankreichs von Monat zu Monat davon abhängig sein soll, was Sie uns schicken können, während das Ruhrgebiet vor unseren Toren liegt?

Wenn ich dies Frage auf die moralische Ebene bringen sollte, hätte ich das Recht zu sagen: Wenn es schon sein muß, daß die Lebensinteressen eines von uns beiden durch den Kohlenmangel leiden müssen, dann sollte Deutschland an erster Stelle leiden und dann erst Frankreich. Denn eine solche Reihenfolge wäre für Deutschland der einzig konkrete Weg, zur Wiedergutmachung dessen beizutragen, was es zerstört hat oder was durch seine Schuld zerstört wurde.

Aber – um auf der politischen Ebene zu bleiben – ich glaube, ich habe Ihnen die logische Entwicklung unserer These gezeigt: Um eine europäische Gemeinschaft zu schaffen, müssen die Hilfsquellen, die bisher nur zur Kriegsvorbereitung benutzt wurden, neutralisiert und für ganz Europa ausgebeutet werden anstatt für Deutschland allein. Eine solche Verteilung ist unmöglich, ja sogar unvorstellbar, wenn nicht die Hauptquellen, nämlich die des Ruhrgebietes, einer internationalen Behörde unterstellt werden.

Es dürfte schwierig sein, dieses Argument zu widerlegen. Aber wenn Sie mir gestatten, ganz offen zu sein, so möchte ich sagen, ich habe den Eindruck, daß gewisse wohlmeinende Leute gegen die Errichtung einer internationalen Behörde für das Ruhrgebiet sind, weil sie darin eine Möglichkeit sehen, die Sowjet-Union nach dem Westen hineinzuziehen. "Die Sowjets sind schon jetzt an der Oder und an der Spree", sagte einer meiner englischen Bekannten neulich zu mir, "warum müßt Ihr sie auch noch an den Rhein holen?"...

Es ist klar, daß es ohne eine internationale Kontrolle des Ruhrgebiets keine deutsche Entwaffnung gibt. Es ist ebenfalls klar, daß alles, was die deutsche Abrüstung betrifft, von unmittelbarem Interesse für die Sowjetunion ebenso wie für Frankreich ist, da sie zweimal innerhalb von 25 Jahren eine Invasion erlebte, durch die Gebiete wie die Ukraine, die so groß wie ganz Frankreich ist, ausgebrannt, geplündert und verwüstet worden sind.

Eine Beteiligung der Sowjetunion an der internationalen Kontrolle des Ruhrgebietes wäre also vollkommen zu rechtfertigen. Diese Beweisführung kann aber auch umgekehrt werden; wenn es fair ist, daß die Sowjetunion sich mit uns am Ruhrgebiet und Rheinland beteiligt, wäre es ebenso fair, daß wir mit den Sowjets an den Produktionen Schlesiens, Sachsens und des Do-

naugebiets teilhaben. ...<<

Dr. Kurt Schumacher (1895-1952, von 1946-52 SPD-Vorsitzender) erklärte am 12. Januar 1947 während einer Rede im Münchener Zirkus Krone, daß seit der Besetzung Deutschlands ein "Dauerzustand von Unehre, Hunger und geistiger Sklaverei" herrschen würde (x111/273).

Die "Neue Zeitung" berichtete am 13. Januar 1947 über die Folgen des außerordentlich strengen Winters (x114/2.172): >>Die Auswirkungen der Kohlennot und Kältewelle fordert zahlreiche Todesopfer. Der Kohlenmangel und die Krise in der Stromversorgung haben in Verbindung mit der jetzt allmählich nachlassenden Kältewelle in allen Teilen Deutschlands eine überaus ernste Lage geschaffen, die die ohnehin geschwächte Widerstandskraft des deutschen Volkes auf eine harte Probe stellt.

Im Personenverkehr treten in der US-Zone am 31. Januar verschiedene Einschränkungen in Kraft. Die Zahl der Schnellzüge wird um die Hälfte vermindert.

Nach einer Mitteilung der Oberbetriebsleitung Frankfurt am Main reichen die Kohlenvorräte nur noch fünf Tage. Die Ruhrkohlenlieferungen für die US-Zone werden nicht eingehalten werden können.

Aus diesem Grund werden in Bayern für Schulen, Theater, Kinos und andere Vergnügungsstätten im Januar und Februar keine Kohlen zur Verfügung stehen. Wo der Kohlenvorrat bereits aufgebraucht ist, ist der Schulbetrieb eingestellt worden. ...<<

Die "United-Press" berichtete am 14. Januar 1947 über die Hinrichtung von 2 NS-Verbrechern (x043/253): >>Im Berliner Gefängnis in der Lehrterstraße sind heute morgen 2 Frauen enthauptet worden.

Es handelt sich um die Ärztin Hilde Wernicke und die Pflegerin Helene Wiczorek, denen zur Last gelegt worden war, Hunderte von geisteskranken Personen durch "Gnadentötung" beseitigt zu haben. ... Sie töteten ihre Opfer durch Einspritzungen.<<

Ein Gelsenkirchener Medizinalrat informierte am 14. Januar 1947 die Stadtverordnetenversammlung über den bedenklichen Gesundheitszustand der Bevölkerung des Ruhrgebietes (x117/47): >> ... Verursacht durch den herabgesetzten Ernährungs- und Kräftezustand sowie deren weitere Folgen: Starke Zunahme der Tuberkulose, erheblicher Gewichtsabnahme, Zunahme der Magen- und Darmkrankheiten und der rheumatischen Erkrankungen.<<

Konrad Adenauer schrieb am 16. Januar 1947 (x095/62): >>... Dem Jahre 1947 sehe ich sehr sorgenvoll entgegen, und zwar nicht nur als Deutscher, sondern auch als Europäer und als ein Mann, der von der Bedeutung des Abendlandes für die gesamte Menschheit zutiefst durchdrungen ist.

Ich fürchte, daß man den 1918 begangenen Fehler in um ein Vielfaches verstärkter Weise wiederholt.

Dabei bin ich mir über die Schuld des größten Teiles des deutschen Volkes völlig klar. Ich finde es weiter menschlich verständlich, daß diejenigen, die unter dem Kriege gelitten haben, ein für alle Male Schluß machen möchten mit Deutschland.

Aber ich meine, es müssen sich doch auch in den alliierten Ländern Menschen finden, die an die kommenden Generationen und die kommenden Zeiten denken. ...<<

Die "Prawda" meldete am 17. Januar 1947, daß man Generalleutnant von Pannwitz (ehemaliger deutscher Wehrmachtsoffizier einer Kosakeneinheit) und 5 Kosakenoffiziere in Moskau gehängt hätte (x130/268).

Lord Nicholas W. Bethell schrieb später in seinem Buch "Das letzte Geheimnis" über diese Hinrichtungen (x130/268): >>... Von diesen sechs Männern, deren Hinrichtung öffentlich verkündet wurde, war nur einer gemäß dem Jalta-Abkommen repatriierungspflichtig gewesen.

Von Pannwitz war Deutscher, sprach Russisch im übrigen nur deshalb, weil er aus dem Baltikum stammte. Die anderen vier hatten seit Bestehen der Sowjetunion niemals dort gelebt.

Nur eine hauchdünne gesetzliche Basis konnte ihre Auslieferung durch die Briten und ihre



Hinrichtung durch die Sowjetunion stützen. Sie waren nicht wegen Kriegsverbrechen angeklagt, sondern wurden verurteilt, weil sie gegen die sowjetischen Truppen gekämpft hatten, womit automatisch verbunden wurde, daß dies ein Akt des Verrats gewesen sei. ...

Die Kosaken waren vielleicht naiv. Aber man kann angesichts der Verbrechen des sowjetischen Staates, deren ganzes Ausmaß erst jetzt enthüllt worden ist, schwerlich behaupten, daß sie eine Bestrafung wie gewöhnliche Verräter verdienten.<<

Der CDU-Politiker Konrad Adenauer schrieb am 18. Januar 1947 an den ehemaligen Reichsinnenminister Wilhelm Sollmann (x111/275): >>... Die Befreiung ist eine grausame und harte Enttäuschung. Wenn nicht ein Wunder geschieht, geht das deutsche Volk zugrunde, langsam aber sicher! ...<<

Finanzminister Kraus erklärte im bayerischen Landtag am 22. Januar 1947, daß die bisherigen Besatzungskosten rund 724 Millionen RM betragen und der Zusammenbruch unausweichlich sei, falls sich die Politik der Besatzer nicht grundlegend ändern würde (x111/275-276).

Die nordamerikanische und die britische Militärregierung einigten sich über die Gründung des Landes Bremen. Bremen, Wesermünde und Bremerhaven wurden am 22. Januar 1947 als eigenständiges Land Bremen gegründet und Bestandteil der US-Zone.

Die "Neue Zeitung" berichtete am 24. Januar 1947 (x114/2.119): >>... Das Land Bremen ist am 22. Januar 1947 durch ein Abkommen zwischen dem stellvertretenden amerikanischen und britischen Militärgouverneuren und durch eine Proklamation des Obersten Befehlshabers der amerikanischen Streitkräfte in Europa, General Joseph McNarney, als viertes Land des amerikanischen Besatzungsgebietes konstituiert worden.

Damit untersteht es der amerikanischen Militärregierung und wird wie die drei anderen Länder im Länderrat und bei den zwei Zonenbehörden vertreten sein. Das neue Land besteht aus der Stadt Bremen mit 388.665 Einwohnern, dem Landgebiet Bremen und dem Stadtkreis Wesermünde (einschließlich Bremerhaven) mit 101.894 Einwohnern.

Die britische Regierung bleibt zuständig für die Kreise Wesermünde, Osterholz, Wesermarsch und Delmenhorst.<<

Der Chef der französischen Such- und Umsiedlungskommission schlug am 25. Januar 1947 im Hauptquartier in Baden-Baden vor, elternlos gewordene Vertriebenenkinder nach Frankreich zu überführen, um sie dort von französischen Adoptiveltern erziehen zu lassen. Die Herkunft der Kinder sollte verschwiegen werden (x153/53).

Der sowjetische Marschall Sokolowski erklärte am 27. Januar 1947 im Verlauf der AKR-Sitzung (x111/277): >>Wir alle sind darin übereingekommen, daß die Zeit kommen wird, wo Deutschland wieder einen würdigen Platz in der Familie der friedliebenden Völker als ein selbständiger und friedliebender demokratischer Staat auf gemeinsamen und gleichen Grundlagen mit anderen Völkern einnehmen kann.

Das sind die Ziele unserer gemeinsamen Politik in Deutschland. Nur auf dieser Grundlage, nicht aber auf der Grundlage der abwegigen Auffassung, die im britisch-amerikanischen Zweizonenabkommen liegt, können und müssen wir ohne Aufschub die politische und wirtschaftliche Einheit Deutschlands, die eine gebieterische Notwendigkeit für die Gewährleistung eines dauerhaften Friedens und der Sicherheit darstellt, praktisch verwirklichen.<<

Dr. Kurt Schumacher (1895-1952, von 1946-52 SPD-Vorsitzender) lehnte am 28. Januar 1947 die Anerkennung der Oder-Neiße-Linie entschieden ab (x111/277): >>Ein Friedensvertrag, der die in Potsdam provisorisch als die Ostgrenze Deutschlands festgelegte deutsch-polnische Grenze als endgültig erklären würde, kann nicht unterzeichnet werden.

Es muß der Versuch unternommen werden, um jeden Preis so viel Territorium wie möglich östlich der Oder und Neiße zu gewinnen.

Wir anerkennen unsere Pflicht, Reparationen zu zahlen, aber die deutsche Zahlungsfähigkeit muß berücksichtigt werden. Zuerst muß die deutsche Wirtschaft wieder hergestellt werden,

erst nachher sind Reparationszahlungen möglich.<<

Die Industrie- und Handelskammer berichtete am 28. Januar 1947 in Frankfurt/Main über den Zerstörungsgrad von deutschen Städten (x111/277):

>>Dresden = 39,7 (Zerstörungsgrad: Kubikmeter/Einwohner)

Nürnberg = 28,4

Frankfurt/Main = 21,6

Köln = 20,8

Berlin = 16,0

Düsseldorf = 14,0

Bremen = 12,7

München = 9,6

Leipzig = 7,1 ...<<

Die jugoslawische Presseagentur Tanjug meldete am 28. Januar 1947, daß der jugoslawische Delegierte Dr. Mladen Ivekovic bei der Konferenz der stellvertretenden Außenminister in London ein Memorandum überreicht hätte, in dem gefordert wurde, daß die rund 100.000 Deutschen, die sich noch in Jugoslawien aufhielten, von Deutschland übernommen werden sollen (x006/468).

Der nordamerikanische Völkerrechtler und Historiker Dr. Alfred M. de Zayas schrieb später über die "Umsiedlung" der Jugoslawien-Deutschen (x028/121-122): >>... Inzwischen war die Lage der Flüchtlinge in Deutschland so katastrophal geworden, daß die amerikanischen Behörden den jugoslawischen Wünschen keine Folge leisteten. Doch liefen die Vertreibungen aus Jugoslawien, Polen und der Tschechoslowakei weiter.

So stellte das Internationale Komitee vom Roten Kreuz 1947 fest:

"Hätte man daran gedacht, daß die Repatriierung von rund anderthalb Millionen Griechen aus Kleinasien nach dem Ersten Weltkrieg mehrere Jahre dauerte und Hilfspläne in großem Maßstab erforderte, dann wäre die Vorhersage nicht schwer gewesen, daß die übereilte Verpflanzung von 14 Millionen Menschen eine Menge Probleme humanitärer Art aufwerfen werde, vor allem in einem mit Ruinen übersäten Europa, in dem der Hunger regierte".

Aber die Welt hatte zu viel Leiden und Tod gesehen. Das Elend der deutschen Vertriebenen stieß auf taube Ohren und blinde Augen.<<

Die meisten Berliner Schulen wurden am 30. Januar 1947 wegen fehlender Kohlen geschlossen.

Die SED-Politiker Grotewohl und Pieck berichteten im Januar 1947, daß man in der sowjetischen Besatzungszone bisher 3.700.000 Vertriebene aufgenommen hätte (x039/230).

Der Dachdeckerlehrling Klaus S. berichtete über die Haftbedingungen im sowjetischen Internierungslager Sachsenhausen in der Stadt Oranienburg (x126/94-95): >>Wir lagen Anfang des Jahres 1947, man kann sagen, Mann an Mann. Vielen erfroren irgendwelche Gliedmaßen. Wir konnten lediglich während der Essenszeiten heizen. In der übrigen Zeit lagen wir zusammengekauert, uns gegenseitig wärmend, zu zweit oder zu dritt unter einer Decke. Die Baracken waren den ganzen Tag verschlossen, die Fenster mit weißer Farbe zugespinnelt. Eine Stunde durften wir im Freien spazieren.

Tag für Tag wurden Tote aus den Baracken getragen. Von Zeit zu Zeit wurde dann die langsam zusammenschmelzende Belegschaft wieder aufgefrischt. ...

Die Brotration wurde von 300 auf 400 Gramm erhöht und die Suppe von einem auf anderthalb Liter. Damit war schon wesentlich besser auszukommen, obwohl auch diese Ration noch lange nicht ausreichte. Das Durchschnittsgewicht aller schon längere Zeit in Haft befindlichen Kameraden näherte sich wohl einem Zentner. Man sah im ganzen Lager Sachsenhausen nur noch unterernährte Menschen. Jeder spürte eine langsam zunehmende Mattigkeit, die seinen Körper ergriff.

Jede Baracke teilte sich in Flur, Waschanlage und Abort sowie 2 Zugräume. In diesen Zugräumen sah es keineswegs menschlich aus. Man stelle sich einen Lagerraum vor, in dem rechts und links dreistöckige Pritschen stehen. In der Mitte standen rohe Tische und Bänke. ... Auch seelisch wurden wir ziemlich stark geprüft. Keine Nachricht konnten wir an unsere Angehörigen geben, täglich sah man nur dieselben Gesichter und die weißen Mauern vor sich. Arbeit gab es überhaupt nicht. ...

Gerade früher besser situierte Herren waren die ersten, die versagten und gemütskrank wurden. ...<<

Die 17jährige Eva F. (ehemalige BDM-Jungmädelführerin) berichtete im Januar 1947 über ihre Internierung im sowjetischen Lager Sachsenhausen in der Stadt Oranienburg (x126/107-108): >>... Morgens und abends erfolgte der Zählappell. Dann wurden die Baracken aufgeschlossen und wir mußten in Fünferreihe antreten. Da wir am Ende der Lagerstraße lebten, dauerte es oft Stunden, bis wir zur Zählung dran waren. Durch Hunger und Krankheiten geschwächt, dazu im Winter bei eisiger Kälte nur mangelhaft bekleidet, war diese zweimalige Zählerei eine einzige Tortur und brachte vielen den Tod. Auch die Essenlieferung wurde dadurch oft so verzögert, daß die Suppe bereits eiskalt war, wenn sie in die Baracke getragen werden konnte.

Dicht unter der Decke über dem Fenster lief durch die ganze Baracke ein zirka vier Zentimeter dickes Rohr, durch das abends gegen 19 Uhr für eine Stunde Warmluft ging, was nicht verhinderte, daß im Winter Eiskristalle die Barackenwände schmückten.

In Kammer 10 lagen drei werdende Mütter unter den gleichen Bedingungen und bei gleicher Kost. Als die ersten Kinder geboren waren, war es manchmal so kalt, daß den Müttern die Milch wegblieb und die Kinder die dünne Suppe eingeträufelt bekommen mußten, die unsere Kost darstellte.

Die Verpflegung war sehr schwankend. Morgens gab es einen halben Liter dünne Suppe mit ein paar Graupen oder Buchweizen darin, mittags dreiviertel Liter Sauerkrautsuppe ohne Fleisch und Fett, zwischendurch 300 Gramm, später auch mal 350 Gramm Brot und schwarzen Tee.

Ganz schlimm waren 1947 einige Wochen, wo es nur Suppe aus Kartoffelschalen gab, die einen so penetranten Geruch verströmte, daß selbst der hungrigste Magen sich erst einmal sträubte, den Fraß bei sich zu behalten. Schrecklich war auch, wenn es statt des sauren, nassen Brotes, das doch jedenfalls für einige Zeit den Magen füllte, nur steinhart getrocknete Brotscheiben gab, weil aus irgendwelchen Gründen die Bäckerei nicht arbeiten konnte. ...<<

Im Januar 1947 wurden in Hamburg 9.200 Diebstahldelikte verübt. Davon waren 4.600 Kohlendiebstähle (x118/112).

### **Raub, Schwarzmarkt und Prostitution**

Es gab damals in Deutschland keinen Sozialstaat. Bis März 1947 erhielten Witwen und Waisen keine staatliche Unterstützung. Was man zum Überleben benötigte, wurde notfalls gewaltsam beschafft. Langsam fahrende Güterzüge wurden von Plünderern gestürmt und ausgeraubt. Die Menschen reagierten mit zunehmender Not härter und rücksichtsloser. In jener Zeit nahm man auf Alte und Kranke keine Rücksicht (keine Leistung ohne Gegenleistung).

Obwohl im Winter 1946/47 alle noch vorhandenen Lebensmittel und Waren zugeteilt wurden, brach im Januar 1947 die Versorgung vielerorts zusammen, so daß sich überall Schwarzmärkte, Tauschhandel und Schieberunwesen ausbreiteten. Da der Besitz von alliierten Waren für Deutsche verboten war, spielte sich der Handel auf dem sog. "Schwarzen Markt" ab.

Die große Mehrheit der Deutschen war durch den Krieg hoffnungslos verarmt und beteiligte sich notgedrungen an diesem illegalen Handel, weil ständig weniger legale Waren angeboten wurden. Tag für Tag wanderten Hunderttausende von hungrigen Stadtbewohnern aufs Land, um dort Schmuck und andere Vermögensgegenstände gegen Lebensmittel einzutauschen.

Ausgehungerte Menschenmassen, die in dichten Reihen an den Bahnsteigen standen, stürmten täglich die Personen- und Güterzüge, obgleich viele "Hamsterzüge" meistens längst überfüllt waren. Der "schwarze Handel" wurde damals sehr hart bestraft. Manche Schieber und Schnapsbrenner mußten für Jahre ins Zuchthaus.

Da Geld und Wertpapiere durch keine realen Werte gedeckt waren, wurden z.B. Zigaretten und Kaffee zur neuen Währung der Nachkriegszeit. Vor allem "Ami-Zigaretten" stellten damals eine "natürliche" Leitwährung dar. Für Zigaretten konnte man in jener Zeit auf dem Schwarzmarkt fast alle Wirtschaftsgüter erwerben. Vor den Kasernen der Besatzungstruppen sah man überall Kippensammler, denn mit dem Tabak von 7 Kippen konnte man sich eine Zigarette drehen.

Mehr als 100.000 jugendliche Vagabunden zogen durch das zerstörte Land. Ungezählte verzweifelte Mädchen und Frauen tauschten in der Nachkriegszeit "Liebe gegen Ware", um die nackte Existenz zu sichern. Vor allem in den großen Städten breiteten sich Jugendprostitution und Geschlechtskrankheiten aus. Tausende von jungen Frauen schlossen in jener Zeit Ehen mit Besatzungssoldaten.

"Das große Lexikon des Dritten Reiches" berichtete später über den "Schwarzmarkt" (x051/-531): >>Schwarzmarkt (Schwarzer Markt), illegaler Verkauf oder Tausch von Waren, die bewirtschaftet sind oder deren Preis staatlich festgelegt ist.

Der Schwarzmarkt-Preis ist dabei stets erheblich höher, was für die Schwarzmarkt-Händler hohe, zudem der Besteuerung entzogene Gewinne bedeutet. Schwarzmarkt entsteht immer dann, wenn die vorhandenen Warenmengen zur Deckung des Bedarfs nicht ausreichen und rationiert sind. So entwickelten sich schon in der letzten Kriegszeit in Deutschland und in den besetzten Gebieten Ansätze eines Schwarzmarktes, der dann nach Kriegsende aufblühte und erst durch die Währungsreform 1948 beendet wurde. Die Jahre 1945-48 werden daher auch oft Schwarzmarkt-Zeit genannt.<<

Der deutsche Journalist und Schriftsteller Arno Surminski berichtete später über die "Schwarzmarktzeit" (x118/8-9,12-13): >>... Nach dem Ersten Weltkrieg beherrschte das Schimpfwort vom "Kriegsgewinnler" die Diskussion, während des Zweiten Weltkrieges trugen Kohlenklau, Verräter und feindliche Agenten die Schuld an dem, was den Deutschen zustieß, und nach 1945 war es eben der Schieber. Arbeiterdemonstrationen befaßten sich ausgiebig mit dem Schieberunwesen. "Die Schieber an den Galgen!" Solche Sätze wurden auf Transparenten durch die Trümmerstraßen getragen, und sie waren ernst gemeint.

Ich zweifle nicht daran, daß die Mehrheit der Bevölkerung bereit gewesen wäre, Großschieber zur exemplarischen Abschreckung in mittelalterlicher Weise auf den Marktplätzen der Städte zu hängen. Diese Haltung war um so bemerkenswerter, als sich die meisten Menschen selber an den Schwarzmarktgeschäften beteiligten.

Wer auf dem Lande lebte, freute sich, ein paar überzählige Kartoffeln gegen einen Kochtopf eintauschen zu können. Und die Städter trugen hinaus, was sie entbehren konnten. Wer sich von diesem Kreislauf der schwarzen Marktes fernhielt, tat es nicht aus Überzeugung, sondern weil ihm Tauschbares fehlte oder er den Strapazen und Risiken dieser verbotenen Geschäfte nicht gewachsen war.

Wir waren alle kleine Schieber, aber der Haß auf die großen Schieber, die wir uns wohlgenährt in Luxusvillen wie im Frieden lebend vorstellten, war ungeheuer. ... Die Strafen waren hart, sie standen denen des Dritten Reiches kaum nach. Schwarzschlachten, Schnapsbrennen oder Milchpanschen brachte die Schuldigen für viele Jahre ins Zuchthaus. ...

Heute ist es angebracht, auch ein gutes Wort für den Schieber einzulegen. Nicht er hatte den Mangel verschuldet. Auch ohne das Schieberunwesen hätte das, was in den Nachkriegsjahren an Lebensmitteln, Kleidung und Brennstoffen vorhanden war, nicht ausgereicht, um den Überlebenden des Krieges ein menschenwürdiges Dasein zu gestatten. Das wußten auch die

Behörden und Alliierten.

Sicherlich haben die Schwarzmarktgeschäfte die Lage in einigen Bereichen verschlimmert, aber nicht wenige verdanken dem Schieberunwesen ihr Überleben. Nur der Schwarzmarkt brachte es fertig, die letzte überzählige Mohrrübe der menschlichen Ernährung zuzuführen. Wie hätten sonst die 10 Pfund Kartoffeln, die in dem Keller eines Landarbeiters übrig waren, in die hungernde Großstadt kommen sollen, wenn nicht durch die Kanäle des schwarzen Marktes?

Der Schwarzmarkthandel war die lebensnotwendige Ergänzung der offiziellen Planwirtschaft. Nur er konnte die letzten Reserven mobilisieren; er war normaler, als die ins Grotteske übersteigerte Planwirtschaft. Der schwarze Markt kann als Vorgriff auf die später folgende Marktwirtschaft angesehen werden; nur fehlte ihm die soziale Komponente. Sein Mangel war, daß er auf Arme und Kranke keine Rücksicht nahm, sondern nur denen gab, die eine Gegenleistung zu bieten hatten. ...<<

>>... Für viele ist die Schwarzmarktzeit mit einem Schleier der Verklärung umgeben. Das hängt mit den psychologischen Ausnahmezustand von damals zusammen. Die schlechte Zeit entschuldigte alles.

Wenn ein Akademiker beim Bauern Mist auflud, sah das zwar komisch aus, galt aber nicht als menschliche Degradierung, weil überall die Ausnahme zur Regel geworden war.

Arbeitslosigkeit, abgebrochene Ausbildung, Sitzenbleiben in der Schule, Armut, Geschäftspleiten, zerrüttete Ehen und uneheliche Besatzungsinder ... alles war entschuldbar mit Krieg- und Nachkriegswirren.

Ach, sie waren so tröstlich, die wunderbaren Ausreden, die das Innenleben erleichterten und jeden Anspruchsdruck milderten. Der Satz "Die Zeiten sind eben schlecht" war ebenso Medizin für die Seele wie in den Jahren davor die Bemerkung: "Es ist eben Krieg."

Heute fehlt uns dieses Ventil. Das Unbehagen an unserer Gesellschaft hängt auch mit der Suche nach einem Ersatz für die herrlichen Ausreden zusammen, die damals so wohlfeil zu haben waren. Nun muß der "böse Staat" oder das "ungerechte Gesellschaftssystem" die Funktionen erfüllen, die damals die "schlechten Zeiten" hatten.

Noch aus anderen Gründen sind die psychologischen Gründe jener Zeit bemerkenswert. Wer das Elend überstand, entwickelte ein Gefühl des Stolzes. In den Berichten über die schrecklichen Zustände der vierziger Jahre schwingt unausgesprochen stets der Hinweis mit: So stark waren wir, daß wir das durchgestanden haben!

Aber es ist kein Verdienst, durch das Elend gegangen zu sein, und es ist keine Schuld, diese Prägung nicht erfahren zu haben. Zum geistigen Hochmut, zum Herabschauen auf jene "verweichlichten" Menschen, die in diese Schule nicht gegangen sind, besteht kein Anlaß.

Bis ins nächste Jahrtausend hinein werden wir mit Menschen zusammenleben, die von Krieg und Nachkriegszeit geprägt worden sind, die noch immer alles aufbewahren müssen und nichts wegwerfen können. Wer von diesen Erfahrungen verschont geblieben ist, sollte es sich versagen, über die Schrullen der Alten zu lächeln.

Noch ist nicht entschieden, ob unsere Überflußgesellschaft oder die Elendszeit näher am Normalen oder Dauernden liegt. Betrachten wir die Geschichte auf die Länge, spricht einiges dafür, daß der gegenwärtige Wohlstand ein Zwischenspiel ist, das nur auf einem Teil der Weltbühne aufgeführt wird. Vielleicht sind eines Tages wieder Menschen gefragt, die aus Viehfutter Suppe kochen können und die wissen, an welchen Stellen im Wald die wilden Beeren wachsen.

Eines hat die Schwarzmarktzeit sicherlich bewirkt, sie hat dem folgenden Wirtschaftswunder den richtigen Glanz verliehen. Weil sich das Elend im Nachkriegsdeutschland so fest eingemistet hatte, entstand später die überschwengliche Aufbruchstimmung für die Reise in das gelobte Land des Wohlstandes. ...

Weiß Gott, eines hatten uns die Bewohner des elenden Restdeutschlands nach 1945 voraus, sie besaßen eine Zukunftsperspektive. Für sie konnte es nur noch besser werden, und es lohnte sich zu überleben, um auf diese Zukunft zu warten.<<

Der deutsche Publizist und Jurist Peter Grubbe (1913-2002, eigentlich Claus P. Volkmann) berichtete später über das Schicksal von Jugendlichen und Kindern in der westdeutschen Besatzungszone (x039/206-207): >>... Kassel. Die Praxis des Arztes liegt im Hinterhaus. Das Vorderhaus ist ausgebombt Nur das Schild befindet sich noch an der Mauer. "Facharzt für Haut- und Geschlechtskrankheiten."

Das Wartezimmer ist voll. ... Dazwischen die Sechszehnjährige. Ihr Gesicht ist geschminkt. Ihre Finger sind gelb von Nikotin. Die Absätze ihrer einst eleganten Wildlederschuhe sind abgetreten.

Sie spürt die Blicke der anderen, schlägt die Beine übereinander, zündet sich eine Zigarette an, zieht den Rauch in langen Zügen in die Lunge. Als der Arzt sie hereinruft, hält sie die brennende Zigarette noch in der Hand. Er sieht sie einen Augenblick an. Sie errötet flüchtig, drückt die Zigarette in dem Aschenbecher aus, der auf dem Tisch steht, setzt sich gehorsam in den glatten Ledersessel, zieht sorgsam den Rock über die Knie herab.

Sie kommt aus Danzig. Ihr Vater ist vermißt. Ihre Mutter wurde unter den Trümmern ihres Hauses begraben. Sie blieb mit ihrem Bruder zusammen, der ein Jahr älter war. Sie "wohnten" im Keller des zerstörten Hauses und lebten von der Hand in den Mund. Eines Tages kam ihr Bruder nicht mehr "nach Hause". Sie wartete zwei Wochen. Dann machte sie sich auf in den Westen, über Berlin.

Sie macht eine Pause. Der Arzt sieht aus dem Fenster. Draußen regnet es. Mit leiser Stimme erzählt sie weiter.

Sechs Wochen war sie in einem Durchgangslager an der Zonengrenze. Danach fast einen Monat in einer leeren Baracke. Dort hat sie sich das erste Mal mit einem Mann eingelassen, einem 18jährigen Jungen, der aus Danzig kam und ihr gut gefiel. Zwei Tage lang hatte sie geglaubt, daß sie nicht mehr so allein sein würde. Dann war er verschwunden.

Seitdem sind es viele gewesen. Alte und Junge. Deutsche und Ausländer. Für Geld, für Schokolade, für Zigaretten. Denn sie muß ja leben. Sie bekommt keine Lebensmittelkarten. Sie hat nirgends eine Zuzugsgenehmigung. Denn sie arbeitet ja nicht. Sie hat ja nie etwas gelernt.

Der Arzt untersucht sie, setzt sich an seinen Tisch zurück. Sie hat sich angesteckt. Sie ist krank. Einen Augenblick reißt ihr Gesicht auf in einem jähen Erschrecken, wird hilflos, kindlich. Dann verschließt es sich wieder. Er schreibt ihr einen Einweisungsschein für ein Krankenhaus und sieht sie an. "Werden sie auch hingehen?"

Das spöttische Lächeln auf ihrem Gesicht zerfällt. Sie nickt.

"Bestimmt. Da kann man doch ausschlafen in einem richtigen Bett, und satt zu essen gibt es auch." ...

Mannheim. Zehn Minuten vor zwölf. Schnaufend verläßt der D-Zug die Halle. Der Bahnsteig leert sich. Der 12jährige Junge nimmt die Mütze vom Kopf, streicht die schweißnassen Haare zurück. Die letzten beiden Koffer waren schwer. Langsam geht er zur Sperre. In den nächsten vier Stunden kommen nur Personenzüge, und bei denen lohnt das Warten nicht.

Während er die Straße entlang geht, zählt er die Einnahmen des Morgens. Ein halbes Päckchen Zigaretten – das war von dem Ami mit den beiden schweren Koffern -, drei einzelne Zigaretten, ein Riegel Schokolade, ein Paket Kaugummi, 4, 6, 7 Mark.

Ein Schritt nähert sich ihm von hinten. Rasch läßt er die Sachen in die Tasche gleiten. Ein zweiter Junge, etwa gleichaltrig, kommt an seine Site. Seine Schuhe sind aufgeplatzt. Unter der kurzen Hose schauen die nackten Knie rot und zerkratzt hervor. Eine Brille mit Stahlbügeln, auf der einen Seite mit Bindfaden zusammengebunden, verleiht dem Gesicht etwas Altkluges und zugleich Unbeholfenes.

Er sucht ein Quartier. Er kommt von der Fürsorge. Er hat zwei Büchsen Käse aus einem Ami-Magazin geklaut. "Ich hatte Hunger – dabei haben sie mich erwischt."

Aus der Fürsorge ist er getürmt. Jetzt sucht er eine Unterkunft. Und etwas zu tun, womit er Geld verdienen kann. Er hat den anderen beobachtet beim Koffertragen. Vielleicht kann er das auch tun. Er hat den Eindruck, es gibt zuwenig Träger auf dem Bahnhof.

Seine Mutter ist tot, berichtet er, als der andere mißtrauisch schweigt, der Vater in russischer Gefangenschaft. Ob er je von dort zurückkommt, weiß er nicht. Er war bei der Waffen-SS.

Schweigend gehen die beiden weiter. Vor einem halbverschütteten Hauseingang bleibt der mit der Mütze auf dem Kopf stehen, sieht sich einen Augenblick sichernd nach allen Seiten um, betritt dann einen schmalen Fußpfad, der sich in die Ruinen hineinschlängelt. Als der andere zögert, mahnt er ihn zur Eile.

"Du kannst mitkommen. Ich hab' noch Platz. Aber beeil dich, damit keiner sieht, daß wir hier reingehen."

Sie überqueren einen ehemaligen Hof, steigen ein paar bröcklige Stufen hinab, ein Schloß wird aufgeschlossen, eine Tür dreht sich quietschend in verrosteten Angeln. Dahinter ein niedriger, viereckiger Raum. Ein kleines vergittertes Fenster, das etwas blasses Licht hereinläßt. In der Ecke drei Holzpritschen mit Strohsäcken darauf. Davor ein rostiger Herd. Ein Ofenrohr führt über ein Loch über der Tür ins Freie. Ein Schrank, dem ein Bein fehlt, lehnt an der Wand. Daneben ein Koffer.

Der hier "zu Hause" ist, schließt die Tür, setzt ein Brett vor das Fenster und schaltet eine Birne ein, die von der Decke hängt und kalkiges Licht gegen die schwärzlichen Wände wirft. Seit 8 Monaten "wohnt" er hier. Seine Mutter haben die Russen geschnappt, als sie mit ihm schwarz über die Grenze wollte. Sie sitzt drüben im Gefängnis, weil sie angeblich das Familiensilber bei sich hatte. Ihn haben die Russen damals nicht gefunden. Deshalb ist er weitergelaufen, als sie fort waren, und unversehrt herübergekommen.

Das Haus gehörte seinem Onkel. Er liegt irgendwo verschüttet unter den Trümmern. Seine Tante vermutlich auch.

"Du kannst eine von den beiden vorderen Pritschen haben. Die hintere ist meine. Ich schlage vor, wir arbeiten zusammen auf dem Bahnhof. Der Verdienst wird geteilt und du zahlst mir pro Woche 5 Zigaretten Schlafgeld. Einverstanden?"

Der mit der Brille legt den zerschissenen Beutel, den er in der Hand trägt behutsam auf den vorderen Strohsack.

"O. K." ...<<

In den ersten Monaten des Jahres 1947 wurde die Flucht aus den Internierungslagern stillschweigend gefördert. Die Führer brachten damals Gruppen von 10 bis 100 Volksdeutschen gegen hohes Entgelt durch das Grenzgebiet nach Ungarn. Lagerhäftlinge, die von jugoslawischen Posten auf der Flucht gestellt oder von ungarischen Grenzwachern zurückgewiesen wurden, mußten nur noch mit einigen Tagen Freiheitsentzug rechnen (x006/113E).

Anfang 1947 erklärte ein Ausschuß von europäischen Wirtschaftsexperten (x021/472): >>Es gibt drei mögliche Lösungen des deutschen Problems:

- a) Man kann die Deutschen verhungern lassen.
- b) Man kann ihre Erzeugung niedrig halten und sie durch alliierte Unterstützung vor dem Verhungern bewahren.
- c) Man kann ihnen die Möglichkeit verschaffen, zu arbeiten und wenigstens soviel hervorzubringen, daß sie für die Einfuhren der lebensnotwendigen Nahrungsmittel bezahlen können. ... Angesichts des jetzigen Zustandes will der Ausschuß lediglich die Tatsache unterstreichen, daß es zwecklos ist, das Huhn, das goldene Eier legt, ums Leben zu bringen. ...

Vor dem Krieg hatte Deutschland eine überragende Stellung in der europäischen Wirtschaft. Der tatsächliche Tiefstand seines wichtigen Ein- und Ausfuhrhandels hat tiefgründige Rück-

wirkungen auf die hauptsächlichsten seiner ehemaligen Kunden und Lieferanten im Ausland. Wenn ein Land wenig blüht, weil sein Handel mit Deutschland stockt, so wird es auch ein schlechter Markt für die Waren und Dienste anderer Länder sein. ...<<

In Bremen wurden am 3. Februar 1947 etwa 5.000 Zentner Kohle von Kohlenzügen gestohlen (x111/280).

Die deutsche Journalistin und Schriftstellerin Ruth Andreas-Friedrich (1901-1977) berichtete am 7. Februar 1947 über eine Reise von Berlin nach Hamburg (x111/281): >>Kein Zweifel: ich bin ins Ausland gekommen. Zwischen Helmstedt und Marienborn verläuft die Grenze zweier Welten.

Im Zuge von Hannover nach Hamburg ist es übervoll. Ich stehe gedrängt zwischen Koffern und Menschen. Anderthalb Stunden Verspätung in Hannover. Mit dreieinhalb Stunden Verspätung trifft der Hamburger D-Zug ein.

Von 7 bis halb 10 Uhr morgens stehe ich zähneklappernd und mit den Füßen stampfend auf dem ungedeckten Bahnsteig. Niemand sagt etwas an. Keiner weiß, wie lange der Zug Verspätung hat. Man wartet. Wartet im grauen Morgen bei 15 Grad Kälte auf einen Zug nach Hamburg. "So ist es täglich", nörgelt an mir vorbeistapfend ein Unzufriedener. ...

(Rückfahrt) ... Anderthalb Stunden vor Abfahrt am Kopfbahnhof (in Hamburg). Durchs Fenster in den Zug. Zwischen Kisten und Kartoffelsäcken eingeklemmt sechs Stunden im unbeleuchteten Gang. Man kann es nur aushalten, wenn man sich Gedichte aufsagt. ...

Es riecht nach Zwiebeln, Fisch und ungewaschenen Menschen. Eine Wohltat, wenn sich hin und wieder in diesen Mief der beizende Geruch einer "Homemade"-Zigarette mischt. In der Toilette quetschen sich vier Leute. Und dann der sog. Brothusten. Diese furchtbare Auswirkung schlecht verdaulicher Ernährung, die heute die Luft in jedem öffentlichen Verkehrsmittel vergiftet. –

Maschinendefekt. Halten auf schneeverwehelter Strecke.

Als der Zug um 3 Uhr nachts in Hannover eintrifft, ist der Militärzug nach Berlin vor einer Stunde abgefahren.

"Das passiert hier öfters", sagt der Mann mit roter Mütze ungerührt. "Der nächste Zug geht morgen nacht um 1" – Zweiundzwanzig Stunden Wartezeit. Bei 15 Grad Kälte. ...<<

Walter Müller-Bringmann berichtete am 7. Februar 1947 über das Grenzdurchgangslager Friedland (x123/56-57): >>7. Februar 1947. Aus dem Lager Uelzen, einem anderen Auffanglager in der britischen Zone, kam bei 17 Grad Kälte ein Transport von über 600 Personen in Friedland an. ...

Bei einer Überprüfung dieses Transportes durch Beamte des Arbeitsamtes fiel die hohe Zahl von erwischten "Schwarzgängern" auf, Personen also, die zumeist aus undurchsichtigen Gründen immer wieder die Zonengrenze überschreiten. Sie betrug nicht weniger als 65 % aller Angekommenen. Ein Fünftel des Transportes bestand aus Kleinkindern. Außerdem wurden 20 elternlose Jugendliche registriert. ...<<



## Hinweise für den Leser

**Einstellungstermin:** 01.02.2024

Die PDF-Datei wird **kostenlos** zur Verfügung gestellt.

**Rechtschreibregeln:** Diese Chronik wurde nach den "alten Rechtschreibregeln" erstellt.

**Zitate:** Die zitierten Zeitzeugenberichte, Berichte von Historikern, Publikationen und sonstige Quellentexte werden stets mit offenen Klammern >> ... << gekennzeichnet.

Bei Auslassungen ... wurde sorgfältig darauf geachtet, daß der ursprüngliche Sinnzusammenhang der Zitate nicht unzulässig gekürzt oder verfälscht wurde.

**Anregungen und Kritik:** Für Anregungen bin ich stets dankbar. Sollten mir in dieser Chronik Fehler unterlaufen sein, bitte ich um Nachsicht und Benachrichtigung.

**Urheberrechte:** Alle Rechte vorbehalten. Diese Chronik ist ausschließlich für den privaten Gebrauch bestimmt.

## Quellen- und Literaturnachweis

Die Quellenangaben kennzeichnen nur die Fundstellen. **Nach dem x wird der Buchtitel und nach dem Schrägstrich die Seite angegeben.**

Beispiel: (x025/79) = Vertreibungs-Verbrechen an Deutschen. Tatbestand, Motive, Bewältigung. 4. überarbeitete Auflage, Seite 79.

x001	Bundesministerium für Vertriebene, Flüchtlinge und Kriegsgeschädigte (Hg.): Dokumentation der Vertreibung der Deutschen aus Ost-Mitteleuropa I. <u>Die Vertreibung der deutschen Bevölkerung aus den Gebieten östlich der Oder-Neiße. Band 1</u> . Unveränderter Nachdruck der Ausgabe von 1954. München 1984.
x003	Bundesministerium für Vertriebene, Flüchtlinge und Kriegsgeschädigte (Hg.): Dokumentation der Vertreibung der Deutschen aus Ost-Mitteleuropa I. <u>Die Vertreibung der deutschen Bevölkerung aus den Gebieten östlich der Oder-Neiße. Band 3</u> . Polnische Gesetze und Verordnungen 1944-1955. Unveränderter Nachdruck der Ausgabe von 1954. München 1984.
x004	Bundesministerium für Vertriebene, Flüchtlinge und Kriegsgeschädigte (Hg.): Dokumentation der Vertreibung der Deutschen aus Ost-Mitteleuropa IV. <u>Die Vertreibung der deutschen Bevölkerung aus der Tschechoslowakei. Band 1</u> . Unveränderter Nachdruck der Ausgabe von 1957. München 1984.
x005	Bundesministerium für Vertriebene, Flüchtlinge und Kriegsgeschädigte (Hg.): Dokumentation der Vertreibung der Deutschen aus Ost-Mitteleuropa IV. <u>Die Vertreibung der deutschen Bevölkerung aus der Tschechoslowakei. Band 2</u> . Unveränderter Nachdruck der Ausgabe von 1957. München 1984.
x006	Bundesministerium für Vertriebene, Flüchtlinge und Kriegsgeschädigte (Hg.): Dokumentation der Vertreibung der Deutschen aus Ost-Mitteleuropa V. <u>Das Schicksal der Deutschen in Jugoslawien</u> . Unveränderter Nachdruck der Ausgabe von 1961. München 1984.
x020	Benz, Wolfgang (Hg.): <u>Die Vertreibung der Deutschen aus dem Osten</u> . Ursachen, Ereignisse, Folgen. Frankfurt/Main 1988.
x021	Böddeker, Günter: <u>Die Flüchtlinge</u> . Die Vertreibung der Deutschen im Osten. Frank-

	furt/Main 1985.
x022	Hupka, Herbert (Hg.): <u>Meine Heimat Schlesien. Die letzten Tage.</u> Tagebücher, Erinnerungen und Dokumente der Vertreibung. Augsburg 1990.
x024	Kuhn, Ekkehard: <u>Nicht Rache, nicht Vergeltung.</u> Die deutschen Vertriebenen. Frankfurt/Main; Berlin 1989.
x025	Nawratil, Heinz: <u>Vertreibungs-Verbrechen an Deutschen.</u> Tatbestand, Motive, Bewältigung. 4. überarbeitete Auflage. Frankfurt/Main; Berlin 1987.
x026	Nawratil, Heinz: Die deutschen Nachkriegsverluste unter Vertriebenen, Gefangenen und Verschleppten. München/Berlin 1988.
x028	Zayas, Alfred Maurice de: <u>Die Anglo-Amerikaner und die Vertreibung der Deutschen.</u> Vorgeschichte, Verlauf, Folgen. 7. Auflage. Frankfurt/Main; Berlin 1988.
x030	Wistrich, Robert: <u>Wer war wer im Dritten Reich?</u> Ein biographisches Lexikon. Frankfurt/Main, 1987.
x039	Grube, Frank, und Gerhard Richter: <u>Flucht und Vertreibung.</u> Deutschland zwischen 1944 und 1947. Hamburg 1980.
x043	Zentner, Christian u.a.: DAS DRITTE REICH (Sammeldokumentation). John Jahr Verlag, Hamburg 1976.
x051	Zentner, Christian, und Friedemann Bedürftig (Hg.): Das große Lexikon des Dritten Reiches. München 1985.
x054	Ploetz, Karl: Hauptdaten der Weltgeschichte. 28. Auflage. Würzburg 1957.
x056	Schmid, Heinz Dieter (Hg.): <u>Fragen an die Geschichte. Band 3.</u> Europäische Weltgeschichte. Geschichtliches Arbeitsbuch für Sekundarstufe I. Frankfurt/Main 1981.
x058	Tenbrock, R. H. u.a. (Hg.): <u>Zeiten und Menschen. Ausgabe G. Band 2.</u> Die geschichtlichen Grundlagen der Gegenwart; 1776 bis heute. Geschichtliches Unterrichtswerk. Paderborn 1970.
x063	Löwenstein, Hubertus Prinz zu: Deutsche Geschichte. Erweiterte Auflage. Bindlach 1990.
x064	Pfister, Hermann (Hg.): <u>Polen und Deutsche.</u> Der lange Weg zu Frieden und Versöhnung. 2. Auflage. Waldkirch 1977.
x065	Zentner, Christian: Der große Bildatlas zur Weltgeschichte. Stuttgart 1992.
x067	Hüttenberger, Peter u.a. (Hg.): <u>Geschichtsbuch. Band 4.</u> Die Menschen und ihre Geschichte in Darstellungen und Dokumenten. Vom Ende des 1. Weltkrieges bis heute. 1. Auflage. Berlin 1988.
x086	Stiglmayer, Alexandra (Hg.): <u>Massenvergewaltigung.</u> Krieg gegen Frauen. Frankfurt/Main 1993.
x090	Dahms, Hellmuth Günther: Deutsche Geschichte im Bild. Frankfurt/Main 1991.
x092	Chronik Verlag (Hg.): <u>Chronik der Deutschen.</u> 3. überarbeitete Auflage. Gütersloh/München 1995.
x101	Benz, Wolfgang: <u>Deutschland seit 1945.</u> Entwicklungen in der Bundesrepublik und in der DDR; Chronik, Dokumente, Bilder. München 1990.
x111	Overesch, Manfred, und Jork Artelt: <u>Das besetzte Deutschland 1945-1947.</u> Eine Tageschronik der Politik - Wirtschaft - Kultur. Augsburg 1992.
x114	Trees, Wolfgang u.a.: <u>Stunde Null in Deutschland.</u> Die westlichen Besatzungszonen 1945-1948. Bindlach 1989.
x115	Glaser, Hermann u.a. (Hg.): So viel Anfang war nie. Deutsche Städte 1945-1949. Berlin 1989.
x116	Ranke, Winfried u.a.: <u>Kultur, Pajoks und CARE-Pakete.</u> Eine Berliner Chronik 1945-1949. Berlin 1990.

x117	Priamus, Heinz-Jürgen: <u>Die Ruinenkinder</u> . Im Ruhrgebiet 1945/49. Düsseldorf 1985.
x118	Grube, Frank, und Gerhard Richter: <u>Die Schwarzmarktzeit</u> . Deutschland zwischen 1945 und 1948. Hamburg 1997
x122	Dollinger, Hans: <u>SCHWARZBUCH DER WELTGESCHICHTE</u> . 5.000 Jahre der Mensch des Menschen Feind. München 1999.
x123	Müller-Bringmann, Walter: Das Buch von Friedland. Göttingen 1956.
x124	Jering, Karl: <u>Überleben und Neubeginn</u> . Aus dem Tagebuch eines Deutschen 1945/46. München 1979.
x126	Klonovsky, Michael, und Jan von Flocken: Stalins Lager in Deutschland 1945-1950. 3. Auflage. Berlin 1993.
x127	Moraw, Frank: Die Parole von der >>Einheit<< und die Sozialdemokratie. 2. aktualisierte Auflage. Bonn 1990.
x128	Kampmann, Wanda, und Berthold Wiegand (Hg.): <u>Politik und Gesellschaft. Band 2</u> . 1917 bis heute. 7. aktualisierte Auflage. Frankfurt/Main 1980.
x130	Carell, Paul, und Günter Böddeker: <u>Die Gefangenen</u> . Leben und Überleben deutscher Soldaten hinter Stacheldraht. Berlin/Frankfurt am Main 1995.
x131	Bacque, James: <u>Der geplante Tod</u> . Deutsche Kriegsgefangene in amerikanischen und französischen Lagern 1945-1946. Erweiterte Ausgabe. Berlin/Frankfurt am Main 1993.
x133	Tolstoy, Nikolai: <u>Die Verratenen von Jalta</u> . Englands Schuld vor der Geschichte. 3. Auflage. München/Wien 1985.
x152	Kulturstiftung der deutschen Vertriebenen (Hg.): Forum für Kultur und Politik. Heft 10. Bonn 1994.
x153	Kulturstiftung der deutschen Vertriebenen (Hg.): Forum für Kultur und Politik. Heft 13. Bonn 1995.
x156	Kosthorst, Erich, und Karl Tepe: Die Teilung Deutschlands und die Entstehung zweier deutscher Staaten. Materialheft Geschichte/Politik. Paderborn 1978.
x165	Terkel, Studs: <u>Der Gute Krieg</u> . Amerika im Zweiten Weltkrieg; Zeitzeugen sprechen. München 1989.
x170	Volksbund Deutsche Kriegsgräberfürsorge e.V. (Hg.): <u>Menschen wie wir ... Teil I</u> . Erinnerungen an geliebte Menschen. Kassel 2000/2001.
x175	Harenberg Lexikon-Verlag (Hg.): Harenberg Schlüsseldaten 20. Jahrhundert. Dortmund 1997.
x243	Schmid, Heinz Dieter (Hg.): <u>Fragen an die Geschichte. Band 4</u> . Die Welt im 20. Jahrhundert. Geschichtliches Arbeitsbuch für Sekundarstufe I. Frankfurt/Main 1984.
x268	Nawratil, Heinz: <u>Der Kult mit der Schuld</u> . Geschichte im Unterbewußtsein. 2. Auflage. München 2004.
x299	Klett, Ernst (Hg.): Menschen in ihrer Zeit. Band 4. In unserer Zeit. 2. Auflage. Stuttgart 1980.
x306	Schrenck-Notzing, Caspar Freiherr von: <u>CHARAKTERWÄSCHE</u> . Die Re-education der Deutschen und ihre bleibenden Auswirkungen. Graz 2015.
x309	Nawratil, Heinz: <u>Die Versöhnungsfalle</u> . Deutsche Beflissenheit und polnisches Selbstbewußtsein. Wien 2011.
x310	Schweitzer, Eva: <u>Amerika und der Holocaust</u> . Die verschwiegene Geschichte. München 2004.